

betrifft:

ISSN 0343-690X

Rechtsextremismus

Linksextremismus

Terrorismus

Spionageabwehr

Sicherheitsgefährdende
und extremistische
Bestrebungen
von Ausländern

1979

VERFASSUNGSSCHUTZ

Inhaltsverzeichnis Seite 7

Herausgeber: Der Bundesminister des Innern,
Graurheindorfer Straße 198, 5300 Bonn, August 1980

Druck: Mintzel-Druck, 8670 Hof/Saale

ZUM VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT 1979

I. Der jährliche Verfassungsschutzbericht informiert eine breite Öffentlichkeit über die Gefahren, die unsere Freiheit bedrohen können. Er soll und kann keinen erschöpfenden Überblick über alle extremistischen Bestrebungen geben. Er weist auf wichtige Entwicklungen und Zusammenhänge hin und leistet damit einen Beitrag zur politischen Auseinandersetzung; er soll Demokraten diese Auseinandersetzung erleichtern.

II. Die Entwicklung stellt sich für das vergangene Jahr zusammengefaßt wie folgt dar:

1. Der *Rechtsextremismus* stellt weiterhin keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung lehnt ihn scharf ab, die größte rechtsextremistische Partei, die NPD, verliert weiter an Mitgliedern, das rechtsextremistische Lager ist zersplittert. Andererseits gab die erhebliche Zunahme insbesondere neonazistischer Ausschreitungen und die Bereitschaft, terroristische Gewaltmethoden zur Durchsetzung rechtsextremistischer Ziele anzuwenden, Anlaß zu Besorgnis. Eine konsequente Anwendung der in Betracht kommenden Strafbestimmungen durch Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie andere staatliche Maßnahmen hatten bereits 1979 bei einigen neonazistischen Gruppen zu einem deutlichen Nachlassen ihrer Aktivitäten geführt. Auch die neonazistischen Schriften sind auf weniger als die Hälfte der vorjährigen durchschnittlichen Wochenaufgabe zurückgegangen.

Diese Tendenz hat sich zu Beginn des Jahres 1980 fortgesetzt. Wachsamkeit ist aber weiterhin geboten. Mit dem Anfang 1980 ausgesprochenen Verbot der Wehrsportgruppe Hoffmann wurde die Toleranzgrenze des Staates markiert.

2. Wie die Rechtsextremisten sind auch die *linksextremistischen Kräfte* keine ernsthafte Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung. Den Aktivitäten der orthodoxen Kommunisten steht eine deutlich nachlassende Handlungsfähigkeit in weiten Bereichen der „Neuen Linken“ gegenüber. Vor allem die dogmatischen kommunistischen Gruppen – die „K-Gruppen“ – haben beträchtlich an Mitgliedern verloren. Die Selbstaflösung der KPD verdeutlicht diese Entwicklung. Sie ist aber auch ein Beweis für die Richtigkeit einer Politik, die der politischen Auseinandersetzung mit dem Extremismus grundsätzlich den Vorrang vor Verboten gibt.

Die Wahlergebnisse der letzten Jahre haben die geringe Resonanz des Linksextremismus in der Bevölkerung besonders deutlich gemacht. Lediglich in der Studentenschaft ist der linksextremistische Einfluß erheblich stärker als in der Gesamtbevölkerung. Der undogmatische Flügel der „Neuen Linken“, der sich insgesamt besser als die dogmatischen Gruppen gehalten hat, konnte in den Studentenvertretungen der Hochschulen seine relativ starke Position halten.

Der DKP gelang es auch im Berichtsjahr, demokratische Kräfte für gemeinsame Aktionen zu gewinnen, insbesondere an den Hochschulen. Sie ist weiter bemüht, mit ihrer Bündnispolitik größeren politischen Einfluß zu erlangen als ihr aus eigener Kraft möglich ist. Es ist ihr jedoch hierdurch nicht gelungen, gesellschaftliche Anerkennung zu finden oder ihre Mitglieder- und Wählerzahlen zu erhöhen.

3. Der weitaus überwiegende Teil der *Ausländer* in der Bundesrepublik Deutschland verhält sich gesetzestreu. Nach wie vor beteiligt sich ein zahlenmäßig geringer Teil von Extremisten oder zumindest in extremistischen Vereinigungen organisierten Ausländern an sicherheitsgefährdenden Bestrebungen oder entsprechenden Aktivitäten. Al-

lerdings wächst der Zulauf zu einigen der *extremistischen* Organisationen sowie die Bereitschaft zur Gewaltanwendung. Dies gilt insbesondere für die größte Ausländergruppe in der Bundesrepublik Deutschland, die Türken. Hier hat sich die politische Polarisierung verstärkt. Es besteht die Gefahr, daß unter türkischen extremistischen Organisationen Agitation noch mehr als bisher zu gewalttätigen Aktionen führt.

Die Entwicklung des Ausländerextremismus hat verschiedene Wurzeln. Sie ist in erster Linie auf die politischen Auseinandersetzungen in den Heimatländern zurückzuführen. Die Aktivitäten extremistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland spiegeln die innenpolitische Situation dieser Länder wider. Propagandistische Aktivitäten dieser Gruppierungen richten sich teilweise auch gegen die Politik der Bundesregierung und deutscher Parteien.

Es besteht Einvernehmen zwischen Bund und Ländern, daß alle polizei-, straf- und ausländerrechtlichen Möglichkeiten gegen extremistische Ausländer ausgeschöpft werden müssen. Diese Entwicklung im Bereich des Ausländerextremismus bedarf weiterhin sorgfältiger Beobachtung.

Die Bedrohung durch ausländische extremistische Gruppierungen, die *terroristische* Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele bejahen, besteht fort. Mit Kommandounternehmen gegen Ziele im Bundesgebiet und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland muß auch künftig gerechnet werden.

Rechtzeitige Festnahme durch die Sicherheitsbehörden verhinderten in mehreren Fällen mögliche Gewalt- und Mordanschläge.

4. Die gewaltsamen Aktivitäten deutscher *terroristischer Gruppen* in der Bundesrepublik Deutschland haben im Jahr 1979 noch weiter nachgelassen. Zu Mordanschlägen ist es nicht gekommen. Mehrere Festnahmen und Aufdeckungen konspirativer Wohnungen haben die Gruppen schwer getroffen. Dennoch ist die Gefährdung der inneren Sicherheit durch Terroristen nicht überwunden. Das gilt insbesondere für die „Rote Armee Fraktion“. Sie ist nach wie vor imstande, terroristische Aktionen durchzuführen.

Das terroristische Umfeld in der Bundesrepublik Deutschland, dem es an einer zentralen Koordinierung und Steuerung fehlt, bietet ein uneinheitliches Bild. Die Unterstützung terroristischer Gewalttäter erfolgte in vorwiegend agitatorischen Einzelaktionen, die weitgehend ohne Resonanz blieben. Als Anwerbebasis für den „harten terroristischen Kern“ hat dieser Bereich dennoch weiterhin Bedeutung.

Für die Bekämpfung des Terrorismus bedeutsam bleiben dessen grenzüberschreitende Verflechtungen. Es gilt daher weiterhin, den Terrorismus in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden der ebenfalls betroffenen Staaten entschieden zu bekämpfen. Die internationale Zusammenarbeit ist planmäßig ausgebaut worden und hat zu greifbaren Erfolgen geführt.

5. Die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Ausspähung politischer und militärischer Geheimnisse durch gegnerische Nachrichtendienste hält an. Die Festnahme bzw. Flucht von Sekretärinnen zu Beginn des Jahres 1979 zeigt das deutlich. Es sind mehr Werbungsmaßnahmen erkannt worden als in früheren Jahren. Nach wie vor steht die politische Spionage an erster Stelle der Ausspähungsmaßnahmen. Hauptträger der Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland waren auch 1979 die Nachrichtendienste der DDR mit einem Anteil von 75 % der erkannten Werbungen und Werbungsversuche und 84 % der erfaßten Aufträge. In den im Jahre 1979 von den Gerichten abgeurteilten 30 Fällen wurden mit Ausnahme von 3 Fällen DDR-Nachrichtendienste als Auftraggeber festgestellt.

Von besonderer Bedeutung war der Übertritt des MfS-Oberleutnants Werner *Stiller*. Nach Auswertung der von ihm mitgebrachten Unterlagen bestätigt sich, daß die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage innerhalb der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der DDR einen besonderen Rang einnimmt. Aufgrund der von *Stiller* gegebenen Hinweise gelangen den Sicherheitsbehörden 1979 zahlreiche Erfolge. Die Auswertung dauert an.

III. Die Unterrichtung der Öffentlichkeit, die der Verfassungsschutzbericht zur politischen Auseinandersetzung leistet, vollzieht sich innerhalb des vom Bundesverfassungsgericht gezogenen Rahmens. Nach der Auffassung des Bundesverfassungsgerichts ist es „von der politischen Verantwortung der Bundesregierung gefordert, daß sie ihren jährlichen Bericht über die Entwicklung verfassungsfeindlicher Kräfte, Gruppen und Parteien dem Parlament und der Öffentlichkeit vorlegt“. Dabei fordert das Bundesverfassungsgericht, daß entsprechende Werturteile vertretbar und in der Form sachlich gehalten sein müssen, also nicht auf sachfremden Erwägungen beruhen dürfen.

Die Bundesregierung hielte dabei eine Ausuferung des Begriffs „verfassungsfeindliche Zielsetzung“ in der politischen Diskussion und Aufklärungsarbeit für bedenklich. Sie bezieht diesen Begriff ausschließlich auf Organisationen und legt Wert darauf, nur solche Zielsetzungen als „verfassungsfeindlich“ zu bezeichnen, die gegen die grundlegenden Verfassungsprinzipien gerichtet sind.

Diese Verfassungsprinzipien sind die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Der Verfassungsschutzbericht ist ausschließlich Informationsbeitrag zur politischen Auseinandersetzung. Rechtsfolgen dürfen mit ihm nicht verbunden werden. Insoweit kann er auch Bewerbern für den öffentlichen Dienst oder Angehörigen des öffentlichen Dienstes nur eine Orientierungshilfe bieten. Vor allem fällt der Bericht kein Urteil darüber, ob ein Bewerber für den öffentlichen Dienst, der Mitglied einer in ihm erwähnten Organisation ist, die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Einstellung erfüllt oder nicht. Er darf auch nicht so mißverstanden werden. Niemand darf der Darstellung von Gruppierungen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung eine Bedeutung zumessen, die mit dem Prinzip der Einzelfallprüfung nicht mehr vereinbar ist.

Die Versuche der DKP, Einfluß auf andere Organisationen zu gewinnen bzw. ihren Einfluß in anderen Organisationen zu erhalten, werden wiederum in einem eigenen Kapitel dargestellt. Es soll jeder pauschalen Zurechnung aller in diesen Organisationen tätigen Mitgliedern zum Kommunismus entgegengewirkt werden. Zugleich wird dadurch auch die Verantwortung verdeutlicht, die den demokratisch eingestellten Mitgliedern dieser Organisationen obliegt.

IV. Die Arbeit des Verfassungsschutzes braucht wie jede andere staatliche Tätigkeit das Vertrauen der Bürger. Wesentliche Voraussetzung dafür sind eindeutige rechtliche Grundlagen und klare rechtliche Grenzen.

In einigen Bereichen wurden diese Grenzen bereits bestimmt. In anderen Bereichen werden rechtsstaatliche Eingrenzungen erarbeitet. Auf der Grundlage der von der Verfassung vorgegebenen Trennung von Polizei und Verfassungsschutz ist der Daten-

verbund zwischen Bundeskriminalamt und Bundesamt für Verfassungsschutz eingeschränkt worden. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz sind neue Lösungsrichtlinien für die in *Nadis* gespeicherten personenbezogenen Daten in Kraft gesetzt worden.

Zu den Grenzen der Amtshilfe, insbesondere zwischen den Sicherheitsbehörden, wurden Gutachten von sechs namhaften Professoren eingeholt. Auf ihrer Grundlage werden zur Zeit klarstellende Regelungen mit folgenden Eckwerten erarbeitet:

- Die Amtshilfe für den Verfassungsschutz darf nicht dazu führen, daß die Versagung polizeilicher Befugnisse für den Verfassungsschutz faktisch unterlaufen wird.
- Die gesetzlich zulässige Amtshilfe muß unter strikter Beachtung des in der Verfassung verankerten Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes sowohl die grundrechtlich geschützte Freiheitssphäre der Bürger gewährleisten als auch den unabdingbaren Erfordernissen der inneren Sicherheit Rechnung tragen.

Mit dem Personalausweisgesetz und dem Melderechtsrahmengesetz, den ersten spezifischen Datenschutzgesetzen im Sicherheitsbereich überhaupt, wird es gelingen, Interessen des Datenschutzes in Einklang mit sicherheitspolitischen Erfordernissen zu bringen. Für die Amtshilfe zwischen Melde- und Sicherheitsbehörden schafft das Melderechtsrahmengesetz präzise Verfahrensregeln, die die Grundrechte des Bürgers besser schützen als der Versuch kasuistischer Regelungen.

Dieser „Grundrechtsschutz durch Verfahren“, wie er auch in den Dateienrichtlinien für das Bundeskriminalamt entwickelt wurde, ist das Ergebnis einer intensiven Zusammenarbeit zwischen Rechtswissenschaftlern und Datenschutzexperten einerseits und Beamten der Sicherheitsbehörden andererseits. Der Dialog zwischen Vertretern der Datenschutzwissenschaft und Beamten der Sicherheitsbehörden wird fortgesetzt. Dieser Dialog stellt das Modell dar für die weitere Präzisierung der rechtlichen Grundlagen und Grenzen der Arbeit des Verfassungsschutzes.

V. Der Verfassungsschutzbericht gibt einen Überblick über die Arbeit, die von den Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder im vergangenen Jahr geleistet worden ist. Diese Arbeit wurde – wie der Bundeskanzler bei seinem Besuch des Bundesamtes für Verfassungsschutz im November 1979 betont hat – zum Schutz unseres Gemeinwesens, zum Schutz der Bürger und unter Achtung ihrer Rechte verrichtet. Den Mitarbeitern des Verfassungsschutzes gebührt unser Dank für ihre wichtige Arbeit sowie für ihre Unterstützung der Bemühungen um eine Weiterentwicklung des Grundrechtsschutzes der Bürger.



Gerhart Rudolf Baum
Bundesminister des Innern

Inhalt

Rechtsextremistische Bestrebungen 1979

I. Allgemeine Feststellungen	13
II. Übersicht in Zahlen	15
1. Organisationen, Verlage und Vertriebsdienste	15
2. Publikationen	16
3. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst	19
III. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)	20
1. Parteiorganisation	20
2. Wahlergebnisse der NPD 1979	21
3. Der politisch-ideologische Standort der NPD	22
4. Rechtsextremistische Agitation der „Nationaldemokraten“	22
IV. Neonazistische Aktivitäten	24
1. Terroristische neonazistische Täterkreise	24
2. Neonazistische Gruppen	26
3. Neonazistische Agitation	32
V. „National-Freiheitliche Rechte“	34
1. „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ)	34
2. „Freiheitlicher Rat“ (FR)	36
3. Rechtsextremistische Agitation der „National-Freiheitlichen“	37
VI. Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen	38
1. „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG)	38
2. „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)	38
3. „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)	38
4. Kreisgemeinschaft Ostalb des Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V. (HIAG)	39
VII. Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste	39
1. „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ)	39
2. „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ)	39
3. „MUT“	40
4. „Nation-Europa“ (NE)	40
5. Buchverlage und Buchdienste	40
6. NS-Artikeldienste	40
7. Buchindizierungen	42
VIII. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus	42
1. „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)	42
2. „White Power Publications“	42
3. „Samisdat Publishers Ltd“	42
4. „Vlaamse Militanten Orde“ (VMO)	44
5. „British Movement“ (BM)	44
6. Verbindungen zu französischen Rechtsextremisten	44
7. „Circulo Espanol de Amigos de Europa“ (CEDADE)	44

8.	„Aktion Neue Rechte“ (ANR)	44
9.	„Dansk Nationalsocialisk Ungdom“ (DNSU)	44
10.	„Europäische Neuordnung“ (ENO)	46
IX. Gewalttaten und andere Ausschreitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund		46
1.	Gewalttaten	46
2.	Sonstige Ausschreitungen	46
X. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten		49
1.	Verurteilungen	49
1.1	Rechtskräftige Verurteilungen	49
1.2	Noch nicht rechtskräftige Verurteilungen	50
2.	Ermittlungsverfahren, Durchsuchungen und Anklagen	50
3.	Veranstaltungsverbote	50
4.	Sonstige Maßnahmen	50
XI. Zusammenfassung		51
 Abbildungen		
	Entwicklung der rechtsextremistischen Organisationen von 1969–1979	18
	Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik von 1969–1979	18
	Agitation der „National-Demokraten“	23
	Neonazistische Schmieraktionen	25
	Publikationen neonazistischer Gruppen	27
	Sichergestellte Waffen und sonstiges Material	29
	Paramilitärische „Wehrsportgruppe Hoffmann“	31
	Agitation neonazistischer Gruppen	33
	Schlagzeilen der „Deutschen National-Zeitung“	35
	Rechtsextremistische Druckwerke	41
	Neonazistische Agitation aus dem Ausland	43
	„NS-Kampfruf“ (Organ der NSDAP-AO)	45
	Regionale Schwerpunkte der 1979 erfaßten Ausschreitungen in kreisfreien Städten und Landkreisen	47
	Ausschreitungen deutscher Rechtsextremisten in den Jahren 1974–1979	49

Linksextremistische Bestrebungen 1979

I. Allgemeine Erfahrungen		52
1.	Orthodoxe Kommunisten	52
2.	„Neue Linke“	52
II. Übersicht in Zahlen		52
1.	Organisationen	52
2.	Linksextremisten im öffentlichen Dienst	53
3.	Studentenvertretungen	55
3.1	Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft	55
3.1.1	Studentenparlamente	55
3.1.2	Allgemeine Studentenausschüsse	56

3.2	Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft	58
3.2.1	Hochschulen in Baden-Württemberg	58
3.2.2	Hochschulen in Bayern	58
III.	Schwerpunkte der Agitation	58
1.	Außen- und Verteidigungspolitik	58
2.	Innen- und Sicherheitspolitik	59
3.	Wirtschafts- und Sozialpolitik	59
4.	Umweltschutz	59
5.	Internationalismus	61
IV.	Orthodoxe Kommunisten	61
1.	Politische und organisatorische Entwicklung	61
1.1	„Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)	61
1.1.1	Ideologisch-politischer Standort	61
1.1.2	Mitgliederstand	64
1.1.3	Finanzierung	65
1.1.4	Pressearbeit	65
1.1.5	Internationale Beziehungen	67
1.2	„Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW)	67
1.3	Nebenorganisationen der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP)	68
1.3.1	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)	68
1.3.2	„Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)	69
1.3.3	„Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)	71
2.	Bündnispolitik	71
2.1	Politik der „Aktionseinheit“	72
2.1.1	Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten	72
2.1.2	Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften	72
2.2	Bemühungen um ein „antimonopolistisches Bündnis“	72
3.	Betriebsarbeit	73
4.	Jugend-, Kinder- und Studentearbeit	75
4.1	Jugend	75
4.2	Kinder	76
4.3	Studenten	76
5.	Propaganda und Schulung	76
5.1	„Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V.“ (IMSF)	78
5.2	Parteischulung	78
5.3	Verlage und Druckereien	80
6.	Wahlergebnisse	80
6.1	Europawahl	80
6.2	Landtagswahlen	82
6.3	Kommunalwahlen	82
6.4	Mandate der DKP in Kommunalvertretungen	85
V.	Einfluß der DKP auf andere Organisationen	85
1.	„Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	86
2.	„Deutsche Friedens-Union“ (DFU)	86
3.	„Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)	86
4.	„Vereinigung Demokratischer Juristen“ (VDJ)	86

5.	„Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)	87
6.	„Demokratische Fraueninitiative“ (DFI)	87
VI. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik		87
1.	Anleitung der DKP durch das ZK der SED	89
2.	„Westarbeit“ anderer DDR-Institutionen	89
3.	Reisen in die DDR und DDR, „Reisekader“	90
VII. „Neue Linke“		90
1.	Politischer Standort und Entwicklung	90
1.1	Allgemeiner Überblick	90
1.2	Entwicklung im dogmatischen Lager	91
2.	Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“	93
2.1	„Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)	93
2.2	„Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML)	93
2.3	„Kommunistischer Bund“ (KB)	95
2.4	„Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD)	95
2.5	Sonstige Organisationen	95
2.6	Trotzkistische Gruppen	96
3.	Undogmatische „Neue Linke“	97
4.	Tätigkeit an den Hochschulen	98
5.	Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit	100
6.	Ausnutzung der Anti-Kernkraftbewegung	100
7.	Arbeit gegen die Bundeswehr	100
VIII. Zusammenfassung		101
Abbildungen		
	Linksextremisten in Studentenparlamenten und Allgemeinen Studentenausschüssen	57
	Internationalismus	60
	Deutsche Kommunistische Partei (Führungsgremien)	62
	UZ-Pressefest	66
	Schriften für „Junge Pioniere“	70
	DKP-Betriebszeitungen	74
	Hochschulzeitungen	77
	Zentrale Schriften der DKP	79
	10 Jahre „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“	81
	Wahlergebnisse der DKP bei Landtagswahlen in Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein 1971–1979	83
	Mandate der DKP in Kommunalparlamenten	84
	„Patenbezirke“ der SED in der Bundesrepublik Deutschland	88
	Militante Aktionen	92
	Schmieraktionen	94
	Schriften der K-Gruppen	99

Terrorismus 1979

1.	Einleitung	102
2.	Terroristische Gruppierungen	103
2.1	„Rote Armee Fraktion“ (RAF)	103
2.2	„Bewegung 2. Juni“	105
2.3	„Revolutionäre Zellen“ (RZ)	106
3.	Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen	106
4.	Terroristisches Umfeld	107
5.	Internationale Verflechtungen	109
5.1	Terrorgruppen	109
5.2	Terroristisches Umfeld	109
6.	Zusammenfassung	110

Spionageabwehr 1979

1.	Allgemeine Erfahrungen	111
1.1	Werbungen und Werbungsversuche	111
1.2	Aufträge	111
1.3	Legale Residenturen	112
1.4	Verurteilte Agenten	112
2.	Die Nachrichtendienste der DDR	112
2.1	Übersicht	112
2.2	Der „Inoffizielle Mitarbeiter“ des MfS – Auswahl, Auftrag und Arbeitsweise	113
2.3	Die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage der DDR	114
2.3.1	Der Übertritt des MfS-Offiziers <i>Stiller</i> – Überblick, Exekutivmaßnahmen, Erkenntnisse	114
2.3.2	Ansprache westlicher Wissenschaftler durch das MfS	115
2.3.3	Bewertung der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage der DDR	116
3.	Die sowjetischen Nachrichtendienste	116
3.1	Sowjetische Militärmissionen	116
3.2	Aktivitäten der sowjetischen Nachrichtendienste gegen Ausländer in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Wirtschafts- u. Wissenschaftsspionage	117
4.	Die tschechoslowakischen Nachrichtendienste	118
5.	Einschleusungsmethoden gegnerischer Nachrichtendienste	119
6.	Festnahmen	120
7.	Zusammenfassung	120

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern 1979

I. Allgemeine Erfahrungen, Entwicklungen, Tendenzen	122
II. Übersicht in Zahlen	123

1.	Organisationsstand	123
2.	Mitgliederentwicklung	124
3.	Publizistik	128
III. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen einzelner Ausländergruppen		
1.	Palästinenser	130
1.1	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	130
1.2	Terroristische Aktivitäten	130
2.	Türken	131
2.1	Rechtsextremisten und extreme Nationalisten	131
2.1.1	Mitgliederentwicklung	131
2.1.2	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	131
2.2	Orthodoxe Kommunisten	132
2.2.1	Mitgliederentwicklung	132
2.2.2	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	132
2.3	„Neue Linke“	132
2.3.1	Mitgliederentwicklung	132
2.3.2	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	132
2.4	Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen türkischen Extremisten ..	133
2.5	Anschläge armenischer Extremisten	134
3.	Iraner	135
3.1	Mitgliederentwicklung im Bereich der „Neuen Linken“	135
3.2	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	135
3.3	Iranische Kurden	136
4.	Exiljugoslawen	136
4.1	Mitgliederentwicklung	136
4.2	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	136
5.	Sonstige ausländische extremistische Vereinigungen	138
5.1	Italiener	138
5.1.1	Mitgliederentwicklung im Bereich rechtsextremistischer Gruppen	138
5.1.2	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	138
5.1.3	Mitgliederentwicklung im Bereich orthodox-kommunistischer Gruppen ..	138
5.1.4	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	138
5.1.5	Mitgliederentwicklung im Bereich der „Neuen Linken“	138
5.2	Griechen	139
5.2.1	Mitgliederentwicklung im rechtsextremistischen Bereich	139
5.2.2	Mitgliederbewegung im orthodox-kommunistischen Bereich	139
5.2.3	Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte	139
5.2.4	Mitgliederentwicklung im Bereich der „Neuen Linken“	139
5.3	Sonstige ausländische extremistische Vereinigungen	139
5.3.1	Mitgliederentwicklung im orthodox-kommunistischen Bereich	140
5.3.2	Mitgliederentwicklung im Bereich der ausländischen „Neuen Linken“ ...	140
IV. Zusammenfassung		
Abbildungen		
	Ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland 1979	125
	Mitgliederentwicklung bei den ausländischen Extremisten-Gruppen 1970–1979	127

Rechtsextremistische Bestrebungen 1979

I. Allgemeine Feststellungen

Rechtsextremistische Bestrebungen sind im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß sie – offen oder verdeckt – die Grundlagen der Demokratie, insbesondere der parlamentarischen repräsentativen Demokratie ablehnen und eine totalitäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips fordern. Folgende, beispielhaft genannte Einzelaspekte sind für den Rechtsextremismus charakteristisch:

Ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus ist Ausgangspunkt einer unsachlichen Beschimpfung und Herabsetzung ausländischer Staaten und deren Staatsangehörigen und damit auch einer Mißachtung deren Menschenrechte. Die unverhohlene oder verdeckte Wiederbelebung des Antisemitismus ist mit der Würde des Menschen und anderen wesentlichen Menschenrechten, die zu achten und zu schützen Verpflichtung jeder staatlichen Gewalt ist, nicht vereinbar. Gleiches gilt für andere rassistische Thesen.

Die von Rechtsextremisten geforderte pauschale Überbewertung der Interessen der „Volksgemeinschaft“ und des „Volksganzen“ auf Kosten der Interessen des einzelnen führt zu einer Aushöhlung der Grundrechte, die in erster Linie Individualfreiheitsrechte garantieren.

Darüber hinaus diffamieren und bekämpfen Rechtsextremisten dauernd und planmäßig die bestehende Staatsform. Dieser Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung ist von der Absicht getragen, deren überragenden Wert in den Augen der Bevölkerung zu erschüttern und die These zu verfestigen, die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende Staatsform sei unfähig, die anstehenden Probleme zu lösen. Eine solche Agitation geht zwangsläufig auf eine Beeinträchtigung und schließlich sogar auf eine Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hinaus.

Ein besonderes Kennzeichen rechtsextremistischer Bestrebungen liegt ferner in der Rechtfertigung des NS-Regimes, wobei unter Herausstellung angeblich positiver Merkmale des „Dritten Reiches“ die Verbrechen des NS-Regimes verharmlost oder sogar jegliches nationalsozialistisches Unrecht geleugnet wird. Eine solche Verharmlosung oder Verherrlichung von nationalsozialistischen Thesen, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind, beweist die Gegnerschaft zur Staatsform in der Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maße.

Diese beispielhaft genannten, besonders charakteristischen Merkmale des Rechtsextremismus sind nicht gleichmäßig in allen rechtsextremistischen Organisationen festzustellen. Bei einigen Organisationen sind nur Teilaspekte bestimmend. Auch die Intensität der gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten rechtsextremistischen Thesen sowie deren Verbreitung in der Öffentlichkeit ist in den einzelnen Organisationen unterschiedlich. Schließlich sind auch Bestrebungen festzustellen, die rechtsextremistisch beeinflusst sind oder einen Nährboden für rechtsextremistische Thesen und deren Verbreitung darstellen.

Die Lage des deutschen Rechtsextremismus war auch 1979 gekennzeichnet durch zwei gegenläufige Entwicklungen: zum einen durch den seit 1969 anhaltenden Niedergang des organisierten Rechtsextremismus, wie er sich insbesondere im Zerfall der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) zeigt, zum anderen durch eine seit 1974 wachsende Anhängerschaft kleiner, überwiegend militanter neonazistischer Gruppen ohne feste Organisationsstruktur. 1979 nahmen insbesondere die Aktivitäten

und Ausschreitungen von Neonazis weiter zu. Ihre wachsende Bereitschaft zur Gewaltanwendung wurde im Berichtsjahr auch durch zahlreiche polizeiliche Sicherstellungen von Waffen und Sprengstoff sichtbar. Auf diese Entwicklung haben Behörden und Gerichte reagiert: bereits 1979 war ein deutliches Nachlassen der Aktivitäten einiger neonazistischer Gruppen festzustellen. Diese Entwicklung hat sich im Jahre 1980 fortgesetzt.

Der deutsche Rechtsextremismus hat nach wie vor keine geschlossene Ideologie, ist untereinander weiterhin zerstritten und organisatorisch zersplittert.

1. Die Zahl der rechtsextremistischen Organisationen und die der Mitglieder ist 1979 insgesamt weiter leicht zurückgegangen. Der Gesamtmitgliederbestand in rechtsextremistischen Organisationen betrug 1979 17.300 Personen (1978: 17.600) in 69 Vereinigungen (1978: 76). In diesen Zahlen ist auch noch die „Wehrsportgruppe Hoffmann“ enthalten, die am 30. Januar 1980 durch den Bundesminister des Innern verboten wurde.

Es gibt 45 rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste (1978: 41). Die Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Rechtsextremisten sank weiter von 427 auf 389.

2. Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) verlor – wie im Vorjahr – rd. 500 Mitglieder und zählt nur noch rd. 8.000 Parteiangehörige. Einen Führungskampf um den Parteivorsitz konnte der Vorsitzende *Mussgnug* für sich entscheiden, diese Auseinandersetzungen offenbarten aber zugleich die Zerrissenheit der Partei. Deutliche Niederlagen erlitt die NPD auch bei den Landtagswahlen 1979. Führende Funktionäre wollen die Partei auf jeden Fall erhalten, weil sie hoffen, eine veränderte politische Gesamtsituation würde ihnen wieder Wähler zuführen.

3. Die Neonazis unter den Rechtsextremisten konnten weitere Anhänger gewinnen. Nach wie vor gibt es keine übergreifende neonazistische Organisation. Die Ende 1979 erfaßten 23 neonazistischen Gruppen (1978: 24) konnten ihren Aktivistestamm auf 1.400 Personen erhöhen (1978: 1.000). Unter ihnen gibt es etwa 300 Aktivisten als „harter Kern“, die durch besondere Militanz und Fanatismus hervortraten und sich verstärkt bemühten, konspirativ vorzugehen. Darunter sind etwa 40, die im Berichtsjahr entweder bereits wegen terroristischer Betätigung abgeurteilt oder von Ermittlungsverfahren nach § 129 a StGB erfaßt sind.

4. Dr. Gerhard Frey, Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) und Vorsitzender der „Deutschen Volksunion“, gründete Ende 1979 nach intensiver publizistischer Vorbereitung eine „Volksbewegung für Generalamnestie“. Die DNZ hat nach wie vor zusammen mit dem DVU-Blatt „Deutscher Anzeiger“ eine Druckauflage von rd. 100.000 Exemplaren und ist damit eine der auflagenstärksten Wochenzeitungen. Die durchschnittliche Wochenauflage aller rechtsextremistischen Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdienste sank um etwa 3.800 Exemplare.

5. Die Nachfrage nach Büchern, Tonträgern und Artikeln, die das Hitlerreich verherrlichen oder symbolisieren, hat nicht wesentlich nachgelassen.

6. Schwerpunkt der Kontakte deutscher Rechtsextremisten, insbesondere der Neonazis in das Ausland, bildeten die Verbindungen zu Gleichgesinnten in den USA, in Großbritannien und in Belgien. Aus den USA wurden große Mengen von neonazistischem Propagandamaterial nach Deutschland eingeschleust. Dabei spielt die „NSDAP-AO“ wiederum eine maßgebliche Rolle. Die Verbindungen zu gleichartigen Gruppen in anderen westlichen Staaten haben ebenfalls weiter zugenommen.

7. Mit der Vergrößerung des neonazistischen Anhangs haben auch die Ausschreitungen zugenommen, wobei sich ein Höhepunkt anlässlich der Ausstrahlung des Fernsehfilms „Holocaust“ ergab. 1979 wurden 1.483 Ausschreitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund (1978: 992) erfaßt, die höchste Zahl seit Kriegsende. Die Zahl der Gewalttaten stieg von 52 auf 97. Die Strafverfolgungsbehörden ermittelten 760 Täter (1978: 365). In 365 Fällen kam es 1979 zu Verurteilungen. Die höchste Strafe erhielt mit elf Jahren Freiheitsentzug ein neonazistischer Terrorist. Seit Herbst 1979 konnte auf Grund der vielfältigen staatlichen Maßnahmen bei einigen neonazistischen Gruppen ein erhebliches Nachlassen der Aktivitäten festgestellt werden.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen, Verlage und Vertriebsdienste

Die Zahl der rechtsextremistischen Organisationen und ihrer Mitglieder hat sich 1979 weiter leicht verringert.

Ende 1979 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 69 rechtsextremistische Organisationen mit rund 17.300 Mitgliedern; Mehrfachmitgliedschaften abgezogen. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Verringerung um sieben Organisationen und 300 Mitglieder (= 1,7 %). Die Zahl der NPD-Mitglieder sank von rd. 8.500 auf rd. 8.000, sie ging erstmals auch bei der NPD-Nebenorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) von 1.500 auf 1.400 zurück. Einen erheblichen Mitgliederverlust hatte wegen interner Differenzen auch das „Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG). Dagegen stieg die Anzahl der Angehörigen neonazistischer Gruppen von 1.000 auf 1.400 und die der Mitglieder in den „national-freiheitlichen“ Organisationen von 5.600 auf 6.400 erheblich.

Einzelheiten der Entwicklung der letzten drei Jahre ergeben sich aus der nachstehenden Tabelle:

Arten der Organisationen (die Übernahme ihrer eigenen Bezeichnungen enthält keine Wertung)	Ende 1977		Ende 1978		Ende 1979	
	Anzahl der Org.	Mitgl.- schaften	Anzahl der Org.	Mitgl.- schaften	Anzahl der Org.	Mitgl.- schaften
„Nationaldemokratische“ Organisationen	5	10.600	5	10.100	6	9.500
Neonazistische Gruppen	17	900	24	1.000	23	1.400
„National-freiheitliche“ Organisationen	7	5.400	7	5.600	6	6.400
Sonstige Vereinigungen	54	5.400	40	5.400	34	4.000
Summe	83	22.300	76	22.100	69	21.300
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehr- fachmitgliedschaften		17.800		17.600		17.300

Unter den 69 Organisationen sind zwei Parteien (NPD und die zahlenmäßig sehr kleine „Unabhängige Arbeiter-Partei“), ferner zehn Jugendorganisationen und vier kleine Studentengruppen mit insgesamt rd. 2.450 Mitgliedern (1978: 2.700).

Die Zahl der Organisationen mit mehr als 250 Mitgliedern ist mit zwölf gegenüber dem Vorjahr gleichgeblieben. Mehr als 1.000 Mitglieder haben die NPD, die JN und die „Deutsche Volksunion“ (DVU). Die Zahl der Organisationen mit 100 und weniger Mitgliedern hat sich von 64 auf 57 verringert.

Die nachstehende Tabelle vermittelt eine Übersicht über die Größenordnung rechtsextremistischer Organisationen:

Anzahl der Organisationen mit einem Mitgliederbestand von	mindestens						weniger als	
	4000	1000	500	250	100	50	20	20
„National-demokratische“ Organisationen	1	1	-	-	-	-	1	3
Neonazistische Gruppen	-	-	-	1 *)	5	1	4	12
„National-freiheitliche“ Organisationen	1	-	1	1	2	-	-	1
Sonstige Vereinigungen	-	-	3	3	6	4	8	10
Gesamt	2	1	4	5	13	5	13	26 =69
	12 Organisationen mit mehr als 250 Mitgliedern				57 Organisationen mit 100 oder weniger Mitgliedern			

Ende 1979 bestanden neben diesen Organisationen 45 rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste (1978: 41).

Einzelheiten sind aus der folgenden Tabelle zu ersehen:

	1977	1978	1979
Buchverlage	14	12	15
Zeitungs- und Schriftenverlage	15	14	16
Vertriebsdienste	15	15	14
Zusammen	44	41	45

2. Publikationen

Die Anzahl und die durchschnittliche Wochenaufgabe**) rechtsextremistischer Publikationen sind 1979 weiter gesunken. Am Jahresende 1979 gab es 92 periodische Publikationen (1978: 104) rechtsextremistischer Organisationen und Verlage. Die durch-

*) Es handelt sich um die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die am 30. 1. 1980 durch den Bundesminister des Innern verboten wurde.

**) Um vergleichbare Zahlen zu erhalten, sind die Auflagen der nicht wöchentlich erscheinenden Schriften auf eine durchschnittliche Wochenaufgabe umgerechnet worden.

schnittliche Wochenauflage dieser Schriften sank um 3.800 auf 174.300 Exemplare und hat damit den niedrigsten Stand seit 1965 erreicht.

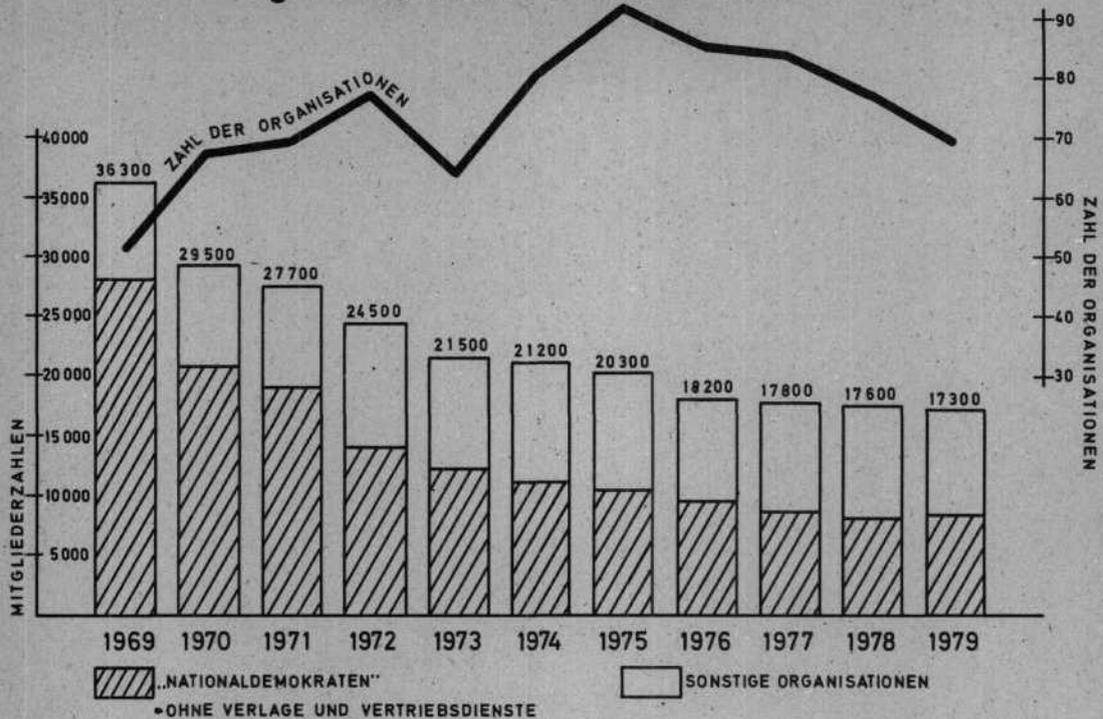
Entsprechend der organisatorischen Entwicklung dieser Gruppierungen sind die Publikationen der „Nationaldemokraten“ zurückgegangen und haben die der „Nationalfreiheitlichen“ zugenommen. Die neonazistischen Schriften sind auf weniger als die Hälfte der vorjährigen durchschnittlichen Wochenauflage zurückgegangen; das ist auf die exekutiven Maßnahmen gegen deren Hersteller zurückzuführen. Dagegen haben die selbständigen rechtsextremistischen Verlage die durchschnittliche Wochenauflage ihrer Publikationen gesteigert. Dies beruht vor allem auf der Auflagensteigerung der Monatsschrift „MUT“ sowie auf einzelnen besonders hohen Sonderauflagen der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ). Der Anteil der organisationsunabhängigen Verlage an der Gesamtauflage aller 1979 erschienenen Schriften beträgt 73,4 % (1978: 69,5 %). Die DNZ und das DVU-Blatt „Deutscher Anzeiger“ haben wie in den Vorjahren eine wöchentliche Auflage von rd. 100.000 Exemplaren, von denen jedoch ein beachtlicher Teil nicht verkauft wird. Einschließlich ihrer Sonderauflagen stellten sie zusammen mit der ebenfalls wöchentlich erscheinenden „Deutschen Wochen-Zeitung“ 74 % der durchschnittlichen Wochenauflage aller rechtsextremistischen Publikationen (1978: 70,2 %).

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik seit 1977:

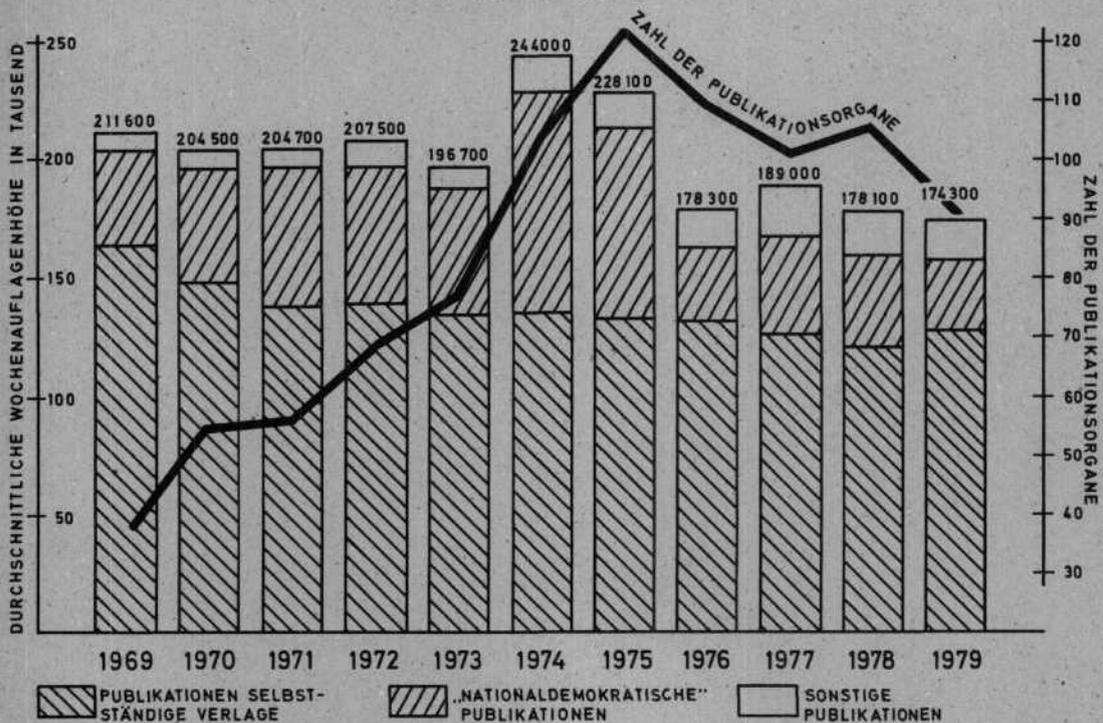
	Zahl	durch- *) schnittl. Wochen- auflage 1977	Zahl	durch- *) schnittl. Wochen- auflage 1978	Zahl	durch- *) schnittl. Wochen- auflage 1979
„Nationaldemokratische“ Schriften	31	39.000	36	33.400	33	29.700
Neonazistische Schriften	18	9.200	20	7.700	15	3.600
„Nationalfreiheitliche“ Schriften	5	10.200	5	10.200	5	10.700
Schriften sonstiger Vereinigungen	23	2.200	24	3.000	19	2.400
Publikationen der rechtsextremistischen Organisationen insgesamt:	77	60.600	85	54.300	72	46.400
Publikationen selbständiger Verlage insgesamt:	22	128.400	19	123.800	20	127.900
Insgesamt:	99	189.000	104	178.100	92	174.300

*) Erhöhte Auflagen zu besonderen Anlässen sind nicht eingerechnet.

Entwicklung der rechtsextremistischen Organisationen von 1969-1979 *



Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik von 1969-1979



3. Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst

3.1 Ende 1979 waren – soweit bekannt – 389 Rechtsextremisten (gegenüber 427 im Vorjahr) im Bundes-, Landes- und Kommunaldienst sowie in Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts beschäftigt.

Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Vergleichszahlen für 1978 in Klammern):

	Personen insgesamt	NPD	sonstige rechts- extremistische Organisationen
Bundesdienst	196 (218)	159 (188)	37 (30)
Landesdienst	118 (133)	88 (106)	30 (27)
Kommunaldienst	60 (62)	51 (52)	9 (10)
Dienst in Körperschaften und Anstalten des öffentl. Rechts	15 (14)	13 (12)	2 (2)
	<hr/> 389 (427)	311 (358)	78 (69)

3.2 Die im Bundesdienst beschäftigten 196 Rechtsextremisten sind bei nachgeordneten Behörden tätig: Zwei gehören dem Bundesgrenzschutz an, 88 der Bundeswehr, und zwar 53 als Zeit- und Berufssoldaten sowie 35 als Zivilbedienstete. Wehrpflichtige sind in diesen Angaben nicht berücksichtigt.

3.3 Von den 118 Landesbediensteten in rechtsextremistischen Organisationen (Vergleichszahlen für 1978 in Klammern) sind beschäftigt:

– im Schuldienst	48 (47)
– in der Justiz	14 (17)
– in der Finanzverwaltung	9 (11)
– bei der Polizei	17 (15)
– in anderen Verwaltungs- bereichen	<u>30 (43)</u>
	118 (133)

3.4 Von den insgesamt 389 im öffentlichen Dienst stehenden Rechtsextremisten sind 1 Richter *), 202 Beamte, 53 Soldaten, 92 Angestellte, 41 Arbeiter.

Die 255 Beamten und Soldaten gehören folgenden Laufbahngruppen oder vergleichbaren Dienstgraden an:

höherer Dienst:	33
gehobener Dienst:	77
mittlerer Dienst:	100
einfacher Dienst:	45

*) in früheren Berichten unter Beamten erfaßt.

III. „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD)

Die Lage der NPD hat sich angesichts ihrer anhaltenden politischen Erfolglosigkeit 1979 weiter verschlechtert. Das Bundesvorstandsmitglied Winfried *Krauss* (33) aus Nürnberg stellte in einer „Denkschrift“ fest: „Die ständige Erfolglosigkeit führt . . . zu Resignation oder zu einer Mentalität des Politstammtischs, Häuflein der sieben Aufrechten oder zu Radikalisierung“.

Mitglieder der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) wandten sich zunehmend militanten neonazistischen Gruppen zu, wo sie mehr Aktionismus erwarteten.

Das Auftreten der NPD und der JN in der Öffentlichkeit führte auch 1979 zu starken Gegendemonstrationen. Die Polizei mußte wiederholt einschreiten, um gewalttätige Auseinandersetzungen zu unterbinden.

1. Parteiorganisation

1.1 Die NPD hat auch 1979 zahlreiche Mitglieder verloren. Sie zählt jetzt noch rd. 8.000 Parteizugehörige (1978: 8.500). Sie ist damit aber – trotz ihrer politischen Bedeutungslosigkeit – nach wie vor die größte rechtsextremistische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland.

1.2 Nur noch wenige Mitglieder sind bereit, sich aktiv für die NPD einzusetzen oder Funktionen zu übernehmen. *Krauss* führte in seiner „Denkschrift“ aus: „Die Verbände haben zunehmend Schwierigkeiten, die Vorstände zu besetzen. Dies führt dazu, daß die Qualifikation der unteren und mittleren Führungsschicht deutlich nachläßt . . . vielerorts wird die Partei lediglich verwaltet, jedoch nicht geführt . . . Die Partei droht auseinanderzulaufen“. Allenfalls noch ein Viertel der Kreisverbände ist voll einsatzfähig. Der an der Parteibasis geschätzte Landesvorsitzende von Rheinland-Pfalz legte im Mai resignierend sein Amt nieder.

1.3 Der desolatte Zustand der Partei, die noch Ende 1968 mit 60 Abgeordneten in sieben Landtagen oder Bürgerschaften vertreten war, wurde von der Parteibasis vor allem dem Parteivorsitzenden Martin *Mussnug* (43, Rechtsanwalt) aus Tuttlingen angelastet. Die Kritik an der Parteiführung kam vor allem aus den Reihen der JN, die *Mussnug* Unfähigkeit, Ängstlichkeit und fehlendes Durchsetzungsvermögen vorwerfen. Dies gab auch der von dem ehemaligen JN-Bundesvorsitzenden Günther *Deckert* (39, Oberstudienrat) aus Weinheim angeführten innerparteilichen Opposition Auftrieb. *Deckert*, der einen aggressiveren Kurs verfolgt, kandidierte auf dem Bundesparteitag am 8./9. Dezember in Ketsch gegen *Mussnug*, unterlag aber mit 103 zu 164 Stimmen.

1.4 Die Pressearbeit der NPD ist ebenfalls rückläufig. Die durchschnittliche Wochenaufgabe aller „nationaldemokratischen“ Periodika betrug rd. 30.000 Exemplare (1978: rd. 33.500). Den höchsten Anteil hatte das Parteiorgan „Deutsche Stimme“ mit meist 100.000 Exemplaren im Monat. Die Partei gab darüber hinaus noch 20 weitere örtliche und überörtliche, die JN insgesamt 17 Blätter heraus. Als Beispiele seien genannt: „Die Brennessel“ (Saarland), „Eulenspiegel“ (Köln), „Frontal“ (Bayern), „Junge Stimme“ (Bundesvorstand), „Signal“ (JN-Hessen).

1.5 Finanzielle Reserven sind kaum noch vorhanden, dagegen hat die NPD erhebliche Schulden gegenüber der Bundestagsverwaltung (768.652 DM) und gegenüber Landtagsverwaltungen (rd. 320.000 DM). Spendenaufrufe zeigten keine erwähnens-

werte Resonanz. Vereinzelt versuchte die Partei, mit „Freundes-“ und „Fördererkreisen“ neue Geldquellen zu erschließen.

1.6 Während die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in den letzten Jahren Abgänge mit Zugängen ausgleichen konnten, gingen sie im Berichtszeitraum erstmals auf rd. 1.400 Mitglieder zurück (1978: rd. 1.500). Sie sind aber nach wie vor die aktivste Gruppierung der „Nationaldemokraten“. Sie geben sich kämpferisch und suchen bewußt die Konfrontation mit dem politischen Gegner. Die leichten personellen Verluste beruhen vor allem auf einer Abwanderung zu neonazistischen Aktivistengruppen insbesondere im norddeutschen Raum. In Schleswig-Holstein und Hamburg gibt es kaum noch JN-Gruppen. In Teilbereichen unterhalten JN-Mitglieder enge Kontakte zu Neonazis, so z. B. im Raum Lüneburg und vor allem in Berlin. Die Berliner Landesvorsitzende protestierte im Juni gegen die Forderung des JN-Bundesvorstandes, neonazistische Gruppen müßten verboten werden. JN-Aktivisten stellten ihre Militanz unter Beweis, indem sie Auseinandersetzungen mit der Polizei suchten und Schlagwaffen mit sich führten. Am 16. Juni wurden in Alzenau anläßlich einer nicht genehmigten JN-Demonstration fünf Polizeibeamte verletzt.

1.7 Der „Nationaldemokratische Hochschulbund“ (NHB), wie die JN eine Nebenorganisation der NPD, hatte 1979 nur noch statistische Bedeutung. Die Aktivität der von ihm gegründeten „amnesty national“ erschöpfte sich in einer Demonstration für Nico Hübner am 17. Juni vor dem Kölner Dom. Pläne zur Aktivierung der Arbeit an Universitäten konnten nicht verwirklicht werden.

2. Wahlergebnisse der NPD 1979

Im November 1978 hatte die NPD-Führung angesichts der Mißerfolge bei Wahlen und wegen der schlechten finanziellen Lage erklärt, sie werde sich künftig nur noch an solchen Wahlen beteiligen, die Aussicht auf Erfolg böten. Dennoch trat sie zu drei Landtags- bzw. Bürgerschafts- und zu drei Kommunalwahlen an, die mit schweren Niederlagen endeten.

2.1 Landtagswahlen

	Landtagswahl 1975		Bundestagswahl 1976		Landtagswahl 1979	
	Stimmen	%	Stimmen	%	Stimmen	%
Rheinland-Pfalz (18. März)	22.942	1,10	10.794	0,44	14.915	0,70
Schleswig-Holstein (29. April)	8.123	0,54	4.347	0,26	2.825	0,18
Bremen (7. Oktober)	4.781	1,11	1.569	0,33	1.602	0,39

Dabei war die Bremer Bürgerschaftswahl für die NPD die „Schwerpunktwahl“ des Jahres. Bemerkenswerte Ergebnisse erzielte die Partei bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz im Donnersbergkreis (1,8 %), in Pirmasens (1,5 %) und im Landkreis Kusel (1,3 %). In Schleswig-Holstein trat die NPD nur in etwa drei Viertel der Wahlkreise an.

2.2 Kommunalwahlen

Die NPD bewarb sich nur in zwei Kreisen und in zwei Gemeinden und erreichte zwischen 0,7 % und 4,2 % der Stimmen. 4,2 % erhielt sie am 10. Juni in der Gemeinde Wachenheim (Rheinland-Pfalz). In Kommunalvertretungen sind nunmehr nur noch 13 Mandatsträger der NPD; in Baden-Württemberg einer, in Rheinland-Pfalz und in Niedersachsen je drei und in Bayern sechs (1978: insgesamt 22).

3. Der politisch-ideologische Standort der NPD

Der rechtsextremistische Standort der NPD und ihrer Nebenorganisationen wurde auch im Berichtsjahr gekennzeichnet

- durch eine pauschale Überbewertung der „Volksgemeinschaft“ und des „Volksganzen“ auf Kosten der Individualrechte,
- durch nationalsozialistische, insbesondere rassistische Tendenzen und
- durch eine systematische, demokratiefeindliche Propagandakampagne gegen Repräsentanten und Institutionen des Staates.

4. Rechtsextremistische Agitation der „Nationaldemokraten“

4.1 Der völkisch-biologische Kollektivismus ist nach wie vor weltanschaulicher Wesensbestandteil „nationaldemokratischer“ Argumentation. Nach Ansicht der NPD beruht das „lebensrichtige Weltbild“ auf dem „biologisch und geschichtlich gewachsenen Volk“ und dem „verschiedenen Erbgut“. Die Partei will damit zum Ausdruck bringen, daß „in einer Nationaldemokratie . . . die Einheit von Mensch, Volk und Nation oberster Grundsatz jeglichen Handelns ist und somit die Interessen der Gemeinschaft vor den Interessen des einzelnen stehen“. In Konsequenz dieser „lebensrichtigen Weltansicht“ fordert die NPD eine neue ethische Ordnung auf der Grundlage der „naturgemäßen Deutung des Gemeinschaftslebens“, unter der sie „vor allem eine biologische“ versteht. „Menschen und Völker bleiben entscheidend von ihrer Erbmasse geprägt“. Daher sei der „Bezugspunkt allen politischen Handelns die Abstammungs- und Kulturgemeinschaft des Volkes“. So ist nach Auffassung der NPD das Ausländer- und Überfremdungsproblem „die Überlebensfrage des deutschen Volkes“.

Fundstellen:

„Deutsche Stimme“ 1/79, S. 4; 2/79, S. 3; „profil“ 8/79, S. 3, 5 ff. u. 8; „Ausgangslage zur Deutschland- und Europapolitik aus der Sicht der NPD“ (Schrift des Parteivorstandes vom Mai 1979); „Kreisvorsitzendentagung 1979“, S. 26 (Broschüre); Aufruf des NPD-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen an alle Bürger von Unna.

4.2 Die NPD rechtfertigte die NS-Diktatur, indem sie die Behauptung, „Hitler sei an allem schuld“, als „bis ins kleinste Detail widerlegt“ ansah. „Er hielt Danzig und den Korridor eines kurzen Feldzuges für wert, aus dem dann andere und nicht er einen sechsjährigen Weltkrieg gemacht haben“. Daher forderte die NPD „Schluß mit der Kriegsschuldlüge!“ und „die endliche Feststellung, daß die Kriegsführer der Alliierten, Stalin, Roosevelt und Churchill, sadistische Kriegsverbrecher gewesen sind“. Die Partei beteiligte sich auch an der Agitation gegen die „Holocaust“-Fernsehserie im Januar 1979. Sie bezeichnete diese Serie als „volksverhetzendes Greuelmärchen US-jüdischer Geschäftemacher“, das nur dazu diene, „den Bestand des Staates Israel durch immerwährende Milliardenzahlungen auf alle Zeiten“ zu sichern. Holocaust sei „der Generalangriff gegen das deutsche Volk“ mit dem Ziel, „dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit übelste Verbrechen anzulasten“. Dem amerikanischen Professor Butz (Hochschullehrer für Elektrotechnik und Amateurhistoriker), der das Buch „Der Jahr-

Agitation der „National-Demokraten“

Report
Schulungsblatt der Jungen Nationaldemokraten (JN)

DEUTSCHE STIMME
NATIONALDEMOKRATISCHE ZEITUNG

EXPLOSIV

Holocaust international
Wieviele Milliarden sollen Deutsche jetzt zahlen?

Vorwärts im nationalistischen Befreiungskampf!
Nationalismus ist Wille zu Freiheit!

1. MAI Tag des schaffenden Menschen
gegen Ausbeutung, Fremdherrschaft und Klassenkampf

MEGAPHON
SPRACHROHR DER NATIONALISTISCHEN JUGEND SCHAUMBURG / AUFL. 2000 / NR.1

Europa-Wahl: der große Volksbetrug!

zerschlagt den Kommunismus
SCHÜLER & AZUBIS: KOSTENLOS - BERUFSTÄTIGE: 150 PF - BÜNDEN & PARASITEN 11, DM

BAUM HETZT GEGEN NPD

„Europa“-Wahl - ein Geschäft für Kartellparteien

PFEIL
Keine Lektüre für Bonzen und Parasiten!

FREIHEIT den Menschen! FREIHEIT den Völkern!

Zuerst Deutschland dann Europa!

Deutsch denken - Zukunft sichern - NPD wählen

Die Brennessel
NATIONALISTISCHE JUGEND- UND SCHÜLER-ZEITSCHRIFT FÜR DAS SAARLAND

CSU-TERROR gegen NATIONALDEMOKRATEN

Kampf der Heuchelei

Ökologisches Manifest

Westdeutschland heute:

Nationaler Freiheitskampf
Deutschland-Treffen 1979? Keine Frage - Ja!

Nationale Solidarität statt Klassenkampf

Psychoterror im „freiheitlichsten Rechtsstaat“ den es je auf deutschem Boden gab

Rechtsstaat demontiert Roter Mob regiert

Deutsche Einheit aufgegeben

Schluß mit der deutschen Zwietracht

Endlich Generalamnestie

Schluß mit der Lügenpropaganda

KAMPF DEM POLITISCHEN RUFMORD!

Schluß mit der Kolonial-Herrschaft auf deutschem Boden

Wir fordern: Amnestie für alle Straftaten des Zweiten Weltkrieges

Die Zeit arbeitet für uns NPD - damit unser Land

Nationalismus • Sozialismus Deutsch bleibt!

Volksbewußtsein tut no

Bundestag stimmt gegen Deutschland

NPD damit unser Deutschland wieder in Ordnung kommt!

Wir Nationaldemokraten wissen, daß unsere Zeit kommt!

Kein Europa ohne DEUTSCHE EINHEIT
Nicht wählen! STOP NPD

Dem Volke
Diesem Staat muß ein neues Gesicht gegeben werden.

Wir Nationaldemokraten wissen, daß unsere Zeit kommt!

Angreifen - Überzeugen - Siegen
NPD gegen Integration der ausländischen Gastarbeiter!

Deine Kampfspende für den Sieg der Nationaldemokratie

MIT DEM VOLKE FÜR DAS VOLK: NPD Nationaldemokraten!
sozialrevolutionär nationaldemokratisch

DEUTSCHE Minderheit im eigenen Land!

Der Volksverrat der Scheinhellige

Widerstand wird zur Pflicht!

LEBENSCHUTZ STATT STRAHLENTOD

Bürgermah - Umweltbewußt Für das Leben.

Bonner Schuldenmacher INFLATION SCHULDENBERG DROHENDER STAATSBANKROT

Feilheit. Dein Name ist CDU

Wer die etablierten Parteien CDU/CSU - SPD - FDP wählt - wählt Korruption, Kulturverfall, Kriminalität, Schuldenwirtschaft, soziale Ungerechtigkeit, Zerstörung der Lebensgrundlagen unseres Volkes.

Innenminister Baum ist Verfassungseind

Dokumente zur Kriegsschuldfrage

hundertbetrug" geschrieben hat, solle man abnehmen, daß es keine systematische Judenvernichtung gegeben habe.

Fundstellen:

„Deutsche Stimme“ 2/79, S. 1; „Hamburger Nationaldemokraten“ Januar 1979, S. 3; Juni/Juli 79, S. 1 f; August/September 79, S. 8; Flugblatt des NPD-Kreisverbandes Frankfurt/Main.

4.3 Die NPD setzte auch 1979 ihre für extremistische Gruppierungen typische Diffamierung verfassungsmäßiger Institutionen und ihrer Mitglieder fort, die sie als „Rufmordmafia“, „Geldsackdemokraten“, „Kartellbonzen“, „Volkszerstörer“, „Volksverhetzer“, „Besatzer-Parteien“, „Bonner Polit-Gangster“ u. ä. bezeichnete. Sei seien „Vasallen und Stiefelputzer der ehemaligen Siegermächte und ihrer Hintermänner im Kreml und Wallstreet“. Das „Parteienkartell“ betreibe den „permanenten Ausverkauf nationaler Interessen und Belange“.

Fundstellen:

„Deutsche Stimme“ 1/79, S. 1; 7/79, S. 4; 10/79, S. 3; „Nationaldemokratische Propaganda-Depesche“ 1/79, S. 1; „Hamburger Nationaldemokraten“ Januar 79, S. 1; „Bayern Stimme“ 2/79, S. 2; Antrag Nr. 16 des JN-Kreisverbandes Hagen, angenommen auf dem JN-Bundeskongreß am 22./23. September in Weinheim.

IV. Neonazistische Aktivitäten

Die Aktivitäten der Ende 1979 erkannten 23 neonazistischen Gruppen, die an die Weltanschauung und das Programm der NSDAP anknüpfen und die Errichtung eines der NS-Diktatur vergleichbaren Systems anstreben, haben – auf das gesamte Berichtsjahr bezogen – weiter zugenommen. Die zahlreichen Exekutivmaßnahmen und Verurteilungen führten aber insbesondere nach dem Abschluß des Bückeburger Prozesses zu einem deutlichen Nachlassen der Aktivitäten einiger Gruppen. Führende NS-Aktivisten erklärten deshalb, man müsse aus den Exekutivmaßnahmen die erforderlichen Lehren ziehen und sich künftig konspirativer verhalten. Weitere Aktionen seien wichtig, damit sich nicht auch in den eigenen Reihen der Eindruck verfestige, die Maßnahmen der Justiz hätten gewirkt.

Den neonazistischen Gruppen ist es aufgrund der zahlreichen Exekutivmaßnahmen auch nicht gelungen, eine bundesweite Organisation aufzubauen und damit einen organisatorischen Zusammenhalt untereinander zu erreichen. Auch 1979 versuchten neonazistische Aktivisten, mit terroristischer Gewalt politische Ziele zu erreichen. Auf diese Entwicklung haben Behörden und Gerichte reagiert: dies macht die 1979 angestiegene Zahl der Ermittlungsverfahren und Urteile sichtbar. Die Aktivitäten einiger neonazistischer Gruppen haben daraufhin deutlich nachgelassen. Diese Entwicklung hat sich im Jahre 1980 fortgesetzt.

1. Terroristische neonazistische Täterkreise

1.1 Am 13. September verurteilte das Oberlandesgericht Celle in Bückeburg nach mehrmonatiger Verhandlung sechs neonazistische Aktivisten zu Freiheitsstrafen zwischen vier und elf Jahren. Die Angeklagten Lothar *Schulte* (26, ehem. Stabsunteroffizier) – elf Jahre –, Uwe *Rohwer* (42, kaufmännischer Angestellter) – neun Jahre –, Dieter *Puls* (37, Staplerfahrer) – neun Jahre –, Lutz *Wegener* (22, Fotokaufmann) – acht Jahre –, Manfred *Börm* (29, Hochbautechniker) – sieben Jahre – wurden für schuldig erkannt, im Rahmen einer terroristischen (§ 129a StGB), *Börm* im Rahmen einer krimi-

nellen Vereinigung (§ 129 StGB) schwere strafbare Taten wie gemeinschaftlichen schweren Raub, gemeinschaftliche räuberische Erpressung, gefährliche Körperverletzungen, Verstöße gegen das Waffengesetz und andere schwere Delikte mit wechselnder Beteiligung begangen zu haben. *Kühnen* (24, ehem. Bundeswehrleutnant, jetzt Journalist), der eine Gesamtfreiheitsstrafe von vier Jahren wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verherrlichung von Gewalt und anderer Delikte erhielt, wurde von dem Vorwurf der Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung mangels Beweises freigesprochen. Der Beschluß, mit dem das OLG Celle im „Bückeburger Prozeß“ eine Nachtragsanklage gegen Kühnen wegen Mitgliedschaft in einer anderen terroristischen Vereinigung nicht zur Hauptverhandlung zugelassen hatte, wurde vom Bundesgerichtshof aufgehoben. Eine Entscheidung steht insoweit noch aus.

Während des Prozesses trat als Zeuge der Verteidigung der Propagandaleiter der „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO), der US-Amerikaner Gary Rex *Lauck* (26, Journalist) aus Lincoln/Nebraska, auf. Ihm war wegen der gegen ihn laufenden Ermittlungsverfahren sicheres Geleit für seine Zeugenaussage zubilligt worden. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Ermittlungsverfahren wegen falscher uneidlicher Aussage ein, nachdem *Lauck* trotz anderslautender Veröffentlichungen im NSDAP-AO-Organ „NS-Kampftruf“ erklärt hatte, in diesen Schriften sei nicht zur Gewaltanwendung aufgefordert worden.

1.2 Die Strafverfolgungsbehörden des Bundes und einiger Länder ermittelten nach dem Stand von Ende 1979 in einem knappen Dutzend weiterer Verfahren nach § 129a StGB gegen eine Reihe von Neónazis. Es handelt sich z. B. um Strafverfahren gegen einen Täterkreis aus Braunschweig, dem u. a. vorgeworfen wird, im Jahre 1977 Sprengstoffanschläge mit Rohrbomben auf Justizgebäude in Flensburg und Hannover durchgeführt und gegen Repräsentanten des öffentlichen Lebens geplant zu haben; um einen Täterkreis aus Hanau, der beschuldigt wird, einen Mordanschlag gegen zwei Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens Mitte 1978 vorbereitet zu haben; und einen Täterkreis aus Schleswig-Holstein, dem vorgeworfen wird, Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle geplant zu haben. Ein 21-jähriger Student aus Süddeutschland ist in Haft wegen des Verdachts der versuchten Bildung einer terroristischen Vereinigung mit dem Ziel, Sprengstoffanschläge und Raubüberfälle zu verüben, z. B. gegen die Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen in Ludwigsburg, US-Kasernen und KZ-Gedenkstätten.

2. Neonazistische Gruppen

2.1 Am Jahresende 1979 hatten die Verfassungsschutzbehörden 23 (1978: 24; 1977: 17) neonazistische Gruppen erfaßt, denen etwa 1.400 Aktivisten (Ende 1978: 1.000) zuzurechnen sind. Darunter sind 300, die den sog. harten neonazistischen Kern bilden. Ungefähr 200 dieser Aktivisten waren bereits entweder an Gewalttaten beteiligt oder hatten Gewalt angedroht, Sprengstoff, Waffen und Munition beschafft oder Planungen dieser Art entwickelt oder gefördert. Zu diesem Personenkreis gehören auch die oben unter IV.1 genannten Personenkreise, die entweder wegen ihrer terroristischen Aktivitäten bereits verurteilt wurden oder der Bildung terroristischer Vereinigungen beschuldigt werden. Unter den 300 Aktivisten des „harten neonazistischen Kernes“ ist die Altersgruppe von 21 bis 30 Jahren mit 47 %, die vom 31. bis 40. Lebensjahr und unter 20 Jahren jeweils mit etwa 15 % vertreten. 37 % sind Angestellte, 35 % Ar-

beiter. Schüler und Studenten sind mit ca. 15 %, selbständige Berufe und öffentlicher Dienst (einschließlich Wehrdienstleistender) mit jeweils 4 % vertreten. Rund 5 % der 300 Aktivisten sind Rentner und Hausfrauen.

Die neonazistischen Gruppen sind Gesinnungs- oder Kampfkader, deren Zusammengehörigkeit sich im Regelfall allein durch das Zusammenwirken bei gemeinsamen Aktionen ausweist, die von den Führungspersonen geplant, vorbereitet und koordiniert werden. Organisatorische Strukturansätze finden sich meist dort, wo paramilitärische Ausbildung eine hierarchische Gliederung verlangt, wie z. B. bei den sogenannten „Wehrsportgruppen“.

Soweit neonazistische Gruppen Ziele mit militanten Mitteln verfolgten, wendeten sie Konspirationstechniken an, die sie häufig von den linksextremistisch motivierten Gewalttättern übernahmen. Die vielen Funde von Sprengstoff, Waffen und Munition anlässlich von Hausdurchsuchungen in neonazistischen Aktivistenkreisen zeigten deren militante und kriminelle Energie. 1979 wurden in 71 Zugriffen, die fast ausschließlich neonazistische Aktivisten betrafen, sichergestellt:

rd. 7 kg Sprengstoff, 121 Handgranaten, 13 automatische Schußwaffen, 44 Gewehre, 118 Handfeuerwaffen, 24 sonstige Schußwaffen, 144 Hieb- und Stichwaffen und rd. 10.000 Schuß Munition.

2.2 Die neonazistischen Gruppen boten in der Öffentlichkeit ein unterschiedliches Bild. Einige bevorzugten die politische Provokation, indem sie z. B. schwarze, mit Naziemblemen ausgestattete Uniformen trugen. Andere verbreiteten über Verteilerzirkel NS-Propagandamittel. Wieder andere bezeichneten sich als „Bürgerinitiativen“ und traten im Stile von außerparlamentarischen Interessenvertretungen auf. Neonazistische Anführer vermittelten ihren Anhängern auch die Überzeugung, körperliche Erziehung und Umgang mit Waffen seien notwendig. Dies führte verschiedentlich zur Bildung von „Wehrsportgruppen“ mit paramilitärischer Ausbildung in Uniform.

2.2.1 Die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), in deren Randbereichen sich der in Bückeburg abgeurteilte Täterkreis gebildet hatte, war unter der Führung *Kühnens* 1978 noch eine der militantesten neonazistischen Gruppen im Bundesgebiet gewesen. Die auch 1979 zunächst noch lebhaften Aktivitäten (zahlreiche Flugblattaktionen, Demonstrationen, Schmieraktionen und Treffen) gingen unter dem Eindruck des Prozesses gegen *Kühnen* immer mehr zurück. Gegen Jahresende hatte die ANS nur noch wenige Anhänger.

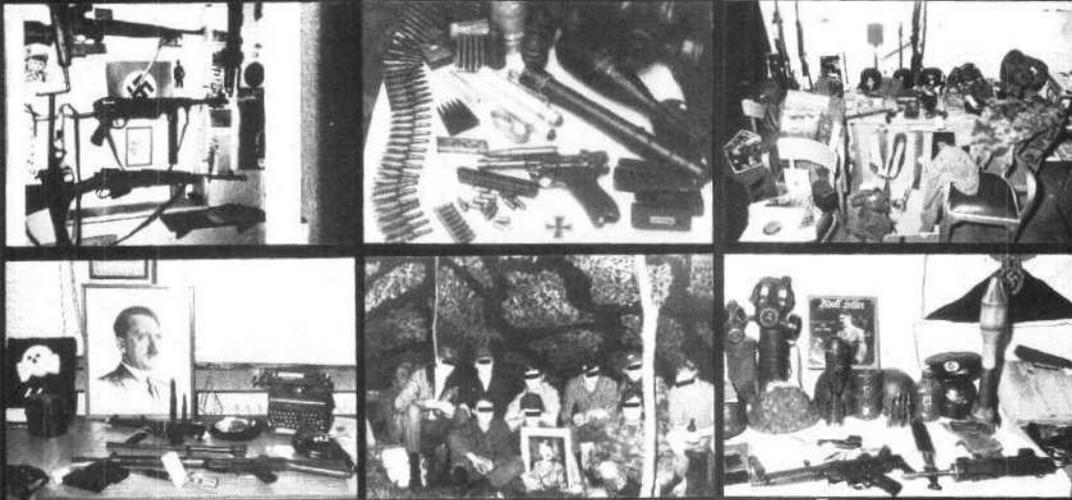
2.2.2 Nach dem Vorbild der ANS hatte sich in Hannover unter Leitung des kaufmännischen Angestellten *Volker Heidel* (25) die „Antikominternjugend“ (AKJ) gegründet, die ebenfalls u. a. durch spektakuläre Auftritte in schwarzen Uniformen für Aufsehen in der Öffentlichkeit sorgte. Nach der Verhaftung *Heidels*, der dem terroristischer Planungen und Anschläge verdächtigen Braunschweiger Täterkreis (vgl. oben unter IV.1.2) zugeordnet wird, zerfiel die Gruppe.

2.2.3 Der „ANS-Gau Schleswig-Holstein“ ist ebenfalls inzwischen inaktiv geworden, nachdem sein wiederholt vorbestrafter Leiter *Frank Stubbemann* (23, Student) zusammen mit weiteren NS-Aktivisten wegen Verabredung zu einem Sprengstoffverbrechen und einem Raubüberfall zu Freiheitsstrafen verurteilt worden war.

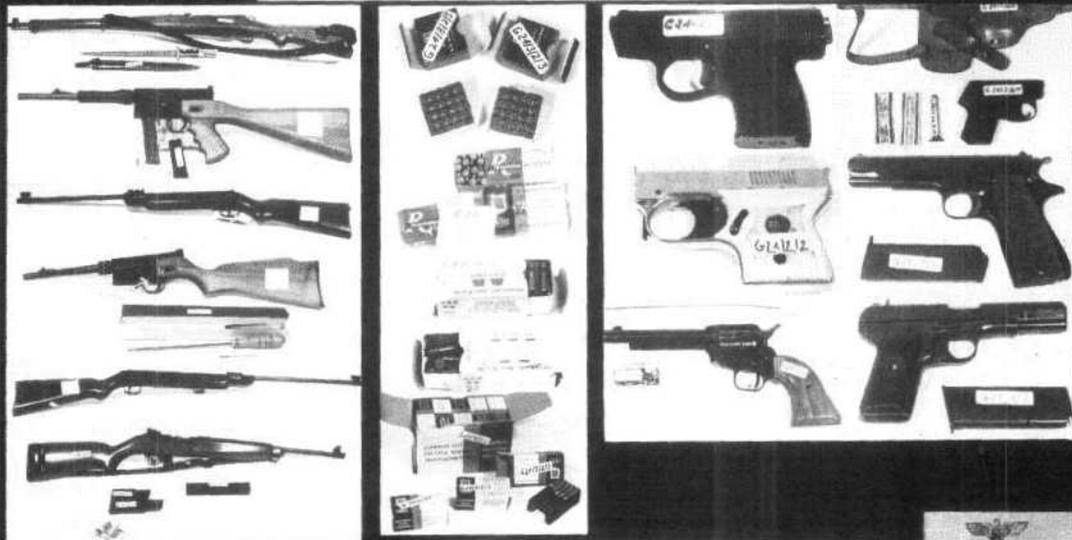
2.2.4 Besondere publizistische Aktivitäten entwickelte im Berichtsjahr der ebenfalls wegen politischer Delikte vorbestrafter ANS-Funktionär *Edgar Geiss* (50, Journalist) aus Stade, der auch unter der Bezeichnung „Deutsche Bürgerinitiative gegen Kriegsschuld- und Vergasungslüge“ auftrat.

Sichergestellte Waffen und sonstiges Material

„Wehrsportgruppe Ostwestfalen-Lippe“



Terrorverdächtiger Täterkreis in Nord-Schleswig



2.2.5 Die der ANS nachgebildete NS-Gruppe München des mit Haftbefehl gesuchten, derzeit im Ausland flüchtigen Willibald *Kraus* (24, Bürokaufmann) trat seit August teilweise als „Junge Front“ (JF) auf. Es handelt sich um knapp zwei Dutzend Aktivisten, die die Ziele der neonazistischen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands“ (VSBD) unterstützten und paramilitärische Übungen abhielten.

2.2.6 Im September ermittelte die Polizei eine bewaffnete „Kampfgruppe Schwarzwald“, die unter der Leitung eines terroristischer Planungen verdächtigen, verhafteten Wiking-Jugend-Gaueführers stand. Sie wollte angeblich u. a. Sprengstoffanschläge auf öffentliche Gebäude durchführen.

2.2.7 Unter der Bezeichnung „NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO) verbergen sich einige lose zusammenarbeitende Aktionszellen, die aber die Existenz einer Aufbauorganisation auf breiter Basis im Bundesgebiet vortäuschen. Diese Zellen wurden auch 1979 von ausländischen Gesinnungsgenossen in den USA, Belgien, Großbritannien, Niederlanden und einigen anderen Ländern unterstützt. Nach der Verhaftung des deutschen NS-Aktivisten Paul *Otte* (51, Maschinenschlosser), der bis gegen Ende 1978 eine führende Rolle in der NSDAP-AO spielte, haben deren Aktivitäten ebenfalls merklich nachgelassen. Auf der anderen Seite wurde durch ihren Propagandaleiter *Lauck* nach wie vor neonazistisches Propagandamaterial wie der „NS-Kampfruf“ in großen Mengen in das Bundesgebiet versandt oder über das benachbarte westliche Ausland eingeschleust. Der „Kampfruf“ forderte zur Durchsetzung politischer Ziele uneingeschränkt auch die Gewaltanwendung und enthielt aggressive antisemitische Artikel deutscher NSDAP-AO-Aktivisten. Ein NSDAP-AO-Produkt ist mit großer Wahrscheinlichkeit auch der neu herausgebrachte „Völkische Beobachter“, von dessen zweiter Nummer die niederländische Polizei Anfang Dezember einige tausend Exemplare beschlagnahmen konnte.

2.2.8 Bei zwei NS-Aktivisten wurden Schriften zum Herstellen von Sprengmitteln mit dem Titel „Das Märchen vom bösen Wolf“ sichergestellt. Der Urheber dieser Schrift, die bis ins einzelne u. a. auch die Anwendungsmöglichkeiten von Sprengstoffen und Brandsätzen schildert, ist noch nicht bekannt.

2.2.9 Der Führer einer NS-Aktivistengruppe in Mainz, Curt *Müller* (49, Gärtnermeister) unterhielt 1979 ebenfalls enge Kontakte zu der ANS und der NSDAP-AO.

2.2.10 Die seit 1973 von Karl-Heinz *Hoffmann* (42, Graphiker) geführte „Wehrsportgruppe“ (WSG) wurde am 30. Januar 1980 wegen ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Tätigkeit durch den Bundesminister des Innern verboten. Sie war vereinsmäßig gegliedert und mit rd. 400 Mitgliedern die stärkste neonazistische Organisation. Die WSG verfügte u. a. über einige Untergruppen in Ingolstadt, in Heidelberg sowie im Frankfurter Raum und wurde von einem „Freundeskreis zur Förderung der WSG“ unterstützt. Als Propagandaorgan diente die Schrift „Kommando“. Ihre ungefähr 60 Aktivisten betrieben in Verfolgung verfassungsfeindlicher Ziele vor allem paramilitärische Übungen. Als am Nationalsozialismus ausgerichtete militante Kaderorganisation strebte die WSG den totalen Staat an.

2.2.11 Die „Wehrsport“-Idee griff auch auf Kreise über, die keine unmittelbaren Verbindungen zu *Hoffmann* unterhielten. Im Februar hob die Polizei eine u. a. mit Maschinepistolen, Karabinern, Pistolen, Sprengstoff und Munition ausgerüstete „Nationalsozialistische Kampfgruppe Ostwestfalen-Lippe“ im Raum Höxter aus.

2.2.12 Der Leiter der „Deutschen Bürgerinitiative“ (DBI), der mit einem gerichtlichen Berufsverbot belegte Rechtsanwalt Manfred *Roeder* (50), ist seit Anfang 1978 flüchtig,

um sich der Verbüßung einer mehrmonatigen Strafe und weiteren Strafverfahren zu entziehen. Er hielt sich inzwischen bei Gesinnungsgenossen u. a. in Süd- und Nordamerika auf. Die von seiner Frau Gertrud *Roeder* (40) veranstalteten „Freundestreffen“ auf dem „Reichshof“ in Schwarzenborn und die von *Roeder* versandte Schrift „Europäische Freiheitsbewegung“ konnten den langsamen Verfall seiner Gruppe nicht mehr aufhalten.

Nach sichergestellten Buchungsunterlagen erhielt die DBI im Jahre 1978 und dem ersten Vierteljahr 1979 an Spenden DM 172.900.

2.2.13 Thies *Christophersen* (61, Agrarjournalist) aus Mohrkirch veranstaltete als Leiter der „Bürger- und Bauerninitiative“ (BBI) eine Reihe von Tagungen, die er u. a. auch dazu nutzte, die in seinem „Kritik-Verlag“ erschienenen Druckwerke und seine Schrift „Die Bauernschaft“ zu verkaufen. Seine in der Schweiz gedruckte Broschüre „Die Auschwitzlüge“ wurde gerichtlich beschlagnahmt. Er selbst und der Verfasser des Vorwortes wurden wegen Volksverhetzung angeklagt. Im August/September trat *Christophersen* als Redner auf rechtsextremistischen Kundgebungen in den USA und Kanada auf.

2.2.14 Die „Aktionsgemeinschaft Nationales Europa“ (ANE) und der mit ihr eng verflochtene „Kampfbund Deutscher Soldaten“ (KDS) des Erwin *Schönborn* (65, Journalist/Verleger) aus Frankfurt/M. mußten den Plan fallen lassen, mit der ANE zur Europa-Wahl anzutreten. *Schönborn* hatte die ehemalige KZ-Aufseherin Hildegart *Lächert* (59, Angeklagte im Majdanek-Prozeß) auf Platz 4 seiner Kandidatenliste gesetzt. Auf *Schönborns* Initiative ging auch die Gründung eines „Nationalsozialistischen Schülerbundes“ im August zurück. *Schönborn* wurde 1979 u. a. zu einer Freiheitsstrafe von eineinhalb Jahren ohne Bewährung verurteilt, weil er ehemalige KZ-Insassen verunglimpft hatte.

3. Neonazistische Agitation

Die neonazistischen Gruppen riefen im Berichtsjahr bei zahlreichen Gelegenheiten zum Kampf und Widerstand gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung auf und bekannten sich dabei offen zur Anwendung von Gewalt.

3.1 Neonazistische Bekenntnisse zur Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung nahmen 1979 erheblich zu. Eine Gruppe im Rhein-Main-Gebiet drohte „den Besatzungspolitikern und Schlächtern unseres Volkes“ an, sie würden „bald am eigenen Leibe spüren, was Widerstand ist. Sie werden keine Ruhe mehr finden . . . Volk ans Gewehr! . . . Einmal wird auch der letzte Volksgenosse begreifen, daß man dem Terror von links nur schärferen Terror von rechts entgegensetzen kann.“ Der „NS-Kampftruf“, das Propagandaorgan der NSDAP-AO-Zellen, stellte fest, das System in der Bundesrepublik Deutschland sei „nicht auszuwechseln, sondern zu vernichten“. Das Blatt erinnerte „an die Worte des Führers, daß man Zwang nur wieder durch Zwang bricht und Terror nur durch Terror . . . Bildet eine Volkswehr, einen freiwilligen nächtlichen Streifendienst und bewaffnet euch“. Der flüchtige Manfred *Roeder* forderte die „nationalsozialistische Revolution“ nach dem Vorbild der Ereignisse im Iran: „Wir werden es genauso hinwegfegen wie das Schahregime . . . Beobachtet die Entwicklung im Iran, damit ihr wißt, was Vaterlandsverrätern nach Beseitigung von Besatzung und Polizeiterror blüht . . . Wir kämpfen um den totalen Sieg im Weltmaßstab und akzeptieren nur die bedingungslose Kapitulation der heutigen Demokratie . . . Der Umsturz ist nah“.

Agitation neonazistischer Gruppen

Verstärker
POLITERROR
gegen



Die Schwachen kämpfen nicht. Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang. Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre. Aber Die Stärksten kämpfen ihr Leben lang. Diese sind unentbehrlich.



Deutschland erwache!



Y 20 000 A 20 000



Von dem alliierten Siegertribunal zum Tode durch den Strang verurteilt, starben am
16. Oktober 1946 in Nürnberg

Sermann Göring
Joachim von Ribbentrop
Wilhelm Keitel
Alfred Jodl
Alfred Rosenberg
Ernst Kaltenbrunner
Arthur Seyd-Itzquart
Saul Fraub
Wilhelm Frick
Julius Streicher
Fritz Sauckel

3000 JAHRE „HOLOCAUST“
„Es gab unter Hitler keine einzige Gaskammer!“

GERECHTIGKEIT FÜR ADOLF HITLER!
KOMMUNISMUS IST DIE LEHRE RICHISTISCHER SATANER - NATIONALER SOZIALISMUS IST DIE LEHRE HÖRHOCHER SINGHOCH UND VERHÖRPT!

IHRE LETZTEN WÖRTE:
Es lebe Deutschland



DEUTSCHE BÜRGERINITIATIVE gegen Nazismusk und Verfassungstäter

WIR TRAGEN AN IHR FÄHNEN DICH DIESER DUNKLE NACHT. COM PONS VOLL ES SIEHT. WE WÄRDEN AUF DIE WELT!



Ja zu Europa!
NEIN zur Europawahl!
Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik Europa endet nicht an der Elbe
Deshalb: Keine Teilnahme an der Europawahl Wahlboykott am 10. Juni

Wir wünschen Ausländer werden
AUSLÄNDER raus aus Deutschland!



Wir gedenken dieser Toten

Adolf Hitler:
Der nationalsozialistische Führer der mit wacker, das des Glück und der Zufriedenheit seiner Arbeitnehmer für Dauerhaftigkeit für die Erhaltung und Entfaltung ihrer gemeinsamen wirtschaftlichen Größe. Diese hat Deutschland und Deutschland der gesamten Volksgemeinschaft.



Kämpft mit uns gegen die Feigheit und Sanftheit in unserem Volk gegen die Verdränger und Volkverhätzer gegen die Besetzungsmächte und ihre deutschen Knechte gegen den Separatismus in Ost und West

NATIONAL - SOZIALISMUS oder NS-Putschismus von Erwin Schönborn



ERMORDET!
Martyrer des Friedens, seine Idee lebt weiter!
MICHAEL KÜHNEN
FREIHEIT FÜR
DVG, PLK 083740 A, 2 HN 20
6 Millionen-Lüge amtlich widerlegt

Wo ist Deutschland -



in der Zelle von Rudolf Hess

Nationalismus ist Antiimperialismus

Rudolf Heß
Ein Mann ohne Makel und Tadel
von Willy Hellwig

NRAF NATIONAL-REVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT

Nur ein nationaler Sozialismus sichert unsere Zukunft!



NDAP

Was sollen wir im EUROPA - PARLAMENT?



Wer behauptet oder glaubt, so kööön dieser Baum wieder zusammenwachsen, der lassen sich von nächsten Kriegerkette aufheben!

Nationalsozialistischer Reichstag

DAS REICH
Volksgemeinschaft!

Die Kriminalität steigt immer mehr! Das NS ist ein Verfallzustand der NSDAP, nicht nur der Terror gegen GDS, aber die RRR macht weiter Volksgemeinschaft, wie fordern Todsgesetze! Die Demokratie hat Versagt! Die Partei Aufhebung des NSDAP-Verbots!

Wahrg 2. 2000. Revolution, was NSDAP, wählbar!
- DN ist nur noch 45 Pkt. wert!
- Auswärtigen und verhalten

SCHLIES DRAMIT Rote raus!
Wahl RRS!
- Front Nationalistischer Reichstag

Wer auf sich hält, wählt **RRS!**

Wähle auch du nationalsozialistisch!

RRS RRS

NSB

NATIONALSOZIALISTISCHER SCHÜLER-BUND (NSB)

beruht auf dem: die Verwirklichung des deutschen Volkes die Befreiung aller Kriegsgefangenen die Befreiung aller Kriegsgefangenen der NSB die Idee von Kriegerkette den Sinn aller deutschen

Fundstellen:

„Das schwarze Korps“ 10/78, S. 6; „NS-Kampfruf“ Jan./Febr. 79, S. 3 und 4; „Brief“ 66/79, S. 2; „Europäische Freiheitsbewegung“ 2/79, S. 2, 3/79, S. 2.

3.2 Diese Aufrufe zur Gewaltanwendung wurden regelmäßig begleitet von propagandistischen Parolen, die die Wiederherstellung eines nationalsozialistischen Reiches ankündigten. Eine schleswig-holsteinische NS-Gruppe schrieb Anfang des Jahres: „Die Parole für das Jahr 1979 heißt wieder: Kampf! Bis in den letzten Winkel unseres Vaterlandes muß der Ruf dringen: Deutschland erwache!“ Die einzelnen NS-Gruppen wollten „der großen Idee des Führers Adolf *Hitler* dienen“. *Hitler* wurde als „der größte und edelste Sohn des deutschen Volkes“ verherrlicht, „der unser Volk aus der Gewalt einer zionistisch-demokratisch-kommunistischen Verbrecherbande befreite“.

Fundstellen:

„Der Kämpfer“ 13/79, S. 2; „Der Sturm“ 12/78, S. 4 ff.; „Der Neonazi“ 3/79, S. 3.

3.3 Die im Januar ausgestrahlte Fernseh-Serie „Holocaust“ führte zu einer Steigerung der neonazistischen Agitation, verbunden mit zahlreichen Ausschreitungen. Bei dem Film handele es sich um einen „Superschwindel“, mit dem das deutsche Volk als „Verbrechervolk diffamiert“ und „psychologisch kastriert“ werden solle. Die Behauptung der Judenvernichtungen, „die größte Lüge der Weltgeschichte“, müsse bloßgestellt werden. Die jungen Nationalsozialisten seien „durch Kriegsschuldflüge und Gaskammerschwindel nicht umerzogen worden“. Soweit es Tote unter den Juden gegeben habe, seien diese entweder hingerichtet worden oder es habe sich um „unheilbar Kranke“ gehandelt.

Fundstellen:

„Der Angriff“ 2/79, S. 1; „Kommando“ 1/79, S. 4; Flugblatt „Justizmorde“ des Neonazis *Geiss*; „Die Bauernschaft“ 1/79, S. 30; „Informationsbericht“ Nr. 12 Polizei Hamburg, Grenzschutzabteilung vom 2. 2. 79, S. 1.

V. „National-Freiheitliche Rechte“

Der rechtsextremistische Münchener Publizist Dr. Gerhard *Frey* (46) konnte 1979 seinen Einfluß vergrößern. Dr. *Frey* ist seit 1960 alleiniger Verleger und Herausgeber der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ), einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen. Aus seinem Leserkreis hat er 1971 die „Deutsche Volksunion“ (DVU) als Mitgliederorganisation (nicht als Partei) gegründet. Seit 1972 beeinflusst er mit dem Funktionärs-gremium „Freiheitlicher Rat“ die nachstehend unter V. 2 genannten Organisationen. Mit der 1979 gegründeten „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) hat er neuen Zulauf erhalten, den er auch für den Absatz seiner Blätter zu nutzen versucht. Er nennt seinen Anhängerkreis, der etwas über 6.000 Personen zählt, „National-Freiheitliche Rechte“.

1. „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ)

Seit vielen Jahren verharmlost die DNZ die *Hitler*-Diktatur, stützt sie den Antisemitismus und diffamiert das parlamentarische System. Ein Wesensmerkmal ist die reißerische Aufmachung der Überschriften, die von den nachfolgenden Texten regelmäßig nicht gedeckt werden. Ideologisch-weltanschaulich liegt sie in etwa auf der Linie der NPD. Abgesehen von einem gescheiterten Annäherungsversuch im Jahre 1975, hat es – offenbar aus Konkurrenzgründen – keine organisatorischen Gemeinsamkeiten

Schlagzeilen der „Deutschen National-Zeitung“

Wie Hitler zum Krieg gezwungen wurde So wollte Hitler den Weltkrieg verhindern So wurde Hitler verraten

Wie Hitler wirklich war Geschichtsfälscher regieren uns Kommt neuer Hitler?

Hitlers letzte Worte: „Ich wollte keinen Krieg“ Meine Begegnung mit Hitler und Göring Wie Hitler in den Kriegen verlockt wurde

Hitlers wahrer Juden-Plan „Holocaust“ – die große Fälschung was Hitler den Juden wirklich antat

„Holocaust“ – die große Fälschung „Holocaust“ – die große Lüge Deutsche, so hat man Euch belogen „Holocaust“ – der große Betrug

Der Holocaust an den deutschen Städten „HOLOCAUST“ – Der große Schwindel Der Holocaust von Dresden

„Holocaust“-Schwindel aufgeklärt Der Holocaust an den Deutschen Der Holocaust an den Vertriebenen

Der Holocaust an den Vertriebenen Die amnestierten Massenmorde der Sieger Die Blutschuld am deutschen Volk

Die Blutschuld am deutschen Volk Sieger-Wilddie als „Recht“ Der Morgenthau-Holocaust am deutschen Volk

Die Verbrechen der Sieger Wie 6 Millionen Deutsche brutal ermordet wurden Die Massenmorde am deutschen Volk

am deutschen Volk 6 Millionen ungesühnte Morde an Deutschen Warschauer Fälschungen Die Massenmorde an Deutschen

Polnische Massenmorde am deutschen Volk Die Verbrechen an Deutschen Worüber das Weltgewissen schweigt 6 Millionen deutsche Opfer ohne Sühne

Nas in Hitlers KZ's wirklich geschah Die erfundenen Gaskammern von Dachau Siegerpropaganda zusammengebrochen Gaskammer-Lüge geplatzt

Wie KZ-Tote erfunden werden KZ-Greuelbilder als Fälschungen entlarvt Bombenangriffe auf Auschwitz Auschwitz-Fälschungen aufgeklart

Wieviele Juden von Flossenbürg Die Gaskammer-Lüge Was im KZ Majdanek wirklich geschah

Kein Jude in Deutschland vergast Kein Jude vergast Neue Sonderrechte für Juden

Generalamnestie überfällig Wie Polen die Juden mordeten Der große Pogrom von 1945 Sind Juden mehr wert als Deutsche

Brandt – Agent für Moskau Das Judentum erklärt Deutschland den Krieg Die wahren Schuldigen an zwei Weltkriegen

Die Deutschen – ein sterbendes Volk? Jüdische Kriegserklärung vom März 1933 Brandts Mordaufrufe entlarvt Seine verbrecherische Vergangenheit

„Blutauffrischung“ durch Gastarbeit Wehner – Agent für Moskau Seine neuen Verbrechen Deutschlands Überfremdung

Neuer Agentenauftrag für Wehner

Neuer Agentenauftrag für Wehner

Neuer Agentenauftrag für Wehner

zwischen dem Kreis um Dr. Frey und der NPD gegeben. Die Fronten zwischen beiden Führungen sind heute so verhärtet wie kaum zuvor.

Die „Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH“ des Dr. Frey lieferte im Berichtszeitraum wöchentlich 100.000 Zeitungsexemplare aus, die u. a. auch in Österreich, Italien (Südtirol), Belgien, Südafrika und Argentinien vertrieben wurden. Große Mengen der Auflage gingen – insbesondere von den Kiosken – als Remittenden zurück. Dennoch konnte sich das Blatt – auch durch Spenden – finanziell gut halten.

2. „Freiheitlicher Rat“ (FR)

Diesem von Dr. Frey maßgeblich beeinflussten Gremium gehörten auch im Berichtszeitraum knapp ein Dutzend Rechtsextremisten an, von denen einige auch rechtsextremistische Organisationen im FR repräsentierten. Auf diese Weise unterstanden dem Einfluß Dr. Freys und seiner DVU:

„Aktion für deutsche Einheit – AKON e. V. –“,

„Deutscher Block“ mit „Jugendbund Adler“,

„Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter – Bundesverband e. V.“ – GOG-BV – und

„Wiking-Jugend“.

2.1 Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) mit ihren rund 5.000 Mitgliedern beherrscht durch ihren Vorsitzenden Dr. Frey die genannten Organisationen. Sie ist regelmäßig die Veranstalterin der Saalkundgebungen Dr. Freys mit z. T. spektakulären Themen und Rednern (z. B. Oberst a. D. Rudel), aber im Durchschnitt nicht mehr als 300 Zuhörern. Der „Deutsche Anzeiger“ (DA) ist das Verbandsorgan der DVU. Ab April 1979 führte die DVU eine Kampagne für eine Generalamnestie durch. Sie veranstaltete öffentliche Kundgebungen gegen die Aufhebung der Verjährung von Mordtaten, arrangierte eine Postkartenaktion der DNZ-Leser an Bundestagsabgeordnete sowie eine in der DNZ veröffentlichte Kampagne mit 1.500 Unterschriften. In der DNZ und dem DA vom 9. November rief Dr. Frey zum Eintritt in eine dann am 1. Dezember in München gegründete „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) auf. Alle VOGA-Mitglieder wurden zugleich auch als Angehörige der DVU angesehen und angehalten, die DA zu abonnieren. Inzwischen veröffentlichte Dr. Frey in seinen Blättern die Namen von etwa 500 Personen, die der politischen Zielsetzung der VOGA zustimmen, darunter viele Beamte, Rechtsanwälte und Ärzte.

2.2 Den „National-Freiheitlichen“ ist auch die „Wiking-Jugend“ (WJ) mit ihren etwa 400 Mitgliedern zuzuordnen, die „in einer Zeit der politischen Bedrohung von außen und des geistig seelischen Verfalls von innen nach verbliebenen und neuen Werten sucht“ (Präambel zur Satzung). Diese Jugendorganisation, die nach wie vor dem „germanischen Rassegedanken“ huldigt, wurde im Berichtsjahr insbesondere in Berlin (West) zunehmend militanter. Der Gauführer in Schleswig-Holstein, Uwe Rohwer, und sein Stellvertreter Manfred Börm wurden am 13. September vom OLG Celle wegen Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung zu neun bzw. sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt (vgl. oben IV.1.1). Zur gleichen Zeit verwüsteten WJ-Angehörige in Berlin ein Jugendwohnheim. Nach einer Schlägerei vor dem Berliner Trefflokal der WJ fand die Polizei in dem Gebäude und in den Wohnungen der Festgenommenen Schreckschuß- und Schlagwaffen sowie NS-Material.

Das Landgericht Koblenz verurteilte am 9. Februar zwei WJ-Aktivisten wegen Körperverletzung zu sieben bzw. vier Monaten Freiheitsentzug. Während der Anti-Holocaust-Kampagne verteilten WJ-Anhänger in Berlin Flugschriften der neonazistischen „Unabhängigen Freundeskreise“.

2.3 Der in den letzten Jahren durch seine internen Streitigkeiten weitgehend inaktive „Bund für deutsche Einheit – AKON e. V.“ soll mit dem Namen „Aktion Deutsche Einheit – AKON e. V.“ unter dem neuen Vorsitzenden Dr. Bernhard Steidle (76) und mit Dr. Frey als geschäftsführendem Vorsitzenden aktiviert werden.

3. Rechtsextremistische Agitation der „National-Freiheitlichen“

Die DNZ und der DA wollen „die antideutschen Angriffe abwehren . . . zumal die vereinigten Massenmedien ja ausländische Interessen vertreten“. Dabei widmen die Blätter ihre agitatorischen Angriffe maßgeblich der Leugnung deutscher Verantwortung für den Ausbruch des 2. Weltkriegs, der Verharmlosung der NS-Verbrechen sowie der Verbreitung von judenfeindlichen und völkisch-kollektivistischen Thesen.

Fundstellen:

DNZ 8/79, S. 2;

DA 8/79, S. 2; 22/79, S. 1.

3.1 Es ist nach Ansicht der „National-Freiheitlichen“ eine „unhaltbare Siegerpropaganda, . . . alle Schuld dem deutschen Volk aufzubürden, um eine moralische Rechtfertigung für . . . die ungesühnte Abschachtung von Millionen Deutscher zu gewinnen“. Die Sieger „wollten sich an Deutschland rächen und dessen Aufstieg zur führenden Macht des neuen Europas aus kleinlichem Haß und Neid verhindern“. England wollte „den deutschen Handelsrivalen ausschalten“. Roosevelt wollte „durch die Rüstungskonjunktur die Wirtschaftskrise beheben und die Massenarbeitslosigkeit beseitigen“.

Fundstellen:

DNZ 4/79, S. 9; 24/79, S. 1; 32/79, S. 6; 38/79, S. 6.

3.2 Die Blätter Dr. Freys nannten im Zusammenhang mit der Diskussion der NS-Verbrechen die Holocaust-Serie eine „antideutsche Greuelpropaganda“, „das Produkt einer grauenerregenden, abartigen Phantasie“, ein „Propaganda-Grusical zugunsten des auf der ganzen Welt siegreichen Israels“ u. ä. „Niemand verfügt über Beweise, denen zufolge die deutsche Führung unter Endlösung die Totalausrottung sämtlicher Juden verstanden wissen wollte“. Der Tod der meisten Häftlinge sei „durch Nachschubausfall infolge alliierter Bombardierung und durch Seuchen“ verursacht worden.

Fundstellen:

DNZ 3/79, S. 1; 4/79, S. 3; 5/79, S. 1; 6/79, S. 1 u. 6; DA 4/79, S. 3.

3.3 In den Druckwerken der Freyschen „Druckschriften- und Zeitungsverlags GmbH“ wurde die Tendenz zur Judenfeindlichkeit offenbar. Die DNZ behauptete, „deutsche Generationen“ sollten in die „Schuld knechtschaft“ Israels gezwungen werden. Die Herausgabe einer *Einstein*-Briefmarke kommentierte die DNZ als „würdelose Kriecherei vor den Gebeinen eines notorischen Deutschen Hassers“. Der Bundespost genüge „offenkundig wie in vielen ähnlichen Fällen auch die jüdische Abstammung für die Ehrung“.

Fundstellen:

DNZ 13/79, S. 2; 33/79, S. 8; 39/79, S. 4; 40/79, S. 5.

3.4 Biologisch orientierter völkischer Kollektivismus wird deutlich, wenn die „National-Freiheitlichen“ vom „Raubbau an der ethnischen Substanz unseres Volkes“ und von der „systematischen Zersetzung der Identität“ des Volkes sprechen. Die „volks-hafte Substanz“ werde „aufs Spiel gesetzt“, wenn die Bundesrepublik Deutschland zum Einwanderungsland und zur „Kolonie fremden Bevölkerungsüberschusses“

werde. „Die Leugnung des Begriffes Volk durch internationalistische Ideologien“ erzeuge ein „gestörtes Nationalempfinden“ und ein „schrumpfendes Volk“.

Fundstellen:

DNZ/DA 29/79, S. 9; 36/79, S. 8; „Anzeiger der Notverwaltung des Deutschen Ostens“ 2/79, S. 19.

VI. Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen

Neben den „nationaldemokratischen“ (6), den neonazistischen (23) und den „nationalfreiheitlichen“ (6) Gruppierungen haben die Sicherheitsbehörden 34 weitere rechtsextremistische Vereinigungen festgestellt. Von ihnen hat die Hälfte weniger als 50 Mitglieder. Nur einige sind erwähnenswert.

1. „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG)

Dieser 1950 von dem inzwischen verstorbenen Mitarbeiter der Obersten SA-Führung Dr. Herbert *Böhme* gegründete und noch vor zwei Jahren in rechtsextremistischen Kreisen als elitäre nationalistisch-völkische Kulturgemeinschaft angesehene Verband von damals weit über 1.000 Mitgliedern ist durch heftige interne Streitigkeiten auseinandergefallen. Allenfalls einige wenige Hundert Personen gehören – maßgeblich im süddeutschen Raum – noch zur Anhängerschaft des DKEG-Präsidenten Karl Günther *Stempel* (62) aus München. Die verbandsinterne Opposition hat das DKEG verlassen und im März in Lüneburg die „Deutsche Kulturgemeinschaft“ (DKG) als Konkurrenzunternehmen gegründet. *Stempel*, der jährlich Ehrenpreise an rechtsextremistische Funktionäre und Literaten verleiht, bedachte 1979 den Kulturredakteur der rechtsextremistischen „Deutschen Wochenzeitung“ (DWZ), Robert Scholz, mit dem DKEG-„Schiller-Preis“. *Stempels* Stellvertreter, Dr. Werner *Koepfen* (69), lobte auf einer DKEG-Veranstaltung am 20. Oktober 1979 seinen früheren Vorgesetzten im Dritten Reich, Alfred Rosenberg, als einen „aufrechten und persönlich untadeligen Mann . . . mit richtigen Grundansichten“.

2. „Gesellschaft für freie Publizistik“ (GfP)

Die von dem Verleger Dr. Gert *Sudholt* (36) aus Leoni geleitete GfP hat es verstanden, die aus dem DKEG ausgebrochene DKG auf ihre Seite zu ziehen. Vermittlungsversuche *Stempels* sind gescheitert. Die GfP führte im August u. a. mit Wilfried von *Oven* (67, ehemaliger Adjutant des NS-Propagandaministers *Goebbels*) aus Argentinien und David *Irving* (41, Historiker) aus England als Referenten in Kassel einen Kongreß durch, dessen Ziel es war, *Hitters* Hauptschuld am 2. Weltkrieg zu bestreiten. *Irving* ist bereits wiederholt bei der GfP aufgetreten. „Das Freie Forum“, das Organ der GfP, kämpft gegen die „Legenden“ der „6-Millionen-Zahl“ des „Vorhandenseins von Gaskammern“, der „Auschwitz-Massenmorde“ und der „Holocaust-Greuel“.

Fundstelle:

„Das Freie Forum“ 3/79, S. 15/16.

3. „Bund Heimattreuer Jugend“ (BHJ)

Mit Hilfe des rechtsextremistischen „Deutschen Arbeitszentrums Bassum“ und des gleichfalls rechtsextremistischen „Arbeitskreises Volkstreuer Verbände“, der sich seit November „Naturpolitischer Volksbund“ nennt, veranstaltete der BHJ im Juni in Bassum ein von rd. 400 meist jugendlichen Personen besuchtes Lager. Bundesführer ist

der Zahntechniker Gernot *Mörig* (25) aus Braunschweig. Der ehemalige Fliegeroberst Hans Ulrich *Rudel* ist Ehrenmitglied des BHJ. „Der Trommler“, das Verbandsorgan des BHJ, wirbt für rechtsextremistische Veranstaltungen und Vertriebsdienste.

4. Kreisgemeinschaft Ostalb des Bundesverbandes der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e. V. (HIAG)

Der ehemalige Führer der erloschenen rechtsextremistischen „Europäischen Kameradschaft ehemaliger Soldaten“ (EKS), der HIAG-Funktionär Hans *Mezger* (58) aus Leinzell, hat die Führung der HIAG-Kreisgemeinschaft Ostalb übernommen. Darüber hinaus wurde er als 2. Landessprecher in den Vorstand des HIAG-Landesverbandes Baden-Württemberg gewählt. In den z. T. von *Mezger* unterzeichneten Blättern der Kreisgemeinschaft wurden die NS-Verbrechen durch Äußerungen wie „Massenvergasungslüge“, „von Zionisten ausgeheckter Millionenschwindel“, „jüdische Hetzpropaganda“ usw. verharmlost bzw. geleugnet.

Fundstellen:

„Informationsbrief“ Okt./79 (Anlage); „Rundschreiben“ II/79, S. 2.

VII. Rechtsextremistische Verlage und Vertriebsdienste

Ende 1979 wurden 45 (1978: 41) organisationsunabhängige rechtsextremistische Verlage und Vertriebsgeschäfte erfaßt. Die durchschnittliche Wochenauflage der Druckwerke der 16 rechtsextremistischen Zeitungs- und Schriftenverlage ging auch 1979 weiter zurück. Dagegen war die Nachfrage nach nationalistischen und insbesondere nationalsozialistischen Büchern und Broschüren der 15 rechtsextremistischen Buchverlage und 14 Vertriebsunternehmen wie in den letzten beiden Jahren bemerkenswert lebhaft. Auch nicht rechtsextremistische Verlage erkannten diese Nachfrage und erweiterten insoweit ihr Verkaufsprogramm.

1. „Deutsche Wochen-Zeitung“ (DWZ)

Die sich weltanschaulich von der NPD kaum unterscheidende DWZ würdigte *Hitler* zu dessen 90. Geburtstag als „große geschichtliche Erscheinung“, als „begrnadeten Autodidakten“ und als „menschgewordene deutsche Antwort auf die Ausplünderung Deutschlands durch die Sieger von 1918“. *Hitler* habe die „Aussiedlung, nicht Ausrottung“ der Juden gewollt. Die Alliierten und die „zionistische Führung“ hätten die „möglichst friedliche Abschiebung aus Deutschland“ verhindert. Das Blatt sprach von dem „von den Polen angezettelten Krieg“ und von den „Gasöfen mit den dort angeblich getöteten sechs Millionen Juden“.

Fundstellen:

DWZ 16/79, S. 1 u. 7; 27/79, S. 12; 38/79, S. 3.

Die Auflage der DWZ, zu deren Herausgebern auch der ehemalige NPD-Vorsitzende Adolf von *Thadden* (58) aus Benthe und der Verfasser rechtsextremistischer Bücher Erich *Kernmayr* (73), Rosenheim, gehören, ist rückläufig. Sie betrug etwas über 20.000 Exemplare wöchentlich.

2. Über die „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ), die – wenn auch in einem juristisch verselbständigten Verlag herausgegeben – das maßgebende Blatt der „National-Freiheitlichen“ ist, wurde bereits weiter oben berichtet.

3. „MUT“

Der sich mit seiner Monatsschrift maßgeblich an jugendliche Leser wendende „MUT-Verlag“ des Verlegers Bernhard C. *Wintzek* (36) aus Asendorf führte in der „Holocaust“-Ausgabe von Januar 1979 (S. 22/23) aus, „das deutsche Volk“ sei „über drei Jahrzehnte hinweg einer durch Bild- und Dokumentenfälschungen gigantischen anti-deutschen Lügen- und Hetzkampagne“ ausgesetzt gewesen“ mit dem satanischen Ziel, das deutsche Volk in einen generationen-andauernden Schuld- und Sühnekomplex hineinzumanipulieren, um damit eine schier unerschöpfliche Wiedergutmachungsquelle zu erschließen“. *Wintzek* hat einen Förderkreis geschaffen, der sich als „MUT-Solidargemeinschaft zur geistigen Erneuerung Deutschlands“ empfindet. Die „Holocaust“-Ausgabe von „MUT“ wurde als jugendgefährdend indiziert. Die Zeitschrift hatte 1979 eine Auflagensteigerung um mehrere Tausend Exemplare.

Fundstelle:

Spendenflugblatt 1. 7. 1979

4. „Nation-Europa“ (NE)

Die in der Auflage von einigen Tausend Exemplaren stagnierende Schrift „Nation-Europa“ des NPD-Funktionärs Peter *Dehoust* (43) aus Coburg plädierte für „demokratiefreie Räume“ im Staat. Nach Auffassung von NE ist die „Erfahrung von der praktischen Überlegenheit der hellen Rasse des Nordens über die dunklen des Südens . . . bislang durch nichts widerlegt“.

Fundstellen:

NE 3/79, S. 3, 7 und 11

5. Buchverlage und Buchdienste

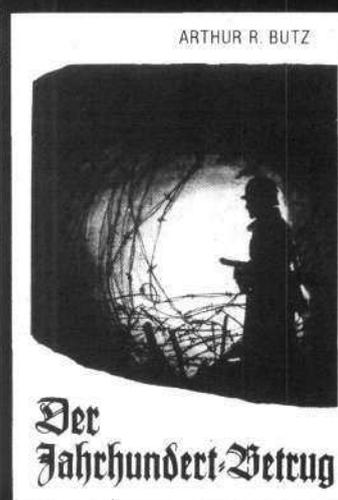
Bei den Buchverlagen ergibt sich eine Konzentration um den „Druffel-Verlag“, Leoni am Starnberger See, dessen Verlagsleiter der GfP-Vorsitzende Dr. *Sudholt* ist. *Sudholt* hat in den letzten Jahren die „Kurt *Vowinckel*-Verlag KG“, Berg am Starnberger See, und den „Türmer-Verlag“, Berg, aufgekauft. Im „Türmer-Verlag“ erschienen nach wie vor die „Klüter-Blätter“ in einer Auflage von einigen Tausend Exemplaren. Sie waren lange Zeit Sprachrohr des DKEG und vertreten jetzt – ähnlich wie „Das Freie Forum“ – die Interessen der GfP. Der Redaktion der „Klüter-Blätter“ gehören die Publizisten Helmut von *Lichtenfeld* (58, früher „Afrika-Spiegel“ und DWZ) und Gerhard *Schumann* (68, Inhaber des rechtsextremistischen „Hohenstaufen-Buchdienstes“ in Bodmann am Bodensee) an.

Bei der Internationalen Buchausstellung in Berlin wurden am 16. November sechs von dem rechtsextremistischen „K.W. *Schütz*-Verlag“ in Preußisch-Oldendorf angebotene Bücher wegen Verdachts der Volksverhetzung beschlagnahmt.

6. NS-Artikeldienste

Nach wie vor blüht das Geschäft mit Tonträgern und Erinnerungsstücken aus der und über die NS-Zeit. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indizierte 1979 21 Tonträger und NS-Artikel wegen NS- und Kriegsverherrlichung, so auch wieder NS-Schallplatten der hinter der Liechtensteiner Firma „Documentary Series Establishment“ stehenden Firma „*Hocheder und Co KG*“ in Düsseldorf. Die Regierung in Vaduz hat inzwischen die Löschung der Vertriebsfirma eingeleitet, die seit vielen Jah-

Rechtsextremistische Druckwerke



ren unkommentierte Schallplatten mit NS-Propaganda vertreibt. Insgesamt wurden bisher 16 Platten dieses Unternehmens indiziert.

7. Buchindizierungen

Es wurden im Berichtszeitraum vier Bücher wegen Jugendgefährdung indiziert, u. a. das Buch „Wahrheit für Deutschland – Die Schuldfrage des Zweiten Weltkrieges“ des ehemaligen NPD-Spitzenfunktionärs Udo *Walendy* (52) und das in rechtsextremistischen Kreisen als richtungsweisend bezeichnete Buch „Der Jahrhundertbetrug“ von Arthur R. *Butz* (47) aus den USA. Beide Bücher werden in dem rechtsextremistischen „Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung“ in Vlotho vertrieben, dessen Inhaber ebenfalls *Walendy* ist.

Strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurden gegen einige Vertriebsdienste eingeleitet, die indizierte Bücher weiterhin angeboten hatten.

VIII. Verbindungen zum ausländischen Rechtsextremismus

Die Neonazis erweiterten 1979 ihre Verbindungen zu Gesinnungsgenossen im Ausland. Schwerpunkte der Kontakte waren neonazistische Kreise in den USA, Kanada, Belgien, Dänemark, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Österreich und in der Schweiz.

1. „NSDAP – Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP-AO)

Die aus Aktionszellen in der Bundesrepublik Deutschland bestehende NSDAP-AO hat ihr von *Lauck* geleitetes Propagandazentrum in den USA. *Lauck*, der publizistisch für die „National Socialist Party of America“ tätig ist, hat in den USA keinen größeren Anhängerkreis. Im übrigen wird zur NSDAP-AO auf die Ausführungen unter Ziff. IV.2.2 verwiesen.

2. „White Power Publications“

Ähnlich wie *Lauck* mit seinen Druckschriften und Plakaten schleust auch der Deutsch-Amerikaner Georg P. *Dietz* (51) aus Reedy/West Virginia neonazistisches, insbesondere rassistisches Propagandamaterial aus seinem „White Power Publications“-Vertrieb in größeren Mengen in die Bundesrepublik Deutschland ein. *Dietz*, der „der Welt die strahlende Wiedergeburt der Nationalsozialistischen Bewegung mit dem leuchtenden Symbol des Hakenkreuzes über Deutschland verkünden“ möchte, gibt seit 1979 *Roeders* Schrift „Europäische Freiheitsbewegung“ heraus.

3. „Samisdat Publishers Ltd“

Der Deutsch-Kanadier Ernst C. F. *Zündel* (40) verbreitete 1979 aus Toronto Schriften und Tonbänder insbesondere gegen die TV-Serie „Holocaust“. In der kostenlos versandten Broschüre „An mein Volk“ erläuterte er die Zielsetzung seines „Samisdat“-Verlages und der angeblich hinter ihm stehenden „Kampfgruppe *Zündel*“. Er organisierte im Spätsommer 1979 die Vortragsreise *Christophersens* in den USA und Kanada.

Neonazistische Agitation aus dem Ausland

White Power

THE REVOLUTIONARY VOICE OF NATIONAL SOCIALISM

April 1978



RUDOLF HESS DER DEUTSCHE MÄRTYRER

HEIL HITLER!

NATIONAL SOCIALIST MOVEMENT
OFFICE BOX 41503, CINCINNATI, OHIO 45241



ADOLF HITLER



EN
HITLER
TENIA
RAO



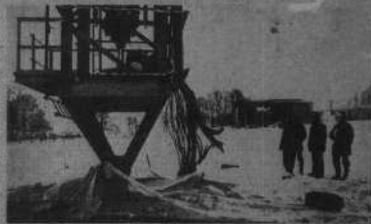
the NEW ORDER

February, 1978 (NO)

German Gov't Admits Massive Nazi Upsurge

Germany

Terror and Counter-Terror



The terror and counter-terror struggle between the Berlin leadership of the National Socialist Movement and the German government... The German government has admitted that the National Socialist Movement has a membership of 100,000 in the Federal Republic of Germany...

The NS Movement and the Dynamics of Revolution

Peace. Now Aliyah!

TO BLACK AFRICA
BY GEWALT,
GEWALT!

BLACK AFRICA
HERE I COME!

Hitler the General



National Socialism and Genetics

Part One
National Socialist Revolutionary Tactics
10 Fundamentals of National Socialism
Persecution in East and West Germany

P. N. S. G.

EN GALEGO E NADA MAIS

TROTZDEM: „Deutschland, wie kommen!“

HITLER LIVES!

OFF THE JEW-CAPITALIST PIGS

“Holocaust” Claims Exposed as Lies

THE SIX MILLION MYTH

„Maidanek in alle Ewigkeit“

SOUND OFF!



WHITE POWER

Liberty Bell

Holocaust- ENGLAND ALS „WELTBEGLÜCKER ...“

“Holocaust” Racket Makes Billions for Israel

The Zionist Role IN WORLD AFFAIRS

Der Nationalismus ist die leg- time Form gegen die liberale Sklaverei ...!



AN MEIN VOLK

THE BIG LIE

WHO REALLY TOLD IT??

NATIONAL SOCIALIST BULLETIN

IN HOC SIGNO VINCES

4. „Vlaamse Militanten Orde“ (VMO)

Der Belgier Albert Armand *Eriksson* (47) aus Antwerpen war mit seiner neonazistischen VMO der Initiator für einige internationale Neonazitreffen auf belgischem Boden. Wie jedes Jahr standen dabei die neonazistischen Veranstaltungen am Rande der „Ijzerbedevaart“, dem Flämischen Volkstumstreffen in Diksmuide, im Vordergrund. Deutsche Neonazis nahmen daran teil. Drei Deutsche wurden 1979 in Diksmuide wegen Waffenbesitzes vorläufig festgenommen, nachdem es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen uniformierten Teilnehmern und Ordnungskräften gekommen war. VMO-Aktivisten reisten verschiedentlich zu Zusammenkünften mit deutschen Gesinnungsgenossen in die Bundesrepublik Deutschland.

5. „British Movement“ (BM) u. a.

Die Zusammenarbeit des Briten Michael *Mc Laughlin* (37) aus Shotton/Wales, Leiter des neonazistischen BM, mit deutschen Neonazis wurde 1979 durch Treffen in England, in der Bundesrepublik Deutschland und in anderen Ländern verstärkt. Daneben bestehen auch deutsche Kontakte zur rassistischen „National Front“ des John *Tyndall* (45) aus London und zu der militanten Gruppe „Column 88“. Sie bekannte sich zu zahlreichen Briefbombenanschlägen im Jahre 1978. Im Oktober 1979 wurde ein großes Lager von Waffen und Munition bei einem BM-Aktivisten ausgehoben.

6. Verbindungen zu französischen Rechtsextremisten

Eine besondere Anziehungskraft auf führende deutsche Rechtsextremisten übte die französische „Nouvelle Droite“ (ND) aus. Als Chefideologe gilt Alain de *Benoist* (36) aus Paris, dem ein von einer naturgegebenen, hierarchisch geordneten Elite geführter Staat vorschwebt und der die „Ideologie der Gleichmacherei“ ebenso bekämpft wie die „jüdisch christliche Tradition“. Die einen nationalen Sozialismus anstrebende „Fédération d'Action Nationale et Européenne“ (FANE) unterhielt enge Beziehungen zu deutschen Neonazis. Sie führte im August in den Pyrenäen ein europäisches Lager durch, zu dem auch deutsche Neonazis eingeladen waren.

7. „Circulo Espanol de Amigos de Europa“ (CEDADE)

Kontakte deutscher Rechtsextremisten zu dem faschistischen CEDADE und der „Fuerza Nueva“ wurden 1979 ausgebaut. Die CEDADE arrangierte Ausbildungslager in Spanien, an denen auch Deutsche teilnahmen. So hielt sich eine Gruppe der „Wiking-Jugend“ im Sommer in einem Lager nahe Madrid auf. Das Lager wurde nach Ausschreitungen, die u. a. von „Heil Hitler“-Rufen und dem Absingen des Horst-Wessel-Liedes begleitet wurden, von der Polizei aufgelöst.

8. „Aktion Neue Rechte“ (ANR)

Insbesondere die JN unterhalten Beziehungen zu der österreichischen ANR des Dr. Bruno *Haas* (28) aus Wien, die Anfang 1979 ihre deutschen Freunde in einem Rundbrief aufforderte, Aktionen gegen österreichische Einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland durchzuführen.

9. „Dansk Nationalsocialisk Ungdom“ (DNSU)

Der „DNSU-Nordland Forlag“ des dänischen Neonazis Povl Heinrich *Riis-Knudsen* (30) wurde auch 1979 in Publikationen deutscher Neonazis als Kontaktadresse ge-

nannt. Andererseits wirbt der dänische Verlag in deutschen neonazistischen Schriften, z. B. in *Christophersens* „Die Bauernschaft“ für Bücher *Hitlers*, *Goebbels* und *Rosenbergs*.

10. „Europäische Neuordnung“ (ENO)

Christophersen ließ sein gerichtlich beschlagnahmtes und der Einziehung unterliegendes Buch „Die Auschwitz-Lüge“ über den Schweizer Verlag „Courrier du Continent“ vertreiben, der dem „Generalsekretär“ der ENO, Gaston Armand *Amaudruz* (59) aus Lausanne, gehört.

IX. Gewalttaten und andere Ausschreitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund

1. Gewalttaten

1.1 1979 ist die Zahl der Gewalttaten erneut erheblich gestiegen. Insgesamt wurden 97 (1978: 52) Gewaltanwendungen erfaßt. Dabei handelt es sich u. a. um drei Sprengstoffanschläge (1978: keine), eine Brandstiftung (1978: keine), 26 Körperverletzungen (1978: 13) und 65 durch Gewaltanwendung verursachte Sachbeschädigungen (1978: 32). 84 Gewalttaten (rd. 72 %) sind Anhängern neonazistischer Gruppen zuzurechnen (1978: 40, rd. 77 %). In weiteren 117 Fällen wurde Gewalt angedroht (1978: 38).

1.2 Hervorzuheben sind die beiden Sprengstoffanschläge am 18. Januar auf die Sendeanlage des Südwestfunks in Koblenz-Naßheck und auf die technische Einrichtung einer Fernmeldeanlage der Deutschen Bundespost in Nottuln/Westfalen. Sie stehen im Zusammenhang mit der Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ und wurden nach vorliegenden Hinweisen von NS-Aktivisten durchgeführt.

Ein 19jähriger Neonazi brachte am 30. Januar eine selbstgefertigte Bombe, die rechtzeitig entdeckt wurde, zwischen den Schienen der Bahnstrecke Euskirchen-Bonn an. In seiner Wohnung wurden zahlreiche Gegenstände zur Herstellung von Sprengsätzen gefunden.

2. Sonstige Ausschreitungen

2.1 Im Jahre 1979 wurden außer den vorgenannten 97 Gewalttaten 1.366 sonstige Ausschreitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund (insgesamt: 1.483) erfaßt.*)

Die Zahl von 1.483 rechtsextremistischen Ausschreitungen ist die höchste seit Kriegsende. Gegenüber dem Vorjahr (992 Ausschreitungen) bedeutet dies eine Erhöhung um rd. 49 %, nachdem bereits von 1977 auf 1978 ein Ansteigen von 616 auf 992 Aktionen (=61 %) zu verzeichnen war.

2.2 Diese Zunahme ist vor allem auf das starke Ansteigen der Ausschreitungen im ersten Halbjahr 1979 zurückzuführen, als infolge der Ausstrahlung der Fernsehserie „Holocaust“ vom 22. bis 26. Januar eine Ausschreitungswelle begann, die von Januar mit rd. 150 Fällen bis März mit rd. 170 Fällen ihren Höhepunkt erreichte (vgl. graphische Darstellung). Unter dem Eindruck der zahlreichen gerichtlichen und exekutiven

*) Dabei wurde – wie in den Vorjahren – jede Ausschreitung, auch wenn sie aus mehreren Einzeltaten bestand oder sie mehrere Straftatbestände erfüllte, nur einmal gezählt.

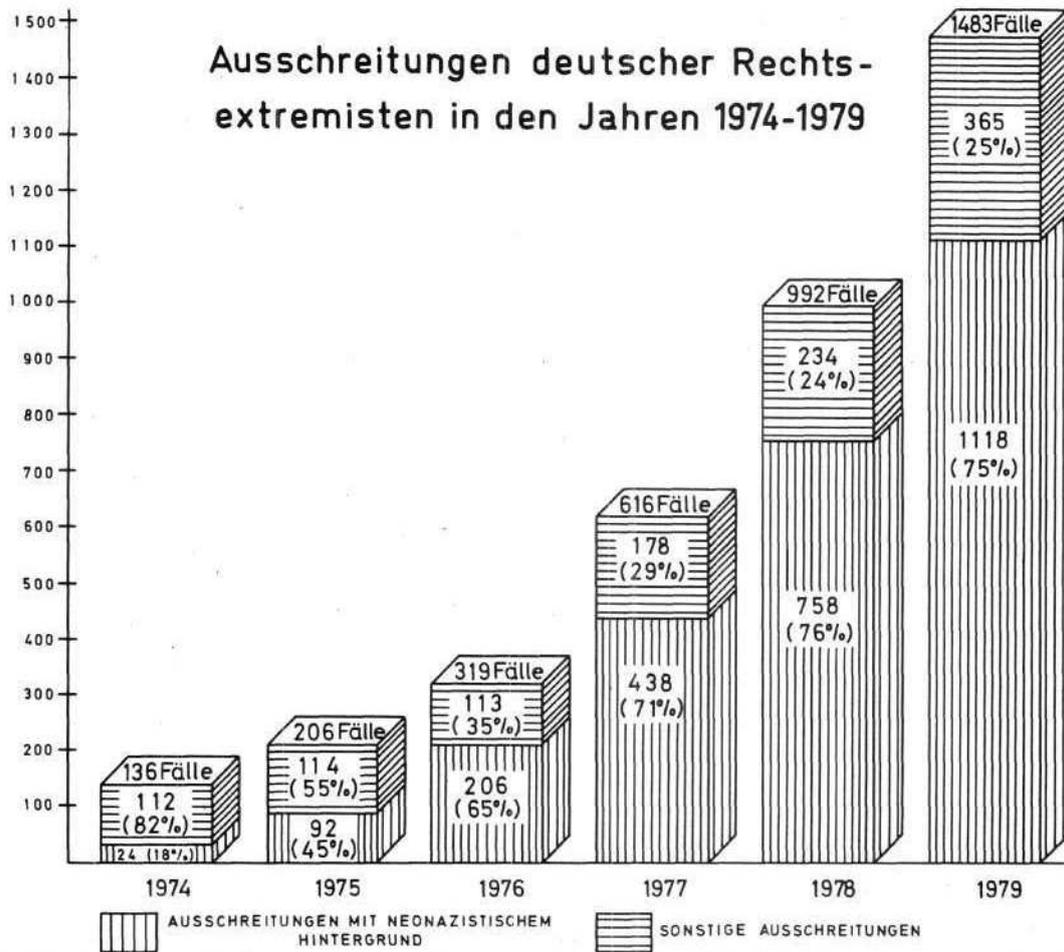
REGIONALE SCHWERPUNKTE

DER 1979 ERFASSTEN AUSSCHREITUNGEN
IN KREISFREIEN STÄDTEN UND LANDKREISEN*

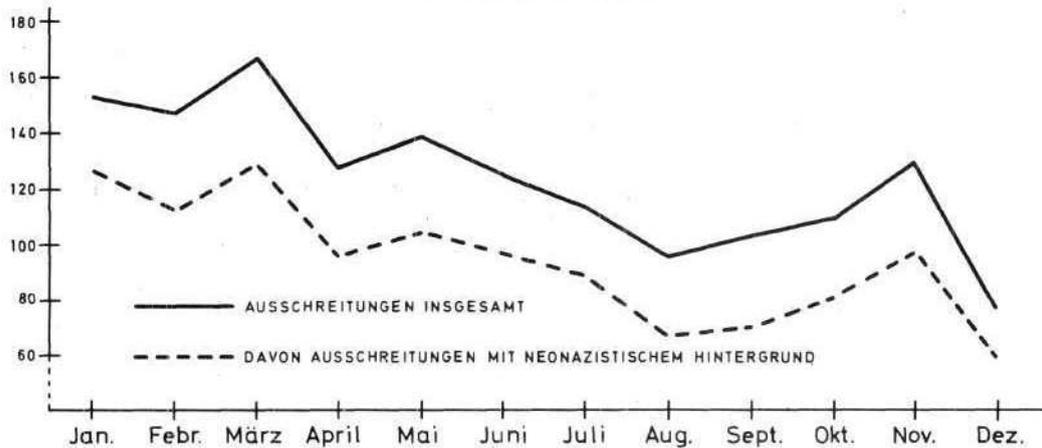


- ERLAUTERUNGEN
- 3 bis 10 Ausschreitungen
 - 11 bis 20 Ausschreitungen
 - 21 bis 50 Ausschreitungen
 - über 50 Ausschreitungen

Die Ausschreitungen in Gemeinden der einzelnen Landkreise sind am Sitz der Kreisverwaltung eingezeichnet worden



Ausschreitungen deutscher Rechtsextremisten im Jahre 1979



Maßnahmen gegen NS-Gruppen und Einzeltäter (insbesondere des Hauptverfahrens im Bückeburger Prozeß vom 28. Mai bis 30. August) ging die Zahl der Ausschreitungen dann wieder etwas zurück.

2.3 Von den 1.483 Ausschreitungen sind 1.118 (rd. 75 %) neonazistischen Tätern zuzuschreiben (1978: 76 %). In 651 Fällen wurden rechtsextremistische Parolen in Schmier-, Plakat- und Klebeaktionen verbreitet, wobei in 142 Fällen Propagandamaterial der NSDAP-AO verwendet wurde.

2.4 272 Ausschreitungen ließen eine antisemitische Tendenz der Täter erkennen. Von den 35 erfaßten Schändungen jüdischer Friedhöfe und Kultstätten konnten 12 Fälle zweifelsfrei Rechtsextremisten angelastet werden.

2.5 Als mutmaßliche Täter rechtsextremistischer Ausschreitungen wurden 760 Personen (1978: 365) bekannt, von denen 265 (1978: 111) neonazistischen und 144 (1978: 36) anderen rechtsextremistischen Gruppen angehörten. Diese Täter sind für insgesamt 561 Ausschreitungen verantwortlich; bei den restlichen 922 Ausschreitungen konnten die Täter noch nicht ermittelt werden. Von den 760 festgestellten Tätern werden 107 (1978: 26) verdächtigt, im Jahr 1979 mehr als eine Tat begangen zu haben.

Die Hälfte der ermittelten mutmaßlichen Täter gehört der Altersgruppe zwischen 14 und 21 Jahren an, rd. 18 % entfallen auf die 22- bis 30jährigen und rd. 23 % auf die 31- bis 50jährigen Täter. Nur rd. 9 % sind älter als 50 Jahre.

Die Berufsanalyse der bekanntgewordenen mutmaßlichen Täter weist Schüler und Studenten mit rd. 26 % als stärkste Gruppe aus. Es folgen Facharbeiter und Handwerker mit rd. 24 %, Angestellte mit rd. 15 % und Selbständige mit rd. 13 %. Etwa 9 % sind ungelernete Arbeiter, rd. 5 % Arbeitslose und rd. 4 % jeweils öffentliche Bedienstete und Rentner.

X. Staatliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten

Mindestens 38 % der erheblich zugenommenen Ausschreitungen konnten – soweit bisher bekannt – von den Sicherheitsbehörden aufgeklärt werden. Die Zahl der Ermittlungsverfahren und der Verurteilungen gegen Rechtsextremisten hat im Jahre 1979 einen neuen Höchststand erreicht. Gerichte sprachen 365 Verurteilungen bis zu einer Freiheitsstrafe von elf Jahren aus.

1. Verurteilungen

1.1 Rechtskräftige Verurteilungen

Im Jahre 1979 wurden 207 rechtskräftige Verurteilungen (1978: 88; 1977: 46) wegen Straftaten aus rechtsextremistischen Beweggründen erfaßt. 33 Personen erhielten Freiheitsstrafen zwischen zwei Monaten und zwei Jahren sechs Monaten. In vier dieser Fälle wurden Strafen von mehr als einem Jahr verhängt.

In 111 Fällen wurden Geldstrafen, in 63 Fällen Jugendstrafen und -arreste, Verwarungen, Geldbußen oder Auflagen ausgesprochen.

Die höchste rechtskräftige Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung betraf den Ingenieur Wolf-Dieter *Eckart* (40) aus Stolberg. Er wurde 1978 vom Landgericht Hamburg zu zwei Freiheitsstrafen verurteilt, die 1979 zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten ohne Bewährung zusammengezogen wur-

den. *Eckart* hatte im Jahre 1976 wiederholt in Schriften den NS-Staat verherrlichende, rassen- und volksverhetzende sowie staatsverunglimpfende Äußerungen gemacht.

1.2 Noch nicht rechtskräftige Verurteilungen

Am Jahresende waren 158 Verurteilungen noch nicht rechtskräftig (1978: 62; 1977: 45). Davon stammen 23 aus den Jahren 1976 – 1978. Bei den 135 Verurteilungen aus dem Jahre 1979 handelt es sich um 69 Freiheitsstrafen von sechs Wochen bis zu elf Jahren. In 21 Fällen wurden Strafen von mehr als einem Jahr ausgesprochen.

Weiterhin wurden 51 Geldstrafen verhängt und in 15 Fällen wurden Geldbußen, Arreste, Verwarnungen oder Arbeitsleistungen auferlegt.

Die höchsten noch nicht rechtskräftigen Freiheitsstrafen ohne Bewährung wurden mit vier bis elf Jahren gegen die sechs im Bückeburger Terroristenprozeß verurteilten NS-Aktivisten verhängt.

2. Ermittlungsverfahren, Durchsuchungen und Anklagen

Die Zahl der strafrechtlichen Ermittlungsverfahren stieg ebenfalls an. Am Jahresende wurden gegen 699 Personen in 836 Fällen (1978: 610 Fälle, 1977: 317 Fälle) ermittelt. 71 Personen mit mehr als einem Verfahren sind in insgesamt 208 Ermittlungsverfahren verwickelt. In 631 Fällen wurden die Ermittlungen 1979 eingeleitet, in den übrigen 205 Fällen handelt es sich um Verfahren aus früheren Jahren. Hinzu kommen noch viele weitere Ermittlungsverfahren meist wegen anonymer Schmierereien gegen Unbekannt. Ende 1979 war in 299 Fällen (1978: 165) von den Strafverfolgungsbehörden gegen 238 Personen Anklage erhoben worden.

Außerdem wurden 221 Durchsuchungen (1978: 141), 221 Beschlagnahmen (1978: 251) und 206 vorläufige und andere Festnahmen (1978: 234) erfaßt. Bei den 221 Durchsuchungen wurden in 116 Fällen Waffen sichergestellt.

Der größte Waffenfund (vgl. Bildtafel) wurde Anfang Februar bei 13 Angehörigen der „NS-Kampfgruppe Ostwestfalen-Lippe“ gemacht. Die Polizei stellte u. a. 23 Schusswaffen, 16 Hieb- und Stichwaffen, mehrere kg Sprengstoff, mehrere tausend Schußmunition und eine größere Anzahl von Waffenteilen sowie umfangreiches NS-Propagandamaterial sicher.

3. Veranstaltungsverbote

Die Ordnungsbehörden verboten 1979 in 70 Fällen Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen (1978: 44). 13 dieser Verbote richteten sich gegen neonazistische Gruppen. In 57 Fällen betrafen die Verbote Veranstaltungen der NPD bzw. ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN).

4. Sonstige Maßnahmen

Darüber hinaus erfolgten weitere verwaltungsrechtliche und zivilgerichtliche Maßnahmen gegen Rechtsextremisten, von denen nachfolgend einige Beispiele genannt sind.

Der Bundesminister der Verteidigung hat gegen den Major Karl-Heinz *Lindner*, Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, am 17. Mai ein disziplinargerichtliches Verfahren mit dem Ziel der Entfernung aus der Bundeswehr eingeleitet und ihn vorläufig seines Dienstes enthoben.

In dem Verwaltungsstreit des Polizeimeisters und NPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Jürgen *Schützinger*, gegen das Land Baden-Württemberg wegen

seiner Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe hat das Verwaltungsgericht Sigmaringen am 31. Mai *Schützingers* Klage abgewiesen und die Entlassung bestätigt.

Das Oberlandesgericht Frankfurt bestätigte am 20. Juni ein Urteil des Landgerichts Frankfurt von 1978, wonach es dem rechtsextremistischen Publizisten *Heinz Roth* (66) unter Androhung eines Ordnungsgeldes bis zu 500.000 DM oder einer Ordnungshaft bis zu sechs Monaten untersagt wird, in der Öffentlichkeit zu behaupten, das Tagebuch der *Anne Frank* sei eine Fälschung.

Am 18. September bestätigte der Bundesgerichtshof ein Urteil des Landgerichts Mainz von 1977, in dem es dem NS-Aktivisten *Müller* aus Mainz verboten wird, wörtlich oder sinngemäß die Behauptung zu verbreiten, die Ermordung von Millionen Juden im Dritten Reich sei ein zionistischer Schwindel bzw. eine Lüge.

Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indizierte 1979 insgesamt 25 Publikationen oder Tonträger wegen Verherrlichung des NS-Regimes und des Krieges (vgl. oben VII. 6 und 7).

In verwaltungsgerichtlichen Verfahren der Firma *Hocheder & Co KG.*, Düsseldorf, sowie des Verlegers *Bernhard C. Wintzek*, Inhaber des rechtsextremistischen „MUT-Verlages“, gegen die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften wegen Indizierung von Schallplatten bzw. einer Ausgabe der Zeitschrift „MUT“ wurde der Einspruch der Kläger kostenpflichtig abgelehnt.

XI. Zusammenfassung

Der deutsche Rechtsextremismus stellte, wie in den letzten Jahren, auch 1979 keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Dies zeigte sich erneut in der scharfen Ablehnung des Rechtsextremismus durch die ganz überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, in weiterem Mitgliederschwund der nach wie vor größten rechtsextremistischen Partei, der NPD, sowie in der Zersplitterung des rechtsextremistischen Lagers.

Andererseits gab die erhebliche Zunahme insbesondere neonazistischer Ausschreitungen und die Bereitschaft, terroristische Gewaltmethoden zur Durchsetzung rechtsextremistischer Ziele anzuwenden, im Jahre 1979 Anlaß zu Besorgnis. Wachsamkeit ist weiter geboten, auch wenn durch konsequente Anwendung der entsprechenden Strafbestimmungen seitens der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie andere staatliche Maßnahmen bei einigen neonazistischen Gruppen bereits 1979 ein deutliches Nachlassen ihrer Aktivitäten festzustellen war. Diese Entwicklung hat sich im Jahre 1980 fortgesetzt.

Für die Sicherheitsbehörden kommt es auch künftig darauf an, alle Anstrengungen zu unternehmen, um insbesondere geplante Ausschreitungen und Gewalttaten möglichst frühzeitig zu erkennen.

Linksextremistische Bestrebungen 1979

I. Allgemeine Erfahrungen

Die Aktivitäten der orthodoxen Kommunisten hielten unverändert an. Dagegen kennzeichnete eine stark nachlassende Handlungsfähigkeit weite Bereiche der „Neuen Linken“, vor allem der dogmatischen kommunistischen Gruppen („K-Gruppen“), deren meisten Kern- und Nebenorganisationen beträchtliche Mitgliederrückgänge hinnehmen mußten. Auch die DKP hat Mitglieder verloren.

Die Landtagswahlen zeigten erneut, wie unbedeutend die Resonanz der Linksextremisten in der Bevölkerung ist. Der linksextremistische Einfluß in der Studentenschaft hält an, er ist erheblich höher als in der Gesamtbevölkerung.

Die Zahl gewaltsamer Aktionen linksextremistischer Gruppen ist deutlich zurückgegangen. Ein Viertel der 160 erfaßten Aktionen (1978: 268) entfiel auf den Hochschulbereich.

1. Orthodoxe Kommunisten

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP), die sich wie die „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW) bedingungslos der Führung von KPdSU und SED unterwirft, blieb mit ihren Nebenorganisationen – dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB), der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und den „Jungen Pionieren – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) – und mit ihrem weiten Netz beeinflusster Organisationen die stärkste Kraft im Linksextremismus, wobei sie bei einzelnen Aktionen ein aggressiveres Verhalten als in den Vorjahren zeigte. Neben Mitgliederverlusten mußte die DKP auch weitere Stimmenverluste bei den Landtagswahlen 1979 hinnehmen. Lediglich bei Kommunalwahlen konnte sie trotz abnehmender Tendenz bei der Gesamtzahl der für sie abgegebenen Stimmen Mandate hinzugewinnen. Der DKP gelang es weiterhin, demokratische Kräfte für gemeinsame Aktionen zu gewinnen (Bündnispolitik).

2. „Neue Linke“

Bei der „Neuen Linken“, d. h. denjenigen Linksextremisten, die nicht dem Kommunismus sowjetischer Prägung (orthodoxer Kommunismus) zuzurechnen sind, verloren vor allem die meisten „K-Gruppen“ Mitglieder.

Die sich in nachlassenden Aktivitäten, Mitgliederverlusten und öffentlicher Selbstkritik widerspiegelnde Krise im Bereich der „Neuen Linken“ scheint den undogmatischen Flügel der „Neuen Linken“ weniger betroffen zu haben als die „K-Gruppen“. Ihm gelang es, seine relativ starke Position in den Studentenvertretungen der Hochschulen zu wahren.

Die verbale Militanz der „Neuen Linken“ war unverändert.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationen

Die Gesamtzahl der Mitglieder in orthodox-kommunistischen Organisationen und in von ihnen beeinflussten Vereinigungen ist nahezu gleichgeblieben. Dagegen sank der

Mitgliederbestand der dogmatischen „Neuen Linken“ wiederum erheblich: Er fiel um ein Drittel.

Die nachstehende Übersicht beschränkt sich auf wenige Kategorien linksextremistischer Zusammenschlüsse in der Bundesrepublik Deutschland. Die nach Hunderten zählenden Sekundärorganisationen (Arbeitskreise, Initiativen, Komitees, Basis- und ad-hoc-Gruppen usw.) und nur örtlich tätigen Kleingruppen sind hier nicht aufgeführt, weil sie nicht zuverlässig erfaßt werden können und die in ihnen mitwirkenden Personen häufig auch in anderen hier berücksichtigten Organisationen mitarbeiten. Dies gilt vor allem für Gruppen der undogmatischen „Neuen Linken“, die oft kleine, lose und kurzlebige Zusammenschlüsse sind.

2. Linksextremisten im öffentlichen Dienst

Ende 1979 waren 2.454 (1978: 2.309) Linksextremisten im Bundes-, Landes- und Kommunaldienst sowie bei anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Anstalten beschäftigt. „Kaderstatistiken“ linksextremistischer Kernorganisationen weisen eine Gesamtzahl von etwa 4.500 Linksextremisten im öffentlichen Dienst aus. Einzelheiten hinsichtlich der namentlich bekannten Linksextremisten ergeben sich aus der folgenden Darstellung (Zahlen für 1978 in Klammern):

	Personen	DKP u. SEW	Neben- organisa- tionen von DKP und SEW	von DKP u. SEW be- einflußte Org. *)	„Neue Linke“
Bundesdienst	267 (271)	187 (178)	8 (17)	11 (11)	61 (65)
Landesdienst	1675 (1560)	824 (733)	64 (69)	117 (112)	670 (646)
Kommunaldienst	460 (436)	293 (242)	11 (11)	20 (26)	136 (157)
Dienst in anderen öffentlichen Einrichtungen	52 (42)	42 (33)	—	—	10 (9)
	2454 (2309)	1346 (1186)	83 (97)	148 (149)	877 (877)

Von den 267 linksextremistischen Bundesbediensteten sind 159 (=59,6 %) bei der Bundespost und 63 (=23,6 %) bei der Bundesbahn tätig, meist in untergeordneten Positionen, 10 (=3,8 %) sind Angehörige der Streitkräfte (Zeitsoldaten) oder der Bundeswehrverwaltung (Wehrpflichtige sind in der Übersicht nicht erfaßt).

Von den 1.675 linksextremistischen Landesbediensteten sind beschäftigt:

- 991 (= 59,2 %) als Lehrer
- 224 (= 13,4 %) als wissenschaftliches Personal an Hochschulen
- 141 (= 8,4 %) als sonstiges Personal an Schulen und Hochschulen
- 269 (= 16,0 %) in sonstigen Verwaltungszweigen
- 50 (= 3,0 %) in der Justiz.

Zur Gruppe der Lehrer im Landesdienst kommen noch 53 bei den Kommunen beschäftigte Lehrer hinzu.

*) In dieser Rubrik sind Personen, die einer beeinflussten Organisation angehören, nur erfaßt, wenn sie sich linksextremistisch betätigt haben.

Organisationen	Zahl	1977 Mitglieder	Zahl	1978 Mitglieder	Zahl	1979 Mitglieder
orthodox-kommunistische						
– Kernorganisationen	2	49.000	2	49.000	2	47.000
– Nebenorganisationen	11	28.400	11	29.100	12	29.500
Beeinflusste Organisationen	58	52.600	50	50.400	46	51.900
dogmatische „Neue Linke“						
– Kernorganisationen	15	6.600	11	5.500	12	5.300
– Nebenorganisationen	28	9.700	27	6.800	19	3.900
Beeinflusste Organisationen	12	3.900	15	2.780	27	1.100
Trotzkistische Organisationen	12	900	11	880	8	800
Sonstige Organisationen der „Neuen Linken“ einschl. anarchistischer Organisationen	87	5.700	81	4.750	74	3.800
Summe	225	100.300	208	96.030	200	90.300
Nach Abzug von Mehrfach- mitgliedschaften		75.200		72.000		67.700
		42.200		39.900		39.700

Im Bundesgrenzschutz und bei den Polizeien der Länder sind keine Linksextremisten bekannt geworden.

Von den 2.454 Linksextremisten sind 1.187 (= 48,4 %) Beamte, 1.079 (= 43,9 %) Angestellte und 181 (= 7,4 %) Arbeiter sowie 7 (= 0,3 %) Soldaten auf Zeit.

Die 1.187 Beamten verteilen sich auf die einzelnen Laufbahngruppen:

höherer Dienst	606	(= 51,1 %)
gehobener Dienst	467	(= 39,3 %)
mittlerer Dienst	88	(= 7,4 %)
einfacher Dienst	26	(= 2,2 %)

3. Studentenvertretungen

3.1 Hochschulen mit verfaßter Studentenschaft

Diese Darstellung berücksichtigt 39 Studentenparlamente (SP) und Allgemeine Studentenausschüsse (ASen) an 37* Hochschulen (Universitäten, Gesamthochschulen, Technische und Medizinische Hochschulen, Pädagogische Hochschulen, nicht jedoch Fachhochschulen) mit z. T. eigenen studentischen Vertretungen in mehreren Abteilungen, die sowohl im Dezember 1978 als auch im Dezember 1979 verfaßte Studentenschaften hatten.

Zu den Hochschulen mit verfaßten Studentenschaften gehören seit 1979 auch die Freie Universität (FU) und die Technische Universität (TU) Berlin – deren ASen im Dezember 1979 jedoch noch nicht gewählt waren – sowie die Fernuniversität Hagen. Da Vergleichszahlen für 1978 für diese drei Hochschulen nicht vorliegen, wird die Sitzverteilung in diesen Studentenvertretungen in der folgenden Darstellung nicht berücksichtigt.

Die Hochschulen Baden-Württembergs und Bayerns haben weiterhin keine verfaßten Studentenschaften.

Die nachstehenden Übersichten beruhen in einigen Bereichen auf Schätzungen.

3.1.1 Studentenparlamente

Im Dezember 1979 waren in 35 der 39 berücksichtigten Studentenparlamente (SP) Linksextremisten vertreten. In acht SP besaßen Linksextremisten mehr als 50 % der Mandate. Der Anteil der Linksextremisten an den Sitzen in den berücksichtigten SP war im Vergleich zu 1978 im wesentlichen unverändert; er lag unter 40 %. Es gab auch keine bemerkenswerten Verschiebungen zwischen den Gruppierungen.

Würde die Sitzverteilung in den SP an der FU und TU Berlin sowie der Fernuniversität Hagen berücksichtigt, ergäben sich insgesamt keine nennenswerten Veränderungen gegenüber der tabellarischen Darstellung. Die ADS bekamen an der TU ca. 15 % und an der FU ca. 18 % der Sitze.

Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der folgenden Übersicht:

*) Von den im Verfassungsschutzbericht 1978 berücksichtigten 44 Hochschulen konnten nur die 37 Hochschulen erneut berücksichtigt werden, an denen im Dezember 1979 legal gewählte Studentenvertretungen existierten.

Gruppen	Zahl der Sitze		Anteil		Vertreten in (Zahl d. Parlamente) Dezember	
	Dezember		Dezember			
	1978 ¹⁾	1979	1978 ¹⁾	1979	1978 ¹⁾	1979
„Neue Linke“	267	221	19,1 %	18,1 %	31	23
MSB Spartakus						
³⁾ ADS-SEW	123	129	8,8 %	10,6 %	29	28
SHB	130	110	9,3 %	9,0 %	26	25
Linksextremisten	520	460	37,2 %	37,7 %	38	35
Andere	876	761	62,8 %	62,3 %	41	39
Insgesamt:	1396	1221	100 %	100 %	43 ²⁾	39

3.1.2 Allgemeine Studentenausschüsse

Im Dezember 1979 waren in 25 der 39 Allgemeinen Studentenausschüsse (ASTen) Linksextremisten vertreten. In diesen 25 ASTen entfielen insgesamt ca. 64 % der Sitze auf Linksextremisten. In 17 von 39 ASTen verfügten Linksextremisten über mehr als 50 % der Sitze. In den berücksichtigten ASTen lag der Anteil der Linksextremisten wie 1978 bei ca. 40 %. Weitere Angaben ergeben sich aus der folgenden Übersicht:

Gruppen	Zahl der Sitze		Anteil		Vertreten in (Zahl der ASTen) Dezember	
	Dezember		Dezember			
	1978 ⁴⁾	1979	1978 ⁴⁾	1979	1978 ⁴⁾	1979
„Neue Linke“	47	56	17,0 %	19,7 %	11	13
MSB Spartakus	27	31	9,8 %	10,9 %	13	14
SHB	37	31	13,4 %	10,9 %	18	15
Linksextremisten zusammen	111	118	40,2 %	41,5 %	27	25
Andere	165	166	59,8 %	58,5 %	34	32
Insgesamt:	276	284	100 %	100 %	43 ⁵⁾	39

¹⁾ Die Zahlenangaben weichen von denen im Verfassungsschutzbericht 1978 ab, weil nur die Ergebnisse derjenigen Hochschulen berücksichtigt werden konnten, für die Vergleichsangaben für 1979 vorliegen.

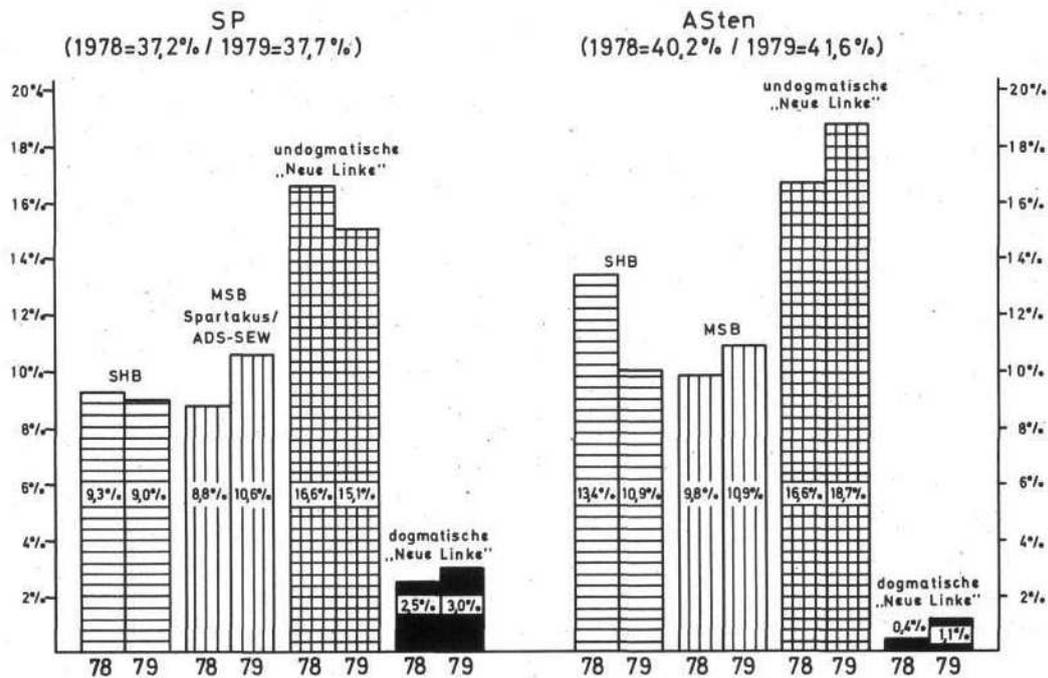
²⁾ Diese Zahl bezieht sich auf dieselben Hochschulen wie im Jahre 1979; sie ist höher, weil 1979 eine Gesamtstudentenvertretung, dagegen 1978 fünf Teilvertretungen berücksichtigt wurden.

³⁾ „Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten“ (ADS)

⁴⁾ Die Zahlenangaben weichen von denen im Verfassungsschutzbericht 1978 ab, weil nur die Ergebnisse derjenigen Hochschulen berücksichtigt werden konnten, für die Vergleichsangaben für 1979 vorliegen.

⁵⁾ Diese Zahl bezieht sich auf dieselben Hochschulen wie im Jahre 1979; sie ist höher, weil 1979 eine Gesamtstudentenvertretung, dagegen 1978 fünf Teilvertretungen berücksichtigt wurden.

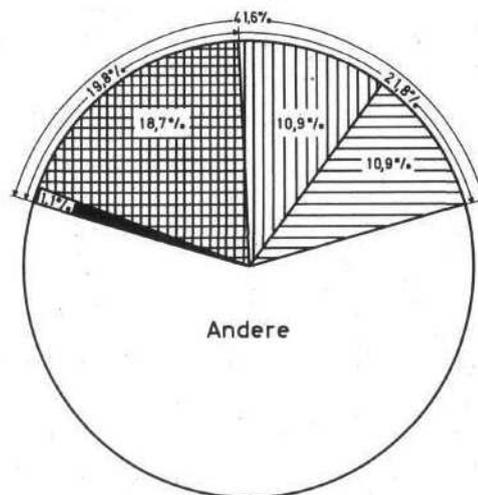
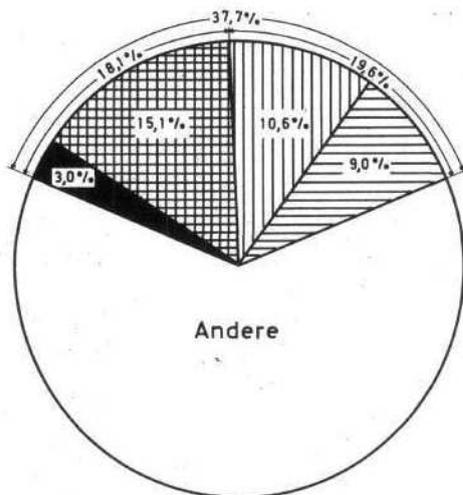
Linksextremisten in Studentenparlamenten (SP) und Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten)



SP

Stand: Dezember 1979

ASten



■ dogmatische „Neue Linke“
 ▣ undogmatische „Neue Linke“

▨ MSB Spartakus / ADS-SEW
 ▤ SHB

3.2 Hochschulen ohne verfaßte Studentenschaft

3.2.1 Hochschulen in Baden-Württemberg

Bei den Wahlen an den neun Universitäten des Landes entfielen ca. 25 % (1978: ca. 25 %) der Sitze in den Allgemeinen Studentenausschüssen auf Linksextremisten, davon mehr als die Hälfte auf Anhänger des MSB Spartakus.

3.2.2 Hochschulen in Bayern

An den berücksichtigten zehn (1978: 9) bayerischen Universitäten und Gesamthochschulen waren im Dezember 1979 in sechs (1978: 7) studentischen Konventen Linksextremisten oder Kandidaten linksextremistisch beeinflusster Listen vertreten. An sechs (1978: 6) dieser bayerischen Hochschulen befanden sich auch Linksextremisten bzw. Kandidaten linksextremistisch beeinflusster Listen in den Sprecherräten.

III. Schwerpunkte der Agitation

In ihrer Agitation kritisierten Linksextremisten auch 1979 die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung vom Boden ihrer Ideologien aus und setzten dabei folgende Schwerpunkte:

1. Außen- und Verteidigungspolitik

Anläßlich des Nachrüstungsplans der NATO steigerte die DKP ihre prosovjatische Agitation. Sie richtete Angriffe gegen das „wachsende Expansions- und Hegemoniestreben des BRD-Imperialismus“; gegen die atomare „Hochrüstungspolitik“ der Bundesregierung und der NATO, die „antinational“ und „verantwortungslos“, unser Land in eine gegen die UdSSR gerichtete Raketenabschußbasis“ verwandele. Demgegenüber stehe die „konstruktive und verantwortungsbewußte Friedenspolitik der Sowjetunion“. Die DKP solidarisierte sich auch mit dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan als einer völkerrechtlich legitimen „brüderlichen Hilfe“ für die „revolutionären Kräfte Afghanistans“ gegen die ständige „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ dieses Landes durch China, die „CIA und andere imperialistische Kreise“ (vgl. u. a. „UZ Extra“ Eigenbeilage der UZ Nr. 295 vom 20. 12. 1979; UZ Nr. 1 vom 2. 1. 1980; „DKP-Pressedienst“ vom 5. 3., 30. 3., 17. 5., 19. 6. und 17. 12. 1979).

Hauptangriffsziele der „Neuen Linken“ waren „US-Imperialisten“ und „BRD-Imperialisten“, deren Pläne zur „Neuaufteilung der Welt“ besonders „aggressiv und gefährlich“ seien; ebenso agitierten sie gegen die sowjetischen „sozialimperialistischen Kriegstreiber“; sie behaupteten, der „westdeutsche Imperialismus“ liebügele „mit der Rolle des Hilfspolizisten der USA“ und prüfe gleichzeitig, „im Schlepptau welcher der beiden Supermächte“ mehr zu holen sei. Der prochinesische „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) und die proalbanische „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) verlangten den Austritt aus der NATO, die „Zersetzung“ der Bundeswehr und die Volksbewaffnung (vgl. u. a. „Kommunismus und Klassenkampf“ Nr. 2 und 3/1979, „Arbeiterkampf“-Extra vom 16. 4. 1979, „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 42/1979, KPD/ML-Aktionsprogramm).

2. Innen- und Sicherheitspolitik

Unverändert waren Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit Ziel diffamierender linksextremistischer Agitation. Die DKP sprach davon, selbst „ganz normale demokratische Rechte“ seien „ins Visier der Notstandsspezialisten geraten“; die „Arbeiterbewegung“ werde „zum direkten Objekt antidemokratischer und verfassungswidriger Machenschaften“ durch den „Schnüffelstaat“. Der „Notstand“ werde seit langem geprobt, die „Terroristen“ seien nur ein Vorwand (vgl. u. a. UZ Nr. 19 vom 23. 1. 1979, Nr. 24 vom 29. 1. 1979; „UZ Extra“ Eigenbeilage der UZ Nr. 295 vom 20. 12. 1979).

Ähnlich agitierten Gruppen der „Neuen Linken“: Sie sprachen vom „ständig gesteigerten Polizeiterror“. In der Bundesrepublik sei ein „gigantischer Bespitzelungs- und Überwachungsapparat“ aufgebaut worden, der es „in allen Bereichen“ erlaube, „die Schrauben anzuziehen“. Die „polizeiliche Überwachung“ werde „vorbeugend auf breiteste Massen des Volkes“ ausgedehnt (vgl. u. a. „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 36, Nr. 38; KPD/ML-Aktionsprogramm; „Arbeiterkampf“-Extra vom 16. 4. 1979).

3. Wirtschafts- und Sozialpolitik

In der Agitation der orthodoxen Kommunisten verschärfte sich die „allgemeine Krise des Kapitalismus“, herrschte „Massenarbeitslosigkeit“, „inflationäre Geldentwertung“, „Preistreiberei“, „Mietwucher“, wurden soziale Leistungen „abgebaut“. Während die Krisenlasten auf den Arbeiter abgewälzt würden, bereicherten sich die Monopole gewaltig. Deren vom Staat gefördertes „Vorherrschaftsstreben“ behindere die wirtschaftliche Entwicklung. Dagegen müsse eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt im gemeinsamen Ringen aller antimonopolistischen Kräfte erzwungen werden“ (vgl. u. a. „UZ Extra“ Eigenbeilage der UZ Nr. 33 vom 8. 2. 1979 und Nr. 295 vom 20. 12. 1979; UZ Nr. 92 vom 20. 4. 1979; ebenso Nr. IV. 1.1).

Ähnlich die Agitation der „Neuen Linken“: Die „Ausbeutung“ werde „ständig verschärft“ und die „Arbeitshetze von Tag zu Tag schlimmer“, die „Tendenz zur absoluten Verelendung“ mache sich wieder bemerkbar. Die Bundesregierung fördere „im Interesse der Kapitalisten“ diese Entwicklung und erlasse „neue Gesetze gegen die Massen“, damit „noch größere Profite“ gemacht werden könnten (vgl. u. a. „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 21 und 42/1979; KPD/ML-Aktionsprogramm; „Arbeiterkampf“-Extra vom 16. 4. 1979).

4. Umweltschutz

Immer öfter bildete der Umweltschutz ein zentrales Thema linksextremistischer Propaganda. Die DKP agitierte zunehmend gegen das „von den Monopolen betriebene Bonner Atomprogramm“, das ausschließlich „von Profitinteressen und von militärischen Überlegungen bestimmt“ werde und „Leben und Gesundheit der Bevölkerung“ gefährde. Nach ihrer Ansicht ist die Lösung ökologischer Probleme erst im Sozialismus möglich; damit rechtfertigte sie auch den Bau von Kernkraftwerken im Sowjetblock. Die orthodoxen Kommunisten kritisierten die „Technik- und Wachstumsfeindlichkeit“ der „Grünen“, die nur „von den gesellschaftlichen Ursachen der Umweltzerstörung“ ablenke (vgl. unten Nr. IV. 2.2.; Studienmaterial für das 2. Thema im Bildungsjahr der DKP 1979/80; UZ Nr. 65 vom 17. 3. 1979; „UZ Extra“ Eigenbeilage zur UZ Nr. 141 vom 21. 6. 1979).

Gruppen der „Neuen Linken“ griffen auf der Suche nach „massenwirksamen“ Themen ebenfalls Umweltschutzprobleme auf. Ihre Losungen lauteten „Weg mit dem Atomprogramm“ und „Gegen die Profite der Monopolherren, die sich am gigantischen

UZ unsere zeit

Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP

F 8316 AX

Karmal auf einer Pressekonferenz in Kabul: Solidarische Hilfe sichert den Frieden in der Region

Vom UZ-Sonderkorrespondenten Hubert Kuschnik

Kabul. — Auf einer internationalen Pressekonferenz in Kabul hat der oberste Repräsentant der Demokratischen Republik Afghanistan, Babrak Karmal, am Donnerstag über zwei Stunden lang Fragen von weit über 200 Journalisten beantwortet. Im Chahelkangpalast in Südwesten Kabuls erklärte er, dass sich die Gruppe verbündeter sozialistischer Kräfte unter der Führung der USA, die sich "nationalen Bewegungen und demokratischen Organisationen" in der Region widersetzen, nicht aufgeben werden.



Kurt Bachmann: Vietnam-Solidarität verstärken!

Treffen mit dem vietnamesischen Botschafter Manh Can in Bonn

Bonn. — Kurt Bachmann, Mitglied des Politbüros der DKP, hat am Donnerstag ein Treffen mit dem vietnamesischen Botschafter Manh Can in Bonn. Bachmann betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit zwischen der DKP und der vietnamesischen Partei. Er sprach über die Unterstützung der DKP für die Befreiung Vietnams von den amerikanischen imperialistischen Kräften.

UZ rief in Santiago an: Solidarität für Streikende

Chilische Botschaft: Einigung sehr schwierig

Santiago. — Die UZ hat am Donnerstag eine Solidaritätsaktion für die Streikenden in Chile angekündigt. Die Zeitung fordert die Arbeiter in der ganzen Welt auf, die Streikenden in Santiago zu unterstützen. Die Botschaft in Santiago hat geantwortet, dass eine Einigung sehr schwierig sei.

Unsere Solidarität gehört den Hungerstreikenden in Santiago

Chilische Patrioten brauchen Unterstützung / Anschriften der Streikenden

Santiago. — Die UZ hat am Donnerstag eine Solidaritätsaktion für die Hungerstreikenden in Santiago angekündigt. Die Zeitung fordert die Arbeiter in der ganzen Welt auf, die Hungerstreikenden zu unterstützen. Die Botschaft in Santiago hat geantwortet, dass die Arbeiter in Chile Unterstützung brauchen.

DKP fordert die Anerkennung der Volksrepublik Kampuchea

Erklärung des Präsidiums des Parteivorstandes der DKP

Bonn. — Das Präsidium des Parteivorstandes der DKP hat am Donnerstag eine Erklärung veröffentlicht, in der die Anerkennung der Volksrepublik Kampuchea gefordert wird. Die Erklärung betont die Unterstützung der DKP für die Befreiung Kampuchea von den amerikanischen imperialistischen Kräften.

Das Volk Kurdistans will Autonomie in freiem Iran

UZ spricht mit Vertretern der Demokratischen Partei Kurdistans (DKP) in Sarajevo

Sarajevo. — Die UZ hat am Donnerstag ein Gespräch mit Vertretern der Demokratischen Partei Kurdistans (DKP) in Sarajevo. Die UZ hat die Forderung der Kurden nach Autonomie in freiem Iran unterstützt.

Solidaritätsaktion vor der Botschaft Nikaraguas

Bonn soll Beziehungen zum Somoza-Regime abbrechen

Patrioten legen Regierungsprogramm vor

Bonn. — Am Donnerstag haben die Patrioten in Bonn eine Solidaritätsaktion vor der Botschaft Nikaraguas durchgeführt. Die UZ fordert die Bundesregierung auf, die Beziehungen zum Somoza-Regime abbrechen zu lassen. Die Patrioten legen ein Regierungsprogramm vor, das die Befreiung Nikaraguas von den imperialistischen Kräften fordert.

AIB

Volksoffensive in Nicaragua

FSLN

INTERNATIONALISMUS

Afghanistan im Blickpunkt

Von Georg Polke

Für manche ist Afghanistan ein strategischer Punkt. Die Sowjetunion hat zweifellos eine klare völkerrechtliche Grundlage: Artikel 4 des Vertrags zwischen der Sowjetunion und der afghanischen Regierung vom 5. Dezember 1978 sieht die Möglichkeit militärischer Interventionen für die afghanische revolutionäre Regierung vor. Und die Sowjetunion hat diesen Ersuchen ausdrücklich entsprechen lassen. Ein solches Ersuchen ist von Afghanistan an die Sowjetunion gerichtet worden. Deshalb entbehrt die Intervention der Sowjetunion von einem „Bruch der UNO-Charta“ durch die UdSSR keine Grundlage.

Atomgeschäft gesundstoßen". Der „Kampf gegen das Atomprogramm“ sei nicht nur ein Kampf gegen die „Vernichtung der Umwelt“, sondern auch gegen die „politisch-militärischen Pläne des BRD-Imperialismus“ („Roter Morgen“ Nr. 14 vom 6. 4. 1979; „Arbeiterkampf“-Extra vom 16. 4. 1979).

5. Internationalismus

Orthodoxe Kommunisten und „Neue Linke“ warben unverändert im Namen der „Anti-imperialistischen Solidarität“ für politische und materielle Unterstützung der ihnen ideologisch nahestehenden „Befreiungsbewegungen“ in der Dritten Welt. Dem „BRD-Imperialismus“ wurde vorgeworfen, „rassistische“ und „Kolonialregime“ zu unterstützen.

Zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen linksextremistischen Lagern kam es nach der vietnamesischen Besetzung Kampuchreas, dem chinesisch-vietnamesischen Grenzkrieg und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Gegenseitig bezichtigten sie sich der „imperialistischen Aggression“ und der Abweichung vom Sozialismus. Während die DKP dem „befreiten kampucheanischen Volk“ ihre „Sympathie und Solidarität“ zur „Vertreibung der tyrannischen Pol Pot-Clique“ aussprach und die „Pekinger Führer“ verurteilte, riefen prochinesische Gruppen zu einer Solidaritätskampagne auf, um „das kämpfende Volk von Kampuchea und seine legitime Regierung in ihrem Widerstand gegen die vietnamesischen Aggressoren zu unterstützen“ (vgl. u. a. DKP-Pressedienst 5/1979 vom 16. 1. 1979; „Kommunistische Volkszeitung“ Nr. 42/79 und Flugschrift vom 24. 9. 1979; „Kommunismus und Klassenkampf“ Nr. 2/1979).

IV. Orthodoxe Kommunisten

1. Politische und organisatorische Entwicklung

1.1 „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP)

1.1.1 Ideologisch-politischer Standort

Die DKP vertritt den orthodoxen, d. h. sowjetisch orientierten Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Ihr historisches Selbstverständnis faßte DKP-Vorsitzender Mies anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen KPD in der Feststellung zusammen: „Wir stehen in jener revolutionären Kontinuität, die mit dem Bund der Kommunisten begann . . . und vor nunmehr 60 Jahren zur Gründung der KPD führte“ (UZ vom 9. 1. 1979).

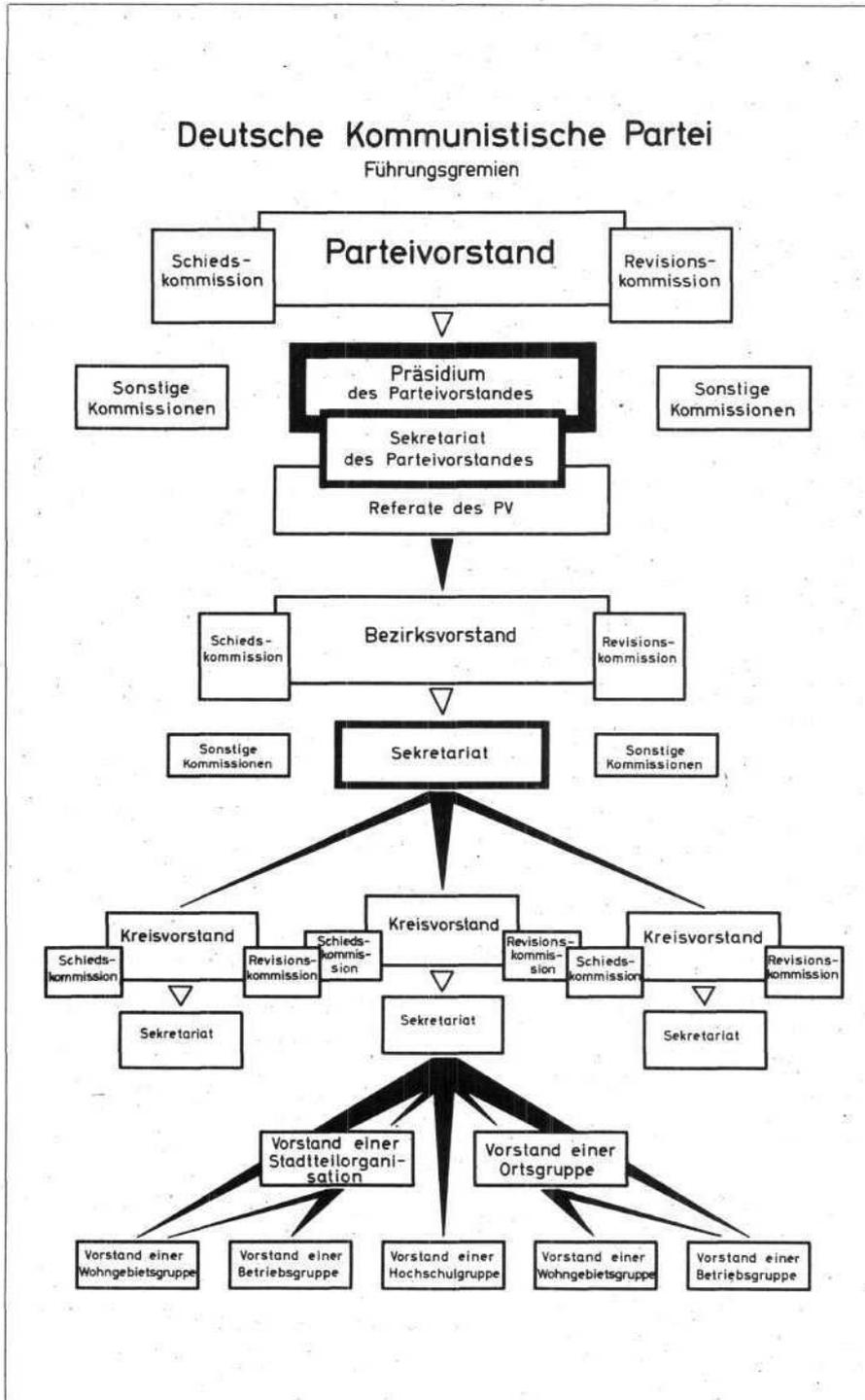
Auch im Berichtsjahr ordnete sich die DKP politisch und ideologisch vorbehaltlos der KPdSU und der SED unter. Sie betonte, ihre Haltung zur Sowjetunion und zur KPdSU sei nicht durch „kritische, sondern durch prinzipielle Solidarität“ bestimmt, die ihre Grundlage in der gemeinsamen Weltanschauung und dem gemeinsamen Ziel, dem Sozialismus/Kommunismus, habe; daher lehne sie es auch ab, aus „taktischen Erwägungen“ – nur um ihre Anziehungskraft zu erhöhen – die Sowjetunion zu kritisieren (UZ Nr. 52 vom 2. 3. 1979).

Neben den „brüderlichen Beziehungen zur KPdSU“ pflegte die DKP, wie in ihrem Programm festgeschrieben, „vor allem“ ihre „Verbundenheit“ mit der SED; sie wies es zurück, „auf Distanz zur DDR“ zu gehen, denn das bedeute, die „Kampfziele des Volkes in unserem Lande“ zu verleugnen („Marxistische Blätter“ Heft 5/79, S. 54).

Zwar gab die DKP wiederum vor, die „nationalen Interessen“ des arbeitenden „Vol-

Deutsche Kommunistische Partei

Führungsgremien



kes" der Bundesrepublik Deutschland zu vertreten, versicherte zugleich jedoch erneut, sie werde stets ihre „internationalistische Pflicht" erfüllen (UZ Nr. 50 und 129 vom 28. 2. und 6. 6. 1979). „Nationale Politik" und „proletarischer Internationalismus" sind nach Auffassung der DKP keine Gegensätze. Gleichwohl äußere sich der „proletarische Internationalismus" „in einem klaren, klassenmäßigen Verhältnis zur Sowjetunion und den anderen Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft" (Herbert Mies/ Willi Gerns, Weg und Ziel der DKP, Frankfurt 1979, S. 31, 27).

Unverändert hält die DKP an ihren verfassungsfeindlichen Zielen fest. Sie bekennt sich als „die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" der Bundesrepublik Deutschland zum Marxismus-Leninismus als Anleitung zum Handeln: „Politischer Kompaß der DKP und wissenschaftliches Fundament ihrer Politik ist die Lehre von Marx, Engels und Lenin" (DKP-Programm, S. 7; vgl. auch UZ Nr. 283 vom 6. 12. 1979; Mies/Gerns, a.a.O., S. 11).

Ziel der DKP ist die Errichtung einer sozialistisch-kommunistischen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik Deutschland. Der Sozialismus ist nach Ansicht der DKP nur über eine „sozialistische Umwälzung" (Revolution) zu erreichen und setzt die „Erringung der politischen Macht der Arbeiterklasse" voraus: „Es gibt keinen Sozialismus ohne politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen . . . Wobei die politische Macht der Arbeiterklasse einschließt, daß die . . . Partei der Arbeiterklasse sich den maßgeblichen Einfluß errungen hat" (UZ Nr. 119 vom 23. 5. 1979).

In der Sache ist die Wendung „Macht" oder „Herrschaft der Arbeiterklasse" identisch mit dem Begriff „Diktatur des Proletariats". In ihrem 1978 verabschiedeten Programm verwendet die DKP diesen Begriff nicht. Sein Fehlen begründet sie damit, er sei „für große Teile des arbeitenden Volkes mißverständlich", weil „mit diesem Begriff Gedanken an Faschismus und Terror" verbunden würden (Mies/Gerns a.a.O., S. 104).

Ihr Grundmodell des Sozialismus sieht die DKP in den Ländern der „sozialistischen Staatengemeinschaft", insbesondere in der DDR, verwirklicht. Die DKP behauptete, von „Spekulationen über Sozialismus-Modelle" nichts zu halten. Gleichzeitig betonte sie jedoch die den Sozialismus bestimmenden allgemeinen Gesetzmäßigkeiten, die „politische Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen Werktätigen", das „gesellschaftliche Eigentum an allen wichtigen Produktionsmitteln" und die „planmäßige Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft im Interesse des Volkes". „Diese grundlegenden Merkmale bestimmen das Wesen der Gesellschaftsordnung in der DDR wie in den anderen Ländern, die bereits den Sozialismus aufgebaut haben." (Mies/Gerns, a.a.O., S. 94 f.). Die DKP sieht in der DDR die „größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung" (UZ Nr. 226 vom 28. 9. 1979): Mit dem Sieg der „antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Revolution" sei dort ein Staat entstanden, „in dem sich das erfüllte, wovon Generationen von Kommunisten und Sozialisten geträumt, wofür sie gekämpft und gelitten hatten"; nur in einem solchen Staat könne es „wirkliche Volksherrschaft, also Demokratie" geben (Rede des DKP-Vorsitzenden Herbert Mies am 5. Oktober, DKP-Pressedienst Nr. 99/79).

Die DKP geht davon aus, daß ihr Endziel, der Sozialismus, „nicht aus dem Stand zu erreichen ist. Zwar seien in der Bundesrepublik Deutschland mit der Herausbildung des „staatsmonopolistischen Kapitalismus", der „Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates", die materiellen Voraussetzungen gegeben; aber es fehlten noch die „kräftemäßigen Voraussetzungen", die nur in einem „längeren Prozeß des Klassenkampfes, ausgehend von den unmittelbar anstehenden Fragen", entwickelt werden könnten (Mies/Gerns, a.a.O., u. a. S. 16, 20, 73). Die DKP trete daher für das „Nächstliegende", allerdings mit „festem Blick . . . für die grundlegende Verände-

rung der gesellschaftlichen Verhältnisse, ... für den Sozialismus" ein („UZ-Extra“, Eigenbeilage der UZ Nr. 295 vom 20. 12. 1979, S. 20). Die „Notwendigkeit von Übergangsforderungen und die Möglichkeit von Etappen im Kampf um den Sozialismus“ hervorhebend, kämpft die DKP in der gegenwärtigen Phase für eine „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“; diese „Wende“ soll insbesondere das Kräfteverhältnis zugunsten der „Arbeiterklasse“ verändern und in den nächsten „Kampfabschnitt“, eine „antimonopolistische Demokratie“ einmünden (*Mies/Gerns*, a.a.O., S. 116 sowie S. 20, 42–45, 74). Für eine „antimonopolistische Demokratie“, die nach Auffassung der DKP am besten geeignet ist, „den Weg zum Sozialismus zu öffnen“, gelte „in bestimmten Sinne Lenins Aussage ... über den Staat der revolutionären Demokratie als mögliche Übergangsstufe der politischen Macht auf dem Wege zum Sozialismus“. Lenin habe mit dem „Staat der revolutionären Demokratie“ tiefgehende progressive Veränderungen in der politischen, ökonomischen und sozialen Struktur der Gesellschaft“ verbunden. In der „antimonopolistischen Demokratie“ – so die DKP – seien zwar noch Elemente des Kapitalismus, aber bereits auch „Keimformen des Sozialismus“ vorhanden, die „im Klassenkampf ... mehr und mehr ... das Übergewicht erlangen müssen, wenn es der Konterrevolution nicht gelingen soll, den revolutionären Prozeß zu ersticken“ (*Mies/Gerns*, a.a.O., S. 72).

Um ihre verfassungsfeindlichen Zielsetzungen zu verschleiern, behauptete die DKP wiederholt, sie wirke „auf dem Boden des Grundgesetzes“ und bekenne sich zu dessen „demokratischen Prinzipien“ (DKP-Programm S. 6; *Mies/Gerns* a.a.O., S. 53). Damit verfolgt sie die gleiche „Umwertungstaktik“, die bereits von der verbotenen KPD angewandt worden ist: Sie interpretiert das Grundgesetz marxistisch-leninistisch und kommt auf diese Weise zu einem Ergebnis, das es ihr erlaubt zu erklären, die Kommunisten seien die „entschiedensten Verteidiger“ der Verfassung, deren „demokratische Substanz“ von Parlament, Exekutive und Justiz fortlaufend ausgehöhlt werde. Dementsprechend werden die Verfassungsorgane vor allem in der für die breite Öffentlichkeit bestimmten Agitation verunglimpft und herabgesetzt. In den „demokratischen Rechten und Freiheiten“ sieht die DKP nur ein Mittel im Kampf für ihre Ziele:

„Immerhin aber verschaffen die politischen Freiheiten und Rechte den Arbeitern die Möglichkeit, sich als Klasse politisch zu formieren und zu organisieren. Die Arbeiterklasse kann somit legal, d. h. unter günstigeren Bedingungen um die politische Herrschaft kämpfen“ („Marxistische Blätter“ Heft 3/79, S. 55).

Unverändert bekennt sich die DKP zur „revolutionären Gewalt“, auch wenn sie danach strebt, „friedlich“, d. h. ohne Bürgerkrieg, die sozialistische Revolution zu vollziehen. „In jedem Fall aber wird – das gilt auch für die Bundesrepublik – der Weg zum Sozialismus nur ein Weg langwieriger harter Klassenkämpfe, ein Weg tiefgreifender revolutionärer politischer und gesellschaftlicher Umgestaltungen sein“ (*Mies/Gerns*, a.a.O., S. 120).

1.1.2 Mitgliederstand

Der Umtausch der DKP-Mitgliedsbücher Anfang 1979 offenbarte eine rückläufige Tendenz in der Mitgliederentwicklung. Demnach dürfte am Jahresende 1979 die Gesamtzahl der DKP-Mitglieder – wie zuletzt 1976 – bei etwa 40.000 gelegen haben (1978: 42.000).

Angesichts dieser negativen Bilanz verkündete der DKP-Parteivorstand im Dezember ein neues Parteaufgebot: Zur Stärkung und zur „Sicherung der sozialen Zusammensetzung“ der DKP als Partei der Arbeiterklasse sollen bis zum nächsten Parteitag (voraussichtlich 1981) „Tausende Betriebsarbeiter für die Partei“ geworben werden (vgl.

UZ Nr. 283 vom 6. 12. 1979). Führende DKP-Funktionäre hatten mehrfach den steigenden Anteil der „Intelligenz“ in der Partei beklagt; in einzelnen Bezirksorganisationen seien nicht einmal ein Viertel der Mitglieder „Arbeiter“. Wie die DKP bekanntgab, seien bisher neue Mitglieder vor allem aus der Jugend gewonnen worden, häufig aus der „Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend“ (SDAJ) und dem „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB). So dürfte mehr als ein Drittel aller DKP-Mitglieder 30 Jahre und jünger sein. Das Durchschnittsalter der Führungskader auf Bundesebene liegt bei 50 Jahren; 84 % dieser Kader sind aus der illegalen KPD hervorgegangen.

1.1.3 Finanzierung

Die DKP wies in ihrem Rechenschaftsbericht gem. § 23 Parteiengesetz für das Jahr 1978 Einnahmen von insgesamt 13.686.978,- DM (1977: 13.348.853,- DM) aus. Davon entfielen auf Mitgliederbeiträge 3,6 Millionen DM = 26,6 % (1977: 3,2 Millionen DM = 23,6 %), auf Spenden 5,7 Millionen DM = 41,4 % (1977: 5,1 Millionen DM = 38,1 %) und auf Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Drucksachen usw. 3,2 Millionen DM = 23,3 % (1977: 4,2 Millionen DM = 31,6 %). In dem Spendenbetrag sind elf größere Einzelspenden von 20.000,- DM bis 164.500,- DM mit einem Gesamtbetrag von über 400.000,- DM enthalten. Darüber hinaus führte die DKP unentgeltliche Sach-, Werk- und Dienstleistungen ihrer Mitglieder im Wert von 3,5 (1977: 3,3) Millionen DM auf.

Die Einnahmen aus den auf etwa 12,- DM (1978: 8,50 DM) angestiegenen durchschnittlichen monatlichen Mitgliedsbeiträgen blieben hinter den Erwartungen der Parteiführung zurück. DKP-Funktionäre kritisierten wiederholt mangelnde „Beitragsehrlichkeit“ und fehlende „Spendenfreudigkeit“ der Mitglieder.

Die DKP war auch 1979 nicht annähernd in der Lage, aus eigenen Mitteln den aufwendigen Parteiapparat zu finanzieren und die hohen Kosten für Wahlkämpfe, Veranstaltungen, Reisen und schriftliche Agitation zu decken. Es liegen Anhaltspunkte vor, daß der DKP 1979 für ihre Parteiarbeit, für ihre Nebenorganisationen sowie für die von ihr geförderten Verlage, Publikationen etc. wiederum Zuschüsse von weit mehr als 50 Millionen DM aus der DDR zugeflossen sind.

1.1.4 Pressearbeit

Das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“ (UZ) erhöhte seine Auflage auf 35.000 Exemplare täglich, freitags mit einer Wochenendbeilage auf 65.000 Exemplare (1978: 30.000 bzw. 60.000). Bei besonderen Anlässen, wie dem 1. Mai und zur Unterstützung der sowjetischen „Friedensinitiative“, erschienen wiederum Sonderausgaben und Extrablätter der UZ in zum Teil weit höherer Auflage. Die UZ verfügte unverändert über etwa 1.000 ehrenamtliche „Arbeiter- und Volkskorrespondenten“, von denen jedoch nur ein Zehntel Beiträge ablieferte, die für eine Veröffentlichung geeignet erschienen. Vom 22. bis 24. Juni fand in Essen das „UZ-Volksfest '79“ statt, das 4. zentrale Pressefest der UZ, das etwa 400.000 Personen besuchten. Zu den Gästen gehörten Vertreter von 30 „Bruderparteien“. Am Unterhaltungsprogramm, dem Hauptanziehungspunkt, wirkten etwa 1.000 Künstler und Sportler aus der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und dem Ausland mit.

Der Parteivorstand der DKP gab auch weiterhin den „DKP-Pressedienst“, die „DKP-Landrevue“ und den monatlichen „info-dienst“ – Informationsdienst für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen – heraus. Neben etwa 400 Betriebszeitungen erschienen überwiegend unregelmäßig weitere 540 „Kleinzeitungen“ der Bezirks-, Kreis- und Grundorganisationen.

Die DKP
lädt ein zum
Fest der
Arbeiterpresse

Abend der Stars

Halle 1 - Samstag, 23.

22-24. Juni
Essen, Gruga-
hallen und
Freigelände

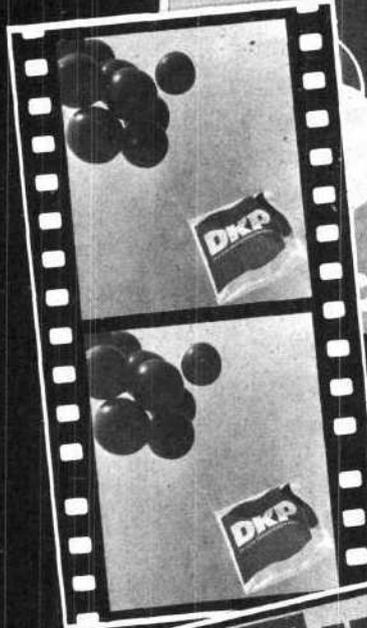
VOLKSFEST

Marie '79



Harmonieorchester
Schortemer Volksensemble
Eberhagen, Dossé & Leibl

Kinder-Spaß
Hanning Versus



Uz unsere zeit
Die Zeitung der arbeitenden Menschen - Zeitung der DKP
F 9310 AX
Montag, den 25. Juni 1979
11. Jahrgang Nr. 184
Preis 40 Pfennig

400.000 beim UZ-Volksfest in Essen
Fröhliche Tage mit Gästen aus aller Welt bei Politik, Kultur und Sport

Halle 3: 80.000 Bücher

Kabarett
Dietrich Kötter
Hanns-Dieter Hübch
Wunderwanz

Songgruppen
Cantastorie dalle Lame, Italien
The Saoda Paraly, Irland
Trovasse, Portugal
Jahrgang '89, DDR
Zupfgeigenhummel
Branaganjy & Horwa, München
Radeo Barmbek
Harald Frensch und Profiregga
Songgruppe
Aegus, Bremen
Olderburger Songgruppe
Carl von Ossietzky
Contraquint, Reutlingen
Töte Grütewon St. Pauli
Songgruppe Hamburg
Hauteremboldt, Niederl.
Trotz alledem, Bonn
Diskardorfer Songgruppe

Internationale Stars
Vancouver
Vorort, Gelsenkirchen
Stahlocher, Dortmund
Libroscher, Hamburg
Liesebach, Norderh.
Jan & John, Bremen
Hand & Fuß, Hamburg

Rock
Johann
Chrispy
Kant
Flodie
Beafine
Bachtem
Andre H.
Jazz, Rox
Rochus
Radiohies
Stückel
Dritter Oh

Schalmekapellen
mit Dudelsack - Duisburg
Härzburg, Hettau
Kiel, München, Münster
Schwäbisch-Möll

KINO
Kino

& Trinken
von der Kiste bis zu den
Spornhütten auf
Zankou, Forley, Seba
Budapest, Pong
Türke, Chile, Kuba
Griechenland
Vietnam

UZ-PRESSEFEST

Eine besondere Rolle in der DKP-Pressearbeit kommt der „Progreß-Presse-Agentur GmbH“ (PPA), Düsseldorf, zu. Die Agentur hat im Bundesgebiet sechs Büros mit etwa 15 Redakteuren. Sie verbreitet sechsmals wöchentlich den „PPA-Tagesdienst“, der ausführliche Berichte über die DKP, ihre Nebenorganisationen und von ihr beeinflusste Vereinigungen, tendenziöse Reportagen und „Dokumentationen“ sowie unter politisch-ideologischen Gesichtspunkten ausgewählte Beiträge aus nichtkommunistischen Publikationen enthält.

1.1.5 Internationale Beziehungen

Die DKP war auch 1979 bestrebt, die Zusammenarbeit innerhalb der kommunistischen Weltbewegung zu verstärken. Deshalb unterhielt sie enge Kontakte zu „Bruderparteien“. (Ihre besonderen Beziehungen zur SED sind unter Nr. VI. dargestellt). So entsandte die DKP Delegationen mit Funktionären des Parteivorstandes zu Gesprächen in die UdSSR, nach Luxemburg, Polen, Großbritannien, Frankreich, Griechenland, Bulgarien, Ungarn, Belgien, Dänemark, in die Niederlande und in die CSSR; sie war ferner auf Parteitagen und anderen Veranstaltungen (z. B. Pressefesten) der KPdSU, der kommunistischen Parteien Dänemarks, Irlands, Marokkos, Italiens, Belgiens, Frankreichs, der USA, Österreichs, Polens, Portugals, Spaniens und der Niederlande vertreten.

Im Bundesgebiet berieten Funktionäre des DKP-Parteivorstandes mit Vertretern der KPdSU, der TUDEH-Partei des Irans, der kommunistischen Parteien Bulgariens, Südafrikas, der Niederlande, Portugals, der CSSR, Äthiopiens, Chiles, Frankreichs und Polens.

Der DKP-Vorsitzende Herbert *Mies* wurde zu seinem 50. Geburtstag mit dem „*Lenin-Orden*“, dem höchsten sowjetischen Orden, ausgezeichnet; bei der Übergabe in Moskau (11. Juli) wurden seine großen „Verdienste“ bei der „Herstellung freundschaftlicher Beziehungen“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gewürdigt. Diplomaten kommunistischer Länder in der Bundesrepublik Deutschland nahmen an DKP-Veranstaltungen teil.

Die DKP beteiligte sich an mehreren internationalen theoretischen Konferenzen kommunistischer Parteien: vom 25. bis 27. April in Tihany (Ungarn) über „Revolution und Demokratie“, vom 21. bis 23. Mai in Moskau über „Die wissenschaftlich-technische Revolution und die Vertiefung der ökonomischen und sozialen Widersprüche des Kapitalismus in der gegenwärtigen Etappe“ und vom 16. bis 19. Juli in Tokio über den Klassenkampf in den „entwickelten kapitalistischen Ländern“. Außerdem richtete sie Mitte Dezember mit der internationalen kommunistischen Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ in Leverkusen ein zweitägiges internationales Symposium über „Probleme der Mitbestimmung in den kapitalistischen Ländern und die Haltung der Kommunisten“ aus.

Die DKP nahm auch an der internationalen Beratung von 29 kommunistischen und Arbeiterparteien Europas und Kubas über aktuelle Fragen der Beziehungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten vom 11. bis 13. Dezember in Tihany (Ungarn) teil.

1.2 „Sozialistische Einheitspartei Westberlins“ (SEW)

Die SEW folgte auch im Berichtsjahr uneingeschränkt der von der KPdSU und der SED vorgezeichneten politischen und ideologischen Linie; die SEW-Führung stellte wiederum, u. a. anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der KPD (30. Dezember 1918) und des 30. Jahrestages der Gründung der DDR (7. Oktober 1949), das Staats- und Gesellschaftssystem der Sowjetunion und der DDR als Vorbild heraus.

Zu Beginn des Jahres hatte sich die SEW auf den Wahlkampf für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und zu den Bezirksverordnetenversammlungen am 18. März konzentriert; sie erzielte das schlechteste Ergebnis seit ihrer erstmaligen Wahlbeteiligung im Jahr 1954 (13.744 Stimmen = 1,1 %) und büßte damit im Vergleich zu den Wahlen im März 1975 (25.105 = 1,8 %) fast die Hälfte ihrer Stimmen ein. Nach der Wahlniederlage forderte die SEW-Führung, die Arbeit in Groß- und Konzernbetrieben zu verstärken. Insgesamt blieben jedoch die Aktivitäten der SEW-Betriebsgruppen ohne erkennbare größere Erfolge.

Im Zuge der nach der Wahlniederlage beschlossenen Intensivierung der Bündnispolitik beteiligte sich die SEW maßgebend an Aktionen und Veranstaltungen gegen den „Mietpreiswucher“ und anlässlich des 40. Jahrestages des Beginns des 2. Weltkrieges („Antikriegstag“).

Wie schon im Vorjahr kritisierten jüngere SEW-Funktionäre ihre Parteiführung u. a. wegen der völligen Abhängigkeit von der SED. Mit vereinzelt Parteiausschlüssen und verstärkter Parteischulung versuchte die SEW, dieser Kritik entgegenzuwirken. Sie nutzte dafür in stärkerem Umfang als früher auch die Möglichkeit, Mitglieder zu Lehrgängen an Schulungseinrichtungen der SED zu entsenden und SED-Funktionäre für Veranstaltungen der „Marxistischen Abendschule“ des SEW-Parteivorstandes einzusetzen.

Der Mitgliederstand der SEW blieb unverändert (etwa 7.000), ebenso die Zahl der Abonnenten ihres Zentralorgans „Die Wahrheit“ (etwa 9.000).

Die politischen Aktivitäten der SEW-Nebenorganisation „Freie Deutsche Jugend Westberlins“ (FDJW) konzentrierten sich auf die „Antifaschismus-Kampagne“, die unter dem Motto stand: „Geschichte macht klug – nein zum Faschismus!“. Breiten Raum nahmen auch wieder die Kontakte und Treffen mit „Bruderorganisationen“ ein. Wichtigstes Ereignis dabei war der „2. Freundschaftszug der FDJW in die Sowjetunion“ im Sommer; an dieser Fahrt nahmen etwa 300 Mitglieder und Anhänger der FDJW teil.

Die Mitgliederzahl der FDJW liegt bei etwa 1.000, darunter 300 Kinder, die der Pionierorganisation der FDJW angehören.

1.3 Nebenorganisationen der „Deutschen Kommunistischen Partei“ (DKP)

Die DKP stützte sich auch 1979 in weiten Bereichen ihrer politischen Tätigkeit auf ihre Nebenorganisationen. Diese formell selbständigen Vereinigungen mit eigenen Satzungen, Vorständen und Mitgliedschaften ordnen sich politisch der DKP unter: Sie bekennen sich zu den Lehren von *Marx*, *Engels* und *Lenin* und zur führenden Rolle der DKP; ihre maßgeblichen Funktionen sind mit DKP-Mitgliedern besetzt. Die wichtigsten Nebenorganisationen sind nach wie vor die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP) und der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB) – zu deren politischen Aktivitäten vgl. Nr. IV. 4.–.

1.3.1 „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)

Auch die SDAJ bekannte sich auf ihrem VI. Bundeskongreß (5./6. Mai in Hamburg) erneut zu den Ideen von *Marx*, *Engels* und *Lenin* (so im „Aktionsprogramm für die 5 Grundrechte der Jugend“); sie versicherte, als „revolutionäre Arbeiterjugendorganisation“ (UZ v. 10. 10. 79) für eine „sozialistische Bundesrepublik“ zu kämpfen, und wertete den Sozialismus in der DDR als „größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung“ (Bericht des SDAJ-Bundesvorstandes). Der Verband betonte ständig

seine enge Verbundenheit mit der DKP; der auf dem VI. Bundeskongreß neugewählte Bundesvorsitzende Werner *Stürmann* ist Mitglied des DKP-Parteivorstandes, die stellvertretende Bundesvorsitzende Vera *Achenbach* und die anderen führenden Funktionäre gehören ebenfalls der DKP an.

Die SDAJ behauptete, die Zahl ihrer Mitglieder sei auf 35.000 (1978: über 30.000) gestiegen; die Zahl der aktiven Mitglieder dürfte aber nach wie vor 15.000 nicht überschreiten; die Mitglieder sind in etwa 600 Gruppen organisiert. Das monatlich erscheinende Sprachrohr der SDAJ "elan-Das Jugendmagazin" (Auflage unverändert etwa 40.000) erreicht nach Einschätzungen der SDAJ 70.000 Leser. „elan“, dessen Herausgeber und Chefredakteur dem geschäftsführenden SDAJ-Bundesvorstand angehören, erstellte weiterhin den „elan-Artikeldienst“ für Betriebs-, Lehrlings- und Schülerzeitungen sowie monatlich den Informationsdienst „jugendpolitische Blätter“. SDAJ-Gliederungen gaben wiederum meist unregelmäßig und in geringer Auflage etwa 400 Kleinzeitungen heraus.

Einen Schwerpunkt der Verbandsarbeit bildete auch im Berichtsjahr die Schulung der Mitglieder. Dieser dienten insbesondere die monatlichen Bildungsabende der SDAJ-Gruppen und Wochenlehrgänge an der kommunistischen Jugendbildungsstätte „Burg Wahrberg“ in Aurach/Ansbach. Führende SDAJ-Kader wurden auch zu Lehrgängen in der DDR und in der Sowjetunion delegiert (vgl. Nr. IV 5.2.)

Die SDAJ vertiefte ihre Beziehungen zu den kommunistischen Jugendorganisationen der DDR und des Auslandes; „Bruderverbände“ aus etwa 30 Ländern hatten Abordnungen zum VI. SDAJ-Bundeskongreß entsandt. Regelmäßig fanden wiederum Besprechungen mit Funktionären der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) der DDR statt; SDAJ-Delegationen waren auf FDJ-Veranstaltungen vertreten, so im Juni beim „Nationalen Jugendfestival“ in Berlin (Ost) und im Sommer beim „Internationalen Freundschaftscamp“ am Scharmützelsee (DDR).

Anlässlich des 30. Jahrestages der Gründung der DDR führten SDAJ, MSB und JP im September bundesweit eine „Woche der Freundschaft mit der Jugend der DDR“ durch, zu der mehr als 200 FDJ-Funktionäre in das Bundesgebiet einreisten.

Die SDAJ, die nach wie vor in den Führungsgremien des sowjetisch gesteuerten „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) mitarbeitete, richtete die Tagung des WBDJ-Exekutivkomitees im Februar in Dortmund aus.

1.3.2 „Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP)

Die JP gaben auch im Berichtsjahr in Wort und Tat ihrer Verbundenheit mit dem orthodoxen Kommunismus Ausdruck; sie arbeiteten auf allen Ebenen in enger Anlehnung an die DKP und die SDAJ; der 1. Vorsitzende der JP Achim *Krooß* und die 2. Vorsitzende Helga *Riesberg* sind Mitglieder der DKP und des SDAJ-Bundesvorstandes; *Krooß* gehört seit Juni auch zu den Herausgebern des SDAJ-Sprachrohrs „elan“. Den JP gehören unverändert etwa 2.500 Kinder an. Der chronische Mangel an qualifizierten Pionierleitern konnte nicht behoben werden, obwohl Speziallehrgänge in der kommunistischen Jugendbildungsstätte „Burg Wahrberg“ angeboten wurden.

Die JP-Bundesleitung gab die Kinderzeitung „Willibald“ und die „Pionierleiter-Information“ erstmals monatlich heraus.

Die JP unterhielten Verbindungen zu Pionierorganisationen in der DDR und im Ausland; sie sind Mitglied der Weltkinderorganisation *Cimea*, einer Zweigorganisation des „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WBDJ), und nahmen im September mit einer Delegation an der Weltkonferenz „Für eine friedliche und glückliche Zukunft aller Kinder“ in Moskau teil.

1.3.3 „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB)

Der MSB bezeichnet seine Politik als „revolutionär“ (1. und 3. Bildungsthema Sommersemester 1979). Er behauptete, schon heute zeige die Verwirklichung der Menschenrechte im „realen Sozialismus“ dessen grundsätzliche Überlegenheit („rote blätter“ 4/79); die DDR sei der Bundesrepublik Deutschland eine historische Epoche voraus. Der 6. MSB-Bundeskongreß (13./14. Oktober in Marburg) betonte die Notwendigkeit, die DKP zu stärken, mit der sich der MSB solidarisch verbunden fühlt. Der neugewählte MSB-Bundesvorsitzende Uwe *Knickrehm* ist Mitglied des DKP-Bezirksvorstandes Hamburg.

Seine beiden Stellvertreter gehören ebenfalls der DKP an.

Nach eigenen Angaben hatte der MSB im Herbst mehr als 5.900 Mitglieder (1978: etwa 6.000), die in mehr als 200 Gruppen an 142 Hoch- und Fachhochschulen organisiert sind; damit blieb er mitgliederstärkster linksextremistischer Studentenverband. Nach einer vom 6. Bundeskongreß angenommenen Satzungsänderung ist er auch an den „Institutionen des Zweiten Bildungsweges“ tätig. Die Auflagenhöhe des monatlich erscheinenden MSB-Organs „rote blätter“ lag unverändert bei 30.000 Exemplaren; zu besonderen Anlässen wurden in hoher Auflage gedruckte „rote blätter-Extra“ kostenlos verteilt.

Der MSB setzte auch 1979 seine Zusammenarbeit mit kommunistischen Studenten- und Jugendorganisationen der DDR und des Auslandes fort; zu seinem 6. Bundeskongreß hatten etwa 20 ausländische „Bruderorganisationen“ Vertreter entsandt. Besonders eng war seine Zusammenarbeit mit der FDJ der DDR; so nahm er, wie die SDAJ, an FDJ-Veranstaltungen in der DDR teil und war einer der Träger der „Freundschaftswoche“ mit der Jugend der DDR (vgl. Nr. IV. 1.3.1).

Als Mitglied des „Internationalen Studentenbundes“ (ISB) und des „Weltbundes der Demokratischen Jugend“ (WBDJ) beteiligte sich der MSB aktiv an der Arbeit dieser sowjetisch gesteuerten Organisationen.

2. Bündnispolitik

Entsprechend der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik bemüht sich die DKP, auch mit nichtkommunistischen Kräften zusammenzuarbeiten, „Bündnisse“ einzugehen. Sie will auf diese Weise zu einer „Massenbasis“ und damit zu größerem politischen Einfluß gelangen, als es ihr angesichts geringer Mitgliederzahlen und eines bescheidenen Wählerpotentials aus eigener Kraft möglich wäre.

Bei ihrer Bündnispolitik ist die DKP gezwungen, taktisch auf Vorstellungen potentieller „Bündnispartner“ einzugehen. Deshalb formuliert sie Nahziele und Forderungen, von denen sie annimmt, sie würden von den Zielgruppen akzeptiert und – das ist die entscheidende Bedingung – ihre Durchsetzung verbessere die kommunistischen Positionen. Besonders das im Parteiprogramm genannte Nahziel „Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt“ soll die Bündnispolitik erleichtern.

Dabei spiegelt die DKP vor, sie erhebe bei Bündnissen keinen Führungsanspruch und trete für gleichberechtigte Zusammenarbeit aller Beteiligten ein. Um ihre führende Rolle bei Bündnissen zu verschleiern, bedient sie sich häufig kommunistisch beeinflusster Organisationen, im Parteijargon auch „Bündnisorganisationen“ genannt (vgl. Nr. V.).

Die DKP strebt vor allem zwei Bündnisformen an: die „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ („Arbeitereinheitfront“) – d. h. Zusammenarbeit der Kommunisten mit Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und parteilosen Arbeitern – sowie, darauf aufbauend, das „breite demokratische Bündnis aller antimonopolistischen Kräfte“ („Volksfront“) –

d. h. Einbeziehung auch Intellektueller und bürgerlicher Kreise bis hin zu mittleren Unternehmern.

2.1 Politik der „Aktionseinheit“

In der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ sehen die Kommunisten die wichtigste Bündnisform und den „Kern“ der angestrebten „Volksfront“. Die DKP erklärte, das Streben nach „Aktionseinheit“ sei ein „elementarer Bestandteil“ ihrer „gesamten politischen Strategie“ (Mies/Gerns, a.a.O., S. 128).

2.1.1 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten

Die DKP betonte wiederholt, das „Zentrum der Aktionseinheit der Arbeiterklasse“ bilde das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten: Kommunist sein heiße, „ein initiativreicher, geduldiger Verfechter der Aktionseinheit“ mit Sozialdemokraten zu sein (Studienmaterial für das 2. Thema im Bildungsjahr der DKP 1978/79). Wegen der Absage der SPD an eine Zusammenarbeit mit Kommunisten wandte die DKP die Taktik der „Aktionseinheit von unten“ an. Sie attackierte die SPD-Führung und forderte gleichzeitig die SPD-Mitglieder zur Zusammenarbeit mit der DKP auf; dabei stellte sie sich als verlässlicher Partner dar. Vor allem bei den Kampagnen für Abrüstung, gegen „Neonazismus“ und gegen „Berufsverbote“, an Hochschulen und bei Aktionen zu jugendpolitischen Fragen kam es zu regional und zeitlich begrenztem Zusammenwirken mit zumeist jüngeren Sozialdemokraten.

2.1.2 Bemühungen um „Aktionseinheit“ mit Gewerkschaften

Die DKP setzte ihre bisherige Taktik gegenüber den Gewerkschaften fort: Sie tritt – scheinbar loyal – für starke Einheitsgewerkschaften ein und macht es ihren Mitgliedern zur Pflicht, „aktiver Gewerkschafter zu sein und für die Verwirklichung der den Interessen der Arbeiterklasse dienenden Gewerkschaftsbeschlüsse zu kämpfen“ (DKP-Programm S. 75). Die DKP behält sich allerdings vor zu bestimmen, was die „Interessen der Arbeiterklasse“ sind. Ihr Ziel bleibt, Gewerkschaften in kommunistische „Bündnisorganisationen“ umzuwandeln. Den Kommunisten blieb auf den drei Gewerkschaftstagen, die im Berichtsjahr auf Bundesebene stattfanden, ein personeller Erfolg versagt. Im übrigen hat die DKP insgesamt gesehen ihre Positionen gehalten, jedoch nicht verbessern können.

Als Instrument der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit ist die „Nachrichten-Verlags-GmbH“ mit Sitz in Frankfurt/Main tätig, vor allem mit den monatlich erscheinenden „Nachrichten-Informationen und Kommentaren zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“, deren Herausgeberkreis sich aus drei Mitgliedern des DKP-Parteivorstandes und einem Mitglied des DFU-Landesvorstandes Baden-Württemberg zusammensetzt.

2.2 Bemühungen um ein „antimonopolistisches Bündnis“

Erneut bildete das Bemühen um die Herstellung eines „antimonopolistischen Bündnisses“ einen Schwerpunkt kommunistischer Aktivitäten. Da die DKP möglichst „breite antimonopolistische Bündnisse“ anstrebt, griff sie wiederum Anliegen auf, die auch demokratische Kreise vertreten, und inszenierte Kampagnen zu deren Durchsetzung.

Die kommunistische „**Abrüstungskampagne**“ lief zunächst im alten Umfang weiter. Das DKP-beeinflußte „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ) – vgl. Nr. V. 3. – organisierte im Mai in mehreren Städten „Friedenswochen“ und am 1. September in Bonn eine internationale Abrüstungsdemonstration (15.000 Teilnehmer). Beherrschendes Thema der kommunistischen „Massenarbeit“ wurde diese

Kampagne, als *Breschnew* am 6. Oktober in Berlin (Ost) die sowjetische „Friedensinitiative“ verkündete. Mit einer Vielzahl von Aktionen unterstützten Kommunisten und die von ihnen beeinflussten Organisationen diese Initiative mit dem Ziel, den Nachrüstungsbeschluss der NATO zu verhindern.

Der kommunistisch beeinflusste Arbeitsausschuß der Initiative „Weg mit den Berufsverboten“, der nach eigenen Angaben die Arbeit von rund 370 örtlichen und regionalen Komitees koordiniert, setzte sich unverändert dafür ein, die **Kampagne** gegen sogenannte „**Berufsverbote**“ im In- und Ausland zu verstärken. Schwerpunkt seiner Tätigkeit waren eine „Internationale Konferenz“ am 27./28. Januar in Darmstadt, eine „Zentrale Kundgebung“ am 31. März in Bonn und die „Herbstkampagne“ (21. Oktober bis 10. Dezember) mit über 200 Veranstaltungen, einer Unterschriftenaktion und einem „Künstlerwettbewerb“. Die Kampagne wurde von den in fast allen westeuropäischen Ländern, in Kanada und in den USA bestehenden „Komitees gegen Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland“, die meist kommunistisch beeinflusst sind, unterstützt.

Im Mittelpunkt der kommunistischen „**Antifaschismuskampagne**“ standen Aktionen für die Aufhebung der Verjährung von NS-Verbrechen und – z. T. militante – Gegenaktionen bei rechtsextremistischen Veranstaltungen. Die DKP sah darin ein besonders geeignetes Mittel, zu gemeinsamem Handeln mit Demokraten zu kommen.

Nach der Nominierung von Franz Josef *Strauß* zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU rief die DKP zu „Aktionsbündnissen“ gegen *Strauß* auf.

Die kommunistische **Kampagne gegen „Imperialismus und Neokolonialismus“**, auch von dem DKP-beeinflußten „Antiimperialistischen Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika“ (ASK) gesteuert, wurde fortgesetzt. Zentrale Themen waren Solidarität mit dem chilenischen Volk, vor allem aber die Unterstützung Vietnams, die Rechtfertigung der vietnamesischen Besetzung Kampuchéas und des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan als „völkerrechtlich zweifelsfreie Akte“, „brüderlicher Hilfe“ im Rahmen des „proletarischen Internationalismus“.

Im Frühjahr begann die DKP mit einer **Kampagne „Kampf dem Bonner Atomprogramm“**. Sie sicherte den Bürgerinitiativen Unterstützung zu, obwohl diese die Nutzung der Kernenergie grundsätzlich ablehnen, weil die „Bewegung für Umweltschutz und gegen das Bonner Atomprogramm . . . ihrem Wesen nach ein breites demokratisches Bündnis“ sei („UZ-Extra“; Eigenbeilage der UZ Nr. 295 vom 20. 12. 1979, S. 19).

3. Betriebsarbeit

Als „Partei der Arbeiterklasse“ sah die DKP auch 1979 in der Betriebsarbeit eines der „notwendigsten und wirksamsten Kampf- und Aufgabenfelder“ (Marxistische Blätter, Heft 2/79, S. 78). Den Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sah sie dabei in der Arbeit in den Großbetrieben. Sie verlangte, bei der Arbeitsaufnahme müsse die Ausrichtung auf Großbetriebe als „Orientierungsauftrag eines Kommunisten“ gelten (UZ Nr. 283 vom 6. 12. 1979).

Bei allen DKP-Bezirksvorständen sind „Marxistische Betriebsarbeiter-Schulen“ eingerichtet worden, an denen DKP-Mitglieder in einjährigen Abendkursen in marxistischer Philosophie, politischer Ökonomie, Strategie und Taktik geschult werden. Die Kurse sind mit einer Studienreise in die DDR verbunden.

Am Jahresende bestanden – soweit bekannt – nach wie vor 300 Betriebsgruppen, davon etwa die Hälfte in der Metallindustrie und etwa 30 im öffentlichen Dienst, vorwiegend in Kommunal- und Landesverwaltungen. Auch 1979 erschienen etwa 400 Be-

ahrensburger
tief DruckrePort
 ov fordert 8% mehr Lohn
 Betriebszeitung der DKP für Arbeiter und Angestellte in Springer-Betrieben
 Nr. 9 III. Jahrgang PREIS: SOLIDARITÄTSSPENDE 1979

DKP
Die Kommune
 Zeitung für die Arbeiter, Angestellten und Beamten der Stadt München

DKP **DER AUTO**
SCHNITZWERFER
 ZEITUNG DER DKP-BETRIEBSGRUPPE FÜR DIE BELEGESCHAFT DER ALCOHOLAG INNOCKSTADT

DKP **FREIBURGER**
POST
 Betriebszeitung der DKP Nr. 479

HEISSE EISEN
 Berichte - Skizzen - Analysen
 Mitteilungen für die Hoesch-Belegschaft
 HERAUSGEBER: DKP - BETRIEBSGRUPPEN HOESCH

Die Spritze
 DKP
 Zeitung der DKP-Betriebsgruppe Gesundheitswesen

DKP
 EXTRA AUSGABE DER BETRIEBSZEITUNGEN DER DKP

WERFT
ECHO
 DKP-Betriebszeitung HDW Kiel

PRUFSTAND
 Bilanz des Ford-Arbeitskampfes:
 9 Wochen Streik - 17% Lohnerhöhung
 Betriebszeitung FORD der
 ÖLCEK
 Alman - Komünist - Partisinn
 Gird (getmesi yovun) Gograd

DKP Betriebszeitung
 Röchling-Burbach
Vorlauf
PROFIL
 Zugestellte Wever

SONDERAUSGABE
Dynamit
 Zeitung für die
 der Deutschen Kommunistischen Partei
 Belegsch. d. Dynamit Nobel AG, Troisdorf

Energie
 März 1979
 Zentrale Betriebszeitung der DKP für den Saarbergkonzern

Der Chemie-Werker
 Zeitung der Betriebsgruppe 7. Markt der Deutschen Chemischen Werke (DKP)

Betriebszeitung der DKP
ROTER TRAKTOR
 IHC-NEUSS

Betriebszeitung der DKP
Heisses Eisen
 Zeitung für die Beschäftigten bei Mannesmann-Demag-Meer

DKP-BETRIEBSZEITUNGEN

etriebszeitungen, die eine wichtige Aufgabe in der „ideologischen Klassenauseinandersetzung“ erfüllen sollen, meist unregelmäßig und nicht von den Betriebsgruppen selbst, sondern von übergeordneten Parteigliederungen herausgegeben.

Zur Verbesserung der Arbeit der Betriebsgruppen veranstaltete die DKP auch 1979 überörtliche Beratungen mit Arbeitern und Funktionären einzelner Wirtschaftszweige (u. a. Chemie- und Stahlindustrie, Werften, Druckereibetriebe) sowie Treffen von Betriebsgruppen einzelner Konzerne (VW, Opel, AEG-Telefunken u. a.).

Die DKP ist seit jeher bestrebt, Positionen in Betriebsräten zu erlangen. Von den 1978 gewählten etwa 200.000 Betriebsratsmitgliedern dürften etwa 600 (= 0,3 %) DKP- und SDAJ-Mitglieder sein. In den Betriebsräten von Großbetrieben ist der Anteil von DKP- und SDAJ-Mitgliedern höher. Mindestens 22 DKP-Mitglieder sind Vorsitzende oder stellvertretende Vorsitzende eines Betriebsrates. Insgesamt ist es der DKP nicht gelungen, gegenüber den Betriebsratswahlen 1975 die Gesamtzahl ihrer Mandate zu erhöhen. Mindestens drei DKP-Mitglieder gehören als Arbeitnehmervertreter dem Aufsichtsrat einer Firma an.

4. Jugend-, Kinder- und Studentenarbeit

Die Jugendarbeit, das Bemühen um Einfluß auf die junge Generation, war auch im Berichtsjahr ein Schwerpunkt kommunistischer Aktivitäten. Die DKP schätzte deren Ergebnisse positiv ein. So lobte sie die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) und den „Marxistischen Studentenbund Spartakus“ (MSB); die in enger „Kampfgemeinschaft“ mit der Partei eine „erfolgreiche Bilanz“ erzielt hätten.

4.1 Jugend

Die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), die überall dort, „wo die Jugend lebt, lernt, arbeitet“, die junge Generation für kommunistische Ziele mobilisieren will, setzte ihre „aktionsorientierte“ Politik fort. Hierzu gehörten ihre Kampagnen gegen Jugendarbeitslosigkeit, zu Bildungs- und Ausbildungsproblemen, für Abrüstung und gegen Faschismus. Unverändert strebte sie „Bündnisse“ mit demokratischen Jugendverbänden an, was ihr erneut – besonders auf örtlicher Ebene – mehrfach gelang.

Besondere Aufmerksamkeit widmete auch die SDAJ ihrer **Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit**. Dabei versuchte sie, über ihre Betriebsgruppen – 25 solcher Gruppen wurden erkannt (1978: 17) – betriebliche Jugendvertretungen und gewerkschaftliche Jugendgruppen zu beeinflussen.

Verstärkt wurde die kommunistische **Schülerarbeit**. Im März veranstaltete die DKP in Essen ihre erste zentrale Elternberatung mit dem Ziel, ihre Stellung in den Elternbeiräten zu verbessern. SDAJler waren weiterhin in Gliederungen der „Deutschen Jugendpresse e. V.“ tätig.

Erheblich zugenommen hat die „**Antimilitarismusarbeit**“ der SDAJ, als deren „Kernstück“ sie die „Unterstützung des Kampfes der demokratischen Soldaten der Bundeswehr“ bezeichnete. 1979 wurden 17 SDAJ-beeinflußte Soldatengruppen, „Arbeitskreise Demokratischer Soldaten“ (ADS), bekannt (1978: 12). Orthodoxe Kommunisten und von ihnen beeinflusste Gruppen gaben 18 Soldatenzeitungen heraus (1978: 13) und führten 560 Aktionen (Flugblatt-, Plakataktionen usw.) gegen die Bundeswehr durch (1978: etwa 340).

Einen Höhepunkt der SDAJ-Tätigkeit im „**Freizeitbereich**“ bildeten wieder die Pfingstcamps, die 1978 wegen des kommunistischen „Festivals der Jugend“ in Dortmund ausgefallen waren. An den Camps nahmen nach Angaben der SDAJ etwa 20.000 Jugendliche teil. Ein Mittel der kommunistischen Bündnispolitik im „Freizeitbe-

reich" blieb das SDAJ-beeinflußte „Koordinationsbüro für Initiativgruppen der Jugendzentrumsbewegung e. V.“ (KOB). Nach wie vor arbeitete die SDAJ – soweit bekannt – in mehr als 50 örtlichen Jugendzentren.

Die SDAJ war in mindestens 70 Kreis-, Stadt- und Ortsjugendringen vertreten, ebenso in den Landesjugendringen Bremen, Hamburg und Saarland. Dagegen hat der „Deutsche Bundesjugendring“ (DBJR) den Aufnahmeantrag der SDAJ erneut abgelehnt.

4.2 Kinder

Träger der kommunistischen „Kinderarbeit“ waren vor allem die „Jungen Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation“ (JP). Sie bemühten sich, mit vielfältigen Aktionen (Kinderfeste, Ferienreisen, Aktion „Bessere Spielplätze“) Kinder kommunistisch zu beeinflussen und für eine Mitarbeit zu gewinnen. An den Pfingstcamps der JP nahmen angeblich 3.300 Kinder teil. Die JP beteiligten sich im Juni unter dem Motto „Komm ins Kinderland der Jungen Pioniere, mach mit bei Sport, Spiel und Spaß“ am UZ-Pressfest.

DKP und JP führten im Sommer ihre alljährlichen Ferienreisen für Kinder in die DDR durch; an dieser Ferienaktion „Wir fahren in ein kinderfreundliches Land“ nahmen etwa 2.500 Kinder teil. Die JP organisierten auch Reisen in Ferienlager der Pionier-Organisationen der Sowjetunion, Bulgariens, der CSSR, Polens, Rumäniens und Ungarns.

4.3 Studenten

Auch 1979 war der orthodox-kommunistische Einfluß an Hochschulen größer als in anderen Bereichen. Träger der kommunistischen Studentenarbeit war wiederum vor allem der „Marxistische Studentenbund Spartakus“ (MSB), der von den etwa 100 DKP-Hochschulgruppen, denen die an einer Hochschule studierenden und arbeitenden DKP-Mitglieder angehören, angeleitet wird.

Unverändert blieb die Taktik des MSB. Er trat für „breite Linksbündnisse“ ein und fand mit seiner Politik der „gewerkschaftlichen Orientierung“, bei der er soziale und hochschulpolitische Anliegen der Studenten aufgreift und enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften fordert, auch bei nicht extremistischen Studenten Anklang.

Der „Sozialistische Hochschulbund“ (SHB) mit unverändert 1600 Mitgliedern bezeichnet sich zwar als Teil der Sozialdemokratie, marxistisches Grundverständnis sowie Strategie und Taktik stimmen jedoch weitgehend mit orthodox-kommunistischen Vorstellungen überein. Wie die DKP kämpft der SHB auf der Grundlage des „wissenschaftlichen Sozialismus“ für eine „antimonopolistische Demokratie“ als „Öffnung des Weges zum Sozialismus“ und tritt dabei für ein langfristiges, strategisches Bündnis mit den orthodoxen Kommunisten ein. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß einzelne Ortsgruppen des SHB die vom Bundesvorstand vertretene Linie nicht voll mittragen.

In Berlin (West) ging der Mitgliederbestand der Hochschulgruppen der „Sozialistischen Einheitspartei Westberlins“ (SEW) auf 700 zurück (1978: 750). Die Zahl der Mitglieder in den SEW-beeinflußten „Aktionsgemeinschaften von Demokraten und Sozialisten“ (ADS) – in denen Hochschullehrer, Studenten und Verwaltungspersonal organisiert sind – sank auf 800 (1978: 1100).

5. Propaganda und Schulung

Da nach Ansicht der DKP die „Auseinandersetzungen an der ideologischen Front“ zunehmen, forderte sie, den Marxismus-Leninismus „kämpferisch und polemisch“ zu nutzen, die „These vom 'weltanschaulichen Pluralismus'“ zurückzuweisen, dem „Op-

Seite 4: rote blätter enthüllen: Uni-Verwaltungen geben studentische Personalitäten an Verfassungsschutz

November 1979

rote blätter

EXTRA

Organ des MSB Spartakus

Das sozialistische Studentenmagazin

SHB

frontal

DKP

ARBEITER & STUDENT

März 1979

ZEITUNG DER DKP-HOCHSCHULGRUPPE KÖLN

Demonstration am 31. März 1979 in Bonn

MSB SPARTAKUS

DER ROTE FADEN

ZEITUNG DES MSB SPARTAKUS KÖLN

Nr. 2

Literaturbeilage, u. a. Gespräch mit Ingeborg Drewitz

Hörsaal und Schule: Spitzel schreiben mit!

Interview mit Studentenwerkseher Prof. Grünwald

Studentenmagazin - Organ der MSB Spartakus - April - Nr. 4/1979 - 120 DM - F 2952 EX - Postfachnummer

rote blätter

Ex-SA-Mann

Carstens als Bundespräsident?



Krieg

MSB SPARTAKUS

rote blätter

zum 10. Roten Rub Rummel

Do. 25.1. ab 10 Uhr

3. Jahrgang



A U S

Proletariat aller Länder vereinigt euch! Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung 27

Spezialnachrichtendienst 07: Ausbildung, Hochschulen, Studenten

MARKSISTISCHE GRUPPE INCH

des PELT

schafung

FB

de

al

ten

MSZ aktuell

Marxistische Studenten Zeitung

ZUR ANTI-CARTER-DENKSMITTUNG

AKTION 'SAUBERER STAAT'

Es soll hier nicht wieder einmal die Frage diskutiert werden, ob es überhaupt möglich ist, den amerikanischen Präsidenten zu überreden, sich von Vietnam zurückzuziehen. Die Idee ist nicht nur absurd, sondern auch gefährlich, weil sie die Aufmerksamkeit der Studenten von den realen Problemen der amerikanischen Politik ablenkt. Die einzige Möglichkeit, den amerikanischen Imperialismus zu bekämpfen, liegt in der internationalen Zusammenarbeit der Arbeiterbewegungen und der Studentenbewegungen. Die Aktion 'Sauberer Staat' ist ein Aufruf zur Mobilisierung der Studenten gegen die imperialistische Politik der USA.

Der Redakteur der MSZ, Christian, hat sich für die Aktion 'Sauberer Staat' entschieden, weil er glaubt, dass dies die einzige Möglichkeit ist, die Aufmerksamkeit der Studenten auf die realen Probleme der amerikanischen Politik zu lenken. Die Aktion ist ein Aufruf zur Mobilisierung der Studenten gegen die imperialistische Politik der USA.

Die Aktion 'Sauberer Staat' ist ein Aufruf zur Mobilisierung der Studenten gegen die imperialistische Politik der USA. Sie ist ein Aufruf zur Mobilisierung der Studenten gegen die imperialistische Politik der USA.

Finanziell wird ... bruch" - wobei es dem Zweck: Zer- ... schlagung jedes Zusammenschlusses ... Studenten noch dadurch Nach- ... zeln will, daß es ... mal erschien eine ... h ausreichend."

7.6.79. FB-Vorsitzender ... 3 Geschichte FU) öffnet ... Fachschaft, mit der Be- ... daß er die Briefe geöffnet ... keine Fachschaft. Geschicht- ... hätte die Briefe auch zu- ... zen können, was für die Stu- ... ter Umständen jedoch nach- ... gewesen wäre." (FBR-Proto- ... klärt dazu: „Der Sa- ... in den ...

Roter Pfeil

Organ der Kommunistischen Studentengruppen-KSG

79 Nr. 2

8. Jahrgang

1971: Einheitsfront in Indochina

1979: Krieg



lore

Ideale

Kambodscha

Vietnam

China

HOCHSCHULZEITUNGEN

portunismus" entgegenzuwirken sowie den „Antikommunismus und Antisowjetismus" zu bekämpfen. Deshalb bemühte sie sich, das ideologisch-politische Wissen der Parteimitglieder „mehr und mehr auf das Niveau der weltanschaulichen Positionen der Parteien" zu heben (Herbert Mies/Willi Gerns, Weg und Ziel der DKP, Frankfurt 1979, S. 152 f; UZ Nr. 288 vom 12. 12. 1979).

5.1 „Institut für Marxistische Studien und Forschungen e. V." (IMSF)

Das IMSF in Frankfurt/M. (Leiter: Prof. Josef Schleifstein, Mitglied des DKP-Parteivorstandes), das als gesellschafts- und sozialwissenschaftliches Institut der DKP anzusehen ist, setzte seine Reihe „Informationsberichte" fort und veröffentlichte den jeweils zweiten Band der „Marxistischen Studien, Jahrbuch des IMSF" und der Reihe „Theorie und Methode".

Das IMSF veranstaltete am 10./11. März in Frankfurt/M. eine Tagung über „Rationalisierung – Arbeitsplätze – Tarifikämpfe", organisierte gemeinsam mit dem „Instituut voor Politiek en Social Onderzoek" der Kommunistischen Partei der Niederlande am 20./21. April in Amsterdam eine „Europäische Stahlkonferenz", an der Vertreter wissenschaftlicher Institute kommunistischer Parteien aus weiteren vier EG-Ländern teilnahmen, und führte mit dem „Instiut für Grundprobleme des Marxismus-Leninismus" der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei am 23./24. Oktober in Frankfurt/M. ein Seminar über Widersprüche und Konflikte in der kapitalistischen und in der sozialistischen Gesellschaft durch.

5.2 Parteischulung

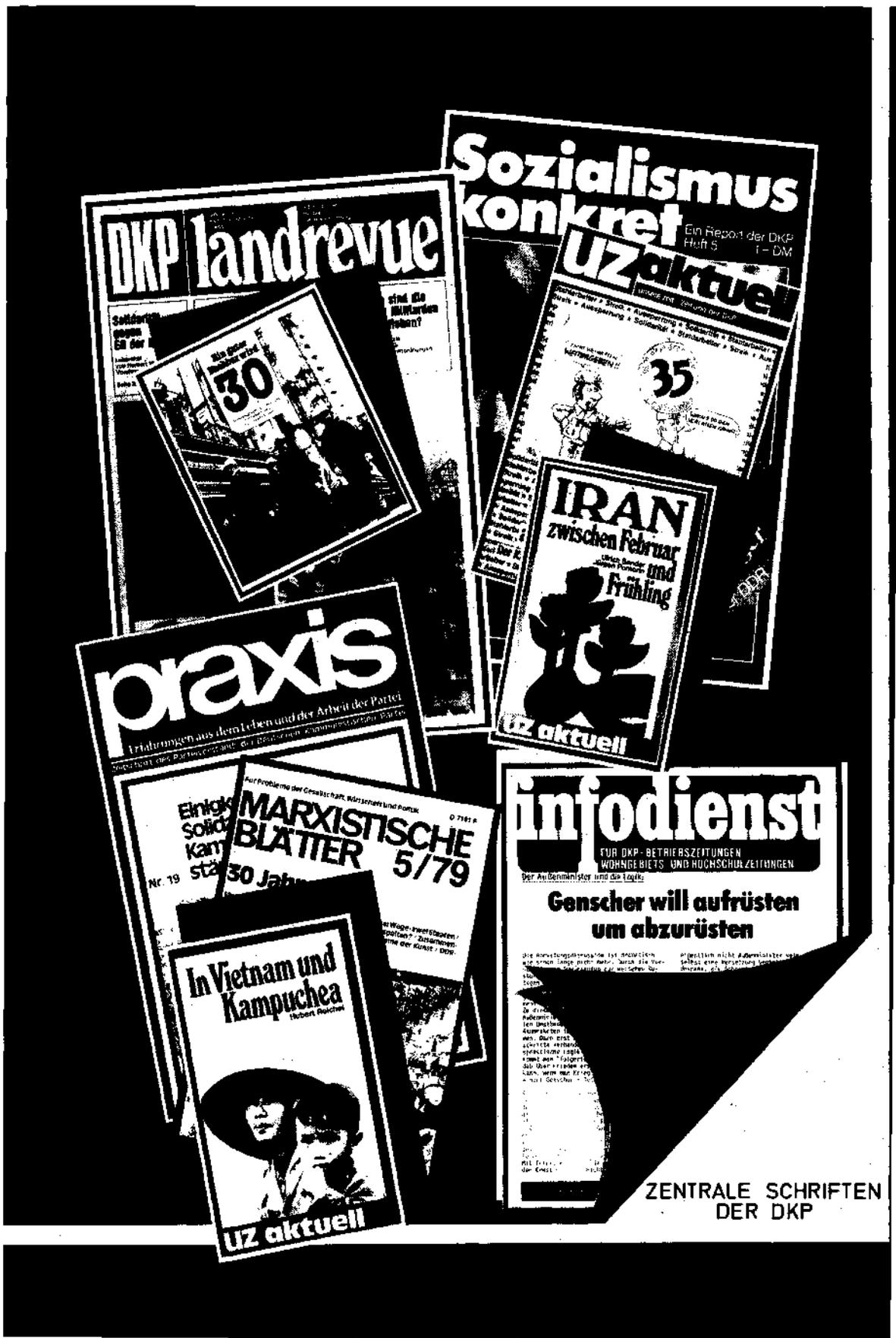
Die DKP-Führung hatte zwar Ende 1978 „eine insgesamt positive Entwicklung der ideologisch-politischen Arbeit" in der Partei festgestellt, war aber damit offensichtlich noch nicht zufrieden (Protokoll des Mannheimer Parteitages der DKP, herausgegeben vom DKP-Parteivorstand, S. 89). So verlangte sie Anfang 1979 erneut, die Bildungseinrichtungen der Partei „noch planmäßiger und gezielter" als bisher zu nutzen („UZ-Extra", Eigenbeilage der UZ Nr. 33 vom 8. 2. 1979).

In dem Beschluß des DKP-Präsidiums zum „Parteibildungsjahr der DKP 1979/80" wurde die Bedeutung der nunmehr bei allen DKP-Bezirksorganisationen bestehenden „Marxistischen Betriebsarbeiter-Schulen" besonders hervorgehoben. Grundlage der Mitgliederschulung waren aber weiterhin die „zweimonatlichen Bildungsabende" in den Parteigruppen, bei denen anhand des vom Parteivorstand erarbeiteten „Studienmaterials" Themen wie „30 Jahre Bundesrepublik – Lehren und Perspektiven", „30 Jahre DDR – Fragen der Entwicklung des Sozialismus heute" und „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt – Fluch oder Segen?" behandelt wurden.

Die Schulungsarbeit der DKP wurde wie bisher von ihrer Nebenorganisation, der „Marxistischen Arbeiterbildung" (MAB) unterstützt; deren etwa 100 örtliche Bildungsgemeinschaften (1978: 90), darunter 65 „Marxistische Abendschulen" (MASCH), sollten auch Nichtkommunisten Grundkenntnisse des Marxismus-Leninismus in einer „verständlichen Sprache" vermitteln.

Auch 1979 entsandte die DKP zahlreiche Mitglieder zu Lehrgängen an ihre Parteischnule „Karl Liebknecht" in Leverkusen. Die im Vorjahr bereits aufgetretenen Schwierigkeiten bei der Auswahl geeigneter Teilnehmer haben zugenommen. An den etwa 40 ein- und zweiwöchigen Grund- und Speziallehrgängen nahmen etwa 900 DKP-Mitglieder teil.

Weitere DKP-Funktionäre absolvierten Jahres- und Vierteljahreslehrgänge an der eigens für die DKP in Berlin (Ost) eingerichteten SED-Parteischnule „Franz Mehring" und am „Institut für Gesellschaftswissenschaften" beim Zentralkomitee der KPdSU in



DKP landrevue



Sozialismus konkret

Ein Report der DKP
Heft 5
1 - DM

UZ aktuell



praxis

Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei
Mitsprache des Parteivorstandes der Deutschen Arbeiterpartei



infodienst

FÜR DKP-BETRIEBSZEITUNGEN
WOHN- UND HOCHSCHULZEITUNGEN

Genscher will aufrüsten um abzurüsten

Die Anwerbestatistik ist entscheidend für einen langsamen, durch die Wirtschaftswachstumsrate gestützten Aufschwung. Die Anwerbestatistik ist entscheidend für einen langsamen, durch die Wirtschaftswachstumsrate gestützten Aufschwung. Die Anwerbestatistik ist entscheidend für einen langsamen, durch die Wirtschaftswachstumsrate gestützten Aufschwung.

ZENTRALE SCHRIFTEN
DER DKP

Moskau. Die Jugendhochschule der FDJ in der DDR und die des Komsomol in der Sowjetunion stellten kommunistischen Jugendfunktionären aus der Bundesrepublik Deutschland Plätze zur Verfügung. Seit Gründung der DKP sind etwa 1700 Funktionäre in der DDR und etwa 250 in der Sowjetunion geschult worden.

5.3 Verlage und Druckereien

Der von der DKP initiierten und gesteuerten „Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“ (Vorsitzender: Erich Mayer, Mitglied des DKP-Parteivorstandes) gehören 16 Verlage und etwa 40 „collectiv“-Buchhandlungen an. Die Mitglieder der „Arbeitsgemeinschaft“ wollen mit ihrer Literatur eine „Waffe im Klassenkampf“ liefern, „aktiv gegen den Antikommunismus“ kämpfen, „offensiv Partei für den realen Sozialismus“ ergreifen und den Weg zum Sozialismus weisen (Selbstdarstellung „10 Jahre Arbeitsgemeinschaft sozialistischer und demokratischer Verleger und Buchhändler“, S. 36 f.).

Die weitgehend spezialisierten Buch- und Zeitschriftenverlage der „Arbeitsgemeinschaft“ decken mit ihrem Angebot alle Bereiche der kommunistischen Politik ab; seit Gründung der „Arbeitsgemeinschaft“ im Jahre 1969 haben sie nach Angabe Mayers rund 1.500 Titel herausgebracht, das „gesamte Spektrum humanistischer, demokratischer und sozialistischer Literatur“ dokumentierend (UZ Nr. 114 vom 17. 5. 1979).

Die „Plambeck & Co. Druck und Verlag GmbH“, Neuß, die „Hausdruckerei“ der DKP, verlegte und druckte wie bisher das DKP-Zentralorgan „Unsere Zeit“; sie druckte außerdem fast alle Publikationen der DKP und ihrer Nebenorganisationen sowie auch die DKP-beeinflußter Organisationen, wie die „Deutsche Volkszeitung“ (Sprachrohr der DFU) und „die tat“ (Sprachrohr der VVN-BdA).

Der „Verlag Marxistische Blätter GmbH“, Frankfurt/M., sieht seine Aufgabe darin, „die Weltanschauung des Marxismus-Leninismus, den wissenschaftlichen Sozialismus, die Lehre vom Kampf und Ziel der Arbeiterbewegung“ zu verbreiten (Gesamtkatalog 1979, S. 1). Er brachte auch 1979 neben dem gleichnamigen, zweimonatlich erscheinenden theoretischen Organ der DKP weitere Ausgaben seiner Taschenbücher und Paperbacks heraus – seit seiner Gründung im Frühjahr 1969 über 500 Titel (u. a. Reihe „Marxismus aktuell“ und „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“) – und verlegte den Auswahlband „Herbert Mies, Zur Politik der DKP“ als eine „dokumentarische Darstellung des zehnjährigen Wirkens der DKP“.

Zu der „Arbeitsgemeinschaft“ gehört auch der „Pahl-Rugenstein-Verlag“, Köln, zu dessen Autoren u. a. zahlreiche Kommunisten und Funktionäre kommunistisch beeinflusster Organisationen zählen.

6. Wahlergebnisse

6.1 Europawahl

Obwohl die DKP seit Sommer 1977 bemüht war, mit den „Bruderparteien“ der anderen EG-Staaten eine gemeinsame Plattform für die Wahl zum Europäischen Parlament (10. Juni 1979) zu vereinbaren, mußte der DKP-Vorsitzende Mies im Februar 1979 feststellen, die kommunistischen Parteien hätten wegen ihrer unterschiedlichen Kampfbedingungen auf eine gemeinsame wahlprogrammatische Aussage verzichtet. Zur Europawahl stellte die DKP eine 78 Bewerber zählende Bundesliste auf und erhielt 112.055 = 0,4 % (Bundestagswahl 1976: 118.581 = 0,3 %) der Stimmen.



Flambeck & CO.
Druck und Verlag GmbH
Xantener Straße 7
4040 Neuss
Tel.: 0 21 01 / 5 70 81



Verlag
Marxistische
Blätter GmbH.
Hedderheimer
Landstraße 78,
6000 Frankfurt / M. 50
Tel.: 06 11 / 57 10 51



Verlag „pläne“
Braunschweiger
Straße 20
4600 Dortmund
Tel.: 02 31 / 81 89 25

Verlag Neue Kommentare
Maerweg 20
6000 Frankfurt/Main
Tel.: 06 11 / 49 23 86



Pahl-Rugenstein
Verlag GmbH, Gottesweg 54,
5000 Köln 51
Tel.: 02 21 / 36 40 51

Monitor-Verlag GmbH
Oststr. 154
4000 Düsseldorf



Nachrichten-Verlags GmbH
Glauburger Straße 66,
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 06 11 / 59 97 91



Damnitz-Verlag,
Hohenzollernstraße 114
8000 München
Tel.: 089 / 30 10 15



Brücken-Verlag GmbH
Literaturvertrieb
Import Export
Ackerstr. 3 - Postf. 1928
4000 Düsseldorf 1
Tel.: 02 11 / 35 38 83 / 84



Weltkreis
Verlag GmbH,
Brüderweg 16,
4600 Dortmund
Tel.: 02 31 / 57 20 10



Institut für
Marxistische
Studien und
Forschungen (IMSF)
Liebigstraße 6
6000 Frankfurt / M.
Tel.: 06 11 / 72 49 14

Verlag Wolfgang Runge
Bramfelder Straße 95 c
2000 Hamburg 60
Tel.: 0 40 / 6 90 24 77



Röderberg-Verlag GmbH,
Schumannstraße 56
6000 Frankfurt/Main 1
Tel.: 06 11 / 75 10 46

Rochus-Verlag
Rochusstraße 43
4000 Düsseldorf
Tel.: 02 11 / 48 62 70



Asso-Verlag
Josefplatz 1
4200 Oberhausen
Tel.: 02 08 / 80 23 56



Verlag Atelier
im Bauernhaus
in der Bredenau 3
2602 Fischerhude
Tel.: 0 42 93 / 6 71

collectiv
10
Jahre
literatur

Arbeits-
gemeinschaft
sozialistischer und demokratischer
Verleger und Buchhändler

6.2 Landtagswahlen

Die Landtagswahlen endeten für die DKP teilweise mit deutlichen Mißerfolgen.

An der Landtagswahl in **Rheinland-Pfalz** (18. März) beteiligte sich die DKP in allen vier Wahlkreisen mit 101 Kandidaten; auf sie entfielen 9.024 = 0,4 % (1975: 11.101 = 0,5 %) der Stimmen.

In **Schleswig-Holstein** (29. April) stellte sich die DKP mit 60 Bewerbern in allen 44 Wahlkreisen und einer Landesliste zur Wahl. Sie erhielt 3.123 = 0,2 % (1975: 5.926 = 0,4 %) der Stimmen.

Bei der Wahl zur **Bremischen Bürgerschaft** (7. Oktober) entfielen auf die Liste der DKP mit insgesamt 29 Bewerbern 3.340 = 0,8 % (1975: 9.233 = 2,1 %) der Stimmen.

6.3 Kommunalwahlen

Bei den Kommunalwahlen zeigte sich eine unterschiedliche Entwicklung: Während die Gesamtzahl der für die DKP abgegebenen Stimmen eine rückläufige Tendenz aufwies, konnte die Partei in einigen Kommunen, auf die sie schwerpunktmäßig ihren Wahlkampf konzentriert hatte, Erfolge erringen.

Im **Saarland** beteiligte sich die DKP an den Wahlen (10. Juni) zum Stadtverbandstag Saarbrücken, zu den fünf Kreistagen und zu neun von 50 Stadt- und Gemeinderäten. Sie errang bei den Wahlen zum Stadtverbandstag und den Kreistagen 8.312 = 1,3 % (1974: 12.588 = 1,9 %) und bei den Wahlen zu den Stadt- und Gemeinderäten 5.948 = 0,9 % (1974: 11.086 = 1,7 %) der Stimmen. Lediglich in Püttlingen erhielt die Partei mit einem Stimmenanteil von 7 % (1974: 4,7 %) zwei Mandate im Rat der Stadt.

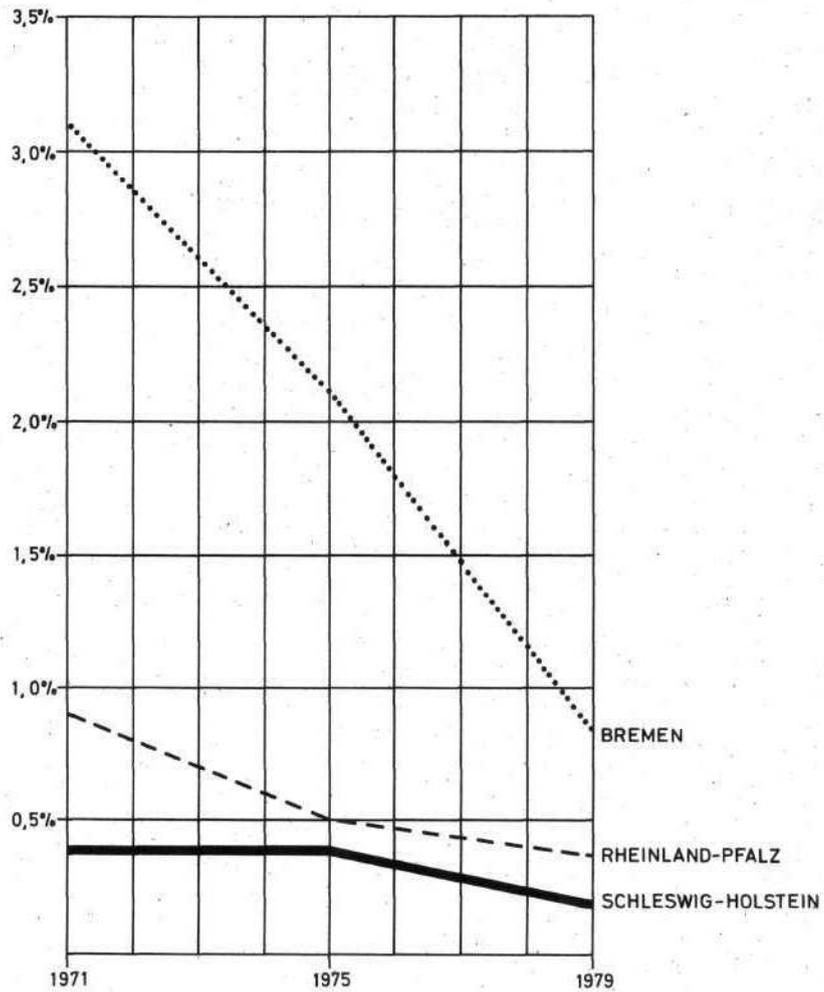
In **Rheinland-Pfalz** (6. Juni) stellte sich die DKP in zwei von 24 Landkreisen, in 14 von 2.203 Städten und Gemeinden (darunter in acht von 12 kreisfreien Städten) zur Wahl. Auf sie entfielen bei den Wahlen zu den Räten der kreisfreien Städte 4.400 = 0,9 % (1974: 9.420 = 1,7 %) und bei den Wahlen zu den Kreistagen 1.606 = 0,1 % (1974: 2.017 = 0,1 %) der Stimmen.

Über eine freie Wählerliste und durch Persönlichkeitswahlen errang die DKP wieder vier der fünf bisherigen Mandate in den Gemeinderäten von Pfeffelbach, Steinbach und Körborn sowie in der Verbandsgemeindevertretung von Kusel; weitere drei Mandate entfielen auf die Partei im Stadtrat von Oppenheim (390 Stimmen = 13,1 %, 1974: 109 Stimmen = 3,4 %) und zwei Mandate im Stadtrat von Idar-Oberstein (1.122 Stimmen = 5,7 %; 1974: 824 Stimmen = 4 %). Erhebliche Stimmenverluste mußte sie dagegen in einigen größeren Städten hinnehmen.

In **Nordrhein-Westfalen** (30. September) kandidierte die DKP in 22 von 23 kreisfreien Städten, in acht von 31 Landkreisen sowie in zahlreichen kreisangehörigen Gemeinden. Sie erhielt bei den Wahlen zu den Räten der kreisfreien Städte und den Kreistagen 55.571 = 0,7 % (1975 einschließlich Nachwahl 1976: 60.687 = 0,6 %) der Stimmen. Insgesamt errang die DKP 20 Mandate in fünf Stadträten (bisher acht Mandate in zwei Stadträten):

In der kreisfreien Stadt Bottrop gewann sie mit 4.673 = 7,2 % (Nachwahl 1976: 6.678 = 8,5 %) der Stimmen fünf Mandate wie bei der letzten Kommunalwahl. Im Stadtrat von Gladbeck, wo sie seit 1976 mit drei Abgeordneten vertreten war, erreichte die DKP mit 3.835 = 8,6 % (Nachwahl 1976: 3.064 = 5,6 %) der Stimmen zwei weitere Mandate. Erstmals zog sie in die Stadträte von Ahlen, Gevelsberg und Hattingen ein: in Ahlen entfielen auf sie mit 2.239 = 7,9 % (1975: 1.009 = 3,3 %) der Stimmen vier Mandate; in Gevelsberg errang sie mit 1.349 = 7,35 % (1975: 867 = 4,1 %) der Stimmen drei Mandate und ebenfalls drei Mandate in Hattingen, wo die Partei 1.793 = 5,2 % (1975: 661 = 1,7 %) der Stimmen erhielt.

**Wahlergebnisse der DKP bei Landtagswahlen
in Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein
1971-1979**



Mandate der DKP in Kommunalparlamenten

BUNDESLAND	1974	1975	1976	1977	1978	1979
SCHLESWIG-HOLSTEIN					2	2
HAMBURG						
BREMEN						
NIEDERSACHSEN			3	4	4	4
NORDRHEIN-WESTFALEN	4	4	8	8	8	20
HESSEN	20	20	20	25	25	25
RHEINLAND-PFALZ	6	6	5	5	5	9
SAARLAND						2
BADEN-WÜRTTEMBERG	9	5	5	5	5	6
BAYERN	5	5	5	5	4	4
GESAMT:	44	40	46	52	53	72

Bei der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung von Bremerhaven (7. Oktober) erlitt die DKP einen erheblichen Stimmenverlust. Auf ihre Liste entfielen 476 = 0,66 % (1975: 1.615 = 2,11 %) der Stimmen.

An den kommunalen Nachwahlen in **Mittelhessen** (7. Oktober) beteiligte sich die DKP in beiden Landkreisen und in zwei von fünf Gemeinden. Sie erhielt im Landkreis Gießen 686 = 0,7 % (1977: 1.418 = 1,1 %) und im Lahn-Dill-Kreis 496 = 0,4 % (1977: 925 = 0,7 %) der Stimmen. In der Stadt Gießen errang sie 279 = 0,8 % (1977: 788 = 2,1 %) und in Wetzlar 214 = 0,8 % (1977: 292 = 1,0 %) der Stimmen.

Bei der Kreistagswahl in **Baden-Württemberg** (18. Oktober) kandidierte die DKP in acht von 35 Landkreisen selbständig und in zwei weiteren Landkreisen auf gemeinsamen Listen mit Wählervereinigungen. Sie errang zwei Mandate: im Kreistag des Landkreises Eßlingen, wo sie seit 1971 einen Abgeordneten stellt, wieder über die Liste „DKP/Freie Wählervereinigung Eßlingen“ einen Stimmenanteil von 1,3 % (1973: 1,1 %) und erstmals mit 3,8 % (vorher keine Wahlbeteiligung) im Kreistag des Landkreises Tübingen.

6.4 Mandate der DKP in Kommunalvertretungen

Ende 1979 war die DKP in 32 Stadt- und Gemeinderäten sowie in drei Kreistagen von acht Bundesländern mit insgesamt 72 Abgeordneten vertreten; 1978 hatte die DKP 53 Mandate in 26 Stadt- und Gemeinderäten sowie zwei Kreistagen von ebenfalls acht Bundesländern.

V. Einfluß der DKP auf andere Organisationen

Die DKP bemüht sich, auf zahlreiche Organisationen Einfluß zu gewinnen bzw. ihren Einfluß zu erhalten. Einige dieser Organisationen sind von Kommunisten auf Veranlassung ihrer Parteiführung gegründet worden. Andere haben sich ohne kommunistischen Einfluß gebildet, sind aber später Ziel kommunistischer Beeinflussungsversuche geworden. Diese Organisationen nehmen Einzelforderungen der DKP auf, verfolgen aber auch Ziele, die nicht gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind.

Der Grad des kommunistischen Einflusses ist unterschiedlich: Während in einigen von ihnen wesentliche Entscheidungen gegen den Willen der DKP nicht möglich sind, können in anderen trotz des Einflusses der DKP demokratische Mitglieder ihre Vorstellungen vertreten.

Ziel der Beeinflussungsversuche der DKP ist es insbesondere, entscheidende Funktionen vor allem im organisatorischen Bereich durch kommunistische Funktionäre zu besetzen, wobei diese mitunter aus Tarnungsgründen nicht offiziell der DKP beitreten („Verdeckte Mitgliedschaft“). In den meisten der Organisationen sind Teile der Vorstände, nicht aber die Mehrheit der Vorstandsmitglieder Kommunisten. Fast immer sind die Mehrheit der Mitglieder keine Kommunisten. Von diesen demokratisch eingestellten Mitgliedern wird der kommunistische Einfluß entweder nicht erkannt oder aber in Kauf genommen, zum Teil mit dem Ziel, den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen.

Bestand und Mitgliederzahl der im Vorjahresbericht in diesem Abschnitt genannten Organisationen haben sich nicht merklich verändert. Zu den beeinflussten Organisationen gehören u. a. die

1. „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes – Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA)

In der VVN-BdA übt die DKP auch nach dem Bundeskongreß der VVN-BdA (25.–27. Mai in Dortmund) unverändert entscheidenden Einfluß aus: Mehr als die Hälfte der Mitglieder ihres Präsidiums sind Kommunisten (DKP- oder frühere KPD-Mitglieder). Nach einer auf dem Kongreß beschlossenen Satzungsänderung wurde aus der bisherigen Arbeitsgemeinschaft selbständiger Landesverbände eine einheitliche Organisation, der die Landesverbände als Untergliederungen angehören. Das neugeschaffene Amt des Generalsekretärs wurde mit dem bisherigen Geschäftsführer Hans Jennes, Altkommunist und Träger der sowjetischen Lenin-Medaille, besetzt.

Die VVN-BdA verabschiedete ein neues „Orientierungs- und Aktionsprogramm“, das die verstärkte Einbeziehung junger Menschen in die Arbeit des Verbandes, die „antifaschistische Erziehung“ der Jugend und die Zusammenarbeit mit allen „antifaschistischen demokratischen Kräften“ fordert.

Die VVN-BdA, die pro-sowjetische „Fédération Internationale des Résistants“ (FIR), deren Mitgliedsverband die VVN-BdA ist, sowie ausländische kommunistisch beeinflusste Widerstands- und Verfolgtenorganisationen beteiligten sich an kommunistisch initiierten Kampagnen gegen die angebliche „neofaschistische“, „entspannungsfeindliche“ und „undemokratische“ Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

2. „Deutsche Friedens-Union“ (DFU)

Die DFU, die 1960 auf kommunistisches Betreiben gegründet worden ist, spielte auch 1979 eine tragende Rolle in der kommunistischen Bündnispolitik.

Von den 7 Mitgliedern des Direktoriums und dem 58-köpfigen Bundesvorstand sind etwa ein Viertel DKP- oder frühere KPD-Mitglieder und etwa ein Drittel hauptamtliche Funktionäre kommunistisch beeinflusster Organisationen. Die DFU gehört dem pro-sowjetischen „Weltfriedensrat“ an.

Vertreter des DFU-Direktoriums und des DKP-Präsidiums trafen sich am 4. Dezember; gemeinsam forderten sie die Bundesregierung auf, den NATO-Plan zur Nachrüstung abzulehnen.

3. „Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ)

Wichtigstes Organ zur Förderung und Koordinierung der kommunistischen Abrüstungskampagne ist weiterhin das unter maßgeblicher Beteiligung kommunistischer und kommunistisch beeinflusster Organisationen 1974 gegründete KFAZ. Durch gemeinsame politische Aktionen von Kommunisten und Nichtkommunisten soll das KFAZ die Vorstellung des orthodoxen Kommunismus zur Friedens- und Abrüstungspolitik verbreiten und durchsetzen helfen.

Das Komitee hat weder eine rechtlich verbindliche noch tatsächlich feste Organisation, wodurch eine demokratische Kontrolle seiner Funktionäre faktisch ausgeschlossen ist. Die meisten Mitglieder sind Nichtkommunisten, von denen einzelne – scheinbar in Führungsfunktionen – die Organisation nach außen repräsentieren. Die eigentliche Arbeit, insbesondere die organisatorische Vorbereitung der Aktivitäten des Komitees, z. B. „Abrüstungsdemonstrationen“ und Aufrufe, besorgt das „Büro des KFAZ“ und die Geschäftsführung. Acht der neun Mitglieder dieser Leitungsgremien gehören persönlich oder über ihre Organisationen (DFU, VVN-BdA) dem sowjetisch gelenkten „Weltfriedensrat“ an.

4. „Vereinigung Demokratischer Juristen“ (VDJ)

In der auf Initiative der DKP gegründeten VdJ arbeiten neben Angehörigen demokratischer Parteien und sonst nicht organisierten Mitgliedern nach wie vor Kommunisten in

entscheidenden Funktionen, die auf diese Weise versuchen, die Rechtspolitik im Sinne der programmatischen Ziele der DKP zu beeinflussen.

Professor Gerhard Stuby, Generalsekretär der sowjetisch gelenkten „Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen“ (IVDJ), legte sein Amt als 1. VDJ-Vorsitzender nieder.

5. „Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner“ (DFG-VK)

Die im November 1974 als Zusammenschluß zweier Kriegsdienstgegner-Organisationen gegründete DFG-VK ist die mitgliederstärkste unter den kommunistisch beeinflussten Vereinigungen. Sie ist aber gleichzeitig die Organisation, deren Mitglieder zum größten Teil Nichtkommunisten sind. Im Bundesvorstand haben Kommunisten jedoch führende Positionen inne: So leitet Rolf Breuch, Mitglied der DKP, weiterhin das Referat „Abrüstung“, Bernd Kehrer, Mitglied des SDAJ-Bundesvorstandes, weiterhin das Referat „Organisation“. Klaus Mannhardt, einer der beiden Bundesvorsitzenden, gehört dem sowjetisch gelenkten „Weltfriedensrat“ und dem Büro des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit“ (KFAZ) an.

In einem Grußschreiben an den DKP-Parteitag 1978 war die DFG-VK der Meinung, in „Fragen des Kampfes um die Erhaltung des Friedens und der Abrüstung“ ergäben sich „viele Ansätze für eine Zusammenarbeit auch in der Zukunft“ (Parteitags-Protokoll der DKP, S. 625). Die DFG-VK arbeitete mit orthodoxen Kommunisten bei deren „Friedenskampagne“ zusammen. Zu „Aktionseinheiten“ zwischen Gliederungen der DFG-VK und orthodox-kommunistischen Organisationen kam es beispielsweise bei der „Bonner Friedenswoche“ im Mai und der „Antifaschistischen Initiative“ in Bochum.

In Verbandszeitungen (u. a. „zivilcourage“ Nr. 4/5 und 6/79) behaupteten Bundesvorstandsmitglieder der DFG-VK, die NATO sei als „Hauptstörfaktor der Entspannungspolitik eine ständige Gefahr für den Frieden“, während die Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen eine „Fälschung“ des amerikanischen Geheimdienstes sei.

Die DFG-VK setzte ihre mehrjährigen Beziehungen zum „Friedensrat“ der DDR fort und entsandte im April auf Einladung des sowjetischen Friedenskomitees eine Delegation in die UdSSR, um „aktuelle Fragen der Friedenssicherung“ und Fragen der weiteren Zusammenarbeit zu besprechen.

Der Einfluß orthodox-kommunistischer Gruppen in der Mitgliedschaft und in den Untergliederungen der DFG-VK ist regional unterschiedlich.

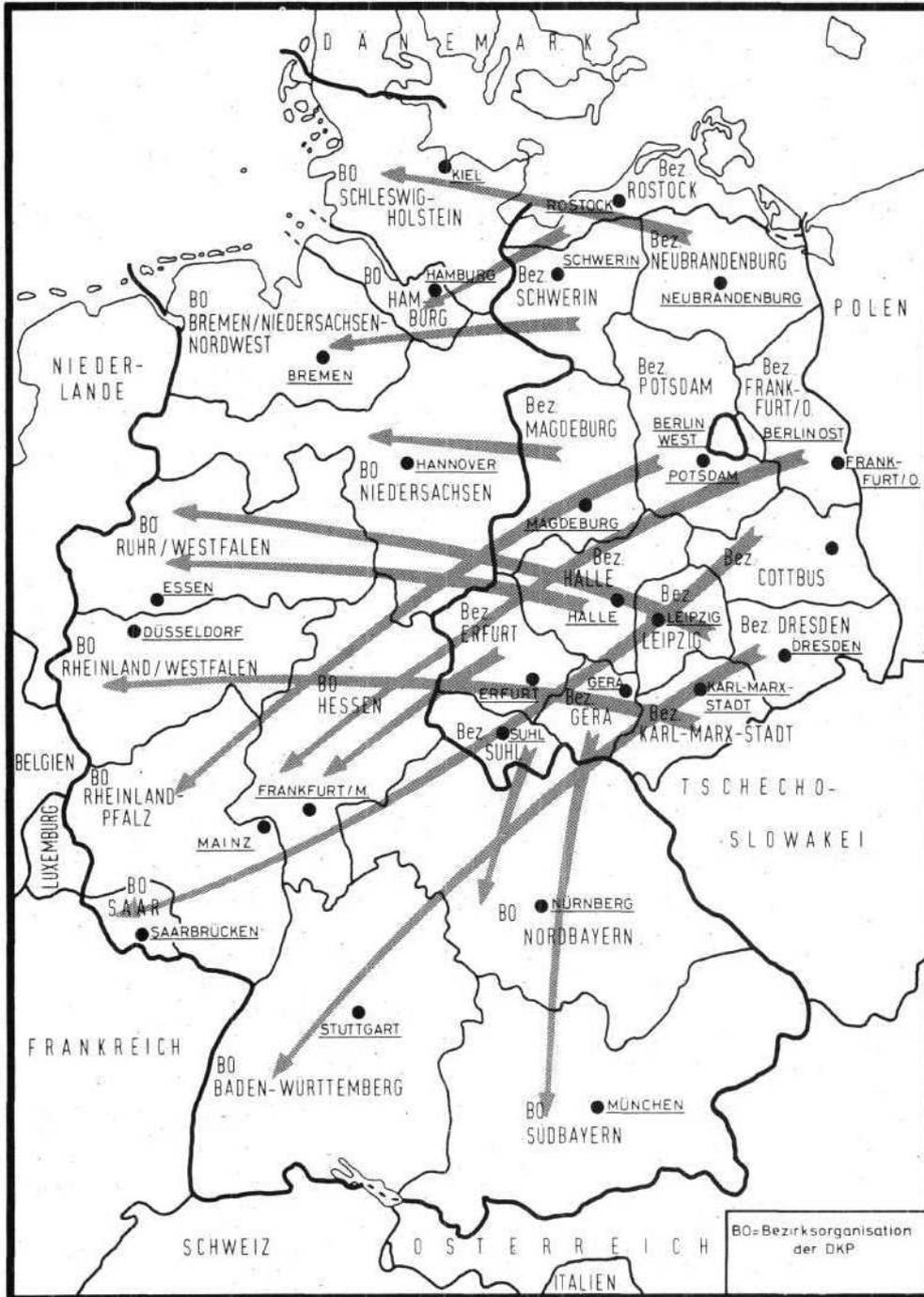
6. „Demokratische Frauen-Initiative“ (DFI)

Die DFI – 1975 mit Unterstützung der DKP als „Initiative internationales Jahr der Frau '75“ gegründet und 1976 in DFI umbenannt – versucht, die Aktivitäten „fortschrittlicher“ Frauengruppen zu koordinieren und im Sinne der DKP zu lenken. Nach eigenen Angaben verfügt sie über 70 örtliche Gruppen (1978: 50). Nach wie vor haben in der Vereinigung Kommunisten entscheidende Funktionen inne.

VI. SED-Aktivitäten gegen die Bundesrepublik

Die SED war auch 1979 bestrebt, die politische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland kommunistisch zu beeinflussen. Hierbei bediente sie sich unverändert der beim Zentralkomitee (ZK) der SED bestehenden besonderen Abteilung für

„Patenbezirke“ der SED in der Bundesrepublik Deutschland



„Westarbeit“ („Abteilung 70“), deren Leiter Prof. Herbert *Häber* ist. Aufgabe dieser „Westabteilung“ ist die Anleitung und Kontrolle der „Westarbeit“ aller hiermit befaßten DDR-Einrichtungen. Dabei stützt sie sich auf die „Westsektoren“ bei den Bezirksleitungen der SED, denen im Bundesgebiet „Patenbezirke“ zugewiesen sind. Da es für die DDR „besondere Beziehungen“ zwischen den beiden deutschen Staaten nicht gibt, führt sie ihre „Westarbeit“ verdeckt durch oder stellte sie als „internationale Beziehungen“ im Rahmen der „friedlichen Koexistenz“ dar.

1. Anleitung der DKP durch das ZK der SED

Die besonderen Beziehungen zwischen SED und DKP zeigen sich auch darin, daß die DKP von der „Westabteilung“ angeleitet und massiv unterstützt wird, während für die Beziehungen der SED zu anderen „Bruderparteien“ die ZK-Abteilung „Internationale Verbindungen“ zuständig ist.

Anleitung und Unterstützung der DKP werden weitgehend konspirativ durchgeführt. Grundlage der Zusammenarbeit bildete weiterhin der von den Parteiführungen festgelegte Rahmenplan, innerhalb dessen die Leitungen der Bezirksorganisationen von SED und DKP ihre Einzelpläne vereinbarten.

Zahlreiche Gespräche zwischen SED und DKP-Funktionären auf verschiedenen Ebenen sowie Berichte an die SED-Führung sicherten auch im Berichtsjahr die Kontrolle der DKP durch die SED. So stattete im März eine Delegation der SED-Bezirksleitung Rostock unter Leitung ihres 1. Sekretärs Ernst *Timm* (Mitglied des ZK der SED) einen „offiziellen Besuch“ bei der DKP-Bezirksorganisation Hamburg, ihrem „Patenbezirk“, ab; dabei betonte *Timm* die „enge Verbundenheit und die brüderliche Solidarität“ beider Parteien. Ein Beweis für das enge Verhältnis zwischen SED und DKP ist auch die Verleihung der höchsten DDR-Auszeichnung, des „Karl-Marx-Ordens“ an den DKP-Vorsitzenden Herbert *Mies* zu dessen 50. Geburtstag; SED-Generalsekretär Erich *Honecker* nannte diese Auszeichnung eine „Würdigung hervorragender Verdienste in der Arbeiterbewegung und im Kampf für Frieden und Völkerfreundschaft“.

2. „Westarbeit“ anderer DDR-Institutionen

Die **FDJ-„Westarbeit“** orientierte sich unverändert an zwei strategischen Zielen: Unterstützung des „revolutionären Kampfes“ der „Bruderorganisationen“ – „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ), „Junge Pioniere–Sozialistische Kinderorganisation“ (JP), „Marxistischer Studentenbund Spartakus“ (MSB) und „Freie Deutsche Jugend Westberlins“ (FDJW) – sowie die „Verbreiterung des antiimperialistischen Potentials“ in anderen Jugendverbänden. Die Formen der Zusammenarbeit zwischen FDJ und den „Bruderorganisationen“ entsprechen weitgehend denen zwischen SED und DKP: Periodische Arbeitsvereinbarungen, Anleitungsgespräche in Ost und West, Delegationsaustausch, materielle Hilfen. Einen Höhepunkt bildete die von SDAJ, JP und MSB anlässlich des 30. Gründungsjahres der DDR durchgeführte „Woche der Freundschaft zwischen der Jugend der BRD und der Jugend der DDR“ (15. – 23. September), zu der mehr als 200 FDJ-Funktionäre, Künstler und Musikgruppen einreisten, um „parteilich“ über die DDR zu informieren. Die zu dieser „Freundschaftswoche“ eingereiste Delegation des FDJ-Zentralrates unter Leitung des Sekretärs Gunter *Retzner* wurde auch vom DKP-Vorsitzenden Herbert *Mies* empfangen.

Das „**International, Informations- und Bildungszentrum e. V.**“ der DDR organisierte auch im Berichtsjahr „Studien- und Informationsreisen“ vornehmlich für Gewerkschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland, um diese im Sinne der SED zu

beeinflussen. Daneben betreute *International* mehrfach von der DKP organisierte Studientelegationen während ihres Aufenthaltes in der DDR.

Im Rahmen ihrer „**kulturellen Westarbeit**“ entsandte die SED wiederum zahlreiche – teils namhafte – Theater-, Musik- und Kleinkunst-Ensembles der DDR zu Veranstaltungen der DKP und ihrer Nebenorganisationen; so anlässlich des „Internationalen Tages der Frau“ (8. März), des 1. Mai und des „Internationalen Tages des Kindes“ (1. Juni) sowie auch zu „Pfingstcamps“ der SDAJ und zum Pressefest des DKP-Zentralorgans „Unsere Zeit“ (UZ) (22.–24. Juni). Das „Rundfunk-Sinfonie-Orchester“ aus Berlin (Ost) spielte auf der Festveranstaltung des DKP-Parteivorstandes zum 30. Jahrestag der DDR am 5. Oktober in Hamburg; die DKP veranstaltete mit der „Halleischen Philharmonie“ vier „Arbeiterkonzerte“: am 18. November in Oldenburg, am 21. November in Düsseldorf, am 25. November in Duisburg und am 2. Dezember in Mörfelden-Walldorf, die unter dem Motto „Abrüstung, Entspannung und Frieden“ standen. Das „**Institut für internationale Politik und Wirtschaft**“ (IPW), das für das ZK der SED wissenschaftliche Politikberatung durchführt, die auch der „Westarbeit“ dient, entsandte wiederum „Reisekader“ zu Wissenschaftlern und wissenschaftlichen Instituten in das Bundesgebiet. Sie hatten die Aufgabe, bei ihrem Gesprächspartner für die Politik der DDR zu werben und Informationen zu sammeln. Unverändert bestehen enge Verbindungen zwischen dem IPW und dem Ministerium für Staatssicherheit, das Informationen und Kontakte des IPW für seine Zwecke nutzt.

3. Reisen in die DDR und DDR-„Reisekader“

Auch im Berichtsjahr reisten wieder zahlreiche Funktionäre der DKP und ihrer Nebenorganisationen sowie zahlreiche „Delegationen“ der DKP, ihrer Nebenorganisation und von orthodox-kommunistisch beeinflussten Organisationen zu Gesprächen, Schulungen und „Studienaufenthalten“ in die DDR. Diese Reisen dienten neben der Anleitung, ideologischen Schulung und Vermittlung eines positiven DDR-Bildes auch der Mitgliederwerbung unter mitreisenden „Sympathisanten“.

Umgekehrt wurden über 1.000 Einreisen von DDR-„Reisekadern“ bekannt, die den Kontakt zur DKP, ihren Nebenorganisationen und den von ihr beeinflussten Organisationen aufrechterhalten und, insbesondere im Zusammenhang mit dem 30. Jahrestag der DDR, deren „sozialistische Errungenschaften“ auch öffentlich propagieren sollten.

VII. „Neue Linke“

1. Politischer Standort und Entwicklung

1.1 Allgemeiner Überblick

Weite Teile der organisierten „Neuen Linken“ – d. h. der zahlreichen unterschiedlich ausgerichteten und häufig miteinander rivalisierenden linksextremistischen Gruppierungen, die den orthodoxen Kommunismus ablehnen – gerieten zunehmend in eine Krise. Nachlassende Aktivitäten, Mitgliederverluste und öffentliche Selbstkritik kennzeichneten die Entwicklung. Zu deren Ursachen gehörten: Enttäuschung über einstige revolutionäre Leitbilder in der Dritten Welt (Kuba, China, Vietnam, Kampuchea) sowie über das Ausbleiben eigener Erfolge in der Bundesrepublik Deutschland, die sich – entgegen den linksextremistischen Erwartungen – als politisch und ökonomisch stabil erwies; damit verbunden war ein zunehmender Verlust an – traditioneller marxistischer – Fortschrittsgläubigkeit. Im Mittelpunkt oft ratloser Grundsatz- und Strategie-

debatten standen deshalb das „Elend des Internationalismus“ und die „Krise des Marxismus“.

Am heftigsten und sichtbarsten wurden von dieser Entwicklung dogmatische kommunistische Gruppen der „Neuen Linken“ („K-Gruppen“) betroffen.

Auswirkungen auf die undogmatische linksextremistische Szene sind – zum Teil wegen deren Unübersichtlichkeit – weniger deutlich; aber auch hier wurden Klagen über den „Rückzug ins Privatleben“, über „Perspektivlosigkeit“, Isolierung und „Ghettoisierung“ immer lauter.

Zahlreiche Anhänger der „Neuen Linken“ wandten sich der Umweltschutz- und der Alternativenbewegung zu in der Hoffnung, dort einen neuen „revolutionär-sozialistischen Zusammenhang“ bilden zu können. Orthodoxe Kommunisten verstärkten ihre publizistischen Aktivitäten, um von der „Identitätskrise“ der „Neuen Linken“ Enttäuschte für ihre Politik zu gewinnen.

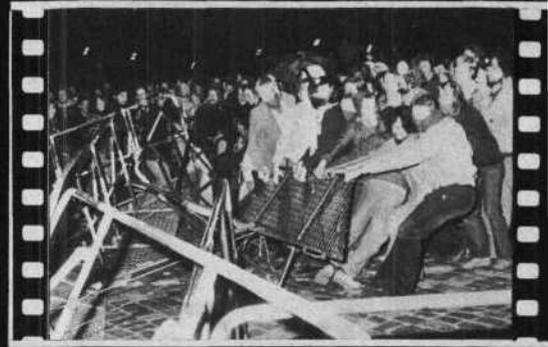
Viele Gruppen der „Neuen Linken“ traten wiederum offen dafür ein, die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung gewaltsam zu beseitigen, und waren bereit, zur Durchsetzung ihrer Ziele gewalttätige Kampfformen anzuwenden. Gleichzeitig nutzten sie die Möglichkeiten der von ihnen bekämpften „bürgerlichen Verfassung“: so kandidierte der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) im Berichtsjahr bei allen Landtagswahlen, jedoch ohne Erfolg (durchschnittlicher Stimmenanteil 0,1 %); Mitglieder der „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD), des „Kommunistischen Bundes“ (KB) und Anhänger der undogmatischen „Neuen Linken“ beteiligten sich an „bunten“ und „alternativen“ Wahlbündnissen und konnten so vereinzelt Mandate in Kommunalvertretungen erringen.

1.2 Entwicklung im dogmatischen Lager

Von den vier bundesweit organisierten kommunistischen Kernorganisationen der „Neuen Linken“ zeigten zwei starke Zerfalls- und Auflösungserscheinungen: Der „Kommunistische Bund“ (KB) und die „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD), die sich schließlich im März 1980 auflöste. Auch die „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML) mußte Rückschläge hinnehmen, konnte aber ihre organisatorische und politische Einheit erhalten. Nur der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ (KBW) erhöhte seine Mitgliederzahl geringfügig; er konnte sich organisatorisch und politisch festigen und blieb stärkste Organisation der dogmatischen „Neuen Linken“ – allerdings ist seine Anhängerschaft kleiner geworden: Seine Vorfeldorganisationen büßten mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder ein. Diese Situation besteht im wesentlichen unverändert fort.

Nach wie vor bestehen zwischen den kommunistischen Kernorganisationen der „Neuen Linken“ erhebliche ideologische Unterschiede. KBW und KPD/ML beanspruchen – jede für sich –, die wahre „Vorhutorganisation der Arbeiterklasse“ zu sein; innerhalb des KB lehnten weite Teile das Prinzip einer „kommunistischen Kaderorganisation“ ab.

Unverändert hielten KBW und KPD an ihrer prochinesischen Linie fest, billigte die KPD/ML allein der „Partei der Arbeit Albanien“ eine führende Rolle zu und kritisierte der KB alle Formen des „realen Sozialismus“. Gemeinsamer Nenner im dogmatischen Lager blieb die Ablehnung der „revisionistischen“ und „sozialimperialistischen Supermacht“ Sowjetunion mit ihren „deutschen Agenturen“: SED, DKP und SEW. Zwischen dogmatischen Gruppen kam es vereinzelt zu „Aktionseinheiten“, so zwischen KBW und KPD bei der Solidaritätskampagne für Kampuchea.



MILITANTE AKTIONEN

2. Organisationen der dogmatischen „Neuen Linken“

2.1 „Kommunistischer Bund Westdeutschland“ (KBW)

Der prochinesische KBW tritt unverändert für die Zerschlagung des „imperialistischen Staatsapparates“ durch die proletarische Revolution und die Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ beim Aufbau des Sozialismus (u. a. „Kommunismus und Klassenkampf“ 12/79) ein.

Der KBW vertiefte seine Beziehung zur KP Chinas; eine Delegation seines Zentralen Komitees (ZK) unter Leitung des ZK-Sekretärs Hans Gerhardt *Schmierer* führte im Dezember in Peking Gespräche mit dem ZK der KP Chinas und wurde mit einem Festbankett geehrt.

Der KBW hat sich nach Einschätzung seines ZK-Sekretärs trotz des „Zersetzungs- und Verfaulungsprozesses“ der „Neuen Linken“ konsolidieren können. Seine Mitgliederzahl ist auf 2.400 angestiegen (1978: 2.300), die Mitglieder verteilten sich auf Weisung des ZK in der ersten Hälfte des Berichtsjahres gleichmäßig auf das Bundesgebiet; sie sind in 37 Bezirksverbänden organisiert, die in zwölf Bezirksgruppen und drei Regionalverbänden (Nord, Mitte, Süd) zusammengefaßt sind.

Nach wie vor verlangte der KBW von seinen Mitgliedern erhebliche Beiträge und Spenden. Er konnte daher seine Zentrale in Frankfurt/Main und sein Bezirksgruppenzentrum in Berlin ausbauen, sein aufwendiges Nachrichtensystem „Redactron“ betreiben und in Bremen und Hamburg zwei neue Häuser für die Bezirkszentren erwerben. Außerdem verfügt er weiterhin über seine „Internationale Nachrichtenkette“ mit Korrespondentenbüros in Brüssel, London, Paris, Rom und Wien.

Das KBW-Zentralorgan, die „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ), erscheint in zwölf Bezirksgruppenausgaben nach wie vor wöchentlich; verkaufte Auflage: etwa 20.000 Exemplare. Seine theoretische Monatsschrift „Kommunismus und Klassenkampf“ hat unverändert eine Auflage von 10.000 Exemplaren.

Im Frühjahr löste der KBW seine Nebenorganisationen „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe“ (GUV) und „Soldaten- und Reservistenkomitees“ (SRK) sowie die „Komitees und Initiativen gegen den § 218“ auf und faßte die Mitglieder in einer neuen Nebenorganisation „Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten“ (VRV-SR) zusammen. Bestehen blieben die „Kommunistischen Hochschulgruppen“ (KHG) und die „Kommunistischen Jugendbünde“ (KJB). Die Mitgliederzahlen in den Nebenorganisationen gingen auf insgesamt etwa 1.500 (1978: 2.500) zurück.

Der KBW beteiligte sich an den Wahlen zu den Landesparlamenten in Berlin (18. März), Rheinland-Pfalz (18. März), Schleswig-Holstein (29. April), Bremen (7. Oktober); sein Stimmenanteil lag bei 0,1 Prozent. Er will sich auch an den Landtags- und Bundestagswahlen 1980 beteiligen.

Ein wesentlicher Teil der Aktivitäten des KBW bestand in der „Internationalismusarbeit“. In der zweiten Jahreshälfte konzentrierte er sich auf die Unterstützung des „Demokratischen Kampuchéas und seines Widerstandskrieges“ gegen vietnamesische Truppen und hatte dafür bis Anfang Dezember fast 240.000 DM gesammelt.

2.2 „Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten“ (KPD/ML)

Die KPD/ML kämpfte auch 1979 für die gewaltsame Errichtung eines kommunistischen Systems stalinistischer Prägung. Sie feierte das „Stalinjahr 1979“ (100. Geburtstag Stalins) unter der Losung: „Von Stalin lernen, heißt siegen lernen“ und betonte, für sie werde „Stalins Kampf für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des



Proletariats immer Vorbild und Richtschnur sein" („Der Weg der Partei" Nr. 5, November 1979).

Nach wie vor orientiert sich die KPD/ML an der „Partei der Arbeit Albanien" und entsandte wiederum Delegationen in die VR Albanien.

Die KPD/ML (Organ: „Roter Morgen", Wochenaufgabe 6.000) gliedert sich wie bisher in drei Sektionen: „Deutsche Bundesrepublik" (Landesverbände Nord, Mitte, Süd mit zwölf Landesbezirksverbänden), „Westberlin" und „DDR". Die Mitgliederzahl der KPD/ML fiel auf etwa 500 (1978: 600).

Mit einer Säuberungskampagne bekämpfte die KPD/ML „linksopportunistische Tendenzen" und ließ alle örtlichen und regionalen Parteileitungen neu wählen. Nach wie vor stützte sich die Partei auf ihre Jugendorganisation „Rote Garde" (Organ: „Roter Rebell", Monatsauflage: 5.000) mit etwa 350 Mitgliedern (1978: 450).

Mit Blick auf die Bundestagswahl 1980 gründete die KPD/ML die „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden", die bereits Landesverbände bildete. Unverändert aktiv war ihre Nebenorganisation „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO) (vgl. Nr. VI. 5).

2.3 „Kommunistischer Bund" (KB)

Im KB, der an seinen marxistisch-leninistischen Positionen festhält und aus „grundsätzlichen Erwägungen" der Verfassung seine Zustimmung verweigert, hielten die internen Richtungskämpfe an. Dabei ging es um sein Selbstverständnis: entweder unverändert kommunistische Kaderorganisation oder künftig „basisorientiertes Zweckbündnis zur gesellschaftlichen Umwälzung" zu sein. Im Spätherbst spaltete sich bundesweit eine Fraktion mit etwa 200 Anhängern um den KB-Mitbegründer Jürgen Reents ab, die verstärkt in „grünen" Wahlbündnissen mitarbeiten will. Die innerverbandlichen Auseinandersetzungen führten zu empfindlichen Mitgliederverlusten; am Jahresende verfügte der KB über höchstens 600 aktive Anhänger (1978: 1.400), hatte jedoch noch Stützpunkte und Kontaktadressen in allen Bundesländern. Die Auflage des KB-Organs „Arbeiterkampf" sank auf 10.000 Exemplare (1978: 12.500). Auch die örtlich selbständigen Studentengruppen des KB in Hamburg, Berlin und Göttingen hatten Mitgliederverluste. Ihr gemeinsames Organ „Solidarität" stellte sein Erscheinen ein.

2.4 „Kommunistische Partei Deutschlands" (KPD)

Die KPD billigte weiterhin die Politik der KP Chinas und trat für die „sozialistische Revolution" ein, sie zerfiel jedoch ideologisch und organisatorisch. Der „Ständige Ausschuß des ZK der KPD" erklärte im Dezember, die Partei sei auf ihrem Weg gescheitert, ihre Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus und den Parteaufbau seien „illusorisch" gewesen, sie könne keinen „Avantgardeanspruch" erheben. Ihr III. Parteitag im März 1980 beschloß dann die Auflösung der Partei.

Zu größeren Aktionen war die KPD im Berichtsjahr nicht mehr fähig. Auch ihre Nebenorganisationen waren nahezu inaktiv und befinden sich in Auflösung.

2.5 Sonstige Organisationen

Neben den vier bundesweit organisierten dogmatischen Verbänden sind kleinere kommunistische Gruppen tätig, die zum Teil über Nebenorganisationen verfügen; lediglich drei solcher Gruppierungen haben einen gewissen überregionalen Einfluß.

Der „**Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands**" (KABD) – Zentralorgan „Rote Fahne" –, bekennt sich unverändert zum Marxismus-Leninismus und den *Mao Zedong*-Ideen, lehnt aber die neue Politik der KP Chinas ab. Der KABD hat seine

Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg. Er arbeitet überwiegend konspirativ und tritt mit seinen Nebenorganisationen, dem „Revolutionären Jugendverband Deutschlands“ (RJVD) – Organ: „Rebell“ –, den „Kommunistischen Studentengruppen“ (KSG) – Organ: „Roter Pfeil“ – sowie dem „Bund Kommunistischer Intellektueller“, hauptsächlich mit Zeitungen und Flugblättern an die Öffentlichkeit.

Der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ (AB) – Zentralorgan: „Kommunistische Arbeiterzeitung“ –, der sich weiterhin an *Mao Zedong* orientiert, die neue chinesische Führung aber kritisiert, ist hauptsächlich in Bayern und Nordrhein-Westfalen tätig geworden. Der AB stützt sich auf den „Kommunistischen Hochschulbund“ (KHB) – Organ: „Kommunistische Studentenzeitung“ –, der bei Wahlen zu bayerischen Hochschulvertretungen Kandidaten aufstellte. Der AB setzte seine Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit – wenn auch in verringertem Umfang – fort; er beteiligte sich an dem Protestzug „Mit Bertoldt Brecht nach Bonn gegen Carstens“, der anlässlich der Bundespräsidentenwahl am 23. Mai in Bonn mit etwa 1.500 Teilnehmern stattfand.

Zu „**Komitees für Demokratie und Sozialismus**“ (KDS) haben sich ehemalige Mitglieder von „K-Gruppen“, vor allem des KBW, zusammengeschlossen. Die KDS hielten zentrale Arbeitskonferenzen am 13./14. April und am 8./9. September in Mannheim ab und geben seit Dezember die „hefte für demokratie und sozialismus“ heraus. Bisher bildeten sich in 24 Städten örtliche Komitees, Initiativen und Redaktionsgruppen, die die KDS-Plattform anerkennen. Ihr zufolge wollen die KDS Sammelbecken für „alle revolutionären Kräfte“ außerhalb der bestehenden kommunistischen und sozialistischen Organisationen sein und den „Staatsapparat“, das Instrument der „herrschenden Klasse“ zerstören; Nahziele sind u. a.: Mobilisierung der Arbeiterschaft in Betrieben, Unterwanderung der Gewerkschaften, der Polizei und der Bundeswehr sowie Aktionen an „Schwachstellen“ (z. B. Antikernkraftkampagne).

2.6 Trotzistische Gruppen

Die Zahl der trotzistischen Gruppen sank im Berichtsjahr auf acht (1978: 11) mit zusammen etwa 800 Mitgliedern. Diese Gruppen, die unterschiedlichen, miteinander konkurrierenden Richtungen des internationalen Trotzismus angehören, kämpften weiterhin für die „permanente Revolution“, um die „Diktatur des Proletariats“ in Form des „Rätesystems“ zu errichten und den „Kapitalismus“ sowie die Bürokratien“ der „entarteten Arbeiterstaaten“ durch den „Kommunismus im Weltmaßstab“ abzulösen.

Größte Organisation blieb mit etwa 500 Mitgliedern (1978: 400) die „**Gruppe Internationale Marxisten – Deutsche Sektion der IV. Internationale**“ (GIM), die sich dem „Vereinigten Sekretariat“ in Brüssel unterordnet. Ihr Zentralorgan „was tun“ erscheint seit Mai nur noch 14tägig, die Auflage sank unter 3.000. Drei Delegierte der GIM nahmen am XI. Weltkongreß der IV. Internationale teil, der Anfang November konspirativ abgehalten wurde und die nationalen Sektionen aufforderte, sich stärker in der Arbeiterschaft der Großbetriebe zu verankern.

Der „**Bund Sozialistischer Arbeiter**“ (BSA), er hat zusammen mit seiner Jugendorganisation „Sozialistischer Jugendbund“ (SJB) etwa 250 Mitglieder (1978: ca. 300), ist die deutsche Sektion des „Internationalen Komitees“ (IK) der IV. Internationale in London, das sich vom „Vereinigten Sekretariat“ abgespalten hatte.

BSA – Zentralorgan: „Neue Arbeiterpresse“ – und SJB – Organ „links voran“ – setzten ihre Agitation gegen Arbeitslosigkeit fort.

In allen trotzistischen Publikationen, auch in denen der Kleingruppen, wie „Trotzkistische Liga Deutschlands“ (TLD), „Spartacusbund“, „Kommunistische Liga“, „Interna-

tionale Sozialistische Arbeiterorganisation" und „Posadistische Kommunistische Partei – Deutsche Sektion der IV. Internationale Trotzisten-Posadisten" wurde die „Krise der Linken" und die Haltung zu „grünen", „bunten" und „alternativen" Wahlbündnissen diskutiert.

3. Undogmatische „Neue Linke"

Die schwer überschaubare undogmatische linksextremistische Szene besteht nach wie vor aus zahlreichen, meist kleinen Gruppen, oft nur lockeren kurzlebigen Zusammenschlüssen ohne feste Mitgliedschaft und Programm. Diese Gruppen wollen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung revolutionär beseitigen. Dabei lehnen sie die marxistisch-leninistische Konzeption ab, befürworten Spontaneität, Autonomie und Selbstorganisation der „Unterdrückten" und fordern vor allem die Arbeit an der „Basis" (Wohngebiete, Betriebe, Hochschulen), um alle Ansätze von Widerstand revolutionär zu nutzen.

Daneben gibt es Gruppen, die auf den gleichen Aktionsfeldern, häufig mit ähnlichen Namen (Basisgruppen, Initiativen, Kollektive), Aktions- und Organisationsformen wirken, ohne extremistische Ziele zu verfolgen.

Das politische Spektrum des undogmatischen Linksextremismus reicht von Anhängern eines undogmatischen „wissenschaftlichen Sozialismus" über Sozialrevolutionäre mit unterschiedlichsten Konzeptionen bis hin zu Anarchisten.

3.1 Mit „kontinuierlichen spontanen Aktionen", einer breit gefächerten „Basis des Widerstandes" und dem Aufbau einer „Gegenkultur" durch „Einnisten" in den „Spalten, Ritzen und Freiräumen" der Gesellschaft soll deren „Zerfallsprozeß" beschleunigt werden; eine Forderung ist: „bestehende Machtverhältnisse auf allen möglichen Ebenen anzugreifen, öffentlich in den Dreck zu ziehen, lächerlich zu machen, zu zersetzen" („Pflasterstrand" Nr. 68/79, S. 28/29). Nach wie vor wurden auch Stimmen laut, die das „Zersetzen" mit dem „Zerschlagen", d. h. die militante Aktion mit der „militärischen" der „Stadtguerilla" verbinden wollen (vgl. dazu den Abschnitt „Terrorismus 1979").

Unübersehbar war die wachsende Enttäuschung innerhalb der undogmatischen „Neuen Linken" über ausbleibende Erfolge. Dies gipfelte in der Behauptung: „Eine linksradikale Bewegung gibt es außerhalb der bewaffneten Gruppen praktisch nicht mehr" (*Trikont* „Almanach '79" – „Ein verlagsinternes Diskussions-Papier"). Weniger pessimistische Stimmen räumten ein, zwar laufe in vielen Bereichen gegenwärtig „politisch" nicht viel, das „Potential von Widerstand und von Gegenmilieu" sei jedoch größer als je zuvor.

Für Zusammenhalt und Informationsaustausch innerhalb der undogmatischen „Neuen Linken" sind weiterhin „linke Buchläden", Verlage und die an Zahl und Vielfalt kaum zu überblickenden „Alternativzeitungen" von großer Bedeutung. „Stadt-Volks- und Sceneblätter", die „Gegenöffentlichkeit" herstellen und „Zensur und Selbstzensur der bürgerlichen Medien" durch Abdruck sog. unterdrückter Nachrichten unterlaufen wollen, geben in größerer Zahl auch Raum für Veröffentlichungen extremistischer Positionen und drucken Erklärungen von terroristischen Gruppen und deren Umfeld.

Der überwiegende Teil der „Alternativzeitungen" verfolgt keine extremistischen Ziele.

3.2 Die „Marxistischen Gruppen" (MG) gingen als größere „revolutionär-marxistischen Vereinigungen" (Organ: „Marxistische Arbeiterzeitung") aus den „Roten Zellen" hervor. Sie wollten auch im Berichtsjahr durch wissenschaftliche Analysen die revolutionäre Praxis vorbereiten und Intellektuelle schulen, damit diese dem Proletariat,

das für seine revolutionäre Mission noch nicht reif sei, das notwendige Wissen vermitteln könnten. Die MG waren nach wie vor an 39 Hochschulorten tätig, sie stützten sich auf etwa 400 Mitglieder sowie eine erheblich höhere Zahl von Kandidaten und Sympathisanten; an ihren Hochschulveranstaltungen nahmen bis zu 1.000 Personen teil.

Das Sozialistische Büro (SB) in Offenbach erhebt den Anspruch, ein Sammelbecken für Linkssozialisten und ein Forum der Diskussion und der Propaganda sozialrevolutionärer Theorien und Praktiken zu sein. Es ist durch eine besonders lockere Organisationsform gekennzeichnet. Daher gilt bei dieser Organisation in besonderem Maße, daß aus der Zugehörigkeit keine Rückschlüsse auf die demokratische Einstellung des einzelnen gezogen werden können. Das SB hatte am Jahresende über 1.200 Einzelmitglieder; 9 Gruppen gehören ihm korporativ an, etwa 15 Hochschulgruppen vertreten seine Auffassungen.

4. Tätigkeit an den Hochschulen

Die Hochschulen waren auch 1979 ein wichtiges Aktionsfeld der „Neuen Linken“, deren Anhängerschaft noch immer zu einem großen Teil aus Studenten besteht. So konnte die studentische „Neue Linke“ ihre Positionen und damit ihre Einflußmöglichkeiten in den Studentenvertretungen behaupten: Zum Jahresende bewegte sich der Anteil der undogmatischen Gruppen der „Neuen Linken“ an den Sitzen der Studentenparlamente nach wie vor um 16 %; der Anteil an Sitzen in den Allgemeinen Studentenausschüssen lag – leicht erhöht – bei 19 %; die Gruppen der dogmatischen „Neuen Linken“ („K-Gruppen“) stellten wiederum nur etwa 3 % der Mitglieder der Studentenparlamente und 1 % der Mitglieder der Allgemeinen Studentenausschüsse.

„K-Gruppen“ blieben in den Studentenvertretungen isoliert und büßten Mitglieder ein; sie entfalteten kaum noch Aktivitäten, ausgenommen die Hochschulgruppen des KBW, die mit insgesamt 500 Mitgliedern (1978: 800) unter der Bezeichnung „Kommunistische Hochschulgruppe“ (KHG) oder „Kommunistischer Studentenbund“ (KSB) an 40 Hochschulen (1978: 42) tätig waren.

Undogmatische Gruppen der „Neuen Linken“, meist kurzlebig, ohne feste Mitgliedschaften und Programme, profitierten bei Studentenwahlen offenbar erneut von der Verdrossenheit vieler über das ganze „System“, die „Hochschulbürokratie“, aber auch über den „realen Sozialismus“ und über den Dogmatismus (z. B. „DDR-Käse“) kommunistischer Gruppen der orthodoxen und der dogmatischen „Neuen Linken“.

Überregional traten undogmatische Studentengruppen als „Basisgruppen-Fraktion“ in den „Vereinigten Deutschen Studentenschaften“ (VDS) auf. Diese Fraktion will innerhalb der VDS – wo sie einen Vertreter im fünfköpfigen Vorstand stellt – „linke Opposition zum Reformismus und Revisionismus stalinistischer Prägung“ sein. Sie kämpft für die „radikale Umgestaltung der herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse“ und will „Rätestrukturen“ an die Stelle „repräsentativ demokratischer Strukturen“ setzen (Stellungnahme des BG-Vertreters zum VDS-Arbeitsprogramm für das WS 78/79 und Papiere zum BG-Seminar vom 30. 11. – 2. 12. 1979 in Kassel).

In Wort und Tat wandte sich die studentische „Neue Linke“ gegen die „kapitalistische Hochschulreform“, gegen „politische Repression“ und „Rechtsentwicklung“; zahlreiche Gruppen unterstützten „alternative“, „bunte“, und „grüne“ Bestrebungen. Umfang und Ausmaß der hochschulpolitischen Aktivitäten der „Neuen Linken“ waren weiter rückläufig; Basisgruppen sprachen von einem „Schrumpfungsprozeß“. Vergleichsweise niedrig war auch die Zahl der an Hochschulen verübten Gewaltakte mit linksextremistischem Hintergrund; 40 Fälle wurden bekannt (1978: 42, 1977: 146).

KB Unser Weg
 KOMMUNISTISCHER BUND 29
Wie geht's weiter im KB?
 ALS ICH JÜNGER WAR, KANNTE ICH ALLE ANTWORTEN, ...
 ...ABER JETZT HABEN SICH DIE FRAGEN GEÄNDERT.
 Neue Diskussionsbeiträge

Rote Fahne
 PROLETARIAT ALLE LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!
 Strauß - der kommende Mann? Seite 2
Das sollen die Werktätigen zahlen
 Zentralorgan des Kommunistischen Arbeiterbundes Deutschlands - 1979

Abrechnung mit dem Marxismus? S.3
Arbeiterkampf
 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 2,-
 Nr. 9 Nr. 187 26.11.79
Beratungskongreß der Bunten/Alternativen det in Frankfurt statt
 Militärische Intervention im Iran?

Kommunistische Volkszeitung
 1. Mai Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sieg des Sozialismus!
 PROLETARIAT ALLE LÄNDER, UNTERDRÜCKTE VÖLKER UND NATIONEN, VEREINIGT EUCH!

ROTER MORGEN
 Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten
 15. Jahrgang
 Nr. 22 vom 1. Juni 1979
Ex-Sa-Mann Bundespräsident Strauß Kanzlerkandidat? Stoppt den Vormarsch des Faschismus!

ROTE FAHNE
 WOCHEENZEITUNG
 Nr. 18 Nr. 26.11.79
30 Jahre Grundgesetz
 Die Perspektive kann nur in einem unabhängigen, vereinten und sozialistischen Deutschland liegen!

THEORIE UND PRAXIS DER MARXISMUS-LENINISMUS
 Diskussionsvorlage des ZK der KPD
über die Kommunistische Partei
 Bisherige Erfahrungen, Aktualität, notwendige Umgestaltung

Theoretisches Organ der KPD/ML
Der Weg der Partei
 Theoretisches Organ der KPD, Marxisten-Leninisten
 • Probleme der Einheitsfrontpolitik
 • Für das gesetzliche Verbot d...

KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG
 PROLETARIAT ALLE LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!
Von Hitlers Kassier zum Bundespräsidenten?
 Heft 1
 Warum Gesetz zur Arbeitslosigkeit
 Sonntag, 10. November 1979

SCHRIFTEN DER K-GRUPPEN

5. Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

Zwar betonten auch 1979 alle Gruppen der dogmatischen „Neuen Linken“ die Notwendigkeit, sich in Betrieben, dem Hauptkampfplatz der Klassenauseinandersetzungen, zu verankern; eine nennenswerte Betriebsarbeit konnten jedoch nur noch KBW und KPD/ML leisten.

Der KBW mit unverändert 100 Betriebszellen agitierte schwerpunktmäßig in metallverarbeitenden Betrieben und unter Krankenhauspersonal. Er verzichtete weitgehend auf die Herausgabe von Betriebszeitungen; seiner betrieblichen Agitation dienten stattdessen Berichte in den jeweiligen Bezirksausgaben des Zentralorgans „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ) und die nach elf Branchen gegliederten wöchentlichen „KVZ-Spezialnachrichtendienste“.

Die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition“ (RGO) der KPD/ML organisierte ihre etwa 500 Anhänger – darunter nach RGO-Angaben etwa 60 Betriebsräte – in 20 Ortsgruppen, zehn Stützpunkten und 40 Betriebs- und Branchengruppen. Aktivitäten von KPD/ML-Betriebszellen (1978: 60) wurden – wahrscheinlich wegen der personellen Verschmelzung mit der RGO – nur noch vereinzelt festgestellt. Neben den zentralen „RGO-Nachrichten“ wurden etwa 53 KPD/ML-Betriebszeitungen bekannt (1978: 77).

Bei ihrer Gewerkschaftsarbeit wollen KBW und KPD/ML die „bloße Konfrontation“ zugunsten von „Aktionseinheiten“ ersetzen.

6. Ausnutzung der Anti-Kernkraftbewegung

Gruppen der „Neuen Linken“ und orthodoxe Kommunisten versuchten im Berichtsjahr verstärkt, die Umweltschutzbewegung zu einer breiten „antikapitalistischen Massenbewegung“ zu entwickeln. Gemeinsam mit Anhängern der undogmatischen „Neuen Linken“ richteten militante Kernkraftgegner ihre Aktionen vornehmlich gegen die Probebohrungen in Gorleben und verübten mehrere Gewaltakte. Die meisten linksextremistischen Gruppierungen unterstützten die größeren friedlich verlaufenen Protestkundgebungen der Kernkraftgegner – wie den „Treck“ nach Hannover, die Kundgebung in Kalkar am 3. Juni im Rahmen des „internationalen Demonstrationstages gegen die Atomenergie“ (etwa 8.000 Teilnehmer) und die „Großdemonstration gegen das Atomprogramm“ in Bonn am 14. Oktober (etwa 55.000 Teilnehmer).

7. Arbeit gegen die Bundeswehr

Die „Antimilitarismusarbeit“ der „Neuen Linken“ nahm weiter ab. So wurden im Berichtsjahr nur noch 1.210 gegen die Bundeswehr gerichtete Aktionen (Flugblatt-, Plakataktionen, Demonstrationen usw.) bekannt (1978: 2.999). Von diesen Aktionen sind allein 1.117 (1978: 2.650) dem KBW zuzurechnen. Dieser stützte sich bei der „Antimilitarismusarbeit“ vor allem auf seine neugegründete Nebenorganisation „Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten“ (VRV-SR), entstanden aus einem Zusammenschluß verschiedener Nebenorganisationen, u. a. der ehemaligen „Soldaten- und Reservistenkomitees“ (SRK) (vgl. Nr. VI. 2.1).

Die VRV-SR, insgesamt etwa 800 aktive Mitglieder, bekennen sich zum Programm des KBW; sie sind bisher in 34 der 37 KBW-Bezirke tätig. Nach Einstellung der SRK-Zeitung „Volksmiliz“ versucht der KBW, seine Agitation an die Soldaten durch Berichte in seinem Zentralorgan „Kommunistische Volkszeitung“ (KVZ), vor allem aber durch von Fall zu Fall herausgegebene „KVZ-Kasernen Ausgaben“ und durch den wöchentlichen „KVZ-Spezialnachrichtendienst Militär“ heranzutragen.

Die KPD/ML gab drei sporadisch erscheinende Soldatenzeitungen heraus und führte

mit ihrer Jugendorganisation „Rote Garde“ 57 Aktionen gegen die Bundeswehr durch (1978: 181). Die „Antimilitarismusarbeit“ der übrigen Gruppen der „Neuen Linken“ kam fast völlig zum Erliegen.

VIII. Zusammenfassung

Auch 1979 konnten Linksextremisten die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht ernsthaft gefährden. Unverändert anhaltenden Aktivitäten der orthodoxen Kommunisten stand eine stark nachlassende Handlungsfähigkeit in weiten Bereichen der „Neuen Linken“ gegenüber, von der vor allem die dogmatischen kommunistischen Gruppen („K-Gruppen“) betroffen waren, deren meisten Kern- und Nebenorganisationen beträchtliche Mitgliederrückgänge hinnehmen mußten. Auch die DKP hat Mitglieder verloren.

Die Zahl gewaltsamer Aktionen linksextremistischer Gruppen ist deutlich zurückgegangen.

Die Landtagswahlen zeigten erneut die geringe Resonanz des Linksextremismus in der Bevölkerung, lediglich in der Studentenschaft ist der linksextremistische Einfluß erheblich stärker als in der Gesamtbevölkerung.

An dem geringen Erfolg der DKP bei ihrem Bemühen, breite Bevölkerungsschichten für ihre Politik zu gewinnen, änderte sich ebensowenig wie an ihrem geringen Einfluß in den Betrieben, dem sie besondere Bedeutung beimißt. Es gelang ihr weiterhin, demokratische Kräfte für gemeinsame Aktionen zu gewinnen (Bündnispolitik).

Ohne die politische und finanzielle Unterstützung durch die SED wäre die DKP weitgehend bedeutungslos.

Bei der „Neuen Linken“ scheint die sich in nachlassenden Aktivitäten, Mitgliederverlusten und öffentlicher Selbstkritik widerspiegelnde Krise den undogmatischen Flügel weniger betroffen zu haben als die „K-Gruppen“. Ihm gelang es, seine relativ starke Position in den Studentenvertretungen der Hochschulen zu halten. Die verbale Militanz der „Neuen Linken“ war unverändert.

Terrorismus 1979

1. Einleitung

Wie schon im Vorjahr haben auch 1979 deutsche Terroristen im Bundesgebiet keine Mordanschläge verübt. Auch zahlenmäßig sind die Terrorakte oder solche Anschläge, bei denen nach den Ermittlungsergebnissen ein terroristischer Hintergrund möglich erscheint, mit 41 gegenüber dem Vorjahr (52) zurückgegangen (1974: 104, 1975: 46, 1976: 30, 1977: 48). Dennoch gibt es zahlreiche Anzeichen dafür, daß die terroristische Bedrohung noch nicht überwunden ist.

Die „Rote Armee Fraktion“ (RAF) konnte 1979 durch Festnahmen und die Aufdeckung konspirativer Wohnungen weiter geschwächt werden. Dennoch sind ihre Kader unvermindert gewillt, den „bewaffneten Kampf“ fortzusetzen. Dies belegen neben den von ihr mutmaßlich verübten Banküberfällen zahlreiche in konspirativen Wohnungen aufgefundene Hilfsmittel, die auf die Vorbereitung terroristischer Aktionen schließen lassen.

Die wenigen noch in Freiheit befindlichen Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ haben 1979 keine gewaltsamen Aktionen durchgeführt.

Wie die propagandistischen Aktivitäten sind auch die Terroranschläge „Revolutionärer Zellen“ (RZ) im Jahre 1979 merklich zurückgegangen (1978: 28, 1979: 8). Diese Entwicklung ist nicht zuletzt Exekutivmaßnahmen im Sommer und Herbst 1978 zuzuschreiben. Allerdings gibt es inzwischen Anzeichen dafür, daß die „Revolutionären Zellen“ die dadurch eingetretene Verunsicherung allmählich überwinden.

Zahlreiche Gewaltakte, überwiegend Brand- und Sprengstoffanschläge, wurden 1979 von bisher unbekanntem Kleingruppen verübt. Ihre Aktionen bezogen sich, wie sie – meist in Bekennterschreiben – bekundeten, vorwiegend auf die Haftsituation von Terroristen. Daneben haben organisatorisch nicht einzuordnende Täterkreise offenbar aus dem militanten Bereich der Atomkraftgegner Anschläge gegen Institutionen und Unternehmen dieses Energiesektors ausgeführt und damit einer Forderung der „Revolutionären Zellen“ entsprochen, die solche Terrorakte seit längerem propagieren und praktizieren.

Im Berichtsjahr bestätigte sich erneut, daß deutsche Terroristen mit ausländischen Terrorgruppen in Verbindung stehen. Sie verfügen damit nach wie vor über ein internationales Aktionsfeld, das sie zum Ausbau ihrer logistischen Basis nutzen.

Im Umfeld des Terrorismus haben besonders die „Antifaschistischen Gruppen“ ihre Bedeutung behalten. Sie unterstützen den „bewaffneten Kampf“ der RAF vorwiegend durch propagandistische Aktivitäten, durch Betreuung inhaftierter Terroristen sowie Agitation gegen deren Haftbedingungen. Diese Agitation wurde auch von Gruppen im Ausland in Öffentlichkeitskampagnen aufgegriffen.

Die Aufrufe in der Öffentlichkeit an alle, die in den Terrorismus verstrickt waren oder sind, zurückzukehren und sich den gerichtlichen Verfahren zu stellen, sind nicht ohne Resonanz geblieben:

- im Mai 1979 haben sich zwei mit Haftbefehl Gesuchte den Behörden gestellt,
- Astrid Proll, die am 15. September 1978 in London festgenommen wurde, erklärte sich im Juni 1979 mit ihrer Rückführung in die Bundesrepublik Deutschland einverstanden,
- Kristina Berster, festgenommen am 16. Juli 1978 in Vermont/USA, wurde nach ihrer Erklärung zur freiwilligen Rückkehr am 1. November 1979 in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben,

– Rudolf Raabe hat sich im Juni 1980 freiwillig gestellt.
Nicht nur in der allgemeinen Öffentlichkeit, sondern auch im terroristischen Umfeld haben diese Fälle große Beachtung gefunden.

2. Terroristische Gruppierungen

2.1 „Rote Armee Fraktion“ (RAF)

Die RAF hat 1979 außer Banküberfällen keine Terroranschläge begangen. Für die Annahme, daß derartige Aktionen aber weiterhin vorbereitet werden, sprechen die aus der Enttarnung mehrerer konspirativer Wohnungen der RAF gewonnenen Erkenntnisse. So wurde in der im Januar 1979 in Düsseldorf entdeckten Wohnung u. a. ein zerlegtes „Flächenschußgerät“ mit selbstgebauten Raketen sichergestellt, das Übereinstimmungen mit der bei dem versuchten Anschlag auf das Gebäude der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe im August 1977 eingesetzten Flächenabschlußvorrichtung („Stalinorgel“) aufwies. Die Wohnung hatte mindestens sieben RAF-Terroristen als Unterkunft und Werkstatt gedient.

In der im April in Nürnberg entdeckten Wohnung fanden sich ebenfalls Hinweise auf den Aufenthalt mehrerer mit Haftbefehl gesuchter Mitglieder der RAF. Die im Juni bzw. Juli in Frankfurt/M. enttarnen Wohnungen enthielten u. a. auch Ausrüstungsgegenstände für Tarnzwecke, zahlreiche Werkzeuge sowie eine Werkstatt zur Herstellung falscher Ausweispapiere. Der im November in Mannheim entdeckte konspirative Unterschlupf enthielt ebenfalls Fingerabdruckspuren steckbrieflich gesuchter RAF-Mitglieder. Die in diesen Wohnungen aufgefundenen Gegenstände verdeutlichen den nach wie vor hohen technischen Ausrüstungsstand der illegalen RAF-Kommandos. Dabei ist ferner bemerkenswert, daß die Untergrundkommandos der RAF logistische Maßnahmen wie das Anmieten von Wohnungen und die Beschaffung ihrer technischen Ausrüstung selbst durchführen und insoweit – von Ausnahmen abgesehen – nicht mehr wie in früheren Jahren auf die Unterstützung von Helfern zurückgreifen. Keine der in den konspirativen Wohnungen gefundenen Spuren konnte deshalb auch einer Person zugeordnet werden, die den Sicherheitsbehörden noch nicht als Mitglied terroristischer Kommandos bekannt war.

Als Vorbereitungshandlungen für neue terroristische Anschläge sind ferner mehrere Banküberfälle zu werten. Im März überfielen zwei bewaffnete Frauen und ein Mann eine Bankfiliale in Darmstadt und entkamen mit einer Beute von rund DM 49.000,-; eine der beiden Täterinnen verletzte dabei einen Bankkunden durch gezielte Schüsse. Bei einem Bankraub im April in Nürnberg erbeuteten zwei bewaffnete Männer und eine Frau rund DM 200.000,-. Die kriminaltechnische Auswertung sowie nachfolgende Ermittlungen ergaben, daß beide Überfälle der RAF zuzurechnen sind. Einen weiteren Banküberfall am 19. November in Zürich haben offensichtlich ebenfalls Angehörige der RAF begangen, die im Verlaufe ihrer Flucht eine Passantin durch einen Schuß tödlich verletzten. Während einer der Täter, Rolf Klemens Wagner, mit dem größten Teil der Beute festgenommen werden konnte, konnten die übrigen Tatbeteiligten mit rund 210.000,- sfr. entkommen.

Diese Aktionen rechtfertigen die Annahme, daß nach den finanzaufwendigen Aktionen der letzten Jahre und wegen der hohen Kosten, die das Leben im Untergrund und die Ausrüstung verursachen, z. Z. die Geldbeschaffung zu den vorrangigen Aufgaben der RAF-Kommandos zählt.

Daß der RAF gleichwohl auch 1979 die Verwirklichung ihrer Ziele nicht gelungen ist, ist wesentlich auf die Ermittlungen und Fahndungsmaßnahmen der Sicherheitsbehörden zurückzuführen, die die Vorbereitung geplanter Aktionen wiederholt gestört und damit

eine Ausführung verhindert haben. So konnte die RAF durch Festnahme weiterer zum Teil führender Mitglieder erneut geschwächt werden, zumal eine den Vorjahren vergleichbare Anwerbung neuer Mitglieder offenbar nicht stattfand. Am 4. Mai wurde die mit Haftbefehl gesuchte Elisabeth van *Dyck*, als sie die bereits erwähnte konspirative Wohnung in Nürnberg betreten wollte, beim Versuch ihrer Festnahme durch mehrere Schüsse tödlich verletzt. Sie war bewaffnet und führte gefälschte Personalpapiere bei sich. Nach einer Tätigkeit im Stuttgarter Rechtsanwaltsbüro Dr. *Croissants* hatte sie sich im Sommer 1977 dem Untergrundkampf der RAF angeschlossen. Auch Rolf *Heissler*, der am 9. Juni beim Betreten der oben erwähnten konspirativen Wohnung in Frankfurt/M. verhaftet werden konnte, trug bei der Festnahme gefälschte ausländische Ausweispapiere und eine Waffe bei sich. Er war einer der fünf inhaftierten Terroristen, deren Ausreise in den Südjemen im März 1975 von der „Bewegung 2. Juni“ im Austausch für den von ihr entführten CDU-Politiker Peter *Lorenz* erzwungen worden war.

Am 19. November konnte Rolf Klemens *Wagner* nach dem von ihm mit drei weiteren Personen verübten bereits erwähnten Banküberfall in Zürich festgenommen werden. *Wagner*, den jugoslawische Behörden im November 1978 aus der Haft entlassen hatten, ist wie *Heissler* dem engeren Kreis der *Schleyer*-Entführer zuzurechnen. Weitere Festnahmen richteten sich gegen Personen, die der Unterstützung der „Roten Armee Fraktion“ verdächtig sind.

Am 5. Mai 1980 wurden in der konspirativen Wohnung Paris, Rue Flatters Nr. 4, die gesuchten mutmaßlichen terroristischen Gewalttäterinnen Sieglinde Hofmann, Ingrid Barabaß und Regina Nicolai festgenommen. Außerdem zwei weitere Frauen, die seit längerer Zeit untergetaucht waren. In der konspirativen Wohnung wurde u. a. eine erhebliche Menge Sprengstoff und Munition sichergestellt. Während Sieglinde Hofmann der RAF zuzurechnen ist, gehören die übrigen Festgenommenen der „Bewegung 2. Juni“ an bzw. stehen dieser nahe.

Verfeinerte polizeiliche Fahndungsmethoden führten dazu, daß einige der erwähnten konspirativen Wohnungen gezielt ermittelt wurden. Dies hat die RAF offenbar erheblich verunsichert. Dennoch ist die Gruppe angesichts ihres hohen technischen Ausrüstungsstandes sowie der langjährigen Untergrunderfahrung und der kriminellen Energie der Angehörigen ihrer illegalen Kommandos auch heute noch in der Lage, terroristische Aktionen mit schwerwiegenden Folgen auszuführen.

In dem Bemühen, die Bundesrepublik Deutschland in den Augen der Öffentlichkeit als „faschistischen Repressionsstaat“ zu diskreditieren, führten inhaftierte RAF-Mitglieder auch 1979 weitere Hungerstreiks durch. Sie erhoben die bekannte Forderung nach einer „Zusammenlegung der Gefangenen aus der Guerilla zu interaktionsfähigen Gruppen“ und riefen gleichzeitig dazu auf, die „Politik zu bewaffnen, die Illegalität zu organisieren und den antiimperialistischen Widerstand offensiv zu führen“. Im Gegensatz zu früheren Jahren verliefen diese Hungerstreikaktionen allerdings weitgehend unkoordiniert. Gruppen des terroristischen Umfeldes begleiteten diese Streikaktionen mit zahlreichen Kampagnen und versuchten den Eindruck einer kollektiven Bewegung zu erwecken. Dabei wurde jedoch deutlich, daß die Kommunikation zwischen den Inhaftierten und ihren Unterstützern nicht mehr so reibungslos verläuft wie in früheren Jahren.

Die wenigen propagandistischen Aktivitäten der RAF ließen keine neuen konzeptionellen Aussagen erkennen. Die von der RAF geforderte Fortführung des „antiimperialistischen Kampfes“ fand bei der undogmatischen extremistischen „Neuen Linken“ – abgesehen vom engeren Unterstützerkreis der RAF – nur eine geringe Resonanz. Verfasser mehrerer Beiträge in der Alternativpresse kritisierten umgekehrt den An-

spruch der RAF, die „Avantgarde einer revolutionären Bewegung“ zu sein, mit der Begründung, sie besitze heute keine „Vermittlungspraxis“ mehr und keine „Verankerung in der Basis“. Im übrigen rügten sie den „Oberlehrerbefehlston“ und das „Elitebewußtsein“ der „neuen RAF-Generation“ und ihrer Unterstützer. Die Hungerstreikaktionen zur Unterstützung der RAF-Forderungen nach Behandlung inhaftierter terroristischer Gewalttäter entsprechend der Genfer Konvention sowie nach einer Trennung von „politischen“ und „sozialen“ Gefangenen wurden ebenfalls vielfach kritisiert.

2.2 „Bewegung 2. Juni“

Die „Bewegung 2. Juni“, deren Mitglieder 1975 den Berliner Politiker *Peter Lorenz* und im November 1977 den Wiener Industriellen *Walter Palmers* entführt hatten, verübte 1979 ebenfalls keine Terroranschläge. Dennoch kommt dieser terroristischen Gruppe aus mehreren Gründen nach wie vor Bedeutung zu.

So ist es zum einen den wenigen noch in Freiheit befindlichen, mit Haftbefehl gesuchten Mitgliedern in den letzten Jahren gelungen, einige Personen für den terroristischen Untergrund neu zu gewinnen. Zum anderen ist der Überfall auf ein Berliner Geldinstitut, bei dem im Juni drei bewaffnete Männer und eine Frau rund 72.000,- DM raubten, einem Personenkreis zuzurechnen, der seit Jahren den „bewaffneten Kampf“ der „Bewegung 2. Juni“ agitatorisch unterstützt. Schließlich hat sich die steckbrieflich gesuchte *Ingrid Barabaß* nach polizeilichen Feststellungen in der konspirativen Wohnung der RAF in Frankfurt/M. aufgehalten, in der am 9. Juni *Rolf Heissler* festgenommen werden konnte. Damit haben sich die in den letzten Jahren gewonnenen Anhaltspunkte für eine zumindest logistische Verbindung einiger Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“ mit den RAF-Kadern erneut bestätigt.

Die bereits 1978 beobachtete Fraktionsbildung innerhalb der „Bewegung 2. Juni“ in einer stärker „internationalistisch“ ausgerichteten, der politischen Linie der RAF angenäherten Gruppe und einen am ursprünglichen, mehr „massenbezogenen“ Konzept der „Bewegung 2. Juni“ orientierten Teil hielt an. Mehrere inhaftierte Mitglieder der „Bewegung 2. Juni“, insbesondere *Fritz Teufel* und *Norbert Kröcher*, veröffentlichten Stellungnahmen, in denen sie – im Gegensatz zur Position der RAF – für die Eingliederung inhaftierter terroristischer Gewalttäter in den Normalvollzug eintraten. Die mit den RAF-Forderungen (Anerkennung des „Kriegsgefangenenstatus“ bzw. Zusammenlegung der Inhaftierten zu sog. interaktionsfähigen Gruppen) verbundene Trennung von „kriminellen“ und „politischen“ Gefangenen sei „arrogant“ und zeige, daß die „Volksbefreier“ mit dem Volk „nicht klar“ kämen. Dementsprechend war diese Gruppe auch nicht bereit, an den Hungerstreikaktionen teilzunehmen, weil die Position der RAF in der Hungerstreikfrage nicht mit der „Basis“ abgestimmt, ihr vielmehr „unter moralischem Druck zentralistisch übergestülpt“ worden sei. In diesem Zusammenhang verwarf *Fritz Teufel* generell die derzeitige „Theorie und Praxis der RAF“, die – im „blinden Aktionismus“ nur noch auf Gefangenenbefreiung und Rache ausgerichtet – auf lange Sicht zum Scheitern verurteilt sei. Das demgegenüber von seiner „Fraktion“ propagierte Konzept für einen militanten Widerstand ist mehr an den vermeintlichen Interessen der Bevölkerung orientiert. Davon verspricht sich die Gruppe eine stärkere Unterstützung des „bewaffneten Kampfes“ durch die „Basis“, d. h. durch das nach ihrer Einschätzung zur Militanz neigende Protestpotential in der Bevölkerung.

Nennenswerte propagandistische Aktivitäten der „internationalistischen Fraktion“ der „Bewegung 2. Juni“ – das sind neben einigen Inhaftierten vorwiegend die noch im Untergrund lebenden Mitglieder – sind dagegen 1979 nicht festgestellt worden.

2.3 „Revolutionäre Zellen“ (RZ)

Die „Revolutionären Zellen“ (RZ) haben 1979 ihren auf Solidarisierung und Beeinflussung bestimmter Bevölkerungskreise angelegten „bewaffneten Kampf“ fortgesetzt; die Zahl ihrer Einzelaktionen ist jedoch gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen (Gesamtzahl 1979: 8; 1978: 28). Regionaler Schwerpunkt ihrer Sprengstoff- und Brandanschläge war der Raum Frankfurt/Wiesbaden/Worms.

Ihrer Strategie entsprechend nahmen sie aktuelle politische Anliegen zum Anlaß für Gewaltakte. So begründeten „Revolutionäre Zellen“ einen Brandanschlag mit Millioenschaden auf dem Gelände der *Delta-Werke* in Worms mit dem angeblich verschärften Spannungsverhältnis zwischen „Kapital und Arbeiterschaft in der Phase der weltweiten Defensive des Imperialismus“. Ferner setzten „Revolutionäre Zellen“ frühere Versuche fort, den „bewaffneten Kampf“ thematisch mit der Kampagne der Kernkraftgegner zu verbinden. In dem Bekennterschreiben zu einem Sprengstoffanschlag auf den Windmeßturm des geplanten Brennelement-Zwischenlagers in Ahaus (28. November) zielten sie mit einer ausführlichen ideologischen Begründung offensichtlich darauf ab, militante Kreise der Kernkraftgegner anzusprechen und für die Durchführung ähnlicher Anschläge zu gewinnen.

Um ihrer Festnahme zu entgehen, sind seit Herbst 1978 mehrere mit Haftbefehl gesuchte RZ-Mitglieder in den Untergrund gegangen und befinden sich wahrscheinlich im Ausland. Sie können damit das taktische Konzept der „Revolutionären Zellen“, aus der Legalität heraus sporadisch terroristische Aktionen auszuführen, nicht mehr weiterverfolgen.

Die publizistisch-propagandistischen Aktivitäten der „Revolutionären Zellen“ ließen ebenfalls merklich nach. Dies zeigte sich vor allem im Ausbleiben einer neuen Ausgabe der 1975 bis 1978 mindestens einmal jährlich erschienenen Zeitung „Revolutionärer Zorn“, eines für die RZ wichtigen Mediums zur Vermittlung ihrer ideologischen und taktischen Konzeption. Möglicherweise haben auch die polizeilichen Maßnahmen gegen mehrere mutmaßliche Mitglieder der RZ bewirkt, daß 1979 keine Ausgabe der Zeitung „Revolutionärer Zorn“ erschienen ist. Ausführliche Erklärungen zum Gesamtkonzept enthielt lediglich eine in der Alternativpresse abgedruckte Stellungnahme (Pflasterstrand Nr. 45 vom Januar), in der „Revolutionäre Zellen“ versuchten, die Kritik des früheren RZ-Mitgliedes H. J. Klein am bewaffneten Kampf dieser Gruppen durch eine komprimierte Darstellung ihrer bisherigen „Praxis“ und Zielsetzung zu widerlegen. Diese „Rechtfertigung“ verdeutlichte erneut das Bestreben der RZ, durch militante „Interventionen“ gesellschaftspolitische Streitfragen aufzugreifen und andere Protestbewegungen (z. B. Anti-AKW-Bewegung) zu verstärkter Militanz zu motivieren. Das publizistische Echo der undogmatischen extremistischen „Neuen Linken“ auf sonstige Äußerungen der RZ in einigen Alternativzeitungen blieb im Vergleich zu den Vorjahren gering und enthielt fast ausnahmslos Kritik an den RZ.

3. Terroristische Aktivitäten sonstiger Gruppen

Eine terroristische Ausrichtung ließen mehrere bisher unbekannte Gruppen erkennen, die sich unter Bezeichnungen wie „Militante Gruppen“ oder „Roter Zorn“ für Gewaltakte unterschiedlicher Intensität u. a. gegen Justizvollzugsanstalten, Einrichtungen der Polizei, Bankfilialen, Partei- und Pressebüros sowie Privatfirmen verantwortlich erklärten. Ihre Taten, überwiegend Brand- und Sprengstoffanschläge, waren meist Solidaritätsaktionen für inhaftierte terroristische Gewalttäter. So begründete eine nicht näher bezeichnete Gruppe einen Brandanschlag auf dem Gelände der neuen Frauenhaftanstalt in Berlin-Plötzensee (14. Juli) in einer „Presseerklärung“ mit der angeblichen

„Vernichtungsstrategie der Justiz“ gegenüber den „politischen Gefangenen“. Verschiedentlich bezeichneten die Täter ihre Aktionen auch als Beiträge zum „antiimperialistischen Kampf“. Solche Gewaltanschläge sowie Schmieraktionen und die sonstige Agitation lassen eine zunehmende Militanz im engeren Unterstützerkreis terroristischer Gewalttäter befürchten.

Innerhalb der Bewegung gegen Kernkraft waren 1979 zunehmend auch terroristische Aktivitäten neuer Täterkreise zu beobachten. So verübten neben den „Revolutionären Zellen“, die seit 1977 immer wieder mit Sprengstoff- und Brandanschlägen in die kontroverse Diskussion um die Kernkraft eingegriffen haben, seit Mitte 1978 verstärkt Täterkreise mit unterschiedlichen Bezeichnungen („Arbeitsgruppe praktische Entspannung“, „AKW-Gegner“, „Die provisorischen Flügel der Anti-AKW Bewegung“) Gewaltanschläge, bei denen eine konkrete organisatorische Zuordnung nicht möglich ist. Der Inhalt ihrer Bekenntnisse deutet darauf hin, daß hier militante Kernkraftgegner das Konzept „Revolutionärer Zellen“ in der Praxis nachvollziehen, ohne daß sich daraus eine Übereinstimmung mit dem terroristischen Gesamtkonzept der RZ ableiten ließe. Wie die RZ bemühten sie sich, ihre Anschläge schriftlich zu erklären und die Kernkraft-Gegner zu einem militanten Vorgehen zu bewegen. Die Tendenz zu größerer Militanz in der Auseinandersetzung um die Nutzung der Kernenergie verdeutlichte auch ein in Kreisen militanter AKW-Gegner vor allem in Norddeutschland verbreitetes „Handbuch zur Selbsthilfe“, das technische Anleitungen zu Sabotagehandlungen an Kernkraftanlagen enthält.

4. Terroristisches Umfeld

Im terroristischen Umfeld waren auch 1979 die in mehreren Städten des Bundesgebietes einschließlich Berlin (West) existierenden „Antifaschistischen Gruppen“ („Antifa“-Gruppen) von besonderer Bedeutung. Diese Gruppen hielten nach wie vor die Anwendung terroristischer Gewalt für gerechtfertigt, um Veränderungen in der bestehenden Gesellschaftsordnung zu bewirken, und waren schon von da her als natürliches Rekrutierungspotential der RAF anzusehen. Ihre Mitglieder verstanden sich vorwiegend als „legale Ebene“ der RAF, indem sie aus aktuellem Anlaß wie z. B. bei Gerichtsverhandlungen gegen mutmaßliche Terroristen oder Demonstrationen mit Erklärungen und Flugblättern öffentlich für Ideologie und Ziele der RAF eintraten. Weitere Arbeitsschwerpunkte waren die Betreuung von Inhaftierten aus der RAF, die u. a. in zahlreichen Gefangenenbesuchen zum Ausdruck kam, sowie die Agitation gegen die „Haftbedingungen der politischen Gefangenen“. So sollten Dokumentationen wie z. B. „Materialien zu dem Hungerstreik politischer Gefangener“ in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, der Staat betreibe die psychische und physische „Vernichtung“ der „politischen“ Gefangenen. Daß sich einige Mitglieder der „Antifa“-Gruppen in strafrechtlich relevanter Weise mit den Zielvorstellungen der „Roten Armee Fraktion“ identifizieren, zeigten einige Ermittlungs- und Strafverfahren. So verurteilte das Oberlandesgericht in Frankfurt/M. am 25. Juni elf Teilnehmer an der gewaltsamen Besetzung der dpa-Redaktion in Frankfurt/M. (6. November 1978) wegen gemeinschaftlicher Werbung für eine terroristische Vereinigung zu Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr, die auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Die Verurteilten hatten über die Fernschreibleitung eine vorbereitete Erklärung über die Haftbedingungen einiger inhaftierter Terroristen verbreiten wollen. Gegen weitere „Antifa“-Mitglieder wurden Verfahren überwiegend wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet, weil sie Schriften terroristischen Inhalts verbreitet oder in anderer Weise die RAF zu fördern versucht hatten.

SCHRIFTEN DES TERRORISTISCHEN UMFELDES

ZÜNDSCHNUR

**FEUER UND FLAMME
FUER DIESEN
STAAT**

Denkmal der Angst
auch in:
Wuppertal

FEUER, UNTERER ALSCH * WUT IM BAUCH * KONTAKTSTUFE IM KOPF

Stadtrebell ★

nr. 24/1

21.6.79

Widerstand auf der ganzen Linie

HOCH AUF ZUHAUSEN
ES GIBT DOCH GEBÄUDE
ERST ANGRANGEN

Ha, Ho
Ho Chi Minh * Che, Che
Che Guevara * Enzlin - Meinhof - Baader

DAS SIND UNSRE KADER!

**FREIHEIT FÜR DIE
DPA-BESETZER!**

GEHT ZUM PROZESS
MÖDLMIL 9.2.79
GEB. C. WAPPERTAL IST !!

**DRINNEN +
DRAUSSEN
EIN KAMPF!**

**antimperialistisches
INFO**

nr. 1 januar '79 2.00 dm

antimperialistische wache
in frankfurt vom 21.10.-27.10.78

611.76-kommando
michael knoll +
willy-peter stol
besetzen dpa
in frankfurt

25.11.78-angriff auf das
generalkonsulat der usa
in frankfurt

SOLIDARITÄT mit den
38 hungernden geisteskranken im
HUNGERSTREIK
TODESTRATEN!

ZUSAMMENLEGUNG in
großem von kommunisten 18. oktober!

BEHANDLUNG werden die menschen
genötigt zur geistigen krankheit!

ABSCHAFUNG der menschen!

FREILASSUNG von
GÜNTER SONNENBERG!

«Das Wort ist
in Europa»
(Luthe)

DAS DARF NICHT DAS MODELL FÜR EUROPA WERDEN

**NICHT DIE TATSACHE DASS WIR GEFOLTERT WERDEN
MOBILISIERT, SONDERN DER WIDERSTAND DAGEGEN**

GORLEBEN = STAMMHEIM

**KAMPF DEM
ATOM-EUROPA
DER
SCHWEINE**

**MASSIVER WIDERSTAND GEGEN
DIE MÖRDER!**

erfahrungen aus widerstandaktionen
und hinweise zum praktischen
widerstand gegen atomanlagen

**HANDBUCH ZUR
SELBSTHILFE**

BEI WIDERSTAND GEGEN DIE MÖRDER IN FRANKFURT, IN DER
HEUTE WERDEN 38 KRAUKEN UND GEISTIGEREN ANGEHÖRIGEN
UND 1000 TIERE GEGEN DIE MÖRDER DER SCHWEINE UND GEGEN DIE ATOMANLAGEN
STRUKTUR UND MÖRDER GEGEN KERNENERGIE KAMPFEN. IN DER WELT WERDEN
1000000 TIERE...

EXTRA

s'Blättle

Stadlzeitung für Stuttgart und Umgebung

1. INFO ZUM PROZESS GEGEN FANTASIA
30 Pfennig

HOMER ÜBER STAMMHEIM
UND NACH EINMAL FREI SEIN

IHR BESTIMMT DAS MIT

Terroristische Gewalttäter und ihre Anhänger benutzten wiederum Periodika der Alternativpresse zur Vermittlung ihrer gewaltideologischen Zielvorstellungen. Das Spektrum dieser Schriften verkleinerte sich jedoch, weil „militante“ Zeitschriften wie das „Info Berliner Undogmatischer Gruppen“, „Provinz“ aus Wiesbaden und „Sumpfbülte“ aus Bochum ihr Erscheinen einstellten und andere Alternativzeitungen nicht mehr bereit waren, terroristischen Gewalttätern und ihren Anhängern unbegrenzt und ohne jeglichen Vorbehalt als Sprachrohr zu dienen. Aus Protest gegen diese Entwicklung besetzten „Besucher, Verwandte und Freunde politischer Gefangener“ im Juni in Berlin die Redaktion der „Tageszeitung“ (TAZ). In Mannheim brachten RAF-Unterstützer aus demselben Grund als Alternative zum dortigen „Stadtstreicher“ die Zeitung „Stadttrebell“ heraus. Beide Aktionen wurden mit angeblichen „Zensurmaßnahmen“ der kritisierten Blätter bei der Berichterstattung über die Haftbedingungen „politischer“ Gefangener begründet.

5. Internationale Verflechtungen

5.1 Terrorgruppen

Deutsche Terroristen operierten auch im Berichtszeitraum wieder im Ausland, um sich einerseits dem inländischen Fahndungsdruck zu entziehen, andererseits dort die für terroristische Aktionen und für das Überleben im Untergrund benötigte logistische Basis auszubauen. Sie waren auch in der Lage, im Ausland bewaffnete Aktionen auszuführen, wie zuletzt der Banküberfall am 19. November in Zürich bewiesen hat. Ungeklärt ist bislang allerdings die Mitwirkung der „Roten Armee Fraktion“ an dem fehlgeschlagenen Sprengstoffanschlag in Belgien auf den damaligen NATO-Oberbefehlshaber General *Haig* (25. Juni), bei dem ein ferngezündeter Sprengsatz die Insassen eines Begleitfahrzeuges verletzte. Neben belgischen Gruppen bekannte sich in mehreren gleichlautenden Briefen ein „Kommando Andreas *Baader* – Rote Armee Fraktion“ zu dem Anschlag. Während Inhalt, Diktion und äußere Merkmale dieser Bekennterschreiben auf eine RAF-Urheberschaft hindeuten, weichen die Angaben zu technischen Einzelheiten des Anschlages beträchtlich vom tatsächlichen Tatgeschehen ab. Gleichwohl haben Gruppen aus dem engeren Unterstützerebereich der RAF wiederholt auf dieses Tatbekenntnis hingewiesen.

Für das Jahr 1979 gibt es zwar einzelne Hinweise über Kontakte im logistischen Bereich zwischen deutschen Terroristen einerseits und Mitgliedern ausländischer Terrororganisationen, wie etwa den italienischen Roten Brigaden, andererseits; es gibt jedoch keine Erkenntnisse über eine operative Zusammenarbeit zwischen diesen Gruppen.

Im Gegensatz zu früheren Jahren wurden im Ausland nur noch vereinzelt Terroranschläge als Solidaritätsbekundung für deutsche Terroristen verübt. So verbanden „Internationale Kommunistische Kampfgruppen“ einen versuchten Brandanschlag auf das Gebäude der „Bayerischen Vereinsbank“ in Amsterdam (12. Oktober) mit der Forderung nach Freilassung von *Rolf Heissler*, *Günther Sonnenberg* und *Irmgard Möller*.

5.2 Terroristisches Umfeld

In mehreren Nachbarländern setzten einzelne Gruppen und Personen, die sich mit deutschen Terroristen solidarisierten, ihre Aktionen gegen die angebliche Isolationsfolter an den sog. politischen Gefangenen in der Bundesrepublik Deutschland fort, um die dortige Öffentlichkeit gegen die Bundesrepublik einzunehmen. Diesem Ziele dienten die Pressekonferenz des belgischen „Komitees zur Verteidigung politischer Gefange-

ner in der BRD" in Brüssel am 6. Juni, die Besetzung eines Gebäudes des Roten Kreuzes am gleichen Tage ebenfalls in Brüssel sowie im Juli eine Demonstration der niederländischen „Roten Widerstandsfront“. Dabei entzündeten Mitglieder dieser Gruppe auf niederländischem Gebiet an der deutsch-holländischen Grenze bei Elten eine Straßenbarriere aus Strohhallen und Autoreifen. Die Haftsituation deutscher Terroristen stand auch im Mittelpunkt der Aktivitäten des „Internationalen Roten Unterstützungskollektivs“ (Inter-RUK) in Wien. Mehrere „Antiimperialistische Treffen“ im benachbarten Ausland galten ebenfalls diesem Thema. Bereits im März hatten Angehörige der niederländischen „Roten Widerstandsfront“ mit einer Besetzung des Büros der schweizerischen Fluggesellschaft „Swiss-Air“ in Amsterdam auch gegen die Haftbedingungen der in der Schweiz einsitzenden deutschen Terroristen Gabriele Kröcher-Tiedemann und Christian Möller demonstriert.

Die seit Jahren anhaltende Agitation gegen die Haftbedingungen erhielt neuen Auftrieb durch die Gründung einer „Internationalen Kommission zum Schutz der Gefangenen und gegen Isolationshaft“, die sich in Briefen und Gesprächsangeboten an staatliche Stellen in der Bundesrepublik und internationale Hilfsorganisationen um eine Verbesserung der Haftbedingungen bemühte.

6. Zusammenfassung

Die gewaltsamen Aktivitäten terroristischer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland haben im Jahr 1979 noch weiter nachgelassen. Dennoch ist die Gefährdung durch Terroristen nicht überwunden. Das gilt insbesondere für die „Rote Armee Fraktion“. Sie ist nach wie vor imstande, terroristische Aktionen durchzuführen.

Eine Bestätigung erhält die Auffassung durch die Festnahmen von Sieglinde Hofmann, Ingrid Barabaß und Regina Nicolai am 5. Mai 1980 in einer konspirativen Wohnung in Paris. Die in der Wohnung aufgefundenen Gegenstände lassen die Vermutung zu, daß weitere Anschläge geplant waren. Sieglinde Hofmann wird der RAF zugeordnet. Ingrid Barabaß und Regina Nicolai sind der „Bewegung 2. Juni“ zuzuordnen. Ingrid Barabaß wird Beteiligung an der Entführung des Industriellen Palmer in Wien im November 1977 vorgeworfen. Die Festnahmen machen deutlich, daß zwischen der „RAF“ und der „Bewegung 2. Juni“ gewisse Verbindungen bestehen. In einem Schreiben, das am 2. Juni 1980 in Frankfurt und Hamburg verteilt wurde, wird die Auflösung der „Bewegung 2. Juni“ angekündigt und eine Weiterführung des bewaffneten Kampfes in der RAF proklamiert.

Das terroristische Umfeld in der Bundesrepublik Deutschland, dem es an einer zentralen Koordinierung und Steuerung fehlt, bietet ein uneinheitliches Bild. Die Unterstützung terroristischer Gewalttäter erfolgte in vorwiegend agitatorischen Einzelaktionen, die weitgehend ohne Resonanz blieben. Als Rekrutierungsbasis für den „harten terroristischen Kern“ hat dieser Bereich dennoch weiterhin Bedeutung.

Beweis hierfür sind die Festnahmen von Carola Magg und Karin Kamp-Münnichow in der konspirativen Wohnung in Paris, die beide bisher weder der RAF noch der „Bewegung 2. Juni“ zuzurechnen waren.

Für die Bekämpfung des Terrorismus bedeutsam bleiben dessen grenzüberschreitende Verflechtungen. Es gilt daher weiterhin, den Terrorismus in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden der ebenfalls betroffenen Staaten entschieden zu bekämpfen.

Spionageabwehr 1979

1. Allgemeine Erfahrungen

1.1 Werbungen und Werbungsversuche

Im Jahre 1979 ist die Zahl der erkannten Werbungen und Werbungsversuche der Nachrichtendienste kommunistischer Staaten erheblich angestiegen. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr in verschiedenen Anbahnungsbereichen zeigt erneut, daß die gegnerischen Nachrichtendienste alle sich bietenden Möglichkeiten ausnutzen.

Entsprechend ihrem hohen Gesamtanteil an den Werbungen und Werbungsversuchen geht auch dieser Anstieg zum überwiegenden Teil auf die Geheimdienste der DDR zurück, deren Aktivitäten nach wie vor die stärkste Spionagetätigkeit (= 75 %) gegen die Bundesrepublik Deutschland bilden. Danach folgen wie im Vorjahr die polnischen und tschechoslowakischen Nachrichtendienste.

Über zwei Drittel der erkannten Werbungen und Werbungsversuche richteten sich gegen Personen, die in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin (West) oder im westlichen Ausland lebten. Etwa die Hälfte von ihnen wurde bei Reisen in den kommunistischen Machtbereich kontaktiert.

Die erkannten Werbungsbemühungen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht. Im Vordergrund standen wiederum die Briefansprachen und Ansprachen aufgrund von Stellengesuchen in der Presse. Bemerkenswert angestiegen sind auch telefonische Ansprachen.

Die nachrichtendienstliche Ansprache von Personen mit Wohnsitz im kommunistischen Machtbereich erfolgte wie in den Vorjahren überwiegend aufgrund ihrer Bemühungen um Aussiedlung oder Übersiedlung oder der besonderen Eignung für einen nachrichtendienstlichen Einsatz. Verstärkt ausgenutzt wurden aber auch Westreisen und sonstige Westkontakte.

Die Werbungsmittel der Nachrichtendienste sind im wesentlichen unverändert geblieben. Im Vordergrund stehen Versprechen und Gewährung von Vorteilen jeder Art, insbesondere finanzielle Zuwendungen. Bei den Bundesbürgern erfolgte die Kontaktaufnahme vorwiegend – bei Ansprachen durch Brief, Telefonanruf oder aufgrund von Stellensuche fast ausschließlich – unter einer „Legende“, um den Angesprochenen zunächst über den wahren Auftraggeber und dessen tatsächliche Absichten zu täuschen.

In mehr als zwei Drittel der Fälle erkannter Ansprachen offenbarten die Betroffenen den nachrichtendienstlichen Kontakt freiwillig den Sicherheitsbehörden.

1.2 Aufträge

Nach wie vor steht die politische Spionage an erster Stelle der gegnerischen Ausspähungsbemühungen. Die Ausforschung politischer Planungen und Entscheidungen ist wichtigstes Ziel. Ein wesentlicher Teil der politischen Spionageaufträge richtete sich daher gegen Regierungs- und Verwaltungsstellen des Bundes und der Länder sowie die politischen Parteien. Daneben richteten sich zahlreiche Aufträge, wie in den Vorjahren, gegen Universitäten und sonstige Hochschulen, Studenten sowie Studentenorganisationen.

Als nahezu gleichrangiger Schwerpunkt der gegnerischen Aufklärung erwies sich Wirtschaft und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere die DDR-Nachrichtendienste konzentrieren erhebliche Teile ihrer Spionagekapazitäten (u. a. vier von 15 Abteilungen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des Ministeriums

für Staatssicherheit (MfS)) auf die Gewinnung wissenschaftlich-technischer Informationen.

Vorrangiges Ziel war, wie bereits in den Vorjahren, die Elektroindustrie, insbesondere die Mikroelektronik und die elektronische Datenverarbeitung.

Der Informationsgewinnung aus dem Bereich der Mikroelektronik wird von der HVA besondere Bedeutung zugemessen, da Entwicklung und Einsatz leistungsfähiger mikroelektronischer Bausteine für viele Bereiche der DDR-Wirtschaft aus volkswirtschaftlichen Gründen (Rationalisierung) unabdingbar sind. Im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung konzentrieren sich die Beschaffungsziele auf Unterlagen der Computeranlagen der neuen Generation sowie auf moderne Betriebssysteme.

Weitere Schwerpunkte der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage sind die Forschungsstätten der Wirtschaft, die Rüstungsindustrie sowie die Energieversorgung und chemische Industrie.

Die militärische Spionage hatte vorrangig die Ausspähung der Bundeswehr zum Ziel. Weitere erkannte Auftragsschwerpunkte waren die US-Streitkräfte sowie strategische Objekte wie Straßen und Brücken in der Bundesrepublik Deutschland.

1.3 Legale Residenturen

Nach wie vor geht ein wesentlicher Teil der Spionagebedrohung der Bundesrepublik Deutschland von den Legalen Residenturen der gegnerischen Nachrichtendienste in den offiziellen Vertretungen der kommunistischen Staaten im Bundesgebiet und Berlin (West) aus. Im Berichtsjahr konnten eine Vielzahl nachrichtendienstlicher Ansätze erkannt und Angehörige von Vertretungen als ND-Offiziere identifiziert werden.

1.4 Verurteilte Agenten

Gerichte der Bundesrepublik Deutschland verurteilten 1979 insgesamt 30 Personen wegen Landesverrats und Gefährdung der äußeren Sicherheit gem. §§ 93 ff. StGB.

2. Die Nachrichtendienste der DDR

2.1 Übersicht

Die Nachrichtendienste der DDR waren auch 1979 mit einem Anteil von 75 % der erkannten Werbungen und Werbungsversuche und 84 % der erfaßten Aufträge Hauptträger der Spionagetätigkeit kommunistischer Staaten gegen die Bundesrepublik Deutschland.

Wie bereits im Vorjahr waren 80 % der angesprochenen Personen Bewohner der Bundesrepublik Deutschland. Die Hälfte von ihnen wurde während eines Aufenthaltes in der DDR nachrichtendienstlich kontaktiert.

Während die Ansprachen von Bundesbürgern anlässlich eines Aufenthaltes in der DDR im Vergleich zum Vorjahr unvermindert fortgeführt wurden, haben sich die Ansprachen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland deutlich erhöht. Dabei standen neben den allgemeinen Briefansprachen Ansprachen aufgrund von Stellengesuchen in der Presse und telefonische Ansprachen im Vordergrund.

Die deutliche Steigerung der telefonischen Kontaktierung läßt erkennen, daß die DDR-Nachrichtendienste diese Kontaktaufnahme, wo immer möglich, alternativ zur Briefansprache nutzen und künftig sicherlich noch weiter verstärken werden.

Bei den nachrichtendienstlich angesprochenen DDR-Bewohnern stand die besondere Eignung für einen Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland im Vordergrund. Weitere Schwerpunkte waren die Bemühungen um legale Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland und Westkontakte.

Die Werbemittel der DDR-Nachrichtendienste haben sich nicht wesentlich geändert. Wie in den Vorjahren standen materielle Versprechen im Vordergrund. Bundesbürger wurden vorwiegend unter einer „Legende“ angesprochen.

Bei der Ansprache von Bundesbürgern müssen die DDR-Nachrichtendienste nach wie vor hohe Ablehnungsquoten in Kauf nehmen:

Die meisten der angesprochenen Bundesbürger lehnten eine Mitarbeit von vornherein ab. Andere erklärten sich insbesondere bei Ansprachen in der DDR nur unter dem geheimen Vorbehalt, nach Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland die Verbindung abzurechnen, zu einer Mitarbeit bereit.

2.2 Der „Inoffizielle Mitarbeiter“ der MfS – Auswahl, Auftrag und Arbeitsweise

Aus mehreren Quellen ist der typische Werdegang sog. „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) mit „Westauftrag“ bekannt. Es sind Personen, die neben ihrer normalen beruflichen Tätigkeit nachrichtendienstliche Aufträge im Westen, vornehmlich in der Bundesrepublik, erledigen.

Bei der Rekrutierung von Mitarbeitern in der DDR, die als IM mit Westauftrag vorgesehen sind, steht die Ansprache von Studenten und Hochschulabsolventen im Vordergrund. Vor der Kontaktaufnahme werden die Werbungskandidaten hinsichtlich ihrer persönlichen und politischen Zuverlässigkeit und nachrichtendienstlichen Eignung eingehend überprüft. Ist die Überprüfung positiv verlaufen, werden die Kandidaten von einem MfS-Offizier angesprochen und zur Mitarbeit aufgefordert. Als Anreiz werden häufig Vorteile für das Studium oder den beruflichen Werdegang zugesagt. Der erste Auftrag lautet zumeist, Charakteristiken über Studenten und Dozenten sowie Stimmungsberichte aus dem Fachbereich zu fertigen. Etwaige Bedenken wegen möglicher Nachteile für diese Personen werden mit der Erklärung zerstreut, daß es nur um fachliche Einschätzungen ginge. Sollte sich ein Kandidat nach einiger Zeit gegen die Bespitzelung von Bekannten und Freunden wenden, insbesondere angesichts der Tatsache, daß der Führungsoffizier nunmehr ausschließlich Wert auf die Einschätzung der politischen Einstellung der Bespitzelten legt, droht ihm der Führungsoffizier mit künftigen beruflichen Nachteilen und verhindert dadurch häufig jeden weiteren Widerstand. Weitere Einsatzmöglichkeiten bieten sich u. a. in der Urlaubszeit an der Schwarzmeerküste, wo der IM gezielt Kontakt zu Westurlaubern zu suchen hat, um diese auszuforschen und abzuklären und darüber seinen Auftraggebern zu berichten. Handelt es sich bei der „Urlaubsbekannschaft“ aus dem Westen um eine nachrichtendienstlich interessante Person, z. B. eine Sekretärin in einer Regierungsstelle oder einen Studenten, so hat der IM nach dem Urlaub auftragsgemäß den Kontakt zu vertiefen und den Bundesbürger bei einem DDR-Besuch seinen Auftraggebern zuzuführen.

Ein Arbeitsgebiet für IM ist auch die Leipziger Messe. Sie kontaktieren nachrichtendienstlich interessante Besucher und Firmenvertreter aus dem Bundesgebiet. Bei Eignung kann die Verbindung dann entweder durch den IM selbst oder durch andere fachlich befähigte IM bei weiteren Besuchen in der DDR, aber auch bei „Westreisen“, fortgeführt und gefestigt werden.

Nach Studienabschluß und Einstieg ins Berufsleben, z. B. als Wissenschaftler an einer Hochschule, einem Forschungsinstitut oder in der Industrie, wird die nachrichtendienstliche Tätigkeit in dem neuen Wirkungskreis fortgesetzt. Darüber hinaus besteht für den IM nunmehr die Aufgabe, bei beruflichen Kontakten mit westlichen Wissenschaftlern oder Industrievertretern, etwa im Rahmen von Industriemessen, Tagungen oder Kongressen im Westen, diese fachlich und persönlich auszuforschen (vgl. dazu 2.3.2). Um Kontakte zu Zielpersonen aus diesem Personenkreis herzustellen oder zu

festigen, reisen IM unter ihren Klarnamen in den Westen. Gleichzeitige offizielle Gespräche in Industriebetrieben und Wissenschaftsinstituten bilden eine „gute“ Legende. Vor Aufnahme in den Reisekader erhält der IM Unterweisungen im Erkennen von Observationen durch westliche Sicherheitsbehörden sowie Verhaltensmaßregeln für den Fall einer Festnahme.

Als „Instruktoren“ eingesetzte IM benutzen bei ihren Reisen in den Westen „Operativdokumente“, und zwar vorwiegend totalgefälschte Westberliner Ausweise, aber auch Reisepässe der Bundesrepublik Deutschland. Bevor ein solches Ausweispapier benutzt werden darf, hat sich der IM mit den Wohnverhältnissen der wahren Ausweisinhaber vertraut zu machen, um bei einer Ausweiskontrolle auf entsprechende Fragen Auskunft geben zu können.

Bei entsprechender Leistung kann der IM als hauptamtlicher Mitarbeiter in den Nachrichtendienst übernommen werden.

Beispielhaft für die nachrichtendienstliche „Karriere“ eines IM sind die Aussagen eines 1979 festgenommenen DDR-Bürgers:

Während seines Volkswirtschaftsstudiums in Berlin (Ost) sei er von einem angeblichen Angehörigen des DDR-Innenministeriums angesprochen und über seine beruflichen Ziele befragt worden. Dabei sei ihm eine interessante Tätigkeit „im Bereich des Außenhandels“ in Aussicht gestellt worden. Obwohl ihm bei einem weiteren Gespräch der nachrichtendienstliche Hintergrund des Angebots bewußt geworden sei, habe er wegen der Aussicht auf Westreisen und aus einer gewissen Abenteuerlust seine Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt.

Noch während seines Studiums sei er zu nachrichtendienstlichen Einsätzen bei der Leipziger Herbst- bzw. Frühjahrsmesse sowie während der Urlaubszeit zum bulgarischen Schwarzmeerstrand geschickt worden, um Kontakte zu „Westbürgern“ zu knüpfen. In einigen Fällen habe er auftragsgemäß die Verbindungen vertieft. Die Bekanntschaft zu einer Auslandskorrespondentin aus der Bundesrepublik habe er nach Rückkehr in die DDR fortgesetzt und über Briefe und per Telefon intensiviert. Zugleich sei er für einen längeren nachrichtendienstlichen Aufenthalt im Westen ausgebildet worden (theoretische und praktische Unterweisung in Observation und Ermittlung, Anlegen von „Toten Briefkästen“, Erarbeiten eines fremden Lebenslaufes als Legende). Zum Zwecke des „Regimestudiums“ habe er sich unter Verwendung gefälschter Reisepapiere mehrere Male in Berlin (West) aufgehalten. Aufgrund eines Berichts über Verbindungen seiner Bekannten zu einer Sekretärin in einer Brüsseler Behörde habe er die Anweisung erhalten, seine Bekannte dahingehend zu beeinflussen, ihre jetzige Arbeitsstelle aufzugeben und sich beim *Europarat* oder einer anderen zentralen EG-Stelle zu bewerben.

Dieses Beispiel zeigt, wie das MfS zielgerichtet einen IM auf einen langfristigen Einsatz im Westen vorbereitet. In diesem Zusammenhang sei an die unter falscher Identität eingeschleusten Freunde bzw. Ehemänner der Sekretärinnen *Broszey*, *Rödiger*, *Garbe* und *Goliath* erinnert.

2.3 Die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage der DDR

2.3.1 Der Übertritt des MfS-Offiziers Stiller

– Überblick, Exekutivmaßnahmen, Erkenntnisse –

Am 18. Januar 1979 trat der hauptamtliche Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Werner *Stiller*, in die Bundesrepublik Deutschland über. *Stiller* absolvierte von 1966 bis 1971 ein Physik-Studium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig, ehe er bis 1972 als Mitarbeiter der Physikalischen Gesellschaft der DDR

beitrat. Kontakt zum MfS hatte er bereits seit 1970 als „Inoffizieller Mitarbeiter“. Am 1. August 1972 wurde er als hauptamtlicher Mitarbeiter mit dem Dienstgrad Leutnant von der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS in Berlin (Ost) übernommen und am 8. Februar 1976 zum Oberleutnant ernannt.

Vom Eintritt in das MfS bis zu seinem Übertritt in die Bundesrepublik Deutschland war er operativer Mitarbeiter im Referat 1 der Abteilung SWT/XIII der HVA (SWT = Sektor Wissenschaft und Technik), die sich mit der wissenschaftlich-technischen Aufklärung zu Fragen der Kernphysik und angrenzender wissenschaftlicher Gebiete befaßt. Im Rahmen seiner Tätigkeit wurden von ihm „Inoffizielle Mitarbeiter“ angeworben und geführt.

Die Auswertung des von *Stiller* mitgebrachten Materials sowie zusätzliche Hinweise, die er insbesondere über die von ihm selbst geführten Agenten geben konnte, führten im Laufe des Jahres 1979 in 17 Fällen zu Festnahmen; weitere 15 mutmaßliche Agenten setzten sich – zumeist mit ihren Familien – in die DDR ab, bevor sie identifiziert und exekutive Maßnahmen ergriffen werden konnten. In nahezu allen Fällen handelte es sich um hochqualifizierte Wissenschaftler. Insgesamt leitete der Generalbundesanwalt mehr als 100 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit ein, die sich auch gegen namentlich noch unbekannte Agenten richteten.

Stiller ist einer der wertvollsten Überläufer. Seine umfassenden Aussagen in Verbindung mit dem mitgebrachten Originalmaterial vermittelten den westlichen Abwehrendiensten ein nahezu lückenloses Bild über die spezielle Entwicklung des „Sektors Wissenschaft und Technik“ sowie der Struktur, Aufgabenstellung und Arbeitsmethoden der HVA des MfS.

2.3.2 Ansprache westlicher Wissenschaftler durch das MfS

Der „Sektor Wissenschaft und Technik“ (SWT) in der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS verfügt über eine große Zahl „Inoffizieller Mitarbeiter“ in der DDR (DDR-IM). Viele von ihnen haben bedeutende politische oder wissenschaftliche Positionen inne, die es ihnen ermöglichen, als sog. Reisekader Reisen ins „nichtsozialistische“ Ausland zu unternehmen und Kontakte zu westlichen Fachkollegen zu unterhalten. Um die Kontakte zu Zielpersonen herzustellen oder zu festigen, reisen IM-Reisekader – Wissenschaftler, Diplom-Ingenieure, Lehrer, Journalisten oder Techniker – mit DDR-Reisepaß unter Klarnamen in das Operationsgebiet.

Oft dient eine „Reisedirektive“ einer DDR-Institution, die offizielle wirtschaftliche und wissenschaftliche Gespräche zum Gegenstand hat, der Legendierung und Abdeckung der ihnen gleichzeitig erteilten nachrichtendienstlichen Aufträge (vgl. auch 2.2).

In Erfüllung dieser Aufgaben berichten die IM dem SWT ausführlich über ihre westlichen Gesprächspartner und den Inhalt der Kontakte. Erscheint der Gesprächspartner aufgrund seiner Position geeignet, so bestimmt das MfS ihn als Zielperson mit der Perspektive der operativen Nutzung. Die Zielpersonen wählt der SWT in enger Anlehnung an den jährlich neu aufgestellten Aufklärungsplan aus, der einzelne Zielobjekte bzw. ganze Fachbereiche enthält, über die nach Anforderung der DDR-Wirtschaft ein vorrangiges Informationsbedürfnis besteht.

Der IM erhält den Auftrag, den Kontakt zur Zielperson unter Ausnutzung tatsächlichen oder Vortäuschung angeblichen Fachinteresses zu intensivieren, um die Zielperson umfassend abzuklären. Bestätigen die Ergebnisse die anfangs positive Einschätzung, so wird nach einem individuellen Perspektivplan, der u. a. die speziellen Umstände und

den Charakter der Zielperson berücksichtigt, die nachrichtendienstliche Anwerbung vorbereitet.

2.3.3 Bewertung der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage der DDR

Eine eingehende Auswertung und Bewertung der Erkenntnisse aus den Operativunterlagen des MfS sowie der Aussagen *Stillers* bestätigt, daß Intensität und Erfolg der Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage seitens der DDR-Nachrichtendienste in der Bundesrepublik bisher unterschätzt worden sind. Die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS hat seit Anfang der 70er Jahre einen besonderen „Sektor Wissenschaft und Technik“ bestehend aus insgesamt vier Abteilungen, um die Wirtschaft und wissenschaftliche Forschung in der Bundesrepublik auszuspähen. Dies beweist nicht nur die überragende Bedeutung der Wirtschaftsspionage für die DDR, sondern setzt gleichzeitig voraus, daß entsprechende Aufklärungserfolge gegeben sein mußten, die eine solche organisatorische Verstärkung rechtfertigen.

Von *Stiller* mitgebrachte Unterlagen belegen, daß in den Jahren 1975 sowie 1977 und 1978 mehr als 50 Agenten insgesamt etwa 530 wissenschaftlich-technische Ausarbeitungen (zum Teil von erheblichem Umfang) an die HVA geliefert haben. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Aufstellung nur die Informationen der von einer Abteilung geführten Quellen enthält.

Es ist festzustellen, daß sich die DDR-Wirtschaftsspionage praktisch auf alle Unternehmensbereiche erstreckt. Es geht nicht nur um technische Kenntnisse über bestimmte Produkte, sondern auch betriebs- oder brancheninterne Markt- und Wettbewerbsdaten (z. B. Firmenangebote, Lizenzverträge, Investitionsplanungen, Marktuntersuchungen). Darüber hinaus sind Aufklärungsziele die Grundlagenforschung in allen naturwissenschaftlichen Disziplinen, die in ihrer Anwendung das bestehende militärische und industrielle Kräfteverhältnis verändern können, weltmarktbestimmende leistungsfähige Technologien auf dem Gebiet der Mikroelektronik, Datenverarbeitung, Chemie, Mikrobiologie, Energetik, Werkstoffherstellung und der Kerntechnik. Der Schwerpunkt liegt dabei bei der Verfahrenstechnik, erfaßt jedoch zum großen Teil auch allgemeine Forschung und Entwicklung sowie Marktstrategie.

Abgesehen von Gefahren für die äußere Sicherheit durch die Ausspähung neuer Forschungsergebnisse in der Rüstungswirtschaft bringt die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage Nachteile für die einzelnen Wirtschaftszweige. Wirtschaftliche (betriebliche oder volkswirtschaftliche) Schäden entstehen, wenn die DDR und die anderen Ostblockstaaten die Spionageerkenntnisse wirtschaftlich nutzen und im Konkurrenzkampf mit westdeutschen Unternehmen auf innerdeutschen und Auslandsmärkten einsetzen. Gerade im Bereich der Grundlagenforschung werden in der Bundesrepublik Milliardeninvestitionen vorgenommen, die sich die DDR durch Spionage anzu-eignen sucht. Informationen über Markt- und Wettbewerbsdaten können der DDR und den DDR-Betrieben, die mit westdeutschen Unternehmen in Konkurrenz stehen, für marktstrategische Überlegungen von Nutzen sein. Des weiteren kann durch die Preisgabe von Informationen, die sich auf die Sicherheit der Unternehmen oder bestimmter Einrichtungen (z. B. Alarmpläne) beziehen, der Sabotageschutz von Unternehmen beeinträchtigt werden.

3. Die sowjetischen Nachrichtendienste

3.1 Sowjetische Militärmissionen

Die bei den Oberkommandierenden der Stationierungstreitkräfte der Drei Mächte akkreditierten Sowjetischen Militärmissionen (SMM) mit Sitz in Bünde, Frankfurt/Main

und Baden-Baden haben gegenwärtig einen Personalbestand von 23 Offizieren und 26 Hilfskräften (Stand Januar 1980).

Dieses Personal besteht aus Spezialisten der verschiedensten Waffengattungen und wird entsprechend seiner Zugehörigkeit für bestimmte Aufgaben eingesetzt. Neben ihren legalen Funktionen und der offenen Ausspähung nehmen die SMM-Angehörigen auch nachrichtendienstliche Unterstützungsaufgaben wahr. Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß die vielfältigen Kontakte zu Vertretern und Repräsentanten von Behörden und Ämtern sowie zu Firmen und Privatpersonen nachrichtendienstlich im Sinne einer Abschöpfung genutzt werden.

Der Schwerpunkt der Bemühungen der SMM liegt jedoch in der offenen Aufklärungs- und Ausspähungstätigkeit im militärischen Bereich. So werden Informationen über Verteidigungs- und Nachschubbasen der Bundeswehr und anderer NATO-Streitkräfte, über empfindliche zivile Versorgungseinrichtungen, z. B. auf dem Energiesektor, über Objekte des Funk- und Fernmeldewesens und Rüstungsproduktionsstätten sowie über Transportmöglichkeiten unter Einsatz aller verfügbaren Mittel beschafft.

3.2 Aktivitäten der sowjetischen Nachrichtendienste gegen Ausländer in der Sowjetunion auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Wirtschaftsspionage

Auch die Nachrichtendienste der Sowjetunion haben großes Interesse an der Erlangung wissenschaftlich-technischer Informationen aus dem Westen. Im Gegensatz zu der von der DDR in der Vergangenheit erfolgreich praktizierten Einschleusung angeblicher „Flüchtlinge“ als Agenten in nachrichtendienstlich interessante Positionen der Wirtschaft und Wissenschaft, legen sie jedoch seit jeher den Schwerpunkt auf die Anwerbung von Bürgern aus dem westlichen Ausland.

Die Sowjetunion ist wegen des technologischen Rückstandes ihrer Volkswirtschaft bestrebt, sich die Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Forschung der nichtkommunistischen Industriestaaten anzuzeigen. Mit der Aufgabe, die sowjetischen Bedürfnisse auf dem Gebiet der technischen Forschung und Entwicklung zu koordinieren und eigene wissenschaftliche Erkenntnisse mit denen des Auslands zu vergleichen, ist das „Staatskomitee für Wissenschaft und Technik“ (GKNT) in Moskau betraut. Dieser Auftrag des GKNT verlangt das Sammeln aller erreichbaren Einzelinformationen über Wirtschaft, Industrie und Forschung der westlichen Staaten. Die Bundesrepublik Deutschland ist wegen ihrer hochentwickelten Wirtschaft neben den USA eines der wichtigsten Ziele dieser Sammlungstätigkeit. Ein großer Teil der Informationen wird aus offenen Quellen wie Presse, Fachzeitschriften, Rundfunk und Fernsehen sowie bei wissenschaftlichen Tagungen und Symposien gewonnen. Geschützte Informationen beschaffen die sowjetischen Nachrichtendienste KGB (ziviler Dienst) und GRU (militärischer Dienst) durch geheime Mitarbeiter. Die notwendigerweise enge Zusammenarbeit der Dienste mit dem GKNT wird durch die ständige Abkommandierung einer Anzahl von Offizieren zum GKNT gewährleistet.

Im Gegensatz zur GRU besitzt die für die Auslandsaufklärung zuständige Erste Hauptverwaltung des KGB zur Abdeckung des wissenschaftlich-technischen Sektors eine gesonderte Organisationseinheit. Wegen der hohen Einschätzung ihrer Aufgaben wurde ihr Status Anfang der sechziger Jahre von dem einer Abteilung zu dem einer Verwaltung angehoben. Es ist davon auszugehen, daß die Beschaffung wissenschaftlich-technischer Informationen mit zu den wichtigsten Aufgaben der Auslandsaufklärung des KGB gehört. Die operativen Abteilungen der sowjetischen Nachrichtendienste interessieren sich daher besonders für solche Besucher aus dem westlichen Ausland, die Zugang zu geschützten Informationen haben, um sie für eine Agententätigkeit anzuwerben. Auch Personen, bei denen in absehbarer Zeit ein Zugang zu solchen In-

formationen zu erwarten ist, wie Studenten, sind von Interesse. Die zunehmende Zahl von Wirtschaftsvertretern, Wissenschaftlern und Studenten aus dem westlichen Ausland, die sich für längere Zeit in der Sowjetunion aufhalten, bietet für die sowjetischen Dienste eine breite Basis für die Werbung von Agenten. Bedingt durch den Aufenthalt in der Sowjetunion, können die Werbungen ohne das im westlichen Ausland für den Nachrichtenoffizier gegebene Risiko durchgeführt werden. Durch den Einsatz technischer Mittel, Observationen, Postüberwachung und durch Heranspielen von Informanten werden die erforderlichen Informationen über die Zielpersonen gewonnen. Eine unverfängliche Anbahnung ist dann oft eine Routinesache.

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß in der Sowjetunion weilende Ausländer ohnehin die Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane auf sich ziehen, weil ihre Anwesenheit allgemein als Sicherheitsrisiko angesehen wird, sowohl im Hinblick auf eine mögliche „subversive“ Tätigkeit (Kontakte zu Regimekritikern) als auch im Hinblick auf eine evtl. Agententätigkeit für einen westlichen Nachrichtendienst. Aus einer Operation zur Abwehr wird dann häufig eine Operation zur Anwerbung eines Agenten.

Die bei der Ansprache verwendeten Werbemittel haben häufig den Charakter einer offenen oder versteckten Nötigung, z. B. Drohung mit Bestrafung wegen geringfügiger Verstöße etwa gegen Devisenvorschriften oder mit der Unterbindung privater, geschäftlicher und wissenschaftlicher Kontakte in die Sowjetunion.

Das Bestehen oder Zustandekommen von Geschäftskontakten mit staatlichen Handelsorganisationen stellt sich aus sowjetischer Sicht als ein Entgegenkommen dar, für das ein „Preis“ gezahlt werden muß. Die Betroffenen sollen sich der Abhängigkeit vom Wohlwollen behördlicher Stellen bewußt sein. So ist z. B. die Akkreditierung ausländischer Firmenvertreter beim GKNT, eine von mehreren akkreditierenden Stellen der UdSSR, eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit in der Sowjetunion; sie wird daher von den sowjetischen Diensten mit ihrer Möglichkeit, beim GKNT zu intervenieren, als Druckmittel genutzt. Oftmals treten Nachrichtenoffiziere als angebliche Angehörige des GKNT oder staatlicher Handelsorganisationen auf und bieten westlichen Firmenvertretern unverblümt ein „Geschäft auf Gegenseitigkeit“ an (ungehinderte Geschäftstätigkeit gegen geschützte Informationen).

4. Die tschechoslowakischen Nachrichtendienste

Die Legalen Residenturen der CSSR-Nachrichtendienste in den amtlichen Vertretungen ihres Landes in der Bundesrepublik Deutschland setzten ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten auch nach den Enthüllungen des Überläufers *Simko* im Jahre 1977 unvermindert fort.

Fall G.

Am 9. April wurde in Frankfurt/M. der Mitarbeiter der Konsular- und Visa-Abteilung der Botschaft der CSSR in Köln, M., wegen Verdachts der geheimdienstlichen Tätigkeit bei einem beabsichtigten nachrichtendienstlichen Treff polizeilich sistiert. M. wollte mit einem seit einigen Jahren pensionierten ehemaligen Mitarbeiter eines ostwissenschaftlichen Instituts zusammentreffen, der jedoch Anfang Januar 1979 verstorben war. Der Betreffende war während einer Strafhaft in der CSSR zur nachrichtendienstlichen Mitarbeit angeworben worden. In Zusammenhang mit Ermittlungen der Spionageabwehr hatte er in der Bundesrepublik Deutschland seine nachrichtendienstlichen Beziehungen offenbart. Nachdem die Kontakte vom CSSR-ND für mehrere Jahre unterbrochen worden waren, kam es von April 1977 bis Ende 1978 zu vier nachrichtendienstlichen Treffs in Frankfurt/M.

Hauptzielrichtung der nachrichtendienstlichen Aufträge waren die beruflichen und persönlichen Bekannten des Agenten im Bereich der ostwissenschaftlichen Forschung der Bundesrepublik Deutschland. Der Agent lieferte zahlreiche Hinweise aus diesem Personenkreis.

Bei seiner Festnahme führte M. keinen Diplomatenpaß mit sich, sondern lediglich einen in der Bundesrepublik ausgestellten Diplomatenausweis sowie einen Führerschein. Nach Klärung seiner Identität wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. M. kehrte am 30. April 1979 in die CSSR zurück.

Fall L.

Dem Verfassungsschutz war seit längerer Zeit bekannt, daß zwei Mitarbeiter der Konsularabteilung der CSSR-Botschaft in Köln, R. und M. (nicht identisch mit M. im vorausgegangenen Fall), eine geheimdienstliche Tätigkeit ausübten. Zwischen März 1978 und Juni 1979 konnten in München drei Treffs zwischen R. und dem aus der CSSR stammenden L. festgestellt werden, die nach konspirativen Regeln durchgeführt und von M. abgesichert wurden. L. war 1973 als Flüchtling mit einem gefälschten jugoslawischen Paß in die Bundesrepublik Deutschland gekommen, nachdem er bis dahin in der CSSR im Justizdienst, zuletzt als Staatsanwalt für Wirtschafts- und Jugendsachen, tätig gewesen war. Er lebte seit 1976 in München, wo er neben seiner Tätigkeit als Nachpförtner in einem Kaufhaus als freier Mitarbeiter bei „Radio Free Europe“ (RFE) arbeitete. Nachdem R. Mitte Juni 1979 in die CSSR zurückgekehrt war, wurde L. am 26. Juni in München festgenommen und am 12. Dezember wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit vom Bayerischen Obersten Landesgericht zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten verurteilt. M. wurde Ende Oktober im Anschluß an Presseveröffentlichungen von seinem Posten zurückgezogen.

5. Einschleusungsmethoden gegnerischer Nachrichtendienste

Die Versuche gegnerischer Nachrichtendienste, Agenten für langfristige nachrichtendienstliche Einsätze in die Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen, halten unvermindert an. Insbesondere nutzen sie Möglichkeiten im Zusammenhang mit der Aussiedlung deutschstämmiger Bürger in die Bundesrepublik Deutschland.

5.1 Bestätigt haben sich Hinweise aus vergangenen Jahren, daß die polnischen Nachrichtendienste beruflich qualifizierte Aussiedler erst dann nachrichtendienstlich ansprechen, wenn zwei oder drei Jahre seit der Aussiedlung verstrichen sind, und sie danach wieder besuchsweise nach Polen fahren. In einem Fall wurde ein Aussiedler mit früheren ND-Kontakten erst acht Jahre nach seiner Aussiedlung von einem Mitarbeiter der Legalen Residentur an der polnischen Botschaft an seinem jetzigen Wohnort nachrichtendienstlich angesprochen und zu einem Treff in das westliche Ausland bestellt.

5.2 Aber auch unter der Legende einer Flucht unternahmen gegnerische Nachrichtendienste Versuche, Mitarbeiter in die Bundesrepublik Deutschland einzuschleusen.

5.2.1 Anfang Januar 1979 wurde auf dem Flughafen Paris-Orly ein Mann festgenommen, der sich mit einem schweizerischen Paß auf den Namen Jean L. auswies. Im Verlauf der Vernehmung gab L. seine wahre Identität mit Josef H. an.

Die Ermittlungen ergaben, daß H. Ende 1976 als angeblicher Flüchtling aus Ungarn über das Grenzdurchgangslager Friedland in die Bundesrepublik Deutschland gekommen und als Deutschstämmiger bald danach eingebürgert worden war. Er ist geständig, als Offizier des ungarischen zivilen Nachrichtendienstes seit November 1976

in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt gewesen zu sein. Sein Einsatz sei auf die Beschaffung von Informationen aus dem Bereich der Innen- und Außenpolitik gerichtet gewesen; er habe jedoch noch keine Aufträge ausgeführt.

Weiter gab H. an, seit 1970 auf seinen Einsatz in der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet worden zu sein. Bereits 1973/74 habe er sich vorübergehend als angeblicher österreichischer Staatsbürger unter dem Decknamen Harald S. in der Bundesrepublik aufgehalten. Die Ermittlungen des BfV bestätigten diese Angaben: H., der zu dieser Zeit in Marokko und Spanien lebte, hatte sich bei einer österreichischen Auslandsvertretung durch Vorlage gefälschter Urkunden echte Identitätspapiere ausstellen lassen und sich dabei der Personalien des tatsächlich existenten und heute in Ungarn lebenden S. bedient. Nach seiner Einreise in die Bundesrepublik versuchte er, sich unter dem Namen S. an einer Universität als Student der Rechtswissenschaften einschreiben zu lassen. Nachdem er (zutreffend) annehmen mußte, daß die Fälschung des von ihm vorgelegten Reifezeugnisses erkannt worden war, setzte er sich über seinen damaligen Stützpunkt in Spanien wieder nach Ungarn ab.

H. befindet sich z. Z. in Frankreich in Untersuchungshaft. Der Generalbundesanwalt hat gegen ihn ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit eingeleitet.

5.3 Die insbesondere von den DDR-Nachrichtendiensten praktizierte Einschleusung unter falscher Identität wird vermutlich auch vom bulgarischen Nachrichtendienst, wenn auch in anderer Form, praktiziert.

5.3.1 Im Juli 1979 beantragte ein Leo Julius S. in der deutschen Botschaft Sofia einen deutschen Paß zwecks Aussiedlung. Dadurch wurde ein wenige Jahre zuvor am gleichen Ort und unter gleichem Namen aufgetretener Antragsteller als Agent enttarnt.

6. Festnahmen

70 Personen, davon 19 nach Vorermittlungen der Verfassungsschutzbehörden, wurden 1979 unter dem Verdacht geheimdienstlicher Agententätigkeit festgenommen. Damit ist gegenüber dem Vorjahr eine wesentliche Steigerung zu verzeichnen, wozu nicht zuletzt der Übertritt *Stillers* beigetragen hat (vgl. 2.3). Die Festnahmen der Sekretärinnen *Garbe* (deutsche NATO-Vertretung Brüssel) und *Höfs* (CDU-Bundesgeschäftsstelle) sowie die Flucht weiterer Sekretärinnen aus Partei- und Regierungsstellen (vgl. „Verfassungsschutz 1978“, S. 130 – 135) zeigen, daß es der DDR im Bereich der politischen Spionage immer wieder gelingt, Agenten in exponierte Stellen einzuschleusen.

7. Zusammenfassung

Die gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichtete Ausspähung politischer und militärischer Geheimnisse durch gegnerische Nachrichtendienste hält an. Die Festnahme bzw. Flucht von Sekretärinnen zu Beginn des Jahres 1979 zeigt das deutlich. Die erkannten Werbungsmaßnahmen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben sich im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht. Nach wie vor steht die politische Spionage an erster Stelle der Ausspähungsmaßnahmen. Hauptträger der Spionagetätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland waren auch 1979 die Nachrichtendienste der DDR mit einem Anteil von 75 % der erkannten Werbungen und Werbungsversuche und 84 % der erfaßten Aufträge. In den im Jahre 1979 von den Gerichten abgeurteilten 30 Fällen wurden mit Ausnahme von 3 Fällen DDR-Nachrichtendienste als Auftraggeber festgestellt.

Von besonderer Bedeutung war der Übertritt des MfS-Oberleutnants Werner *Stiller*. Die von ihm mitgebrachten Dokumente, sein Wissen über die Tätigkeit der gegen die Bundesrepublik Deutschland eingesetzten Agenten sowie seine Kenntnis über Struktur, Arbeitsweise und politische Ziele des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR waren für die Spionageabwehr des Bundes und der Länder von größtem Nutzen. Nach Auswertung der Unterlagen bestätigt sich, daß die Wirtschafts- und Wissenschaftsspionage innerhalb der nachrichtendienstlichen Tätigkeit der DDR einen besonderen Rang einnimmt. Aufgrund der von *Stiller* gegebenen Hinweise gelangen den Sicherheitsbehörden 1979 zahlreiche Erfolge.

Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern 1979

I. Allgemeine Erfahrungen, Entwicklungen, Tendenzen

Der ganz überwiegende Teil der über vier Millionen in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländer verhält sich im Gastland gesetzestreu. Nach wie vor beteiligt sich nur ein zahlenmäßig geringer Teil von extremistischen oder zumindest in extremistischen Vereinigungen organisierten Ausländern an sicherheitsgefährdenden Bestrebungen oder an Aktivitäten, die außenpolitische Belange der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigen.

Jedoch ist im Berichtsjahr die Mitgliederzahl der ausländischen links- und rechtsextremistischen Gruppen erheblich angestiegen. Die Aktivitäten dieser Extremisten gehen häufig auf die entschiedene Ablehnung der politischen Verhältnisse oder auf Konfliktsituationen in den Heimatländern zurück. Die Bereitschaft unter ausländischen Extremisten, Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele einzusetzen, ist im Berichtsjahr gewachsen. Zum Teil wirken die Gewalttätigkeiten auch nachteilig auf das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu dem jeweiligen Heimatstaat oder zu Drittstaaten. Solche Aktionen gehen auch von kurzfristig einreisenden Kommandogruppen aus, die vielfach mit der Unterstützung politischer Gesinnungsfreunde im Bundesgebiet rechnen können.

Die Zahl der Mitglieder ausländischer Extremistenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland lag um die Jahreswende 1979/80 erstmals deutlich über 100.000. Der höchste Mitgliederanteil entfiel mit 65.000 auf orthodox-kommunistische Vereinigungen bzw. von ihnen beeinflusste Gruppierungen.

Die rechtsextremistischen, extrem-nationalistischen und die von ihnen beeinflussten Gruppen kamen auf 34.600 Mitglieder; die Organisationen der „Neuen Linken“ stiegen auf 14.600 Mitglieder.

Im einzelnen handelt es sich nicht stets um Mitgliedschaften aus Überzeugung. Vielfach suchen Ausländer aus ihrer isolierten Lage heraus lediglich Anlehnung, Betreuung und Unterstützung durch die Organisation, der sie beigetreten sind, ohne sich mit deren Zielen in vollem Umfang zu identifizieren.

Seit der iranischen Revolution entsteht im Bereich des türkischen Nationalismus ein extremistisches Feld, das entgegen westlichem Demokratieverständnis theokratisch-islamischen Vorstellungen anhängt.

In diesem Zusammenhang wird ein Aufwärtstrend der orthodox-islamischen türkischen „Nationalen Heilspartei“ (MSP) beobachtet, deren Mitgliederzahl nach der Revolution im Iran sprunghaft anstieg.

Die Polarisierung zwischen linksextremistischen einerseits und rechtsextremistischen sowie extrem-nationalistischen Türken andererseits nahm weiter zu.

Gegen Ende des Berichtsjahres mehrten sich die Anzeichen, daß sich die CISNU-Gruppierungen der iranischen Extremisten reorganisieren.

Kroatische Extremisten setzten trotz ideologischer Zerstrittenheit ihre Gewaltpropaganda gegen den jugoslawischen Staat fort.

Im Berichtszeitraum wurden insgesamt 25 (1978: 27) versuchte oder vollendete Terror- sowie sonstige schwere Gewaltakte von extremistischen Ausländern im Bundesgebiet bzw. gegen deutsche Einrichtungen im Ausland begangen. Darunter waren 7 Mordanschläge (1978: 0) und 16 Sprengstoffattentate (1978: 18). Auch 1979 gab es

eine Reihe politisch motivierter Drohungen mit Terror- und Gewalttaten gegen Politiker, Firmen sowie in- und ausländische Einrichtungen.

II. Übersicht in Zahlen

1. Organisationsstand

Die Zahl der zu Beginn des Jahres 1979 bestehenden 146 Extremistengruppen ging bis Ende des Jahres um zwölf auf 134 zurück. Damit hält die rückläufige Tendenz der Zahl extremistischer Organisationen in der Bundesrepublik an. Demgegenüber stieg die Zahl der aktiven Zweiggruppen kontinuierlich an. Näheres zeigt folgende Übersicht:

Statistik des Organisationsstandes ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen im Bundesgebiet

Nationalität	Organisationen			aktive Zweiggruppen		
	1977	1978	1979	1977	1978	1979
Ostemigranten	12	1	1	6	—	—
Jugoslawien	19	15	12	85	100	105
Spanien	12	12	10	112	111	92
Portugal	3	3	3	16	15	16
Italien	12	9	8	183	181	176
Griechenland	20	17	17	230	182	195
Türkei	34	24	16	297	331	403
Iran	15	16	15	86	79	89
arab. Staaten	21	21	18	70	76	110
sonst. Staaten	37	26	32	95	127	175
Multinationale	2	2	2	16	16	—
Insgesamt:	187	146	134	1196	1218	1361

Nach ihrem politisch-ideologischen Standort sind von den festgestellten 134 Organisationen 35 Gruppen orthodox-kommunistisch, 81 sonst linksextremistisch und 18 rechtsextremistisch oder extrem-nationalistisch.

Statistik der ausländischen Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort:

Nationalität	Orthodox-kommunistische Gruppen		Gruppen der „Neuen Linken“ sozialrevolutionär-nation. Organ.		Rechts-extremistische u. extrem-nationalistische Gruppen	
	1978	1979	1978	1979	1978	1979
Ostemigration	—	—	—	—	1	1
Jugoslawien	—	—	2	—	13	12
Spanien	3	2	9	8	—	—

Portugal	1	1	2	2	—	—
Italien	3	3	5	4	1	1
Griechenland	10	10	5	5	2	2
Türkei	4	6	17	8	3	2
Iran	2	2	14	13	—	—
arab. Staaten	1	1	20	17	—	—
sonst. Staaten	7	10	19	22	—	—
Multinationale	—	—	2	2	—	—
Insgesamt:	31	35	95	81	20	18

2. Mitgliederentwicklung

Die Gesamtstärke der ausländischen Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen im Bundesgebiet beträgt derzeit etwa 114.200.

Insbesondere türkische, in wesentlich geringerem Umfang auch jugoslawische und arabische Vereinigungen haben weitere Mitglieder gewinnen können. Die höhere Mitgliederzahl im Bereich extremistischer Griechen beruht nicht auf einem Aufwärtstrend in der Mitgliederentwicklung, sondern ist das Ergebnis neuerer Feststellungen.

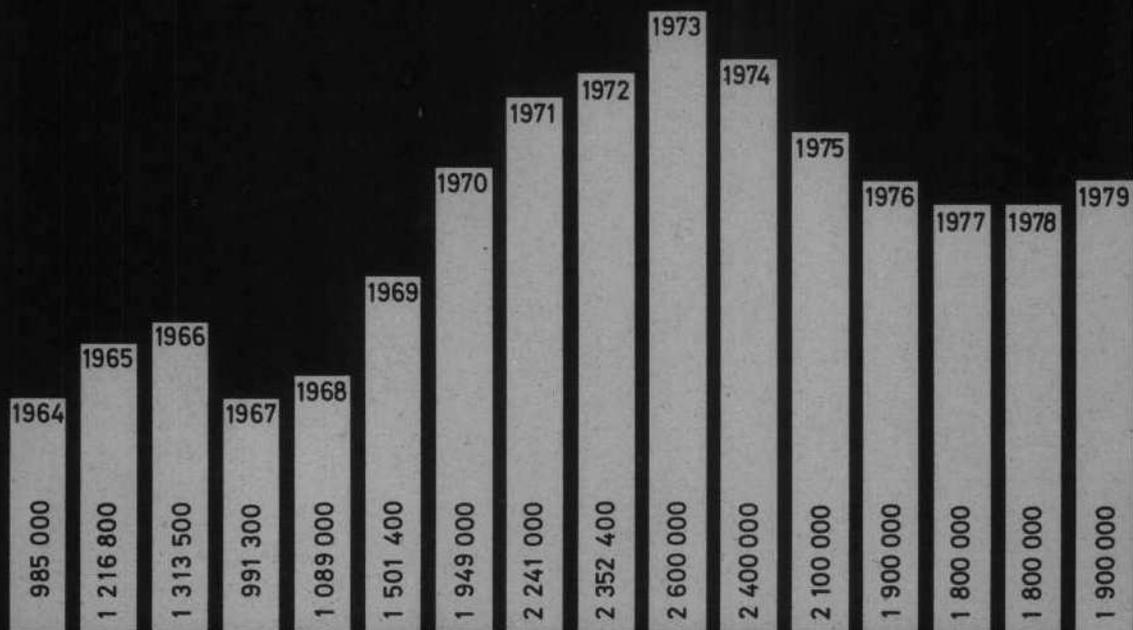
Die Zahl der Mehrfachmitgliedschaften konnte nicht zuverlässig ermittelt werden. Sie ist daher nicht berücksichtigt worden.

Statistik der Stärke ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen in den Jahren 1978–1979:

Nationalität	Mitglieder	
	1978	1979
Ostmigration	150	100
Jugoslawien	1.700	1.900
Spanien	5.800	4.300
Portugal	250	250
Italien	15.850	15.700
Griechenland	15.300	28.200
Türkei	36.800	58.000
Iran	1.650	1.100
arab. Staaten	2.350	2.540
sonst. Staaten	1.500	2.090
Multinationale	150	20
Insgesamt:	81.500	114.200

65.000 sind Angehörige orthodox-kommunistischer Vereinigungen bzw. der von ihnen beeinflussten Organisationen. Der auffällige Anstieg der Mitgliederzahl gegenüber dem Vorjahr beruht u. a. auf der Mitgliederverdoppelung der „Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (FIDEF). Die orthodoxe „Kommunistische Partei Griechenlands“ (KKE-Ausland) und der von ihr beeinflusste „Verband Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (OEK) hatten Ende des Jahres 24.200 Mitglieder.

**Ausländische Arbeitnehmer
in der Bundesrepublik Deutschland
- 1979 -**



TÜRKEN	527 000
JUGOSLAWEN	365 000
ITALIENER	295 000
GRIECHEN	142 000
SPANIER	90 000
PORTUGIESEN	59 000
SONSTIGE	422 000

Die höheren Mitgliederzahlen der Organisationen der „Neuen Linken“ und der von ihnen beeinflussten Gruppierungen (14.600) sind im wesentlichen auf einen verbesserten Erkenntnisstand zurückzuführen.

Bei rechtsextremistischen, extrem-nationalistischen und entsprechend beeinflussten Gruppierungen ist eine erhebliche Erhöhung zu verzeichnen. Sie ist vor allem durch den Mitgliederzuwachs türkischer Organisationen bedingt.

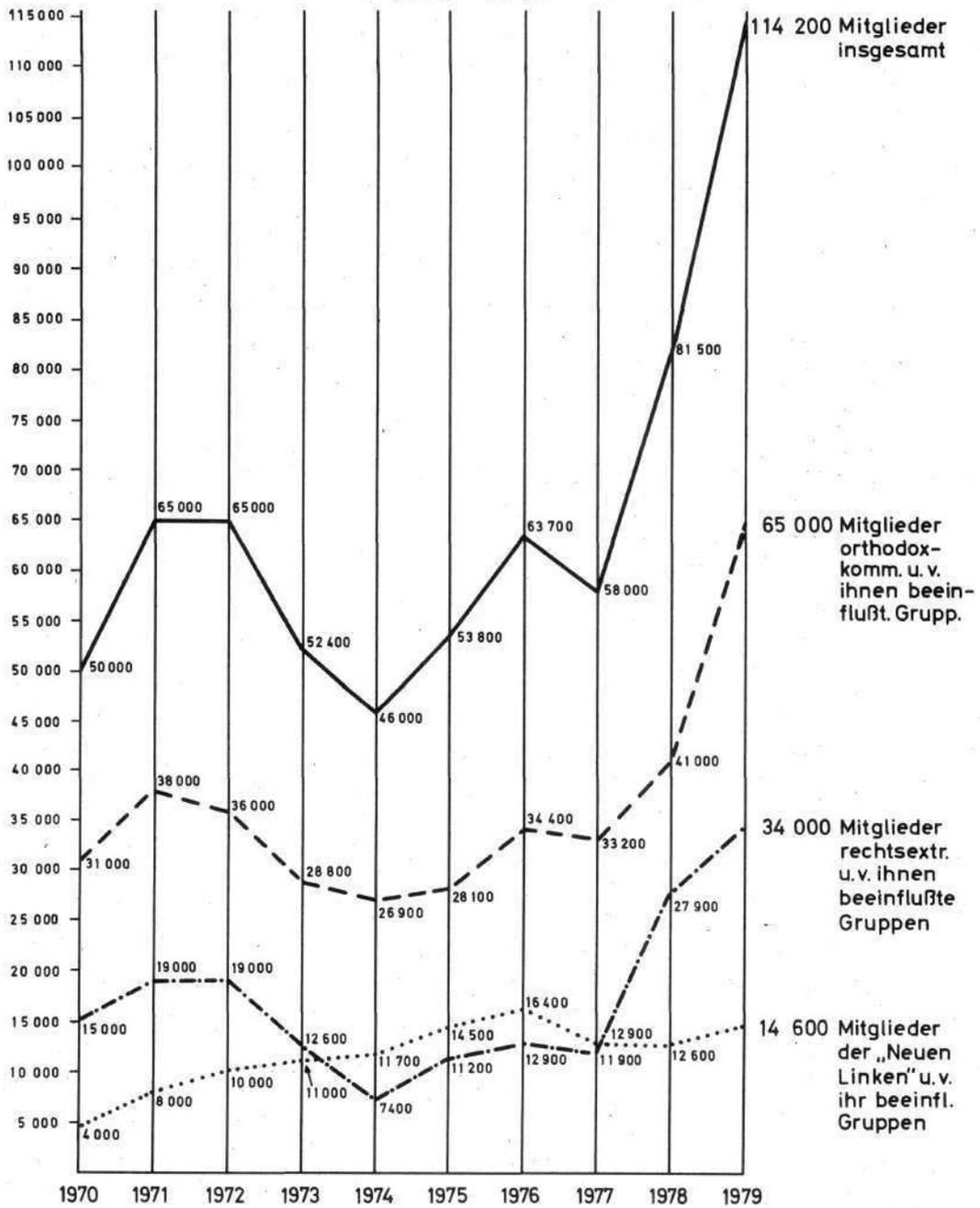
Die Mitgliederzahlen der extremistischen Kern-, Neben- und extremistisch beeinflussten Organisationen nach ihrem politisch-ideologischen Standort:

	Orthodox-kommunistisch	„Neue Linke“ u. Sozial-revolut.	Rechts-extrem. u. extrem-nationalist.	Insgesamt
1978				
Kernorganisationen	9.700	8.600	4.400	22.700
Nebenorganisationen, extremistisch beeinflusste Organisationen	2.600	2.150	3.500	8.250
	28.700	1.850	20.000	50.550
Insgesamt:	41.000	12.600	27.900	81.500
1979				
Kernorganisationen	16.700	6.860	5.100	28.660
Nebenorganisationen, extremistisch beeinflusste Organisationen	3.300	1.690	3.500	8.490
	45.000	6.050	26.000	77.050
Insgesamt:	65.000	14.600	34.600	114.200

Übersicht über die Mitgliederzahlen ausländischer orthodox-kommunistischer Kern- und Neben- sowie orthodox-kommunistisch beeinflusster Organisationen im Bundesgebiet nach Nationalitäten:

Nationalität	Kern-Org.	Neben-Org.	beeinfl. Org.	insgesamt	Vergleich 1978
Griechenland	9.700	600	17.200	27.500	14.600
Italien	4.400	–	6.800	11.200	10.800
Spanien	1.200	–	2.500	3.700	4.000
Türkei	250	2.600	18.400	21.250	10.900
Sonstige	1.150	100	100	1.350	700
Insgesamt:	16.700	3.300	45.000	65.000	41.000

Mitgliederentwicklung bei den Ausländischen Extremisten-Gruppen 1970 - 1979



Übersicht über die Mitgliederzahlen der ausländischen „Neuen Linken“ bzw. nationaler Befreiungsbewegungen mit sozialrevolutionärer Ausrichtung im Bundesgebiet nach Nationalitäten:

Nationalität	Kern- Org.	Neben- Org.	beeinfl. Org.	ins- gesamt	Vergleich 1978
Araber	1.820	350	260	2.430	2.300
Türken	1.150	1.100	5.500	7.750	3.700
Griechen	250	80	270	600	550
Spanier	550	40	10	600	1.700
Italiener	990	—	10	1.000	1.450
Iraner	980	20	—	1.000	1.500
Sonstige	1.120	100	—	1.220	1.400
Ingesamt:	6.860	1.690	6.050	14.600	12.600

Übersicht über die Mitgliederzahlen ausländischer rechtsextremistischer und extrem-nationalistischer Organisationen im Bundesgebiet nach Nationalitäten:

Nationalität	Kern- Org.	Neben- Org.	beeinfl. Org.	ins- gesamt	Vergleich 1978
Griechen	100	—	—	100	100
Italiener	—	3.500	—	3.500	3.500
Türken	3.000	—	26.000	29.000	22.500
Ingesamt:	3.100	3.500	26.000	32.600	26.100

3. Publizistik:

Die Zahl der im Bundesgebiet verbreiteten periodischen Schriften ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen ist gegenüber dem Vorjahr ebenfalls gestiegen. Ende 1979 wurden 159 periodische Publikationen mit einer monatlichen Gesamtauflage von schätzungsweise mindestens 170.000 Exemplaren verbreitet.

Statistik der periodischen Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen:

Nationalität	Gesamtzahl der Periodika			davon im Bundesgebiet gedruckt		
	1977	1978	1979	1977	1978	1979
Ostmigration	7	1	1	6	1	1
Jugoslawien	28	24	25	14	11	9
Spanien	7	7	6	—	—	1

Portugal	7	5	5	1	–	1
Italien	13	12	11	5	3	3
Griechenland	19	14	10	3	1	–
Türkei	44	31	40	29	20	18
Iran	31	31	30	8	7	7
arab. Staaten	8	11	14	–	2	2
sonst. Staaten	16	12	17	9	4	5
Multinationale	1	1	–	1	1	–
Ingesamt:	181	149	159	76	50	47

47 dieser periodischen Schriften wurden in der Bundesrepublik Deutschland gedruckt. Fast drei Viertel dieser Veröffentlichungen hatten linksextremistische Tendenzen.

Statistik der periodischen Publikationen ausländischer Extremistengruppen und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen nach ihrem politisch-ideologischen Standort:

Nationalität	orthodox-kommunist.	„Neue Linke“ u. sozial-revolut.-national.	Rechts-extrem. u. extrem-nationalistisch	Ins-gesamt
Ostemigration	–	–	1	1
Jugoslawien	–	–	25	25
Spanien	2	4	–	6
Portugal	2	3	–	5
Italien	4	4	3	11
Griechenland	7	3	–	10
Türkei	17	14	9	40
Iran	4	26	–	30
arab. Staaten	1	13	–	14
sonst. Staaten	6	11	–	17
Multinationale	–	–	–	–
Insgesamt:	43	78	38	159

Außerdem warben Extremisten mit Flugschriften, Broschüren und sonstigem Agitationsmaterial.

III. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen einzelner Ausländergruppen

1. Palästinenser

1.1 Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte

Der Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten vom März 1979 löste bei den Anhängern palästinensischer Gruppen verstärkte Aktivitäten aus.

Die palästinensischen Gruppen sind unterschiedlicher Auffassung darüber, ob die Fortsetzung terroristischer Aktionen außerhalb Israels und der besetzten Gebiete ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung ihres Zieles, der Gründung eines selbständigen Staates Palästina, ist. Die politischen Initiativen Yassir *Arafats* scheinen solche Kräfte der „Palästinensischen Befreiungsorganisation“ (PLO) ermutigt zu haben, denen eine politische und diplomatische Anerkennung der PLO vorrangig erscheint.

Andererseits haben Angehörige der ebenfalls von *Arafat* geleiteten *Al Fatah*, stärkste Organisation der PLO, terroristische Aktionen in der Bundesrepublik Deutschland vorbereitet.

Zur Gewaltanwendung auch in Europa neigen die „Volksfront für die Befreiung Palästinas“ (PFLP) und die „SAIQA“. Die PFLP verfügt, ebenso wie die FATAH, in der Bundesrepublik Deutschland über konspirativ arbeitende Zellen. Die „SAIQA“ verstärkte im Berichtsjahr ihre Bemühungen, eine Zweigorganisation im Bundesgebiet aufzubauen. Der „SAIQA“ und deren Kommandoeinheit „Adler der Palästinensischen Revolution“ werden 1979 u. a. Sprengstoffanschläge auf ein Lokal in Paris am 27. März und eine Synagoge in Wien am 22. April sowie der Überfall auf die Ägyptische Botschaft in Ankara am 13. Juli zugerechnet.

Die FATAH stützte 1979 ihre Öffentlichkeitsarbeit im Bundesgebiet auch auf solche Nahost- und Palästinakomitees ab, die überwiegend vom „Kommunistischen Bund Westdeutschland“ (KBW) und der in der Zwischenzeit aufgelösten „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) beeinflusst wurden.

Dem Beschluß des Kongresses der „Generalunion Palästinensischer Arbeiter“ (GUPA) in Damaskus (November 1978) folgend, wurde eine neue Dachorganisation für die „Palästinensischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ gegründet.

1.2 Terroristische Aktivitäten

Anhänger palästinensischer Untergrundgruppen reagierten auf den Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten mit Anschlägen und Kommandounternehmen auch gegen Ziele in der Bundesrepublik Deutschland. Am 3. April detonierte in der Postumschlagstelle des Flughafens Frankfurt/Main ein Sprengstoffpaket, das im Flugzeug auf dem Transport nach Israel explodieren sollte. Bei der Explosion wurden zehn Personen verletzt, drei davon schwer.

Die Sicherheitsbehörden verhinderten in mehreren Fällen durch rechtzeitige Festnahmen mögliche Gewalt- und Mordanschläge. Im April und Juni 1979 wurden acht Angehörige eines palästinensischen Kommandos, das der FATAH zuzurechnen ist, festgenommen, die Anschläge auf den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde und auf ein Öllager in Berlin (West) planten. Ferner wurden im gleichen Zeitraum an Grenzübergangsstellen der Bundesrepublik Deutschland Angehörige einer FATAH-Gruppe verhaftet und erhebliche Mengen an Sprengstoff sowie Zeitzündler und gefälschte bzw. verfälschte Ausweispapiere sichergestellt. Am 11. Mai wurde in Paris ein dem Vor-

stand der FATAH für die Bundesrepublik Deutschland angehörender Palästinenser festgenommen. Er wollte Sprengstoff in das Bundesgebiet bringen. Als „Ausdruck der Solidarität“ mit den „in deutschen Gefängnissen einsitzenden Brüdern“ verübte eine „Organisation der rächenden palästinensischen Jugend“ im August und September vier Sprengstoffanschläge auf die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland und auf ein Lufthansabüro in Beirut, bei denen teilweise erhebliche Sachschäden entstanden.

2. Türken

2.1 Rechtsextremisten und extreme Nationalisten

2.1.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisa-tionen	Neben-organisa-tionen	Beeinfl. Organisa-tionen	Insges.	Vergleich 1978
3.000	–	26.000	29.000	22.500

2.1.2 Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte

Ein Aufwärtstrend zeichnete sich im Bereich des türkischen Rechtsextremismus und extremen Nationalismus ab, deren Organisationen ca. 29.000 Mitglieder zuzurechnen sind. Die von der türkischen islamisch-nationalistischen „Nationalen Heilspartei“ (MSP) beeinflussten Organisationen, u. a. die „Türkische Union Europa e. V.“ und die „Organisation Nationaler Standpunkt“, konnten ihren Mitgliederbestand im Berichtsjahr um schätzungsweise die Hälfte auf 3.000 erhöhen. Die Zunahme beruht u. a. auf vermehrten Aktivitäten fanatisch-islamischer, radikal-antikommunistischer Türken in der Bundesrepublik Deutschland. Die von der türkischen extrem-nationalistischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) beeinflusste „Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa“ (ADÜTDF) erhöhte ihre Mitgliederzahl auf schätzungsweise 26.000.

Die zum Teil scharfe, in zunehmendem Maße auch von religiösem Erneuerungsbe-wußtsein des Islam geprägte Agitation türkischer Rechtsextremisten und extremer Nationalisten richtete sich vornehmlich gegen Kommunisten, aber auch gegen die wirt-schaftlichen, sozialen und politischen Verhältnisse in der Türkei. Die Aggressivität der politischen Auseinandersetzungen in Wort und Schrift zeigt ein Flugblatt eines Mitgliedsverbandes der ADÜTDF, das Ende August in Schleswig-Holstein in türki-scher Sprache verbreitet wurde. In dem Text werden die politischen Gegner als „toll-wütige Hunde“ bezeichnet, die „die Hirne der jungen Generation vergewaltigen“, des-halb müsse das „gesamte Volk erwachen und in einen harten Kampf gegen die Kom-munisten eintreten“. Auf dem Flugblatt ist ein heulender Wolf als „türkisches National-symbol“ abgebildet.

Das politische Potential der MHP und der MSP wurde durch ein stark zunehmendes Engagement islamisch-gläubiger Türken, die durch die „islamische Revolution“ im Iran ermutigt sind, erheblich verstärkt. Insbesondere türkische Kulturvereine gewan-nen in diesem Zusammenhang besondere Bedeutung. In einem Anfang November im Bundesgebiet verteilten Flugblatt der ADÜTDF heißt es: „Wie überall in der Welt plan-en die kommunistischen Imperialisten in unserem Lande blutige Revolutionen, um die muslimisch-türkische Nation zu vernichten. Beteilige auch Du Dich an dem heiligen, mutigen Kampf der Idealisten gegen die kommunistischen Gruppen“.

2.2 Orthodoxe Kommunisten

2.2.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisa- tionen	Neben-organisa- tionen	Beeinfl. Organisa- tionen	Insges.	Vergleich 1978
250	2.600	18.400	21.250	10.900

2.2.2 Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte

Den stärksten Mitgliederzuwachs verzeichnet die von der „Türkischen Kommunistischen Partei“ (TKP) beeinflusste „Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (FIDEF), der 80 Mitgliederorganisationen mit etwa 18.000 Mitgliedern angehören (Jahreswende 1978/79: ca. 9.000).

Von ihr gingen auch die stärksten Aktivitäten aus. Auf dem 3. Kongreß am 24./25. März 1979 in Duisburg war die „Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa“ (ADÜTDF) Gegenstand heftiger Angriffe. Daneben wurden auch deutsche Behörden und deutsche demokratische Organisationen kritisiert. In Flugblättern warf die FIDEF „offiziellen Stellen“ vor, „die Gewalttaten türkischer Nationalisten in der Bundesrepublik Deutschland zu verharmlosen“. Demonstranten forderten auf Transparenten ein Verbot aller „faschistischen Organisationen“ in der Bundesrepublik Deutschland. Auf ihrer fünften Delegiertenversammlung am 20./21. Oktober in Recklinghausen dehnte die FIDEF ihre Antifaschismuskampagne auf angebliche deutsche „reaktionär-faschistische Kräfte“ aus. Die FIDEF beschloß, Proteste gegen die Nachrüstungspläne der NATO zu unterstützen. Das ebenfalls orthodox-kommunistisch gesteuerte „Türkische Europakomitee für Frieden und Freiheit“ (TBÖK) forderte das Verbot „aller faschistischen Organisationen der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen wie türkische Idealistenvereine und Koranschulen“ sowie „die Ausweisung aller militanten Mitglieder dieser Organisationen aus der Bundesrepublik Deutschland.“

2.3 „Neue Linke“

2.3.1 Mitgliederentwicklung

Kern-organisa- tionen	Neben-organisa- tionen	Beeinfl. Organisa- tionen	Insges.	Vergleich 1978
1.150	1.100	5.500	7.750	3.700

2.3.2 Erkenntnisse zur Organisations und Aktionsschwerpunkte

Die ideologische Zersplitterung im Bereich der türkischen „Neuen Linken“ hielt auch im Berichtsjahr an. Ungeachtet der ideologischen Differenzen besteht in ihren Zielen, die letztlich auf den Umsturz des bestehenden politischen Systems in der Türkei hinauslaufen, weitgehend Übereinstimmung auch darüber, daß der Umsturz durch Anwendung revolutionärer Gewalt herbeigeführt werden müsse. Zu den mitgliederstärksten Organisationen gehören zum einem die von der „Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten-Leninisten“ (TKP/ML) beeinflussten Vereinigungen wie die „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (ATIF), die „Studentenföderation der Türkei in Deutschland“ (ATÖF) und die „Konföderation der Studenten aus der Tür-

kei/Ausland" (TÖK-YD) zum andern die „Föderation Türkischer Volksvereinigungen in Europa" (HBF), eine im Februar 1978 gegründete Auslandsorganisation der in der Türkei zugelassenen, an China orientierten „Arbeiter- und Bauernpartei der Türkei" (TIKP), mit Sitz in Frankfurt/Main und Zweigorganisationen im europäischen Ausland, die in jüngerer Zeit ihre ursprünglich ebenfalls revolutionären Ziele nicht mehr herausstellt.

Die „Revolutionäre Kommunistische Partei der Türkei – Aufbauorganisation" (TDKP-İÖ), eine an Albanien orientierte Gruppe, arbeitet eng mit der „Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten" (KPD/ML) zusammen. Konspirativ arbeitende türkische Gruppen wie „*DEVİRİMCI YOL*" („Revolutionärer Weg") und „*KURTULUS*" („Befreiung") rivalisieren mit der sozialrevolutionären „Türkischen Volksbefreiungspartei-/front" (THKP/C) um den Führungsanspruch in der Bundesrepublik Deutschland.

Nach wie vor gibt es keine Anzeichen, daß die türkischen Anhänger der „Neuen Linken" im Bundesgebiet ihre Neigung zu einem gewaltbetonten Aktionismus aufgegeben haben. Hauptziel ihrer Angriffe war auch im Berichtsjahr der „Faschismus" in der Türkei. So forderten z. B. am 20. Oktober türkische Anhänger der „Neuen Linken" auf einer Demonstration in Bielefeld gegen die Eröffnung eines neuen „Zentrums" türkischer Nationalisten in Sprechchören „Tod den Faschisten". Sie wurden dabei häufig von deutschen Gesinnungsfreunden unterstützt. In Frankfurt/M. demonstrierten am 8. Dezember 1979 beispielsweise Angehörige der der „Neuen Linken" zuzurechnenden „Türkischen Volksbefreiungspartei" (THKP) zusammen mit Anhängern des „Kommunistischen Bundes" (KB), der „Trotzkistischen Liga Deutschlands" und des „Spartacusbundes", deutschen Organisationen der „Neuen Linken", für ein Verbot der „faschistischen türkischen Organisationen" in der Bundesrepublik Deutschland. Die Agitation der türkischen „Neuen Linken" richtete sich im Berichtsjahr vermehrt gegen deutsche demokratische Parteien und die angebliche Zunahme des „Faschismus in der Bundesrepublik Deutschland". In Flugblättern, die während einer Demonstration der ATÖF und der ATIF am 9. Juni in Köln verbreitet wurden, hieß es: „Sehen wir nicht länger der Faschisierung in West-Deutschland zu, bilden wir eine Kampffront gegen die faschistischen Organisationen und verhindern wir ihre Aktionen und den faschistischen Terror".

2.4 Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen türkischen Extremisten

Heftige Auseinandersetzungen zwischen türkischen Extremisten forderten im Jahre 1979 und in den ersten Monaten des Jahres 1980 vier Todesopfer.

Am 23. Juni wurde ein rechtsextremistischer Türke erstochen, der mit politisch Gleichgesinnten eine türkische Gaststätte in Eppertshausen überfallen hatte. Vermutlich türkische Linksextremisten verübten am 11. August in Berlin sowie am 29. September und 16. November in Rüsselsheim drei Mordversuche an türkischen Rechtsextremisten. Für den Versuch eines Sprengstoffanschlages auf die TER-Druckerei in Neu-Isenburg am 8. Mai, in der die national-konservative türkische Zeitung „*TER-CÜMAN*" gedruckt wird, übernahm die sozialrevolutionäre „Türkische Volksbefreiungspartei/Front/Revolutionäre Avantgarde des Volkes – Auslandskomitee" (THKP-C/HDÖ) die Verantwortung. Diese Organisation bekannte sich in einem Flugblatt auch zu dem Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des „Großen Idealistenvereins Köln e. V.", Mitgliedsverband der ADÜTDF, am 22. Dezember 1979, bei dem ein Türke schwer verletzt wurde.

Bei 14 gewalttätigen Ausschreitungen türkischer Extremisten in Berlin, Bielefeld, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Homburg, Nürnberg und Rüsselsheim wurden

mindestens 20 Personen, darunter auch deutsche Polizeibeamte, zum Teil schwer verletzt. Folgende Fälle sind hervorzuheben:

- Am 17. Februar schlugen in Rüsselsheim Anhänger einer Mitgliedsorganisation der orthodox-kommunistisch beeinflussten „Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V.“ (FIDEF) mit Steinen und Knüppeln auf Angehörige des „Türkischen Kulturvereins“, Mitgliedsverein der von der extrem-nationalistischen türkischen „Partei der Nationalen Bewegung“ (MHP) beeinflussten „Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereinigungen in Europa“ (ADÜTDF), ein. Vier Personen wurden verletzt, mehrere PKW beschädigt.
- Am 30. März und 4. April schossen unbekannte Täter auf Ladenwohnungen türkischer Vereinigungen der „Neuen Linken“ in Berlin.
- Am 28. April kam es in Nürnberg bei Flugblattverteilungen zu einer Schlägerei, bei der türkische Anhänger der „Neuen Linken“ einen türkischen Rechtsextremisten verletzten; die Polizei nahm sechs Türken fest.
- Am 25. November wurden in Frankfurt/M. vier Türken durch Messerstiche zum Teil schwer verletzt, als drei von ihnen sich weigerten, ein Flugblatt des „Türkischen Kulturvereins in Frankfurt und Umgebung“, Mitgliedsorganisation der ADÜTDF, anzunehmen. Die Flugblattverteiler und mutmaßlichen Täter waren Angehörige der ADÜTDF.
- Am 8. Dezember demonstrierten in Frankfurt u. a. Anhänger türkischer Gruppierungen der „Neuen Linken“ gemeinsam mit Angehörigen des „Kommunistischen Bundes“ (KB), der „Trotzkistischen Liga Deutschlands“ und des „Spartacusbundes“ gegen den „Terror der Grauen Wölfe“. Dabei wurden Polizeibeamte und ein Türke verletzt.

In den ersten Monaten des Jahres 1980 war eine weitere Verschärfung der Auseinandersetzung zwischen türkischen Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland festzustellen, die zu 3 Todesopfern geführt hat. Am 5. Januar 1980 wurde in Berlin ein dem linksextremistischen Lager angehörender Türke getötet, am 3. und 28. Mai wurden in Reutlingen und Hamburg zwei dem rechtsextremistischen und extrem-nationalistischen Bereich zuzurechnende türkische Staatsangehörige tödlich verletzt.

2.5 Anschläge armenischer Extremisten

Erstmals verübten armenische Extremisten in der Bundesrepublik Deutschland bzw. gegen eine deutsche Einrichtung im Ausland Anschläge.

Zu dem Bombenanschlag auf das Büro der „Turkish Airlines“ in Frankfurt am 27. August, bei dem ein Sachschaden von ca. 50.000,- DM entstand und eine Person leicht verletzt wurde, bekannte sich – erstmals für die Bundesrepublik Deutschland – die „Geheime Armenische Befreiungsarmee“ (ASALA). Am 18. November verübte die ASALA einen Sprengstoffanschlag auf die Niederlassung der Deutschen Lufthansa in Paris. Die ASALA, die die türkische Regierung durch Terrorakte im In- und Ausland zwingen will, den Armeniern in der Türkei Unabhängigkeit zu gewähren, übernahm ferner die Verantwortung für die Ermordung des Sohnes des türkischen Botschafters in Den Haag am 12. Oktober und des Presseattachés der Türkischen Botschaft in Paris am 22. Dezember. Sie bekannte sich zu Sprengstoffanschlägen auf Büros der „Turkish Airlines“ am 4. Oktober in Kopenhagen, 9. November in Rom, 18. November in Paris, 26. November in Madrid und am 22. Dezember in Amsterdam sowie zu Bombenanschlägen auf Niederlassungen der niederländischen Fluggesellschaft KLM am 18. November in Paris und der „British Airways“ sowie der israelischen „El AL“ am 9. Dezember in Rom. Die Attentäter blieben bisher ebenso unbekannt wie die Leitung und die Mitgliederstärke der Organisation.

3. Iraner

3.1 Mitgliederentwicklung im Bereich der „Neuen Linken“

Kern-organisa- tionen	Neben- organisa- tionen	Beeinfl. Organisa- tionen	Insges.	Vergleich 1978
980	20	–	1.000	1.500

3.2 Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte

In der Schlußphase der iranischen Revolution kehrten viele iranische Oppositionelle in den Iran zurück, „um sich in den Dienst der Revolution zu stellen“.

Nach dem Sturz des Schahregimes gingen die politischen Aktivitäten von Gruppen der sozialrevolutionären iranischen Bewegung „Conföderation Iranischer Studenten National Union“ (CISNU) erheblich zurück. Lediglich Anhänger der maoistischen „Conföderation Iranischer Studenten“ (CIS) sowie der extrem islamisch orientierten „Union der Islamischen Studentenvereine Europa“ (UISA) traten für die Politik *Khomeinis* ein. Die CIS begann im Bundesgebiet eine Aufklärungskampagne über die iranische Revolution mit Flugschriften zum iranischen Neujahrsfest am 21. März, zum Referendum „Wollt Ihr eine islamische Republik?“ am 31. März, zum 1. Mai sowie mit Publikationen zur Rechtfertigung der Hinrichtungen im Iran. *Khomeini* wurde wegen seiner gegenüber dem „Imperialismus“ „entschlossenen und kompromißlosen Führung“ gelobt. Anhänger der CIS und der UISA traten im Namen der „Revolutionstribunale“ gegen angebliche SAVAK-Mitglieder im Bundesgebiet auf. Dies führte zu Ermittlungsverfahren wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und schwerer Körperverletzung.

Mit Demonstrationen und Flugblattverteilungen unterstützten Angehörige der UISA und der CIS – die UISA auch mit dem Versuch einer Besetzung der US-Botschaft in Bonn-Bad Godesberg am 5. November – die Forderung der iranischen Regierung nach Auslieferung des Schah und „dessen unverzügliche Überstellung an die Revolutionsgerichte im Iran“. Am 8. November führten Angehörige der CIS im Kölner Dom einen Sitzstreik durch. UISA-Anhänger demonstrierten am 11. Dezember in Bonn gegen den Besuch des US-Außenministers *Vance*. In Sprechchören und Flugblättern wurde u. a. gefordert: „Nieder mit dem Zionismus“.

Gegen Ende des Jahres mehrten sich die Anzeichen, daß sich die CISNU-Gruppierungen im Bundesgebiet reorganisieren, um eine Opposition gegen *Khomeini* aufzubauen.

Angehörige iranischer linksextremistischer Gruppierungen, die nach dem Sturz des Schah von der politischen Macht im Iran ausgeschlossen wurden, kritisierten die Politik *Khomeinis*. In einer „Ersten Offiziellen Stellungnahme der CISNU zur *Khomeini*-Theokratie“, veröffentlicht in der Alternativzeitung „Pflasterstrand“ (Nr. 61/79, August/September) der undogmatischen deutschen „Neuen Linken“, heißt es u. a., die islamische Regierung habe sich zum Fortbestand der kapitalistischen Ausbeutung und Meinungsunterdrückung, Zensur, Einschränkung der Versammlungsfreiheit und Unterdrückung der Gleichberechtigung der Frau entschieden und auf diese Weise die Revolution aufgehalten. Mitte September wurde in München ein „Zwölf-Punkteprogramm“ der „Iranischen Nationalen Front (NF) in Europa“ verteilt, in dem u. a. der „Schutz der islamischen Religion gegen eine falsche Geistlichkeit, die unter dem Mantel der Religion die Macht im Lande anstrebe“, sowie der „Kampf für die Errichtung des Sozialismus im Iran durch Bildung eines Rätessystems“ gefordert wird. Im November

wurde in der Universität Frankfurt/Main eine „Presseerklärung“ einer bisher nicht bekannten Gruppierung „CISNU-Mitglied der Nationaldemokratischen Front (NDF) Iran“ verbreitet, in der der iranischen Regierung vorgeworfen wird, „Schritt für Schritt die demokratischen Errungenschaften des iranischen Volkes abzubauen“. Aufgabe aller fortschrittlichen Iraner sei es, sich für die demokratischen Rechte der iranischen Völker einzusetzen und „gegen alle Formen der Alleinherrschaft und der Despotie sowie gegen vom Imperialismus abhängige Kräfte zu kämpfen“.

Brandanschläge Unbekannter auf die „Iranische Bank“ in Frankfurt im Januar und auf das iranische Generalkonsulat in Hamburg im März sind vor dem Hintergrund der Revolution im Iran zu sehen.

3.3 Iranische Kurden

Orthodox-kommunistische Kurden zeigten als Folge der Militäraktion der iranischen Regierung im kurdischen Teil des Iran eine verstärkte Demonstrationstätigkeit im Bundesgebiet. Anhänger der orthodox-kommunistischen „Demokratischen Partei Kurdistans“ (DPK), die in der Bundesrepublik Deutschland durch die „Vereinigung der Kurdischen Studenten in Europa“ (KSSE) vertreten wird, nahmen an Demonstrationen am 25. August in Bonn und Frankfurt gegen den „Völkermord im Iran“ teil. Die orthodox-kommunistischen Kurden im Bundesgebiet, meist kurdische Studenten aus dem Iran und dem Irak, streben wie die „Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland“ (AKSA) und die im Januar 1979 gegründete „Föderation Kurdischer Arbeitervereine“ (KOMKAR) – sie verfolgt sozialrevolutionäre Ziele und ist in allen größeren Städten des Bundesgebietes vertreten – die Autonomie Kurdistans an.

4. Exiljugoslawen

4.1 Mitgliederentwicklung

1979 waren nach Schätzung der Verfassungsschutzbehörden etwa 1.900 hier lebende Exiljugoslawen in zwölf Vereinigungen organisiert, die mit unterschiedlicher Intensität das Ziel verfolgen, die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Jugoslawien zu ändern. Kroatische Extremisten, die im Bundesgebiet in acht kroatischen Organisationen mit ca. 1.400 Mitgliedern organisiert sind, streben die Bildung eines selbständigen Staates Kroatien, zum Teil auch unter Gewaltanwendung, an.

4.2 Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte

Ihren Schwerpunkt haben militante kroatische Extremistenvereinigungen nach wie vor im Ausland, insbesondere in Australien, Kanada, Schweden und den USA. Sie arbeiten jedoch mit in der Bundesrepublik Deutschland lebenden kroatischen Nationalisten zusammen. Serbische Emigrantenorganisationen agitierten gegen die politischen Verhältnisse in Jugoslawien vornehmlich in ihren Publikationen.

Im Bundesgebiet waren kroatische Extremisten in der Öffentlichkeit fast nur noch im Namen des „Kroatischen Nationalrates“ (HNV) tätig. Diesem Dachverband kroatischer Emigrantenvereinigungen gelang es auch 1979 nicht, persönliche und ideologische Gegensätze zwischen den antikommunistischen „Konservativen“ und den Anhängern des „Kroatischen Frühlings“ – einer oppositionellen kommunistischen Bewegung in Jugoslawien in den Jahren 1970/71 – zu überwinden. Bei den Wahlen zum 3. Sabor (Parlament) des HNV im Oktober 1979 haben die „Konservativen“ ihre führende Position stärken können. Die Spannungen zwischen beiden Gruppierungen nahmen dabei weiter zu.

Fünf der 30 Exilkroaten, die in den 3. Sabor gewählt wurden, wohnen in der Bundesrepublik Deutschland, darunter Stjepan *Bilandzic*, ehemaliger Vorsitzender des HNOtpor, Köln, und der Präsident des 2. Sabor, Franjo *Mikulic*, Saarbrücken. Für sie und u. a. für den Vorsitzenden der „Vereinigten Kroaten in Deutschland“ (UHNj), Ante *Vukic*, Dortmund, bestanden Ende des Jahres 1979 Verbote politischer Betätigung gegen den jugoslawischen Staat nach § 6 AuslG.

1979 lag der Schwerpunkt der Aktivitäten der Anhänger der im Bundesgebiet verbotenen kroatischen Organisationen „Kroatischer Nationaler Widerstand“ (HNOtpor) und „Kroatischer Verein Drina e. V.“, Teilorganisation des „Kroatischen Widerstandes“ (HNOdpor), weiterhin im Ausland. Die Zeitschrift „OTPOR“, Verbandsorgan des HNOtpor, wird jedoch nach wie vor im Bundesgebiet verbreitet und enthält Gewaltparolen. Gewaltparolen enthält auch ein von kroatischen Extremisten in Dortmund herausgegebenes Flugblatt, in dem Anhänger der USTASCHA-Bewegung in Dortmund im Zusammenhang mit den Wahlen zum 3. Sabor (Parlament) des „Kroatischen Nationalrates“ (HNV) im Oktober 1979 erklärten:

„Ich bin für die Errichtung eines Kroatischen Armee- und Revolutionsstabes, der die Pflicht der Mobilisierung aller Patrioten in der ganzen Welt im Kampf zur Erneuerung des UNABHÄNGIGEN STAATES KROATIEN und Vernichtung des serbo-kommunistischen Jugoslawien übernimmt. Ich bin gegen jedes Deklarieren, Vermitteln, gegen jede Parteilichkeit, weil dies unserer kroatischen Gegenwart nur schadet!“

Ferner

„Der kroatische Revolutionär ist verpflichtet, im Kampf für die Verwirklichung der oben angegebenen Ziele alle zur Verfügung stehenden Mittel zu verwenden. Oberstes Ziel eines kroatischen Revolutionärs ist die Zerstörung der serbo-kommunistischen Herrschaft und Erneuerung des FREIEN UND UNABHÄNGIGEN STAATES KROATIEN!“ Die Aktivitäten kroatischer Extremisten nahmen nach dem Beschluß des Oberlandesgerichtes Frankfurt/Main vom 24. Oktober 1979, der die von der jugoslawischen Regierung geforderte Auslieferung von Ljubomir *Dragoja* an Jugoslawien für zulässig erklärte, vorübergehend zu. Veranstalter der aus diesem Anlaß durchgeführten Demonstrationen war der HNV, Dachorganisation kroatischer Emigrantenvereinigungen mit internationalem Aktionsrahmen. Nachdem am 15. Dezember die Entscheidung der Bundesregierung über die Ablehnung der Auslieferung *Dragojas* bekanntgegeben worden war, gingen die Aktivitäten zurück.

Die Ermordung des Exilkroaten Jozo *Milos* – ehemaliges Mitglied der in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen „Kroatischen Revolutionären Bruderschaft“ (HRB) – am 19. April wird seinen politischen Gegnern zugerechnet. *Milos* war neben vier weiteren kroatischen Extremisten im Frühjahr 1972 an einem Mordkomplott gegen einen jugoslawischen Vizekonsul in Stuttgart beteiligt. *Milos* ist der dritte aus dieser Gruppe, der seitdem ermordet wurde. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

Am 14./15. September kam es in Frankfurt/M. unter Jugoslawen zu politisch motivierten Auseinandersetzungen, bei denen der Exiljugoslawe Salih *Mesinovic* erschossen wurde.

In den ersten Monaten des Jahres 1980 wurden der Exilkroate Nikola *Milicevic* (am 13. Januar 1980) in Frankfurt und der jugoslawische Emigrant Dusan *Sedlar* (am 16. April 1980) in Düsseldorf ermordet.

5. Sonstige ausländische extremistische Vereinigungen

5.1 Italiener

5.1.1 Mitgliederentwicklung im Bereich rechtsextremistischer Gruppen

Kern-organisa- tionen	Neben- organisa- tionen	Beeinfl. Organi- sationen	Insges.	Vergleich 1978
–	3.500	–	3.500	3.500

5.1.2 Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte

Informationen deuten darauf hin, daß die „Soziale Italienische Bewegung-Nationale Rechte“ (MSI-DN) beabsichtigt, im Bundesgebiet und in den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft eine Parteiorganisation aufzubauen. Die Kader sollen aus Mitgliedern der von der MSI-DN maßgeblich beeinflussten „Tricolore Komitees der Italiener in der Welt“ (CTIM) gebildet werden.

Aktionsschwerpunkte der CTIM waren u. a. eine Beteiligung der italienischen Gastarbeiter an den deutschen Kommunalwahlen, die Schulsituation der italienischen Kinder und die Bekämpfung der Aktivitäten der PCI in der Bundesrepublik Deutschland.

5.1.3 Mitgliederentwicklung im Bereich orthodox-kommunistischer Gruppen

Kern-organisa- tionen	Neben- organisa- tionen	Beeinfl. Organi- sationen	Insges.	Vergleich 1978
4.400	–	6.800	11.200	10.800

5.1.4 Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte

Der Mitgliederbestand der „Kommunistischen Partei Italiens“ (PCI) blieb im wesentlichen unverändert. Nach wie vor fehlt es der PCI auf der unteren und mittleren Führungsebene an geeigneten Führungskadern. Sie bemüht sich, diesen Mangel durch Schulungen auszugleichen. Der von der PCI gesteuerte italienische „Verband der Gastarbeiter und ihrer Familien“ (FILEF) konnte seine Mitgliederzahl bei ca. 6.800 halten.

Themen und Forderungen der PCI wie auch der anderen ausländischen kommunistischen Parteien und der von ihnen beeinflussten Vereinigungen waren im wesentlichen unverändert. Wie in den Vorjahren konzentrierten sie sich auf Forderungen zur Verbesserung der Situation ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland.

5.1.5 Mitgliederentwicklung im Bereich der „Neuen Linken“

Kern-organisa- tionen	Neben- organisa- tionen	Beeinfl. Organi- sationen	Insges.	Vergleich 1978
990	–	10	1.000	1.450

5.2 Griechen

5.2.1. Mitgliederentwicklung im rechtsextremistischen Bereich

Kern-organisa- tionen	Neben- organisa- tionen	Beeinfl. Organisa- tionen	Insges.	Vergleich 1978
100	–	–	100	100

5.2.2 Mitgliederentwicklung im orthodox-kommunistischen Bereich

Kern-organisa- tionen	Neben- organisa- tionen	Beeinfl. Organisa- tionen	Insges.	Vergleich 1978
9.700	600	17.200	27.500	14.600

5.2.3 Erkenntnisse zur Organisation und Aktionsschwerpunkte

Die orthodoxe „Kommunistische Partei Griechenlands“ (KKE-Ausland) bemühte sich verstärkt, ihre Basis bei den griechischen Arbeitnehmern im Bundesgebiet zu verbreitern. Um die Effektivität ihrer Parteiarbeit zu erhöhen, führte die KKE-Ausland über den von ihr beeinflussten „Verband Griechischer Gemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlin“ (OEK) in mehreren Städten in der Bundesrepublik Deutschland Schulungsseminare für Funktionäre und Parteimitglieder durch. Für diese Seminare stellte die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) Räume und Übernachtungsmöglichkeiten sowie Spitzenfunktionäre als Referenten zur Verfügung. Die auf dem Parteitag der KKE-Ausland in Athen vom 16. bis 20. Mai 1978 befürwortete engere Zusammenarbeit mit der DKP wird damit im Bundesgebiet praktiziert.

5.2.4 Mitgliederentwicklung im Bereich der „Neuen Linken“

Kern-organisa- tionen	Neben- organisa- tionen	Beeinfl. Organisa- tionen	Insges.	Vergleich 1978
250	80	270	600	550

5.3 Sonstige ausländische extremistische Vereinigungen

Der Mitgliederbestand der „Kommunistischen Partei Spaniens“ (PCE) blieb im wesentlichen unverändert. Nach wie vor fehlen der PCE vor allem auf der unteren und mittleren Führungsebene geeignete Führungskader. Sie bemüht sich, ebenso wie die PCI, diesen Mangel durch Schulungskurse auszugleichen.

In der Bundesrepublik Deutschland sind weitere orthodox-kommunistische und Organisationen der ausländischen „Neuen Linken“ aus Spanien, Portugal, Chile usw. aktiv, die von der Zahl der Mitglieder her bedeutsam sind.

5.3.1 Mitgliederentwicklung im orthodox-kommunistischen Bereich

Nationalität	Kern- Organi- sationen	Neben- Organi- sationen	beeinfl. Organi- sationen	insge- samt	Vergleich 1978
Spanien	1.200	–	2.500	3.700	4.000
Sonstige	1.150	100	100	1.350	700

5.3.2 Mitgliederentwicklung im Bereich der ausländischen „Neuen Linken“

Nationalität	Kern- Organi- sationen	Neben- Organi- sationen	beeinfl. Organi- sationen	insge- samt	Vergleich 1978
Spanier	550	40	10	600	1.700
Araber	1.820	350	260	2.430	2.300
Sonstige	1.120	100	–	1.220	1.400

IV. Zusammenfassung

Der weitaus überwiegende Teil der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland verhält sich gesetzzestreu. Nach wie vor beteiligt sich nur ein zahlenmäßig geringer Teil von Extremisten oder zumindest in extremistischen Vereinigungen organisierten Ausländern an sicherheitsgefährdenden Bestrebungen oder entsprechenden Aktivitäten. Allerdings wächst der Zulauf zu einigen der extremistischen Organisationen sowie die Bereitschaft zur Gewaltanwendung. Dies gilt insbesondere für die größte Ausländergruppe in der Bundesrepublik Deutschland, die Türken. Hier hat sich die politische Polarisierung verstärkt. Es besteht die Gefahr, daß unter türkischen extremistischen Organisationen Agitation noch mehr als bisher in Gewalt umschlägt.

Die Entwicklung des Ausländerextremismus hat verschiedene Wurzeln. Sie ist in erster Linie auf die politischen Auseinandersetzungen in den Heimatländern zurückzuführen. Die Aktivitäten extremistischer Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland spiegeln die innenpolitische Situation dieser Länder wider.

Propagandistische Aktivitäten dieser Gruppierungen richten sich teilweise auch gegen die Politik der Bundesregierung und deutscher Parteien.

Es besteht Einvernehmen zwischen Bund und Ländern, daß alle polizei-, straf- und ausländerrechtlichen Möglichkeiten gegen extremistische Ausländer ausgeschöpft werden müssen. Die Entwicklung im Bereich des Ausländerextremismus bedarf weiterhin sorgfältiger Beobachtung.

Die Bedrohung durch ausländische extremistische Gruppierungen, die terroristische Mittel zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele bejahen, besteht fort. Mit Kommandounternehmen gegen Ziele im Bundesgebiet und Einrichtungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland muß auch künftig gerechnet werden.

Rechtzeitige Festnahmen durch die Sicherheitsbehörden verhinderten in mehreren Fällen mögliche Gewalt- und Mordanschläge.

